

Soziographie ländlicher Energieprojekte

Eine vergleichende explorative Untersuchung über ländliche partizipative Initiativen zur Entwicklung regionaler Energie-Infrastrukturen mittels regenerativer Energien am Beispiel von sieben Kommunen in einem neuen Bundesland

Von der Fakultät IV für Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)

genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Magister Artium der Soziologie und Geschichtswissenschaft

Conrad Kunze

aus Halle an der Saale

Erstgutachter: Prof. Dr. Schluchter, Lehrstuhl für Sozialwissenschaftliche Umweltfragen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus

Zweitgutachter: Prof. Dr. Sackmann, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Tag der mündlichen Prüfung: 28. November 2011

Vielen Dank Allen, die beim Gelingen der Feldforschung und dem Erstellen der Hypothesen halfen. Besonders Herr „Melanchthon“ hat viele Türen geöffnet und das Vorhaben mit Rat und Tat unterstützt. Auch hätte die Arbeit nicht ohne das Vertrauen und die Hilfsbereitschaft der vielen InterviewpartnerInnen entstehen können.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Solare Energiewende und Wertschöpfung im ländlichen Raum	8
1.2 Forschungsinteresse.....	12
1.3 Forschungsstand und Literatur.....	13
1.4 Ex Ante Thesen.....	17
2 Methoden.....	20
2.1 Fallauswahl.....	22
2.2 Erhebungsinstrumente.....	26
2.3 Neutralität im Feld.....	31
2.4 Forschungsseminare.....	32
2.5 Restriktionen beim Feldzugang.....	33
2.6 Definitionen.....	35
2.6.1 Energiedorf und Energieregion.....	35
2.6.2 Erfolg der Projekte.....	38
2.6.3 Bottom-Up und Top-Down Strukturen.....	39
2.6.4 Dörflicher und städtischer Charakter.....	40
2.7 Zuordnung der Fälle.....	40
2.8 Zusammenfassende Kontrastierung der Fälle.....	48
3 Fallstudien.....	49
3.1 Wettin-Wilzen: Biogas, Solar, Nahwärme und wandelbare Pläne.....	52
3.2 Lettewitz: Erste energieautarke Gemeinde Dalmatiens.....	71
3.3 Schiepzig-Lieskau: Feriensiedlung mit Energietouristen und Vattenfall	93
3.4 Löwen: Eine flämische Minderheit für den Windpark.....	99
3.5 Theiß-Landschaftsschutzgebiet: Landschaftspflege und Traktorentreibstoff.....	101
3.6 Köllme: Ein See mit Badestrand und Insellösung.....	102
3.7 Mücheln: Kleine Schritte als Weg zur Selbstversorgung.....	108
4 Vergleich der Fälle.....	111
4.1 Relevante Gruppen	118
4.1.1 Initiatoren als „aktive Elite“.....	118
4.1.2 Politik und Verwaltung.....	122
4.1.3 Wirtschaft.....	125
4.1.4 Vereine.....	127

4.2 Brücken zwischen den Gruppen.....	131
4.3 Technologie und Akzeptanz als Diskurs	132
4.3.1 Sprachliche Missverständnisse zwischen Experten und Laien.....	135
4.3.2 Experten zweiter Ordnung: Substitution von Wissen durch Vertrauen	138
4.3.3 Narrative: Unser Dorf als Gallier und die Römer als Vattenfall.....	140
4.3.4 Wissen und Zustimmung: Ein nicht immer verlässliches Paar	141
4.3.5 Konformitätszwang.....	142
4.3.6 Die Braunkohle als Identitätsstifter und Narrativ.....	144
4.4 Techno-Soziale Entwicklungspfade.....	146
4.4.1 Idealtypische Anwendungen erneuerbarer Energie-Infrastrukturen	147
5 Anbindung an die soziologische Theorie.....	157
5.1 Von der informellen zur formalen Institution.....	157
5.2 Rational Choice Theory: Gefangenendilemma und Allmende.....	160
5.3 Sozialkapital und generalisiertes Vertrauen.....	163
5.4 Umweltbewusstsein.....	166
5.5 Exkurs: Fossile Energiequellen und Kapitalismuskritik.....	167
5.6 Eine Kritik des Lokalismus	170
6 Versuch eines Modells.....	173
6.1 Technische Komplexität.....	173
6.2 Verschränkung von technischer und sozialer Komplexität.....	177
6.2.1 Passive Akzeptanz je nach Technologie.....	178
6.2.2 Finanzierungsmodelle und ihr Anspruch an die Kooperationsfähigkeit	180
6.2.3 Lokale Wertschöpfung: Kapitalabfluss und Re-Investition.....	183
6.2.4 Dynamiken der öffentlichen Meinung.....	186
6.3 Synthese der Ebenen sozialer und technischer Komplexität.....	191
6.4 Zusammenfassung	193
7 Diskussion: Wie verallgemeinerbar ist das Modell Lettewitz?	196
8 Politische Empfehlungen	202
9 Schluss.....	206
10 Literaturliste.....	209

1 Einleitung

Diese Arbeit versteht sich als Teil der empirischen Umweltsoziologie, die knapp zwei Dekaden nach der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1992 die praktische Umsetzung der Idee einer ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft untersucht. Die Voraussetzungen dafür waren und sind in Deutschland vergleichsweise gut. So spricht sich eine große Mehrheit der Bevölkerung in verschiedenen Umfragen über Jahre hinweg immer wieder für den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen aus (vgl. De Hahn/Kuckartz 1996 und Kuckartz 2006 und Umweltbundesamt 2009). Im Gegensatz zu den meisten anderen Nationen stand dies nicht in vollständigem Widerspruch zur Realität. Dank des „Erneuerbaren Energien Einspeisegesetzes“, kurz EEG, lag der Anteil erneuerbaren Stroms im Jahr 2010 mit 17% der Nettoelektrizitätsproduktion vergleichsweise hoch. Auch als sich im Jahr 2010 durch den Ausstieg aus dem bis dahin geltenden Kompromiss über das Ende der Atomkraft die Chancen für eine fortgesetzte Führungsrolle im Umstieg auf erneuerbare Energien (EE) getrübt hatten, blieb Deutschland einer der wenigen Industriestaaten, in dem überhaupt ernsthaft erwogen wurde, Atomkraft durch erneuerbare Energietechnologien zu ersetzen. Im Gegensatz zur haarsträubend inflationär gewordenen Verwendung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ beinhaltet er in keiner Weise einen Hinweis auf die Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaftsweise oder der mit ihr verbundenen Emission großer Mengen Kohlenstoffs und ionisierender Strahlung: “sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.” (Brundtland Report der Vereinten Nationen 1987) Der öffentlichen Wahrnehmung liegen solche Definitionsfragen freilich fern, hier sind erneuerbare Energien (EE) vor allem mit den Attributen einer allgemeinen ökologischen Modernisierung verbunden und sind als Unteraspekt des „Umweltschutzes“ positiv besetzt (Umweltbundesamt 2009). Auch die verschiedenen Kampagnen für Atomkraft und Kohle-Verstromung, in deren Begleitung teils auch gegen EE polemisiert wurde,¹ haben daran nicht ernsthaft rütteln können (vgl. ebd.). Ohne diese Vorbedingungen hätten die Bilder und Nachrichten von der Katastrophe um Fukushima womöglich ebenso wenig konkrete Reaktionen ausgelöst wie in Frankreich oder Großbritannien.

Der politische „Erdrutsch“ des Frühjahrs 2011, in dem sich tatsächlich alle etablierten Parteien gegen die Atomkraft und für einen raschen Umstieg auf EE ausgesprochen haben, ist deshalb kein Strohfeuer. Es deutet sich vielmehr an, dass die Bundesrepublik zum internationalen Vorreiter für eine nachhaltige Wende des Energiesektors werden könnte.

¹ So titelte DER SPIEGEL in der Ausgabe 38/2010 kurz vor der Novellierung des Erneuerbare Energien Einspeisegesetzes (EEG) „Der teure Traum von der sauberen Energie“.

Hermann Scheer und Elmar Altvater, deren Texte diese Arbeit inspiriert haben, sowie viele andere Vertreter einer Energiewende, erwarten von dieser wesentlich mehr als einen partikularen Beitrag zum „Umweltschutz“. Schon in den 1990er Jahren, als dies noch nicht absehbar war, prognostizierten sie eine – mehr oder weniger zügige – Abkehr vom monopolistisch geprägten, fossilen Energiemarkt und damit einhergehend eine allgemeine Dezentralisierung der Wirtschaft: „Die bisherige Arbeitsteilung der Energiewirtschaft wird aufgehoben. (...) Sie kann durch eine *durchgängig dezentrale* Energiebereitstellung ersetzt werden“ (Scheer 1999: 202; Hervorhebung durch den Autor). Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mehren sich die Zeichen, dass diese Dezentralisierungsthese nicht ganz falsch war. „Allein im Jahr 2009 investierten Familien deutschlandweit mehr in die Solarstromerzeugung als die vier Stromkonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall zusammen.“ (Scheer 2010a: 67)

Hinter der These einer Energiewende oder sogar -revolution steht die Feststellung, dass sich das Zeitalter des billigen Öls, der billigen Kohle und des billigen Urans dem Ende neigt (energy-watch-group 2006, 2007 und Meadows/Meadows/Randers 1998). Dass es sich dabei um einen einschneidenden und langfristig wirksamen Übergang handelt, wird mittlerweile selbst von den etablierten Lobbyorganisationen des alten Energieregimes wie OPEC², IEA³, Euratom und anderen kaum noch ernsthaft bestritten. Dies wurde bisher am deutlichsten beim immer noch zentralen Energieträger, dem Erdöl thematisiert. Seine Förderquote konnte, abgesehen von politischen, also wirtschaftsfremden Krisenzeiten wie dem Siebentagekrieg, stets gesteigert werden. Die Fördermenge des Vorjahres wurde seit rund einem Jahrhundert noch in jedem Folgejahr übertroffen durch bessere Technologie und vor allem neue Fundorte. Der Gipfel dieser Expansion, zumeist *peak-oil* genannt, scheint im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts überschritten worden zu sein.⁴ (Altvater/Geiger 2010) Trotz enormer Anstrengungen die Förderquoten aufrecht zu erhalten, ungeachtet ökologischer Folgen, wie die Katastrophe im Golf von Mexiko im Jahr 2010 – bei weitem nicht die einzige – tragisch gezeigt hat, ist es nicht mehr gelungen, die steigende internationale Nachfrage zu befriedigen. Wie weit *dieses* Wirtschaftsregime auf billige⁵ also im Überfluss vorhandene fossile Energieträger angewiesen ist,

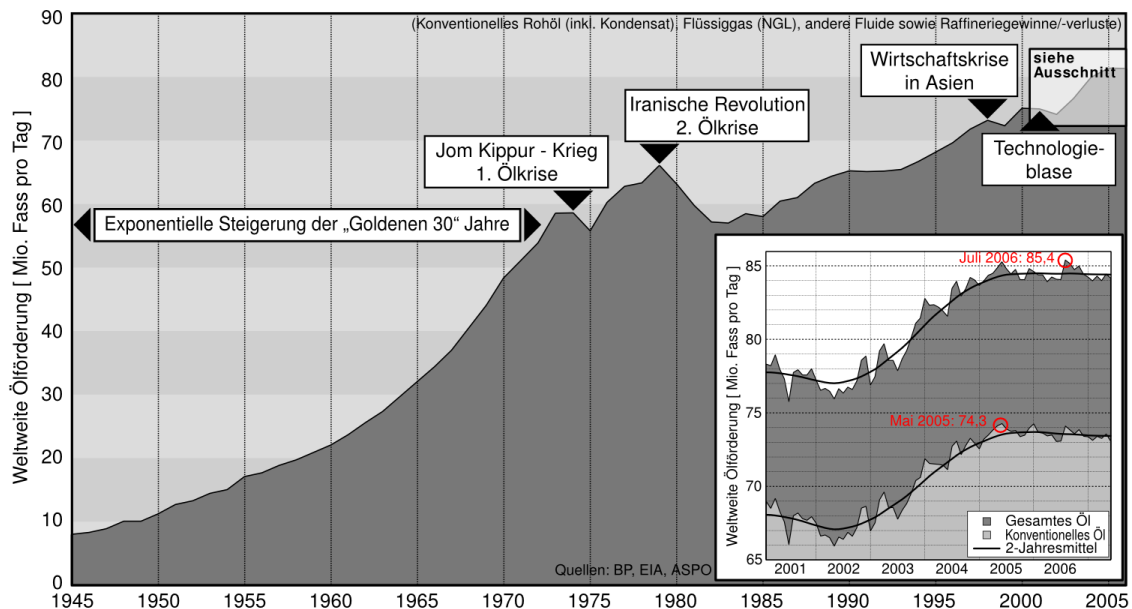
2 OPEC = Organization of Petrol Exporting Countries

3 IEA = International Energy Agency

4 Statistisch exakte Aussagen über historische Verläufe sind umso genauer, je später sie erfolgen, weshalb ein zeitnahe *peak-oil* nur probabilistisch bestimmt werden kann. Verschiedenen Quellen prognostizieren *peak oil* mittlerweile auf das erste Jahrzehnt des Jahrhunderts. Optimistischer ist vor allem die Ölindustrie selber, die IEA erwartet das Ölfördermaximum erst 2020. Altvater/Geiger (2010) und andere wissenschaftliche Autoren prognostizieren hingegen eine rasche Verknappung des geförderten Öls in der ersten Jahrhunderthälfte, auch vor 2020.

5 In der öffentlichen Debatte um Energiepreise wird mit gewissen Konjunktoren hervorgehoben, dass die Energiepreise vor allem auf Grund von Rohstoffspekulationen künstlich hoch sind. Ohne die Bedeutung von Rohstoffspekulationen zu leugnen, wäre es doch zu einfach, den steigenden Öl- und Benzinpreis allein durch

wird sich in aller Deutlichkeit erst zeigen, wenn sie nicht mehr bereitgestellt werden können, wenn die global geförderte Menge an Erdöl stagniert, trotz verheerender Teersand-Tagebaue in Kanada, trotz Irakkrieg und Tiefseebohrungen. Die absehbare und ökologisch nicht minder schädliche Substitution durch Kohle und Uran wird auch deren Fördermaxima und Verknappung beschleunigen, sodass voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts auf *peak oil* auch *peak uranium* und *peak gas* folgen werden, einige Quellen erwarten selbst eine Verknappung von Kohle am Ende des Jahrhunderts (energy-watch-group 2006, 2007 und Altvater/Geiger 2010).⁶



Graphik I: Historischer Verlauf der weltweiten Ölfördermenge mit dem Ölfördermaximum 2005/2006. Quelle: BP, EIA, ASPO In: Wikipedia.de (Stand 1.3.2009)

Dass sich mit dem Ende des Ölzeitalters grundlegende Umwälzungen verbinden würden, hat neben einigen anderen Autoren schon Max Weber angedeutet, indem er dem Geist des Kapitalismus seine materielle Basis zur Seite stellte:

„Denn indem die Askese aus den Mönchszellen heraus in das Berufsleben übertragen wurde und die innerweltliche Sittlichkeit zu beherrschen begann, half sie an ihrem Teile mit daran, jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanischmaschineller Produktion gebundenen, Wirtschaftsordnung erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden - nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen -, mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist.“ (Weber 1905: 203)

Spekulation erklären zu wollen. Dies mag kurzfristig zutreffen. Langfristig dürfte der Zusammenhang aus sinkenden Förderquoten (Graphik I) und weiter steigender Nachfrage aber erklärungskräftiger sein.

6 „Diese Transformation ist zu einem Abschluss dann gekommen, wenn die fossilen Energieträger zur Neige gehen, und dies ist dann der Fall, wenn der Höhepunkt der fossilen Energiereserven erreicht ist, wenn Förderung und Verbrauch nicht mehr durch Exploration neuer Reserven kompensiert werden können. Dann wird der Übergang zu einem anderen, nicht-fossilen Energieregime dringlich und Prognosen, die diesen Übergang, diesen Bruch nicht berücksichtigen, weil sie Tendenzen des fossilen Zeitalters extrapolieren, werden scheitern, und zwar paradoxerweise nicht an ihren Fehlern, sondern an ihrer Rationalität.“ (Altvater/Geiger 2010: 16)

Weniger euphemistisch drückte sich der Club of Rome mit dem Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows 1972) aus, die lediglich einige Jahrzehnte zu früh datiert waren und statt in den 1990er Jahren voraussichtlich in den kommenden Jahrzehnten erreicht sein werden (vgl. Meadows/Meadows/Randers 1998). Das sich abzeichnende Ende des auf fossile Energieträger gestützten Wachstums wird seit Meadows innerhalb der mit ihm verwobenen Formen von Wirtschaft und Gesellschaft vor allem als kommende Krise interpretiert. Wenn diese Denkfigur aber einmal verlassen ist, lässt sich der Übergang zu einem Energieregime auf Basis von solaren, fluktuierenden Energiequellen, in Anlehnung an Weber als Möglichkeit einer umfassenden Emanzipation begreifen, oft apostrophiert als „Postfossilismus“ oder „Solarismus“. (vgl. Altvater 2005).

Postfossilismus und solares Zeitalter

Wenn von fossilen Energiequellen gesprochen wird, sind Erdöl, Erdgas, Kohle und auch Uran⁷ und Methan gemeint. Mit Ausnahme des Urans sind sie alle historisch aus Biomasse entstanden, also die Ergebnisse von Photosyntheseprozessen. Da Sonnenstrahlung die Energiebasis für jegliche Photosynthese ist, könnten streng genommen auch Kohle und Öl als „solare“, erneuerbare Ressourcen zählen. Da aber ihre Erneuerung erdgeschichtliche Prozesse voraussetzte, die, wenn sie sich überhaupt wiederholen, einige Millionen Jahre dauerten, gelten sie als nicht-erneuerbar.⁸ Als erneuerbar gilt hingegen jede Form der Nutzung solarer Energie auf der Erdoberfläche, die wie Sonnenstrahlung, Wind und Wellenkraft überhaupt keine Pause zwischen Vorkommen, Verbrauch und Regeneration (im Gegensatz zu Öl, Kohle, Gas) entstehen lässt.

Sieferle unterscheidet vier menscheitsgeschichtliche Phasen der Nutzung solarer „Flussstrahlung“: die der Jäger und Sammler, welche sich von Pflanzen als solare Energieverwerter erster und Tieren, als solare Energieverwerter zweiter Ordnung (oder dritter Ordnung, falls sie selber Prädatoren sind) ernährten. Darauf folgte die Ackerbaugesellschaft, die immer noch eng verbunden war mit der solaren Flächenausbeute durch Kulturpflanzen. Als nächstes gelang der Antike ein weiterer Qualitätssprung mit der Windmühle, der Wassermühle und dem Segelschiff, da hiermit in Bewegungsenergie gewandelte Sonnenstrahlung ohne den bisherigen Umweg über pflanzliche Photosynthese, als kinetische Energie nutzbar wurde. In

⁷ Uran wird in manchen Publikationen nicht unter die fossilen Ressourcen gezählt. Im Sinne der lateinischen Wurzel *fossilis* (=ausgegraben) spricht aber nichts dagegen, auch Uran zu den fossilen Rohstoffen zu zählen. Fossil bezeichnet nicht die organische Entstehung, sondern die unterirdische Lagerung. Auch teilt Uran die relevanten Charakteristika der anderen Rohstoffe: es lagert unterirdisch, wird höchstwahrscheinlich dieses Jahrhundert erschöpft sein und seine Nutzung wirkt sich negativ auf die Biosphäre aus. Es spricht daher nichts dagegen Uran zu den fossilen Rohstoffen zu zählen.

⁸ Auch wenn es in der gegenwärtigen Wahrnehmung scheint, das Ende der fossilen Ressourcen sei ein historisches Novum; menscheitsgeschichtlich ist eher ihre Nutzungsdauer von drei bis vierhundert Jahren eine – wenn auch folgenreiche – Übergangsperiode.

diesen drei Phasen war die Menschheit permanent mit den „Grenzen des Wachstums“ konfrontiert, da die jeweilige Form der Nutzung von Sonnenenergie jeder materiellen Expansion vergleichsweise enge Grenzen setzte. Erst die Nutzung der fossilen Energiequellen im Zuge der Industriellen Revolution ermöglichte die bis heute dauernde, einem kontradejevschem Zyklus gleichende, Expansionsbewegung. Erst durch den fossilen „unterirdischen Energieschatz“ wurde die Entkopplung von Raum und Zeit möglich, die allgegenwärtige Beschleunigung und die enorm verstärkte menschliche Arbeitskraft, welche die (Post-) Moderne vor anderen Epochen auszeichnet. (Sieferle 1982: 27-64)

Nach dem Aufbrauchen der fossilen Energie folgt, laut Altvater ein fünftes Zeitalter, in dem die Menschheit entweder etwas früher und freiwillig oder etwas später und unfreiwillig zur Nutzung solarer Energie zurückkehre. Als solare Energiequellen zählen dabei nicht nur Photovoltaik und -thermie sondern auch alle Arten von Wind-, Wasser- und Wellenkraftwerken, da auch Wind, Wasserläufe und ein Großteil der Gezeiten durch Sonnenenergie verursacht werden. Ferner ist die Umwandlung aller Arten von Biomasse erneuerbar (auch wenn damit noch nichts über Flächenkonkurrenz ausgesagt ist). Dass dabei der Zusammenhang von Fläche, Nahrung, Transport, Heizung und Zeit wieder zu einer relevanten Größe wird, ist weniger ein Novum als ein Ende der menschheitsgeschichtlich kurzen Phase des scheinbaren Energieüberflusses (Altvater 2005: 72-78). Damit einher geht ein Paradigmenwechsel von eher flächenunabhängiger zu flächenintensiver Energieproduktion. Die Energieträger Öl und Gas lassen sich zumindest in den konventionellen Vorkommen mit einem minimalen Flächenaufwand fördern, die Schwierigkeit liegt in ihrer vertikalen Erschließung. Diese Anspruchslosigkeit in der benötigten Fläche macht sie sowohl billig als auch, im Vergleich zu EE, territorial leichter kontrollierbar. Der Wechsel zu erneuerbaren Energieträgern bedeutet hingegen eine horizontale, oberirdische Produktion (vgl. Altvater 2005: 78). Zu erwähnen ist freilich, dass auch das fossile Zeitalter in seiner laut Sieferle bereits begonnenen Endphase zu einem wesentlich gesteigerten „Flächenverbrauch“ neigt. Die Ölpest im Golf von Mexiko im Frühjahr 2010 und der Atomunfall in Fukushima haben große Flächen Ozean und Land ökologisch stark geschädigt und teils für lange Zeiträume für Menschen unbenutzbar oder sogar unbewohnbar hinterlassen. Doch auch ohne Katastrophe werden ständig große Landflächen „verbraucht“, durch die gerade erst begonnene Förderung von Ölsänden und Ölschiefer und die „unkonventionelle“ Gasförderung in Nordamerika.⁹

Im Gegensatz dazu verbraucht zwar auch die solare Energieproduktion Flächen, aber stets nur für kurze Zeit, mit der Möglichkeit einer späteren Konversion. Statt Raps für Agro-Sprit kann im Folgejahr schon wieder Weizen angebaut werden, statt Solarmodulen und Windrädern können

⁹ In Deutschland beginnt zur Zeit die unkonventionelle Gasförderung an einigen Standorten, während ein Regelwerk und Gesetze im Jahr 2011 noch erarbeitet werden.

nach 20 Jahren Betriebszeit wieder Möhren auf der gleichen Fläche wachsen. Wo aber Kohle, Ölsände oder Ölschiefer gefördert wurde, wächst für viele Jahrzehnte nichts und für Jahrhunderte nur sehr wenig. Der Flächenverbrauch von Urantagebauen, Atomkraftwerken und -mülldeponien ist durch die WISMUT¹⁰, Majak, Tschernobyl und Fukushima ausreichend bewiesen.

Das „Ende der Fläche“ (Sieferle 2006) wird deshalb durch das Ende der „konventionellen“ Öl- und Gasförderung ebenso bedingt wie durch gleichzeitig einsetzende Verbreitung erneuerbarer Energieerzeugung. Dieser Wechsel von vertikaler zu horizontaler Produktion hat weitreichende, auch begrüßenswerte, politische Konsequenzen, da der horizontale Raum wesentlich schwerer zu monopolisieren ist als einzelne Ölfelder und Abbaugebiete.¹¹ Zwar könnte das Saharaprojekt „DESERTEC“ auf vergleichsweise kleinem Raum die benötigte Energie ganz Europas bereitstellen – ursprünglich eine Idee August Bebels (vgl. Bebel 1879) – aber ein zwingendes Monopol wie beim Öl würde dennoch nicht entstehen. Solar- und Windparks können jederzeit auch anderswo errichtet werden, im Gegensatz zu stationären Ölfeldern.¹² Die gesamte Kette von Monopolen, die sich von der Ölquelle, über den Vertrieb bis zur Tankstelle und zum Strombetreiber erstreckt, würde zerfallen und durch kleinteilige diverse Strukturen ersetzt werden. (vgl. Scheer 1999: 89-93)

Ein „solares Zeitalter“ würde also nicht nur den CO₂-Ausstoß mindern, sondern eine grundsätzliche Tendenz in Richtung regionaler und nicht-monopolisierter Energieproduktion einleiten, was laut Scheer zu einer allgemeinen Dezentralisierung von ökonomischen und politischen Strukturen führen wird. Da weder die Rohstoffquellen noch die Produktionsmittel (Windräder, Solarzellen usw.) monopolisiert werden können¹³, steht es jedem Besitzer einer

10 WISMUT = ehemalige staatliche Uranabbau-Gesellschaft der ehemaligen DDR in Sachsen und Thüringen. Da bisher weltweit kaum Urantagebaue stillgelegt wurden, bieten die ehemaligen WISMUT Halden eine Vorschau auf das Schicksal anderer Abbaugebiete. Sie sind und bleiben nach aufwendigen Sicherungsarbeiten, die im dritten Jahrzehnt nach der Stilllegung immer noch fortgesetzt werden müssen, unbewohnbar und unbenutzbar.

11 Scheer spricht von einem „Gesetz der Nichtmonopolisierbarkeit“. (Scheer 1999: 89)

12 Konfliktbrennpunkte um einzelne Gas- und Ölfelder würden laut Scheer überflüssig und ebenso die Monopole einzelner Konzerne und Staaten, da sich Sonne und Wind einfach nicht reservieren lassen. Statt lokal konzentriert, könnte sich der Verteilungskonflikt natürlich auch um die plötzlich aufgewerteten Flächen, nur regional unspezifischer, fortsetzen. Somit würden sich die Energiekonflikte, die zuletzt auf den nahen Osten und Zentralasien beschränkt waren, zu diffusen Flächenkonflikten entwickeln, in denen sich Nahrungsmittel- und Energieerzeugung in direkter Konkurrenz gegenüber stehen. Wenn die Erdoberfläche wieder zum wichtigsten Produktionsmittel menschlicher Grundbedürfnisse, wie Mobilität, Wärme und elektrischer Energie wird, ist eine grundlegende Konkurrenz die zwingende Folge. Damit wäre eine historisch eher kurze Ausnahme vorbei und die Antagonismen, die vor der massenhaften Nutzung der Kohle im 19. Jahrhundert vorherrschten, würden wieder an Bedeutung gewinnen: Wald (Energie) tritt in Konkurrenz gegenüber Feld und Weide (Nahrung), oder Rapsöl zu Weizen, Solar-Freiflächen-Anlagen zu Rüben, Wochenendausflüge zum Fleischgericht, Heizung zum Sonntagsbrötchen, Speiseöl zu Heizöl et cetera. (vgl. Sieferle 1982) Freilich *könnten* nur unfruchtbare Böden zur Energieproduktion genutzt werden, könnten auf fruchtbarem Boden nur Energieproduzenten mit einem günstigen Fläche/Energie Verhältnis stehen (So verbraucht ein Windrad sehr wenig Fläche für sehr viel bereitgestellte Energie, während das Verhältnis bei Biomasse entgegengesetzt ist.). Aber so weit scheint das Problem noch nicht im kollektiven Bewusstsein aufgegangen zu sein; und soll des Weiteren nicht Gegenstand dieser Arbeit sein.

13 Der technische Aufwand für Solarzellen und auch Windräder liegt weit unter dem für Atom- oder

Fläche, und sei es nur ein Dach, frei, zu tun, was bisher wenigen Konzernen vorbehalten war: elektrische und thermische Energie zu produzieren. (ebd.: 77)

Ökonomische Skaleneffekte gibt es freilich, aber diese sind bisher wesentlich schwächer ausgeprägt als in der fossilen Energieerzeugung (Wagner/Kristof 2001: 25). Eine kleine Solarzelle produziert genauso effektiv wie viele kleine oder große Solarzellen, ein Windrad hat wenig höhere Grenzkosten als 100 Windräder.¹⁴ Die erneuerbare Produktion eignet sich deshalb wesentlich weniger zur *Economy of Scale* als ihre fossilen Vorgänger (Scheer 2010a: 161). Wenn überall Energie produziert wird, muss folglich auch weniger Energie transportiert werden, Produzenten und Konsumenten rücken näher aneinander und sind oft in einer Person, einer Familie, einem Haus oder einem Dorf vereint. Indem die Energie nicht verkauft, sondern vor Ort verbraucht wird, sind Zwischenhändler und Netzbetreiber zunehmend überflüssig (ebd.). Erwartbar ist daher, dass solare Produktionsmittel langfristig eine Transformation der gesamten Gesellschaft nach sich ziehen.¹⁵

Empirisch sind diese makrosozialen Entwicklungen bestenfalls in ihren Anfängen beobachtbar. Da aber die Soziologie kaum ewig gültige Gesetze aufstellen kann, muss sie mit dem Versuch vorlieb nehmen, dem Alltagsverständnis immer wieder einen Schritt voraus zu sein, um sich als Wissenschaft zu rechtfertigen (vgl. Baumann 2000). Die vorliegende Arbeit hofft, hierfür einen Beitrag zu leisten und nicht nur „den Wind der Geschichte in den Segeln [zu] haben“, sondern im Rahmen einer hypothesengenerierenden Feldforschung auch den passenden Fragestellungen eines sich entwickelnden Feldes nachzuspüren. Denn „die Kunst, [die Segel] zu setzen, ist das Entscheidende“ (Walter Benjamin). Statt im ganz Großen soll diese Arbeit der Energiewende im ganz kleinen nachspüren, im sozialen Mikrokosmos des ländlichen Raums, in der Erwartung die entscheidenden Veränderungen dort zu finden, wo sie soziologisch eher selten gesucht werden. Auch sollen die zitierten Theorien zur Energiewende nicht weiter verfolgt werden, zu Gunsten sehr detaillierter und kleinteiliger Untersuchungen an Hand konkreter Fallstudien, um im Spezifischen zu prüfen, was im Abstrakten bereits vorgedacht worden ist. Im Rahmen der *Grounded Theory* soll mit einer sehr offenen Fragestellung untersucht werden, was die Energiewende für den ländlichen Raum bedeutet.

Kohlekraftwerke. Solarzellen werden mittlerweile sehr günstig in Asien produziert. Der Grundstoff, Silizium ist reichlich vorhanden. Einziger Engpass könnten in Zukunft seltene Metalle wie Lithium für die Dauermagneten der Windräder werden, da sie auch für Akkus und Batterien notwendig sind.

¹⁴ Dass große Solar- und Windparks von Investoren bevorzugt werden, liegt in Deutschland vor allem an den administrativen Kosten, wodurch sozusagen künstliche Skaleneffekte auftreten. Das Genehmigungsverfahren für einen großen Solarpark ist wenig komplizierter als viele Genehmigungen für entsprechend viele kleine Anlagen, weshalb große Anlagen oft bevorzugt werden. Dies wird hier aber nicht zu den grundlegenden Eigenschaften erneuerbarer Energieproduktion gezählt, weil es sich eben um eine unzureichende Anpassung des gesetzlichen Rahmens handelt.

¹⁵ Denkbar ist beispielsweise eine chemische Industrie, deren Grundstoffe nicht Kohle und Öl sind, sondern Wasserstoff (vgl. Altvater 2005, Scheer 1999).

1.1 Solare Energiewende und Wertschöpfung im ländlichen Raum

Die These von der Energiewende, als Teilaspekt einer nachhaltigen Wirtschaft jenseits der „Grenzen des Wachstums“ eröffnet einen ganzen Strauß soziologischer Forschungsthemen, von denen hier nur eines weiterverfolgt werden soll, die ländliche „Energieresion“. Wenn die Oberfläche der Erde wie beschrieben weiter, relativ zu anderen Produktionsmitteln, an Bedeutung gewinnt, dann sollten sich die damit einhergehenden Veränderungen zuerst im ländlichen Raum, fernab der urbanen Ballungszentren zeigen. Wenn die fossile Wirtschaft zu einer zunehmenden Zentralisierung von Kapital und Mehrwert in den urbanen Zentren führte, würde eine solare und dezentrale Entwicklung „der weiteren wirtschaftlichen Ausdünnung von ländlichen Räumen entgegen (...)“ wirken (Scheer 1999: 296).

Dass diese Thesen sich als weniger luftig herausstellen könnten, als sie auf den ersten Blick erscheinen mögen, demonstrieren erste empirische Beispiele. Das in deutschen Fachkreisen prominente „Bioenergiedorf“ Güssing in Österreich und die im englischsprachigen Raum bekannte dänische Insel Samsø gehören zu den ersten Regionen, die ihren Energiebedarf vollständig aus lokaler, nachhaltiger Produktion decken konnten. Schon Mitte der 90er Jahre, bevor das Thema *en vogue* war, wurde in Güssing aus Holz und Energiepflanzen Wärme für die Zentralheizung des Dorfes gewonnen, Fahrzeuge wurden mit Bioethanol betankt und der Überschuss selbst produzierter Elektrizität in das überregionale Netz eingespeist, also verkauft.¹⁶ Vordergründig bedeutete dies für die Landwirte zunehmend einen Wechsel von der Land- und Tier- hin zur Energiewirtschaft. Darüber hinaus zeigten sich interessante makroökonomische Auswirkungen. So entstanden neue Arbeitsplätze in der Energieproduktion unter anderem auch, weil diese oft mehr Gewinn für die Region erzeugte als die traditionelle Landwirtschaft. (vgl. Hirschl/Aretz/Prahl/Böther/Heinbach/Pick/Funcke 2009) Im Gegensatz zu anderen ländlichen Wirtschaftszweigen eröffnen EE die Möglichkeit, fast die gesamte Wertschöpfung in der Region zu halten, weil Zwischenhändler übersprungen werden können. Zum Vergleich denke man nur an den weiten Weg, den das Gras einer Weide über Kuh und Milch bis zum Joghurt im Supermarktregal zurücklegt. Nur an einem kleinen Teil dieser Wertschöpfungskette ist die ländliche Region beteiligt (an Weide, Gras, Kuh und Milch). Schon die Weiterverarbeitung der Milch, der Vertrieb als Joghurtmarke und der Supermarkt liegen weit außerhalb der Kontrolle der Bauern. Diese haben daher keine Möglichkeit, das Gros des bezahlten Preises des Endprodukts selbst zu behalten, was für die Region einen Verlust an Mehrwert bedeutet.

Im Gegensatz dazu kann die erneuerbare Energieproduktion in fast allen Verarbeitungsstufen *in*

¹⁶ Güssing war kein Einzelfall, sondern Teil einer kleinen Gruppe von „Energieresionen“ die in Österreich in den frühen 1990er Jahren entstanden, es ist aber der erfolgreichste und prominenteste Fall.

situ geschehen. Das Endprodukt, elektrischer Strom, kann direkt in das überregionale Netz eingespeist werden, was vergleichbar wäre mit der Anlieferung des Joghurts in die Supermärkte des ganzen Landes durch genau die Bauern, auf deren Weide das Gras für die Milchkühe wächst. Da in Güssing ein lokales Wärmenetz vorhanden ist, entfallen noch die letzten Zwischenhändler, die Netzbetreiber. Die produzierte Wärme gelangt vom Produzenten ohne Umweg direkt zum Konsumenten (respektive: der Joghurt gleichsam direkt in die Küche). Für den ländlichen Raum ist das eine einmalige Situation, denn kaum ein anderes Produkt wird dort in allen Wertschöpfungsstufen so produziert, dass der Mehrwert vor Ort gesammelt wird.¹⁷

Der erste ökonomische Effekt besteht also in der Möglichkeit regionalisierter Wertschöpfung (vgl. Hahne 2006 und Wuppertal Institut 2010: 23-30) und eröffnet dem ländlichen Raum ein neues Feld wirtschaftlicher Betätigung. Hinzu kommt ein zweiter Effekt auf der Seite des Konsums. Die einzelnen Haushalte und Betriebe sparen an den Energiekosten. Da zu erwarten ist, dass die Konsumenten nicht nur aus Lokalpatriotismus handeln, sondern auch als rationale Marktteilnehmer, spricht schon die Tatsache, dass eine alternative Energieproduktion sich überhaupt gegenüber der etablierten Form behauptet dafür, dass die erneuerbare Produktion auch preiswerter ist als die herkömmlichen, fossilen Angebote.¹⁸ Ohne ökonomische Anreize würde sich kein Angebot regionaler Energieproduktion tragen.¹⁹ Indem also jeder einzelne Konsument spart, bleibt insgesamt mehr Kapital übrig, das anderweitig investiert werden kann und so zum regionalen Konsumniveau beiträgt.

Darüber hinaus gibt es einen direkten gemeinnützigen Effekt, unabhängig von der Ersparnis der einzelnen Haushalte. Güssing hatte vor der Umstellung auf EE Kosten von 35 Millionen Euro jährlich für alle Energieimporte (Gas, Heizöl, Benzin, Elektrizität).²⁰ Da keine dieser Primärenergiequelle aus der Region kamen, flossen fast die gesamten 35 Millionen ab und unterhielten im Ort höchstens zwei oder drei Arbeitsplätze für die Tankstelle. (vgl. Wuppertal Institut 2010: 36) Seitdem die gesamte Energieproduktion regionalisiert wurde, bleibt ein Teil dieser 35 Millionen Euro als zusätzliches Kapital in Güssing. Da ein ausreichend großer Teil davon in wirtschaftlich nachhaltige Investitionen kanalisiert und re-investiert wurde, entstanden neue Erwerbsquellen und Arbeitsplätze.²¹ Darüber hinaus ist die Region mittlerweile zum Netto-

17 Natürlich gibt es auch Bauern, die direkt auf Wochenmärkten verkaufen oder Gemüseboxen und ähnliches anbieten, dies sind aber eher Ausweichbewegungen in Nischen, die bisher keine mehrheitsfähige Handlungsstrategie darstellen.

18 Siehe hierzu die Fallstudie Biosphärenreservat Theiß-Landschaftsschutzgebiet.

19 Zumindest wurde in dieser Studie kein Fall gefunden, in dem Idealismus als Motiv ausgereicht hätte. Im Gegenteil, hat sich gezeigt, dass ökonomische Motive neben anderen immer eine wichtige Rolle spielen. (vgl. Ruppert/Schmuck 2008 und Wuppertal Institut 2010: 36)

20 Der Kapitalabfluss aus Güssing betrug zu Beginn der 1990er Jahre 35 Millionen Euro *per annum*, laut Konrad im Protokoll der Informationsveranstaltung in Wettin am 8.4.2009. Dass solche Effekte nicht nur in Güssing auftreten zeigen auch andere Studien, zum Beispiel die Dissertation von Dunja Hoffmann (2007).

21 Mittlerweile liegen einige quantitative Daten vor, wie hoch der Beitrag jeder einzelnen erneuerbaren Energie für

Energieexporteur geworden und aus einem Kapitalabfluss ist mittels regionalisierter Wertschöpfungsketten ein Kapitalzustrom geworden. Der Katalysator dafür war die Umstellung von fossilem Energieimport auf erneuerbare und lokale Energieproduktion. Wie neuere Forschungen zeigen, ist das durchaus kein Einzelfall, sondern lässt sich auch in anderen, ähnlichen Regionen beobachten (vgl. Krämer/Seidel 2004, Hoffmann 2007, Hirschl et. al 2009 und Späth/Rohracher 2010).

Laut Selbstdarstellung Güssings sank die Arbeitslosigkeit deutlich, bei steigendem Steueraufkommen, und aus Ab- wurde eine Zuwanderung jüngerer Menschen, die in der Energieindustrie Arbeit fanden.²² Dabei muss aber einschränkend gesagt werden, dass Güssing (ebenso wie Samsø) von einigen Förderprogrammen Österreichs und der Europäischen Union profitierte, die sicherlich nicht jedem Ort zugänglich sind. Dank seines Ruhms als Energie-Pionierregion kommen jährlich mehrere tausende „Energietouristen“, die zu einem weiteren Wirtschaftszweig geworden sind.

Kann also angenommen werden, dass die Energiewende in jedem Falle zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im ländlichen Raum führt? Es ist nicht nur mit Nein zu antworten, um dem probabilistischen Paradigma genüge zu tun, es finden sich auch empirische Gegenanzeigen. Das einfachste Beispiel hierfür sind Windparks. Diese können direkt neben einem Dorf stehen, das, wenn es nicht am Gewinn oder der Gewerbesteuer²³ beteiligt ist, weil sein Verwaltungsgebiet vor dem Windpark endet, genauso strukturschwach bleibt wie zuvor. Die landwirtschaftliche Produktionsfläche einer Region kann, was in Ostdeutschland bereits im großen Maßstab geschieht, von externen Investoren gepachtet oder gekauft (Deggerich 2010) und zum Anbau von Energiepflanzen genutzt werden, die außerhalb der Region zu Strom und Wärme verarbeitet werden. Für die Wertschöpfung einer Region ist dies keine Verbesserung (vgl. Tischer/Stöhr/Lurz/Karg 2006: 25f.).

Ein Landwirtschaftsbetrieb, der Rapsöl an überregionale Abnehmer verkauft, lässt nicht mehr Kapital vor Ort als einer, der Weizen anbaut. Allein die Tatsache, dass EE genutzt werden, ist also noch keine hinreichende Bedingung für eine positive regionale Wirtschaftsentwicklung. Die Frage ist nicht, ob es eine Transformation gibt, sondern *wie* diese Transformation verläuft und förderlich gestaltet werden kann (Scheer 1999: 251).

Solcher Skepsis zum Trotz setzt eine steigende Zahl von Gemeinden ihre Hoffnung auf das

die regionale Wertschöpfung ausfällt. Demnach leisten Photovoltaikanlagen den größten Anteil für die Wertschöpfung je kWh (vgl. Hirschl et al. 2009, S. 177f.).

22 Siehe die Selbstdarstellung Güssings in der Video-Präsentation für Besucher und im Internet.

<<http://www.guessing.co.at>>

23 Eine entsprechende Gesetzesänderung wurde vom Bundestag 2009 beschlossen, wonach die Hauptsteuerlast aus Windkraftanlagen am Standort der Anlagen gezahlt werden soll, nicht wie bis 2009, am Firmensitz. Die üblichen „Briefkastenfirmen“ in den Orten mit Windparks wären dann überflüssig. Ob das Gesetz entsprechend wirkt, wird sich zeigen, bis 2009 floss der größte steuerliche Ertrag zum Firmensitz der Betreibergesellschaft.

Konzept „Energieautarkie“, oft mit dem expliziten Vorbild Güssings, wo sich Bürgermeister aus ganz Europa die Klinke in die Hand geben, um sich persönlich von den Vorteilen der erneuerbaren Energiewirtschaft überzeugen zu lassen. Konzepte wie „Kapitalabfluss“ und „regionale Wertschöpfungsketten“ werden dabei von den Güssingern selbst erwähnt und als Erfolgsbedingung genannt.²⁴ Der ländliche Raum steht der Energiewende also nicht in jedem Falle passiv gegenüber und die hier dargelegten ökonomischen Hintergründe sind den täglich nach Güssing reisenden Bürgermeistern wohl ebenfalls nicht neu; auch nicht das Wissen um die Herausforderung, die Energiewende so zu nutzen, dass die Gewinne im Wahlbezirk bleiben. Dafür gilt es freilich einige technische und soziale Hürden zu überspringen. So muss für eine regionale Wärmeproduktion ein Nahwärmenetz errichtet werden. Und um selber von günstigem Windstrom zu profitieren, werden sogar neue Niederspannungsnetze gelegt²⁵. Für diese Infrastruktur muss Kapital gesammelt werden, das möglichst aus der Region kommen sollte, lokale Mittelständler wollen überzeugt und Genehmigungen eingeholt werden. Dass Gemeinden auch durchaus an diesen Aufgaben scheitern können, zeigen mittlerweile ebenfalls einige Beispiele. So hat das Städtchen Havelberg im Norden Sachsen-Anhalts, nach anfänglich hohen Ambitionen, die meisten Aufgaben zur Einrichtung einer lokalen Energie-Infrastruktur einem externen Investor übertragen, womit zwar ökologische Ziele erreicht werden, nicht aber die wirtschaftlichen, da die Gewinne größtenteils abfließen, wenn auch etwas weniger vollständig als beim Einkauf fossiler Energieträger.²⁶

Eine Studie über ländliche Energiesparmaßnahmen aus dem Jahr 1988 resümiert: „Energiepolitik ist im ländlichen Raum kein Thema, dem besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.“ (Kleinfeld 1988: 129) Für viele Dörfer, Regionen und Kleinstädte lässt sich heute das Gegenteil konstatieren. Im Jahr 2009 war die Zahl der Kommunen in der Bundesrepublik, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Energieversorgung vollständig autark zu gestalten, auf 99²⁷ angestiegen. Dies sind zwar im Vergleich zu den Möglichkeiten immer noch sehr wenige, aber mit steigender Tendenz. Das Thema Energiepolitik ist im ländlichen Raum hochaktuell.

24 Konrad im Protokoll der Informationsveranstaltung am 2.4. in Wilzen und Wettin am 8.4.2009.

25 Siehe das Fallbeispiel Lettewitz.

26 Immerhin wird eine Biomasseanlage errichtet, die Steuern erwirtschaftet und Arbeitsplätze schafft.

27 Auf der Kasseler Konferenz „100%-erneuerbare-Energie-Regionen“ im Juni 2009 stellten 99 Kommunen und Landkreise ihre Pläne für eine energieautonome Entwicklung vor. Bis zum Jahr 2011 erklärten auch immer mehr Städte und größere Regionen eine autarke oder CO₂ freie Energieversorgung zum Entwicklungsziel. So zum Beispiel die Stadt und der Landkreis Bamberg, Kaiserslautern, Ulm, die Insel Pellworm, die Region Ost-Harz um die Kleinstadt Dardesheim und der Landkreis Osnabrück. (vgl. Grefe, Christian, Wir machen alles selber, In: DIE ZEIT 25.3.2011)

1.2 Forschungsinteresse

Die Probleme der Energiewende des ländlichen Raums liegen weniger im technischen als im sozialen Bereich, denn die erneuerbaren Energieproduzenten (Windräder, Solarzellen, Wasserräder usw.) haben ihr technisches Versuchsstadium längst verlassen (Hoffman/High-Pippert 2005: 394). Diese politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse sollen durch die vorliegende Studie genauer untersucht werden zur Beantwortung der Frage „welche Initiativen geeignet [sind], die bestehenden strukturellen Hindernisse zu überspringen oder zu umgehen, um die Einführung erneuerbarer Ressourcen zu beschleunigen?“ (Scheer 1999: 251)

Vorausgesetzt, die oben skizzierten wirtschaftlichen Erfolge Güssings sind auf andere Regionen übertragbar, wäre dies auch ein möglicher Ausweg für viele entvölkerte und ökonomisch marginalisierte ländliche Regionen, besonders im Osten Deutschlands. Die steigende Zahl von Kommunen, die diesen Weg einschlagen, spricht dafür, dass es sich hier um eine Entwicklung handelt, die dabei ist, sich zuerst und am sichtbarsten im ländlichen Raum zu etablieren. Neben dem Flächenangebot zeichnen sich ländliche Gebiete daher als Gegenstand der Forschung auch auf Grund soziologischer Merkmale aus: „Most empirical evidence [for deliberative and inclusionary approaches to environmental governance] comes so far from local case studies simply because deliberative practice is easier to organize at this scale.“ (Atkinson/Hanley 2003: 111)

Während zu technischen Aspekten erneuerbarer Energien (EE) hunderte, wenn nicht tausende von Publikationen vorliegen, bieten die Sozialwissenschaften kaum eine handvoll Studien, welche sich des Themas annehmen. Viele dieser Publikationen beruhen auf den Kategorien von Technikakzeptanz, die einst entwickelt wurden, um Großprojekten wie Autobahnen, Flughäfen und Atomkraftwerken gerecht zu werden (vgl. Renn 1984). Die dafür durchgeführten Umfragen sind meist quantitativ gestaltet, um das Protestpotential von Windkraftanlagen-Betroffenen zu messen. Die Tragweite der Energiewende kann mit solchen Studien und ihren Theorien nicht erfasst werden, da neue Entwicklungen hiermit auf tradierte Schemata reduziert werden. Die Form der vorliegenden Studie ist daher qualitativ und so offen wie möglich, mit einem Minimum an vorab definierten Annahmen gestaltet, insbesondere weil im Jahr 2009 auch nach längerer Recherche keine ähnlich angelegten Vorgängerstudien auffindbar waren. Lediglich deskriptive Texte über einige frühe „Energiregionen“ lagen vor. Während diese oft noch von Förderprogrammen getragen wurden, fand sich im Jahr 2009 auch eine wachsende Gruppe von Projekten außerhalb des Schutzraums intensiver Subventionierung. Es scheinen sich dabei neue Entwicklungsmodelle zu etablieren, deren gegenwärtige Vertreter sich möglicherweise später als Pioniere herausstellen. Um die aktuelle Entwicklung in Deutschland zu beobachten, wurden

möglichst fortgeschrittene Fälle so genannter „Energiregionen“ oder Regionen mit einzelnen Energieprojekten in dem anonymisierten ostdeutschen Bundesland „Dalmatien“ gesucht und gefunden. Die genauen Definition finden sich im Methodenteil.

Diese Studie soll zum einen strukturelle, soziale Hindernisse bei der Anwendung und Verbreitung EE im ländlichen Raum identifizieren und zum anderen dabei helfen, aus vielen möglichen, die wichtigsten soziologischen Fragestellungen auszuwählen. Auch sollen an Kommunen passende Handlungsempfehlungen gegeben werden können, welche Organisationsform für sie die passende ist, wie sie die Chancen der Energiewende am besten nutzen können und welche Fehler zu vermeiden sind. Konkrete Thesen stehen daher nicht am Anfang, sondern am Ende dieser Arbeit, ihre quantitative Evaluation ist Aufgabe anschließender Forschungen. Der Hauptteil der Arbeit widmet sich der Energiewende im ländlichen Kontext, in Dörfern und Kleinstädten. In der Auswertung der Fallstudien wird ein einfaches Modell skizziert, das typische Muster und Probleme benennt. Abschließend wird eine einfache Theorie angeboten, um den Topos „Energiregion“ als Wechselspiel sozialer und technischer „Komplexität“ genauer fassen und verstehen zu können.

1.3 Forschungsstand und Literatur

Obwohl die Marienthalstudie zu den Ruhmesblättern der Soziologie zählt, erfahren das Dorf und der ländliche Raum heute als Untersuchungsgegenstand eher wenig Beachtung. Wären Mittel und Zeit nicht beschränkt gewesen, hätte die Marienthalstudie ein methodisches Vorbild für die vorliegende Arbeit liefern können, da mit ihr eine detaillierte Soziographie gelang, die sowohl im Vorfeld theoretisch fundiert und dennoch in ihrer Feldphase ergebnisoffen genug war, um die Wahrnehmung unerwarteter Erkenntnisse zuzulassen (Jahoda/Lazarsfeld/Zeidl 1933). In Anlehnung daran dienten für diese Arbeit vor allem die *Grounded Theory* (Glaser/Strauss 1998) und die qualitative Sozialforschung (Flick 1999) als methodischer Leitfaden. Zum gewählten Thema liegt bisher kein sozialwissenschaftliches Standardwerk vor, an dem sich die Forschung hätte orientieren können, weshalb ein breites Spektrum empirischer und theoretischer Quellen genutzt wurde.

Thematisch am naheliegendsten ist die Agrarsoziologie, auch als Land- oder ländliche Soziologie bekannt. Sie befasst sich mit wirtschaftlichen und administrativen Fragen, die im Zusammenhang zur Landwirtschaft stehen (vgl. Planck/Ziche 1979). In der Bundesrepublik befindet sie sich aber seit der Schließung einiger Institute²⁸ trotz eines Wiederbelebungsversuchs leider im

28 So bestand seit 1952 in der BRD die „Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie“ und eine

„institutionellen Niedergang“ (Beetz/Laschewski 2008: 37, vgl. Hilgers 2008: 211). Da auch keine entsprechenden Vorgängerstudien gefunden wurden,²⁹ versteht sich die vorliegende Forschungsarbeit nicht als Teil der Agrarsoziologie. Einige Hinweise zur Feldforschung und deren Besonderheiten im ländlichen Raum haben sich jedoch als hilfreich erwiesen und sind berücksichtigt worden (vgl. Planck/Ziche 1979).

Viele Veröffentlichungen zum Thema bietet die Geographie, in ihrer eher sozialwissenschaftlichen Ausrichtung. So finden sich in der Publikationsliste des Projekts „Sozial-ökologische Forschung“³⁰ vom Ministerium für Bildung und Forschung sehr viele technische und geographische (jedoch keine empirisch sozialwissenschaftlichen) Studien zu ländlichen Energieprojekten. Selbiges galt Anfang 2009 für das ansonsten thematisch vielseitige „Ecologic Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik“.³¹

Unter dem Stichwort *land use transition* verbirgt sich ein geographischer Forschungszweig, der den räumlichen Aspekt der Energiewende zum Gegenstand hat (zum Beispiel Vermeulen 2010). Da die vorliegende Arbeit voraussetzt, dass die Energiewende wie von Siefert, Altvater und Scheer beschrieben stattfindet, und geographische Aspekte bereits intensiv untersucht sind, stellen diese Forschungszweige keinen Anknüpfungspunkt dar. Auch zahlreiche ingenieurwissenschaftliche Untersuchungen wie „Integrated renewable energy for rural communities“ (Bassam/Maegard 2004) ähneln der vorliegenden Arbeit zwar im Titel, sind aber inhaltlich weit entfernt.

Neben der Geographie haben sich die Wirtschaftswissenschaften dem Thema eingehend gewidmet, mit zahlreichen praxisnahen Studien aus Unternehmersicht, zum Beispiel: „Renewable Energy in the Countryside: A Guide for Landowners and Farmers“ (Prag 2005).

Die Chancen von EE im globalen Süden, insbesondere für die netzunabhängige Elektrifizierung unterentwickelter Gebiete, wird von Politikwissenschaftlern und ebenfalls Geographen untersucht (zum Beispiel: Pereira/Freitas/Silva 2010 und Camblong/Sarr/Niang/Curea/Alzola/Sylla/Santos 2009). Kirubi/Jacobson/Kammen/Mills (2009) untersuchten den ökonomischen Effekt lokaler Inselnetze (*micro-grids*) in Kenya und weisen positive ökonomische Effekte im Vergleich zu abwesender Elektrifizierung nach. Für die vorliegende Arbeit ist dies (trotz diverser Polemik)

organisierte Forschungsabteilung am „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ in Ostberlin. Da beide im Zuge der Wiedervereinigung abgewickelt wurden, gibt es keinen Lehrstuhl mehr, der nicht einer landwirtschaftlichen Fakultät angegliedert wäre, womit sich die Agrarsoziologie als selbstständige Disziplin wieder ent-spezialisiert hat. (vgl. Beetz/Laschewski 2008: 20)

²⁹ Am nächsten kommen wohl die Arbeiten über partizipative Verwaltungsprojekte im ländlichen Raum, zum Beispiel von Korf (2004) „Partizipation als Tyrannei: zur PRA-Methode in der ländlichen Gemeindeplanung“. Im Jahr 2011 ist das Thema erneuerbare Energie auf der XXIV. Jahreskonferenz der European Society for Rural Sociology und anderen Veranstaltungen durchaus vertreten. Daraus resultierende Publikationen kommen für die vorliegende Arbeit aber zu spät, um berücksichtigt zu werden.

³⁰ <<http://www.sozial-oekologische-forschung.org/en/index.php>> (1.8.2010)

³¹ <<http://ecologic.eu/>> (1.3.2009)

keine Vorlage, da sich Ostdeutschland von „Entwicklungsländern“ und *failed states* erheblich unterscheidet und des weiteren keine technische Vergleichbarkeit besteht. In Entwicklungsländern wird meist genau eine Energieart oder der Sprung in die Elektrifizierung untersucht, während die vorliegende Studie verschiedene Modi erneuerbarer Energieproduktion zum Gegenstand hat.

Als Teil der Wirtschaftswissenschaft etabliert sich gerade ein Forschungszweig, der regionale, langfristige Beschäftigungseffekte lokaler Wertschöpfung im Zusammenhang mit EE thematisiert, in Spanien untersucht von Moreno/López (2008) und in Deutschland vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (Hirsch et al. 2009).

In der Soziologie lagen 2009 nur einige wenige Studien vor, die den Forschungsgegenstand berühren.³² Der Artikel „Energy Regions: The transformative power of regional discourses on socio-technical futures“ (Späth/Rohracher 2010) behandelt Energieregionen in Österreich und wird insbesondere im Kapitel „Akzeptanz und Diskurs“ einbezogen. Unter dem Stichwort „community energy“ finden sich im englischsprachigen Raum einige Aufsätze, die allerdings hinter den theoretischen Konzepten von Scheer und Altvater zurückbleiben (vgl. Hoffman/High-Pippert 2005). Eine eng verwandte Monographie, eine administrativ politikwissenschaftliche Untersuchung von Peter Kleinfeld zur Organisation genau eines dörflichen Energiesparprojektes, ist 1988 erschienen. Explizit soziologische Arbeiten sind vor allem die Akzeptanzstudien zu Windkraftanlagen, unter anderem von Ralf Zoll „Politische Verhaltensforschung: Energiekonflikte“ (2001), von Renate Patz und Karoline Schubert „Akzeptanz von WKA im stadtnahen Raum“ (1997) und von Michael Franken „Rauher Wind“ (1998). Auch für andere europäische Länder existieren solche Studien, so zum Beispiel zum Zusammenhang von finanzieller Bürgerbeteiligung und Technologieakzeptanz bei Windkraftanlagen in Schottland (Warren/McFadyen 2010).

Als interessante Vorlagen erwiesen sich die Ergebnisse einiger *best practice*- und Modellstudien, allen voran der Forschergruppe um das deutsche Bioenergiemodell Dorf Jühnde. Zeitweise über 10 WissenschaftlerInnen haben das Dorf in seiner Entwicklung zur Modellregion begleitet und unterstützt. Die Ergebnisse sind in „Wege zum Bioenergiedorf“ (Ruppert/Schmuck 2008) publiziert worden, wobei es sich, wie der Titel schon sagt, um einen praxisorientierten Handlungsleitfaden handelt. Einige Thesen und Ideen sind in die Vorüberlegungen und *a priori* Thesen dieser Arbeit eingegangen. Ein Mitautor der Forschergruppe, Dr. Schmuck, konnte zudem als informeller Betreuer gewonnen werden.

Zum Zeitpunkt der Feldforschung und Verschriftlichung waren die Ergebnisse der Forschungsgruppe des Zentrums für EE in Freiburg „EE-Regionen: Sozialökologie der

³² Es scheint, die Umweltsociologie hätte ein weiteres Mal eine Entwicklung verschlafen (vgl. Huber 2002), die in anderen Disziplinen längst angekommen ist.

Selbstversorgung“ leider noch unveröffentlicht.³³

Für die rudimentären theoretischen Vorüberlegungen ergeben sich des weiteren Schnittmengen mit dem Themenkomplex Selbstorganisation und Organisationssoziologie, wozu reichlich Literatur vorliegt. Der größte Teil davon betrifft Demokratieforschung, politische Bürgerpartizipation und empirische Studien zu sozialen Bewegungen, deren theoretische Überlegungen für die *a priori* Thesen verwandt wurden. Eine stärkere Konzentration auf diese Theorien bot sich nicht an, da die Organisationssoziologie bereits etablierte Organisationen untersucht (vgl. Preisendörfer 2005), meist in Fortführung der taylorischen Frage nach Effizienzsteigerung (vgl. Kiesser 2006:72). Davon unterscheidet sich die vorliegende Arbeit grundlegend, da hier Organisationsformen betrachtet werden, die noch unvollständig und gerade erst dabei sind, sich zu etablieren.

Als geeignet erwies sich die Sozialkapitalforschung, sowohl in ihren theoretischen als auch empirischen Erkenntnissen. So sind zahlreiche empirische Einzelstudien im Sammelband „Sozialkapital“ von Franzen und Freitag (2007) publiziert, die in die Vorüberlegungen dieser Arbeit eingingen, um insbesondere Engagement, Initiative und Vertrauen zu erklären. Zum Stand von Vertrauensnetzwerken im hier untersuchten und anonymisierten Bundesland Dalmatien ist die qualitative Studie „Vertrauen – Kooperation – Netzwerkbildung“ (Nuissl/Schwarz/Thomas 2002) aufschlussreich.

Theoretisch allgemeiner angelegte Arbeiten zum Thema Sozialkapital lieferten den Hintergrund für das Theoriekapitel der Arbeit, vor allem Robert Putnam (1993, 2003). Auch die Theorie rationalen Handelns nach James Coleman (1995) wurde berücksichtigt. Für Überlegungen zu Allmenden wurde vor allem an Elinor Ostrom (1990, 2003, 2005) angeschlossen.

Inspiration für die Fragestellung der Arbeit waren Sieferles Publikation von 1982 „Der unterirdische Wald“ und die daran anschließende theoretische Arbeit Elmar Altvaters „Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen“ (2005) sowie die Monographien Hermann Scheers „Solare Weltwirtschaft“ (1999) und „Der energetische Imperativ“ (2010).³⁴

33 Siehe hierzu die Homepage des Instituts <www.zee-uni-freiburg.de> sowie die Darstellung des Finanziers, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung <www.ee-regionen.de>. Ein einleitender Artikel zum Thema findet sich in „ökologisches Wirtschaften“ 4/2009, S. 47-50.

34 Da es sich hier um Teilaspekte von Makrotheorien handelt, sind diese Autoren für die angedachte mikrosoziologischen Fallstudien als konkretes Vorbild wenig geeignet. Auch ähnliche kulturwissenschaftliche Studien zur Energiewende, zum Beispiel Joseph/Burton (1990) wurden daher nicht weiter verfolgt.

1.4 Ex Ante Thesen

Gegenüber den quantitativen, hypothesenprüfenden Verfahren der Sozialforschung „wird im Ansatz der gegenstandsbegründeten Theorienbildung den Daten und dem untersuchten Feld Priorität gegenüber theoretischen [Vor-]Annahmen eingeräumt“ (Flick 1999: 57). Im folgenden sind deshalb die Vorüberlegungen und ex-Ante Thesen vom Frühjahr 2009 formuliert, ohne den Anspruch, diese im Sinne der quantitativen Forschung vollständig zu testen (vgl. Meinefeld 2000, Flick 1999: 57 und Kleinig 1982: 231). Die Thesen stützen sich auf die Erkenntnisse und Termini im Sammelband „Sozialkapital“ (Franzen/Freitag 2007). Abweichende Quellen sind extra ausgewiesen. Sozialkapital wird in Anlehnung an Franzen/Freitag mit Putnam definiert als „features of social organisation such as networks, norms and trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit“ (Putnam 1995: 67). Die große Zahl möglicher Fragen wurde nach der Feldforschung 2010 auf wenige, relevante eingeschränkt (vgl. Flick 2000: 259). Insbesondere die quantitativen und vergleichenden Thesen mussten größtenteils aufgegeben werden. Sie sind hier dennoch aufgeführt, um die innere Entwicklung der Studie nachvollziehbar wiederzugeben. Die Ergebnisse der Feldphase für jede These sind hier in sehr knapper Form in Vorwegnahme der eigentlichen Ergebnisse der Arbeit angefügt.

Generalisiertes Vertrauen

1. Ein hohes Niveau „generalisierten Vertrauens“ in einer Gemeinde führt zu mehr Kooperationsbereitschaft und erhöht die Wahrscheinlichkeit von Bürgerenergieprojekten (BEP).
- 1.1 Ein hohes Niveau generalisierten Vertrauens innerhalb einer elitären Gruppe einer Gemeinde (Verwaltung und Wirtschaft) erhöht deren Kooperationsfähigkeit und damit die Wahrscheinlichkeit, für Energieprojekte zu kooperieren.
- 1.2 Daraus folgt, dass Gemeinden mit erfolgreichen Energieprojekten sich gegenüber solchen mit gescheiterten BEP und diese wiederum gegenüber solchen ohne BEP durch ein höheres Maß des generalisierten Vertrauens auszeichnen.

Das mittlerweile in einigen Fragebögen standardisiert messbare Niveau des „generalisierten Vertrauens“ (vgl. Wookcock 1998, Krishna/Shrader 1999, Harper 2001) konnte in dieser Form nicht erhoben werden. Die Fallstudien haben jedoch die Bedeutung des gegenseitigen Vertrauens für erfolgreiche Kooperation gezeigt. Es kann daher resümiert werden, dass gegenseitiges Vertrauen sowohl innerhalb einer integrierten Elite als auch allgemein innerhalb eines Ortes, wie erwartet, die Kooperationswahrscheinlichkeit in BEP deutlich fördert.

Human Development Index

2. Ein hoher *Human Development Index* (HDI) oder zumindest ein hoher Wert einzelner Indikatoren des HDI, führt zu einer höheren Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung an gemeinnützigen Projekten, wie BEP sie darstellen.
- 2.1 Daraus folgt, dass Gemeinden mit erfolgreichen Energieprojekten sich gegenüber solchen mit gescheiterten BEP und diese wiederum gegenüber solchen ohne BEP durch ein höheres Maß des HDI auszeichnen.

Beide Thesen konnten mangels statistischer Daten nicht geprüft werden. Mehrere Anfragen beim statistischen Landesamt und Sekundäranalyse der schließlich bereitgestellten Daten führten zu keinem brauchbaren Material auf dem notwendigen, kleinteiligen regionalen Niveau.

3. Das Bruttoinlandsprodukt korreliert mit der Vereinstätigkeit in einer Nation. Auf Gemeinden übertragen, lässt dies erwarten, dass solche mit hohem pro-Kopf-Einkommen (um ein lokales Äquivalent zum BIP

anzugeben) eine höhere Vereinstätigkeit aufweisen. Da die Vereinstätigkeit wiederum in einem positiven Zusammenhang zur demokratischen Partizipationsbereitschaft steht, ist zu erwarten, dass Gemeinden mit hohem pro-Kopf-Einkommen mit höherer Wahrscheinlichkeit partizipative BEP realisieren. Auch hier wird erwartet, dass es sich um ein gemeinsames Merkmal der untersuchten Gemeinden handelt.

- 3.1 Das pro-Kopf-Einkommen hat eine hohe Bedeutung für die Fähigkeit und Bereitschaft einer Gemeinde, sich finanziell an einem BEP zu beteiligen. Je höher das pro-Kopf-Einkommen, desto höher die Bereitschaft zur Teilnahme an BEP.

Auch hierzu konnten keine statistischen Daten erhoben werden. Die qualitative Auswertung der Fallstudien hat immerhin gezeigt, dass Regionen mit ambitionierten Projekten, wozu die Errichtung einer komplexen Energie-Infrastruktur zählt, zu den in ihrem Bundesland wirtschaftlich erfolgreicher gehören. Energieprojekte sind eher keine Handlungsstrategie ökonomisch stark marginalisierter Regionen (marginalisiert *innerhalb* eines Bundeslandes, nicht bundesweit!).

- 3.2 Je höher das Einkommen pro Kopf, desto höher die durchschnittliche finanzielle Beteiligung der Bürger.

Das komplexeste Projekt wurde in der Fallstudie Lettewitz gefunden, wo die Familieneinkommen kurzfristig gegenüber anderen Regionen Dalmatiens gestiegen sein sollten auf Grund der Pachteinahmen aus Windkraftanlagen-Standorten. Es kann daher empirisch teilweise untermauert werden, dass ein höheres Einkommen der ansässigen Familien die Teilnahmebereitschaft an partizipativen Projekten tatsächlich steigert.

4. BIP, Vereinstätigkeit und demokratische Partizipation korrelieren auf nationaler Ebene positiv mit der Rate der Frauenerwerbstätigkeit. Auf die Gemeinden übertragen lautet daher die These: je höher die Frauenerwerbstätigkeit, umso wahrscheinlicher sind BEP.

Statistische Daten fehlen auch hier. In zwei beteiligten Orten liegt die allgemeine Erwerbstätigkeit aber sehr hoch, das heißt, auch die Frauenerwerbstätigkeit wird wahrscheinlich höher liegen als in anderen Regionen, was ein schwacher empirischer Indikator für die Richtigkeit der These ist.

Zivilgesellschaftliches Engagement

5. Die Vereinstätigkeit einer Region korreliert positiv mit der demokratischen Partizipationsbereitschaft. Deshalb wird erwartet, dass: je mehr Vereine, je höher die Aktivität dieser Vereine und je höher das tatsächliche Engagement der Bevölkerung in diesen Vereinen, desto wahrscheinlicher wird die Realisierung von BEP.

Die These kann durch die realisierte Stichprobe nicht direkt verifiziert werden. Immerhin hat sich gezeigt, dass in allen Orten, die Projekte erfolgreich gemeistert haben, ein reges Vereinsleben besteht. Ob dies höher ist als im restlichen Dalmatien, müsste gezielt mit weiteren Studien erhoben werden. Eine der These widersprechende Beobachtung, also eine ohne dichtes und aktives Vereinsleben erfolgreiche Region, liegt nicht vor. Eine statistische Prüfung war nicht möglich, da die Daten des Landessportbundes keine Rückschlüsse auf einzelne Gemeinden zulassen.

6. Schließlich wird erwartet, dass das Niveau der demokratischen Partizipation sich positiv auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation auswirkt. Wie in der Schweiz, kann diese Partizipation durch die Teilnahme an Volksentscheiden gemessen werden, in Dalmatien heißt dies: je höher die durchschnittliche Teilnahme in einer Region am letzten Volksentscheid „Keine neuen Tagebaue“, desto höher das Niveau demokratischer Partizipation, desto wahrscheinlicher BEP.

Geplant war ein statistischer Vergleich der Teilnahmequoten am Volksentscheid zum Braunkohletagebau von 2009. Die Daten hierzu liegen jedoch nur auf Landkreisebene vor und erlauben keinen Rückschluss auf einzelne Dörfer. Eine exakte Prüfung ist daher nicht möglich. Auf Landkreisebene zeigen sich kaum Variationen in der Teilnahme am Volksbegehren.

Braindrain-Hypothese

7. Je weniger eine Region in Dalmatien unter der Abwanderung junger, gut qualifizierter Menschen leidet, desto höher ihr intellektuelles Potential. Wie sich in anderen Studien gezeigt hat, ist der *brain drain* insbesondere durch die Abwanderung junger qualifizierter Frauen gekennzeichnet. Es wird also erwartet: je höher der Anteil junger Frauen an der Bevölkerung bzw. je niedriger deren Abwanderung, desto höher ist das kollektive Sozialkapital einer Gemeinde und damit ihr Fähigkeit BEP zu realisieren.
8. Je höher die durchschnittlichen Bildungsabschlüsse der nicht-abgewanderten Bevölkerung, desto

wahrscheinlicher sind BEP.

Beide Thesen konnten nicht statistisch oder qualitativ evaluiert werden.

Bildungshypothese

9. Je mehr pro Kopf-Bildungsjahre, desto höher ist im internationalen Vergleich die demokratische Partizipation und das BIP.

Auch dies konnte nicht statistisch evaluiert werden.

Ökonomische Kompetenzthese

10. Je mehr technische und ökonomische Kompetenz in Form von Klein- und Großunternehmen in einer Region vorhanden sind, desto geringer sind die Opportunitätskosten, um ein BEP zu beginnen.

Im Rahmen der Beobachtung hat sich gezeigt, dass angesiedelte Unternehmen eine wichtige Rolle spielen, vor allem als Konsumenten aber auch Produzenten von erneuerbarer Energie (EE). Des weiteren kommt ihnen in einigen Fällen eine wichtige Rolle zu als Auftragsnehmer oder Finanzier. Insofern Aufträge in Aussicht stehen, treten sie als politische Akteure auf, die Projekte unterstützen.

Thesen zum Prozess der Selbstorganisation

11. Untersuchungen zu Windkraftanlagen legen die Erwartung nahe, dass die Akzeptanz von EE Projekten stark davon abhängt, wie sich lokale Meinungsführer positionieren. (Franken 1998) Deshalb wird erwartet, dass die Rolle lokaler Meinungsführer den Organisationsprozess entscheidend strukturiert.
- 11.1 Insbesondere das Meinungsbild zum geplanten BEP hängt von der Rolle der Meinungsführer ab. Je überzeugender diese für ein Projekt eintreten, desto wahrscheinlicher ist dessen Realisierung.
- 11.2 Je mehr der relevanten verfügbaren Meinungsführer das BEP unterstützen, desto wahrscheinlicher ist dessen Erfolg.
- 11.3 Das passive oder sogar ablehnende Verhalten lokaler Meinungsführer erschwert oder verhindert BEP.
- 11.4 Das wohlwollende Verhalten lokaler Behörden hängt vom Meinungsbild der Bevölkerung ab, und dieses wiederum von den Meinungsführern. (Franken 1998)

Alle unter 11 subsumierten Thesen haben sich in der Feldforschung bestätigt. 11.4 wurde dahingehend präzisiert, dass Behörden sich wie jede soziale Institution in einem gewissen Spannungsfeld aus Rechten und Pflichten bewegen, dass verschieden weite Spielräume zulässt, so auch bei der Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung.

Amtsverwaltungen können hier am autonomsten agieren, sind aber letztlich auch nicht völlig unabhängig von der Zustimmung durch Meinungsführer (siehe Fallstudie Köllme). Ansonsten treten die Verwaltungen der Bürgermeister als relevante Behörden auf, die tatsächlich stark der öffentlichen Meinung, dem Gemeinderat und dem Bürgermeister (der meist ein Meinungsführer ist) folgen. Die These kann somit bestätigt werden.

Netzwerkthese

12. Für neue wirtschaftliche Initiativen ist die Vernetzung von sonst getrennten Bereichen aus Politik, Verwaltung und Ökonomie hilfreich (vgl. Bidault/Gomez/Marion 1997). Je mehr Bereiche im Organisationsprozess vertreten sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs der BEP. Je besser die verschiedenen Bereiche in Form ihrer Vertreter kooperieren, desto wahrscheinlicher ist ein Erfolg der BEP.
- 12.1 Für die Kooperation zwischen den Bereichen ist gegenseitiges Vertrauen notwendig. Je höher das spezifische gegenseitige Vertrauen dieser Akteure zueinander, desto reibungsloser verläuft der Organisationsprozess.
- 12.2 Je höher der Grad der Vernetzung dieser Akteure schon vor Beginn der BEP, desto wahrscheinlicher ist ihre Kooperation.

Die Thesen haben sich eindeutig bestätigt (insbesondere für Lettewitz, Wettin, Schiepzig). Die Bedeutung von alten Kontakten hat sich ebenfalls gezeigt (Lettewitz, Schiepzig).

These des kooperativen Verhaltens

13. Von entscheidender Bedeutung für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit einer Organisation ist das soziale Klima, das informelle Regeln und die Kommunikation auf der Mikroebene strukturiert. Der Grad, in dem sich eine solche kooperative Atmosphäre einstellt, hat entscheidenden Einfluss auf den Erfolg der Projekte. (vgl. Kiesser 2006)

Dies hat sich bestätigt und zu einer genaueren These geführt, dass Kooperation zwischen den Gruppen in einen allgemeinen lokalen Diskurs eingebettet ist und durch Ämterhäufung einzelner Personen und „Vermittler“ erleichtert wird.

Abgrenzung zur sonstigen Regionalplanung

Im Laufe der Forschung hat sich eine weitere zu untersuchende Dimension eröffnet, inwiefern sich die beobachteten Projekte von anderen Vorhaben der Regionalplanung unterscheiden. Handelt es sich bei den Energieprojekten um den gleichen administrativen und bürokratischen Vorgang wie bei der Planung eines Gewerbegebietes oder der Remäanderisierung eines Flusses? Mehrere Gründe sprechen gegen eine Gleichsetzung des Themas EE mit anderen Formen der Regionalplanung. Folgende Thesen wurden aus den Beobachtungen der Feldphase abgeleitet:

14. Zumindest umfangreichere Projekte wie Wärme- und Stromnetze können in keinem gesellschaftlichen Teilsystem wie Wirtschaft, Politik oder Verwaltung alleine bewältigt werden, sondern nur durch Kombination mehrerer Subsysteme.
- 14.1 Insbesondere das Meinungsbild zum geplanten BEP hängt von der Rolle der Meinungsführer ab. Je überzeugender diese für ein Projekt eintreten, desto wahrscheinlicher ist dessen Realisierung.
- 14.2 Derartige Projekte setzen nicht nur die passive Akzeptanz der Bevölkerung voraus (Beispiel: Windkraftanlagen), sondern ihre aktive und freiwillige Teilnahme. Im Gegensatz zur Zwangsabgabe für einen Straßenneubau, kann die Beteiligung an einem Wärmenetz juristisch wirksam verweigert werden.
- 14.3 Juristische Zwänge können teils durch soziale ersetzt werden, was sich aber in einem wesentlich informelleren Bereich abspielt (siehe Theorieteil). So kann ein gewisser Konsensdruck zu den förderlichen Faktoren gehören.
- 14.4 Prozesse, die mit der Bereitstellung von BEP verbunden sind, zeichnen sich also vor anderen regionalplanerischen Maßnahmen durch ihre Informalität aus, weil noch keine etablierten Institutionen bestehen.

2 Methoden

Um empirisches Material für die vorliegende Arbeit zu sammeln, war eine Feld- und Erhebungsphase von 12 bis 18 Monaten vorgesehen, wobei sich der längere Zeitraum von Februar 2009 bis September 2010 als angemessen erwies. Die Verschriftlichung und Reflexion der Beobachtungen erfolgte in mehreren Etappen, im Sommer 2009 und im Februar 2010.³⁵ Bei prozessbegleitenden Soziographien³⁶, wozu diese Arbeit zählt, ist laut Flick die richtige Wahl des Anfangs und Endes der Erhebung besonders wichtig (Flick 2000: 255f.). Obwohl der Zeitrahmen in Bezug zum Forschungsgegenstand willkürlich gesetzt ist, ergaben sich doch einige Übereinstimmungen. Das Projekt im Theiß-Landschaftsschutzgebiet stand zu Beginn des Jahres 2009 ganz am Anfang seiner Entwicklung. Die Projekte in Wettin-Wilzen, Mücheln, Köllme und Schiepzig-Lieskau waren in der Mitte und das in Lettowitz vor dem Abschluss.³⁷ So können immerhin alle Phasen untersucht und teils verglichen werden. Zu Beginn nicht absehbar, wurden

35 Die in der *Grounded Theory* üblichen Reflexionsphasen sowie das Transkribieren der Audioaufnahmen konnten nicht, wie empfohlen, im direkten Anschluss an die Feldphasen, sondern erst in den Semesterferien erfolgen.

36 Flick spricht von Ethnographien, während hier stets von Soziographie die Rede ist, worunter das Selbe verstanden wird, mit der Präzisierung, dass freilich keine besonderen Ethnien untersucht werden, zumindest solange Ostdeutsche nicht offiziell als eigene Ethnie anerkannt sind.

37 Der Zeitbedarf der Projekte konnte nur vage geschätzt werden, da kaum Referenzen vorliegen. „Wege zum Bioenergiedorf“ prognostiziert von der ersten Idee bis zur baulichen Fertigstellung einen Zeitraum von mindestens 15 Monaten (Ruppert/Schmuck 2008: 43).

die Projekte in zwei untersuchten Regionen erfolgreich und in einer weiteren erfolglos während der Feldforschung beendet. So konnten im Ergebnis sehr verschiedene mögliche Entwicklungen beobachtet werden, was im Rahmen der hypothesengenerierenden Studie zu begrüßen ist (Friedrichs 1980: 132f.).

Anonymisierung

Um die Identität der interviewten Personen zu schützen, wurden nicht nur alle Personennamen geändert, sondern auch die Orts-, Fluss- und Firmennamen. „Theiß-Donau erneuerbar!“ ist wie einige weitere Namen von Institutionen ein Phantasiename. Ferner existiert bisher kein Bundesland Dalmatien, das ebenfalls anonym bleiben soll. Wer die Materie kennt, wird unschwer die entsprechenden Dörfer und Namen erraten, aber die Wiedererkennbarkeit ist immerhin für Nicht-Eingeweihte und auch im Falle einer online-Publikation in Internetsuchmaschinen deutlich erschwert. Gegenüber der ursprünglichen Version des Textes sind einige Aussagen und in seltenen Fällen auch Zusammenhänge zwischen Personen gestrichen worden, falls diese trotz geänderter Namen kompromittierend gewesen wären. In Interviews erhobene Stasi-Vorwürfe und dergleichen werden also nicht wiedergegeben.

Feldphasen

Mit den oben skizzierten *a priori* Thesen im Gepäck wurde eine erste Feldphase von Februar 2009 bis August 2009 realisiert, die stark explorativ und wenig fokussiert war. Im August folgte eine erste Auswertung und Reflexion der gesammelten Daten und deren Diskussion im Kolloquium. In der zweiten Feldphase von September 2009 bis Februar 2010 wurden, wie in der *Grounded Theory* üblich, die weniger geeigneten Thesen verworfen (Flick 2000: 259), um die Aufmerksamkeit verstärkt auf wenige, realistisch untersuchbare Themenkomplexe zu reduzieren. Insbesondere Thesen, die sich nur über einen längeren als den gewählten Zeitraum hinweg testen lassen, wurden zurückgestellt und stattdessen die beobachtbaren Phänomene in den Vordergrund gerückt, die zusammengefasst werden können als Organisationsprozesse und Aushandlungsprozesse. Für die weitere Arbeit wurde die Feldforschung auf vier Themen fokussiert:

1. Meinungsbild, Wissen und Teilnahme der Bevölkerung
2. Meinung, Wissen und Handeln der Experten
3. Soziale Verflechtungen und Konstellationen zwischen relevanten Gruppen und Akteuren
4. Verlauf und Fortschritte der Projekte (Drittmittel, Realisierung von Zwischenzielen)

In einer zweiten Reflexionsphase im Februar 2010 konnte wiederum das bis dahin neu gesammelte Material gesichtet und ausgewertet werden, begleitet von Diskussionen in einem Promotionskolloquium. Im Februar entstand so eine Liste mit 84 Thesen für ein Forschungsseminar im Sommersemester 2010, in dessen Verlauf erste Kategorien und Typen gebildet wurden. In der dritten und letzten Feldphase zwischen 2/2010 und 8/2010 waren vor allem Studierende des Forschungsseminars im Feld aktiv, womit einzelne Wissenslücken geschlossen werden konnten. Alle Phasen und Wendungen wurden in einem Forschungstagebuch notiert.

Zeitreihen

Die in den Regionen untersuchten Prozesse überschreiten die achtzehnmonatige Feldphase in die Vergangenheit als auch in die Zukunft, sodass der Forschungszeitraum jeweils nur *einen* Zeitabschnitt und somit bestimmte Entwicklungsstadien beleuchten kann. Durch die Kombination verschiedener Interviews, in denen über vergangene Ereignisse berichtet wurde, konnten im Sinne der „dokumentarischen Methode“ (Nohl 2008) auch Entwicklungen aus Zeiträumen rekonstruiert werden, in denen noch nicht geforscht wurde. In Lettewitz wurden so wenigstens teilweise die Ereignisse seit 1994 erfasst. Ein weiterer Ersatz für eine Langzeitstudie ist der Umstand, dass viele Projekte ihre „heiße Phase“ zwischen 2009 und 2011 passierten und demnach die dynamischste Entwicklung auch in dieser Zeit beobachtbar war.

2.1 Fallauswahl

Die Forschung begann mit der Suche nach Kommunen innerhalb Dalmatiens, die sich zum Ziel gesetzt und auch schon begonnen hatten, einen Teil ihrer Strom- oder Wärmeversorgung aus nachhaltigen regionalen Quellen zu decken. Dabei sollte die Finanz- und Organisationshoheit über das Vorhaben wenigstens teilweise in der Region bleiben und nicht vollständig an einen externen Investor abgegeben werden. Auch die Initiative sollte möglichst aus der Region selber kommen. Große, extern finanzierte Windparks wurden daher mit einer Ausnahme (Löwen) nicht berücksichtigt. Es verblieben damit folgende Technologien: Biogas- und Biomasseanlagen, pflanzliche Treibstoffe, Photovoltaik und Solarthermieanlagen, Geothermie, Kleinstwindräder, sowie Wärme- und Stromnetze.

Um eine logische geographische Grenze definieren zu können, sollten nur Fälle in Dalmatien untersucht werden. Wäre stattdessen Ostdeutschland oder das gesamte Bundesgebiet gewählt worden, hätten exklusivere Kriterien aufgestellt werden müssen, um die Fallzahl einzuschränken,

was aber wiederum weiteres Vorwissen vorausgesetzt hätte. Mit den aufgestellten Charakteristika wurden in Dalmatien sieben Fälle gefunden, bei weiterer Auslegung der Merkmale hätten es auch einige mehr sein können, bei strengen Kriterien wären es zu wenige gewesen.

Die in der *Grounded Theory* entwickelte „Logik der fortlaufenden Inklusion von Gruppen“ erlaubt es, die Fallauswahl während der Feldforschung um sinnvolle weitere Gruppen zu ergänzen (Glaser/Strauss 1998: 58). So wurden im Februar 2009 zunächst zwei Fälle untersucht und durch weitere Recherchen bis Juli 2009 um fünf weitere Fälle ergänzt, die den Kriterien der Auswahl entsprachen. In chronologischer Reihenfolge: Biosphärenreservat Theiß-Landschaftsschutzgebiet, Löwen, Wettin-Wilzen, Mücheln, Köllme, Schiepzig-Lieskau und Lettewitz.

Die sieben Regionen wurden durch das „Abklappern“ von Kontakten ausgewählt, mit Ausnahme von Lettewitz, das durch eine Internetrecherche gefunden wurde. Dies kann als Schneeballverfahren beschrieben werden und hatte den Vorteil eines Vertrauensbonus bei den Kontaktierten, da immer ein persönlicher Bezug zu Dritten bestand. *Ex post* zeigt sich, dass die wichtigsten Energieprojekte in Dalmatien erfasst worden sind, da auch überregionale Experten wie Dr. Schmuck³⁸, Herr Melanchthon³⁹, Frau Prof. Rau⁴⁰, Herr Leopold⁴¹ und andere keine weiteren Fälle, die die aufgestellten Kriterien erfüllen, nannten. Eine Internetrecherche im Frühjahr 2009 brachte ebenfalls keine neuen Fälle außer Lettewitz zu Tage. Es spricht also wenig dafür, dass eine stark selektive Auswahl, wie sie Schneeballverfahren manchmal zeitigen, vorliegt. Die Ausnahme bildet der Landkreis Vogelweide. Dort finden sich gleich mehrere Energieprojekte, die alle von der Fachhochschule Grünberg vorangetrieben werden, zum Beispiel eine *top-down* Initiative für eine Holz-Zentralheizung.⁴² Da diese Projekte aber schon wissenschaftlich begleitet wurden, und es sich keinesfalls um partizipative Vorhaben handelt, wurde hier nicht geforscht. Auch das Projekt „Preußisch Elbeland bäumt auf“ wurde durch ein Experteninterview untersucht und verworfen, da es nicht partizipativ war und keine neuen Erkenntnisse mehr versprach. Einige *public-relations* Schimären, die sich um das Modewort „nachhaltige Energie“ scharen, wurden ebenfalls nicht weiter verfolgt. Im Frühjahr 2010 boten sich gleich mehrere neue Fälle an, die aber alle zu spät kamen und für die Theoriebildung nicht mehr notwendig waren, so die „Solargenossenschaft Sibiu“ und diverse Lettewitz-Nachahmer. Damit war eine Sättigung mit Fällen erreicht, was für die Fallauswahl spricht (Glaser/Strauss 1998: 57).

38 Dr. Schmuck (Name nicht geändert) hat sich bereits zuvor mit Energieprojekten in Dalmatien beschäftigt.

39 Herr Melanchthon (Name geändert) ist Mitarbeiter in der regionalen Planungsstelle Kronstadt (Name geändert).

40 Prof. Irene Rau (Name nicht geändert) präsentierte am 8. Juni 2010 in Berlin das Forschungsprojekt am Institut für Psychologie der Universität Magdeburg „erneuerbare Energien - Akzeptanz durch Beteiligung“.

41 Herr Leopold (Name geändert) ist Mitarbeiter der Firma Wind-Strom AG, der im Frühjahr 2010 von mehreren neuen Energieprojekten in Dalmatien zu berichten wusste.

42 <<http://www.erneuerbar.barnim.de/Brodowin.4176.0.html>> (1.8.2010)

„Theiß-Donau erneuerbar!“

Vier der sieben untersuchten Regionen nahmen vier von Anfang 2009 bis Ende 2010 an einem Förderprogramm unter der Ägide der regionalen Planungsstelle Kronstadt teil: Wettin-Wilzen, Schiepzig-Lieskau, Köllme und Mücheln. Von der Planungsstelle wurden die erfolgversprechendsten Projekte zu EE mit einem politischen und partizipativen Charakter im Land Dalmatien gesucht. Die Projekte wurden von der Planungsstelle aber nicht konzipiert, die Initiative kam stets aus den Regionen selber.

Natürlich wurde die Auswahl der Planungsstelle durch die vorliegende Arbeit teilweise übernommen, da hiermit lange Recherchearbeit abgekürzt werden konnte. Lediglich die Region Schiepzig-Lieskau war nie wirklich partizipativ, sondern hat dies scheinbar für das Förderprogramm vorgegeben und wäre ohne die Vorauswahl der Planungsstelle wohl nicht in dieser Studie aufgetaucht. Andererseits konnte so ein kontrastierender Fall erfasst werden. Die Auswahl war also von der regionalen Planungsstelle zumindest teilweise beeinflusst. Die Unterstützung durch Herrn Melanchthon, Leiter des Programms in der Planungsstelle, ermöglichte die Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen mit den beteiligten Bürgermeistern und öffnete manche Tür für Interviews. Dass dadurch eine gewisse Selektion im Feldzugang vorlag, lässt sich nicht leugnen, ist aber in qualitativen Studien kaum vermeidbar.

In der Einleitung wurde erklärt, es sollten Regionen untersucht werden, die im Gegensatz zu Güssing nicht intensiv aus staatlichen oder wie Jühnde aus wissenschaftlichen Förderprogrammen unterstützt werden. Im Rahmen des Förderprogramms „Theiß-Donau erneuerbar!“ erhielten die vier Bürgermeister zwar für je eine Machbarkeitsstudie 10.000 Euro; aber im Vergleich zu den insgesamt notwendigen Investitionsvolumina von teils mehreren hunderttausend Euro ist dies doch eher marginal. Dazu wurden vierteljährliche Treffen organisiert, was zwar eine wichtige Unterstützung für die Bürgermeister war, aber doch nicht mit der „Vollzeit“ Betreuung durch eine Wissenschaftlergruppe wie in Jühnde vergleichbar ist. Es kann also nicht gesagt werden, dass gar keine Förderung vorlag, aber diese war doch eher überschaubar.

Auch gibt es in finanzschwachen ostdeutschen Kommunen kaum umfassende Vorhaben, die nicht durch wenigstens ein Programm von Land, Bund oder EU unterstützt werden. Wie sich in den Interviews zeigte, sind die Bürgermeister und ihre Verwaltungen sehr versiert im Einwerben solcher Fördermittel. Es wäre also schwer oder gar unmöglich, Gemeinden zu finden, die auf der einen Seite geschickt genug sind, um Energieprojekte voranzutreiben, auf der anderen Seite aber keine Fördermittel finden. Insofern also zu erwarten ist, dass die meisten Kommunen in Ostdeutschland ihre Regionalentwicklung durch Bundes- und EU-Mittel teil-finanzieren lassen, stellen die vier Gemeinden innerhalb der neuen Bundesländer keine besonders privilegierte

Gruppe dar. Im Vergleich zu Westdeutschland und von der EU als weniger prioritär eingestuften Regionen besteht allerdings ein gewisses Fördermittel-Gefälle, sodass hier die Verallgemeinerbarkeit leicht eingeschränkt ist. Von einer intensiven Unterstützung wie in Güssing oder Jühnde sind die vier Regionen aber weit entfernt.

Politischer Charakter der Initiativen

Wie im Titel der Arbeit angekündigt, werden in der Fallauswahl nur Regionen mit partizipativen Vorhaben berücksichtigt, im Gegensatz zu *top-down* Strukturen. Wenn viele Personen aktiv involviert sind, ist dies gleichbedeutend mit einem politischen Prozess im Gegensatz zu partikularen privatwirtschaftlichen Initiativen, die ohne breite Beteiligung auskommen. Mit der Betonung von demokratischer Teilhabe in der Fallauswahl geht also auch ein Primat des Politischen einher, wenn Politik mit Hannah Ahrendt als das Gegenteil von Ökonomie und Sachzwang verstanden wird (Ahrendt 2008: 40f.).

Auswahl von Personen innerhalb der Fälle

Im Gegensatz zur *a priori* Definition von Stichproben, wurde im laufenden Forschungsprozess eine Fallauswahl getroffen, sowohl auf Ebene der Region als auch innerhalb der Regionen (vgl. Glaser/Strauss 1967: 45). Das Kriterium der Auswahl war die Eignung der Fälle für die zu entwickelnde Theorie (vgl. Glaser/Strauss 1967: 47). „In der Praxis entziehen sich viele Soziologen diesem Problem der Gruppenauswahl, indem sie (...) nur eine Gruppe studieren“ (Glaser/Strauss 1998: 55); stattdessen sollten jene Gruppen ausgewählt werden, die zur „Ausarbeitung emergenter Kategorien“ beitragen (ebd.: 57).

Ausgewählt wurden zunächst „natürliche Gruppen“ (ebd.: 61), insofern Experten aus Politik (Bürgermeister), Verwaltung und Wirtschaft sowie Vereinsvorstände auch im Alltagsverständnis als je zusammengehöriger Personenkreis gelten. Die Auswahl erfolgte zu Beginn nach dem Schneeballsystem, um weitere relevante Personen zu identifizieren. In der späteren Feldphase (Ende 2009) wurden dann, wie von Glaser und Strauss empfohlen, zunehmend selbstständig weitere Interviewpartner innerhalb der vier Gruppen gesucht, um in jedem Ort die wichtigsten Akteure jeder Gruppe interviewt zu haben. Ferner wurde die Gruppe „Laien“ definiert als nicht weiter differenzierte Dorfbevölkerung, aus der Zufallsstichproben auf der Straße „gezogen“ wurden in *face-to-face* Interviews.

Generalisierbarkeit

Zu den typischen Problemen qualitativer Studien gehört ihre eingeschränkte Generalisierbarkeit (Flick 2000: 259f.). Für diese Soziographie wurde beansprucht, Aussagen über ähnliche Projekte treffen zu können und „typische“ Entwicklungen und Problemlagen zu identifizieren. Die Ergebnisse sollten in erster Linie im Land Dalmatien und in Ostdeutschland gültig sein. Mit leichter Abstufung sollten sie innerhalb Westdeutschlands zutreffen, da hier immer noch ähnliche administrative Bedingungen vorliegen. In geringerem Maß sollte die Analyse für andere entwickelte postsozialistische europäische Gesellschaften und strukturschwache westeuropäische Regionen zutreffen.

2.2 Erhebungsinstrumente

Durch die Kombination mehrerer Methoden soll ein möglichst detailliertes und vollständiges Bild der untersuchten sozialen Prozesse gezeichnet werden. So resümiert die Marienthalstudie: „Wir haben versucht, alle jene Methoden, die sich bewährt haben, zu verwenden, und haben sie bewusst zu einer Einheit verbunden, die als in sich geschlossener soziographischer Versuch bezeichnet werden darf.“ (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975) In diesem Sinne hat sich diese Feldforschung vieler Methoden bedient, je nach Situation und Erkenntnisziel: offene, narrative und teilstrukturierte Experteninterviews als *face-to-face* und Telephoninterviews waren ebenso nützlich wie teilnehmende Beobachtungen. Diese Erhebungen wurden teils als handschriftliche Notizen, teils auf dem Laptop und teils als Audioaufnahme dokumentiert. Ausschließlich schriftlich wurden teilstrukturierte und einige offene *face-to-face* Interviews mit Anwohnern protokolliert. Dazu kommen Telefongespräche und Nachfragen nach den jeweils jüngsten Entwicklungen, bei den Verantwortlichen auch nach den eigentlichen Interviews, um auf dem Laufenden zu bleiben.

Als Sekundärquellen wurden vor allem die Ergebnisse einer Recherche beim Landesamt für Statistik genutzt, sowie Feldberichte der Studierenden aus zwei Forschungsseminaren. Ferner steuerte die regionale Planungsstelle Sitzungsprotokolle und zahlreiche Studien und Unterlagen bei.

Ein Feld sollte idealerweise in seiner Breite und Tiefe erschlossen werden. „Angesichts begrenzter Ressourcen (Arbeitskraft, Zeit, Geld, etc.) sind diese beiden Ziele (...) eher Alternativen als vereinbare Vorhaben“ (Flick 1999: 89). Vor diese Wahl gestellt, untersucht diese Arbeit, im Vergleich zu typischen *Grounded Theory* Studien eher die Breite als die Tiefe. Für die Tiefe, zum Beispiel eine hermeneutische Analyse mehrstündiger Interviews jedes Experten, fehlte die Zeit.

Für eine theoretische Sättigung des Themas und ihr exploratives Ziel ist eine hohe Fallzahl von Experteninterviews wichtiger als eine detaillierte Auswertung weniger Interviews. Die genauen Fallzahlen sind in Tabelle I aufgelistet.

Lokalitäten	Experten- interviews, face to face	Experten- interviews, Telephon	Umfragen, face to face	Beobachtungs- protokolle	Umfragen, Vereinsvorstände, Telephon
Köllme	6 (2) [2]	1 [1]		1 / 1	6 / 7
Lettewitz/Salzmünde /Döblitz	7 / 8 [2]	1 (1)		3 / 4 [1]	
Schiepzig-Lieskau	4 (1)		7 / 10	-	0 / 1
Wettin	4 (1) /4		19 / 21	1 / 2	8 / 12
Wilzen	1/1 [1]		11 / 11	1 / 2	3 / 3
Theiß-Landschafts- schutzgebiet	2			2 / 2	
Löwen	7 [2]		11 / 12	-	5 / 5
Mücheln/Lettin	2 [1]			2 / 2	
Straussberg	1			-	
Sibiu	2 [2]			-	
„Theiß-Donau erneuerbar! /RPGS	5 (3)			7 / 7 (1) [3]	
insgesamt	41 / 42 (7) [10]	2 / 2 (1) [1]	48 / 54	17 / 20 (1) [4]	22 / 28

Tabelle I: Überblick aller geplanten und tatsächlich erhobenen Beobachtungen der Studie.
 Legende: Realisierte / angefragte Interviews (davon Audioaufnahme) [davon von Studierenden geführte Interviews]; In der Zeile „Theiß-Donau erneuerbar!“ geben die eckigen Klammern die Zahl der Protokolle an, die dem Forscher in Abwesenheit zur Verfügung gestellt wurden von Studierenden und RPGS.

Die Arbeit begann im Februar 2009 mit einer Reihe von investigativen, offenen Interviews. Im Verlauf der Feldphase wurden dann immer mehr soziale Strukturen erkennbar, relevante Akteure und Institutionen vertrauter und auch die spezifische Problem- und Interessenlage der Experten nachvollziehbar. Bis August 2009 entstand so ein themen- und problemzentrierter Interviewstil, der im September 2009 zu einem Experten-Interviewleitfaden ausgearbeitet wurde. Dessen Ziel war es, vor allem die relevanten und kritischen Informationen zu sammeln, da sich zeigte, dass insbesondere die Experten aus Politik und Verwaltung Probleme verschweigen, beschönigen und teils relevante Informationen zurückhalten. Vielen konnte erst durch gezieltes Nachfragen relevantes Neues entlockt werden. In einigen Fällen entwickelte sich die Forschung so zur

Detektivarbeit (vgl. Schütze 1976 und 1977).

Im Juli 2009 wurden innerhalb von einer Woche *face-to-face* Interviews mit 48 Personen aus der Bevölkerung in Wettin, Wilzen, Schiepzig und Löwen durchgeführt. Hierzu wurde schon vor den Interviews ein Leitfaden erstellt, der sich aus den gesammelten Erfahrungen speiste und insbesondere Themen beinhaltete, die von den Experten zuvor angesprochen wurden. Teilweise lagen diese aber jenseits des Wissens-Horizonts der befragten Bevölkerung.

Im Theiß-Landschaftsschutzgebiet spielt die Bevölkerung keine Rolle, sodass keine Laien-Interviews notwendig waren. Für Köllme und Mücheln zeigten schon die Experteninterviews einen so geringen Wissensstand, dass Laien-Interviews wenig mehr versprachen als ratlose Bürger und deshalb nicht erhoben wurden. Lettewitz durchlief die heiße Phase im Juli 2009 und die Atmosphäre im Dorf war recht angespannt; auch hätten die Experten Laieninterviews des Forschers nicht gebilligt. Statt der *face-to-face* Befragung konnte aber eine zentrale Familie des Dorfes für ein sehr ausführliches Interview gewonnen werden.

Ebenfalls im Juli 2009 wurden innerhalb von drei Wochen die Vorstände der Vereine, die Freiwillige Feuerwehr und die Pfarrer (wo möglich) in den Orten Wettin, Wilzen, Löwen, Köllme, Schiepzig/Lieskau, Mücheln und Lettewitz telephonisch interviewt. Insgesamt konnten 22 Personen interviewt werden. Wie sich schnell herausstellte, waren die Lettewitzer auf Grund der gespannten Situation im Juli nicht gewillt, Interviews zu geben. In Mücheln war die Wissenslage sehr schwach, sodass nach einigen Interviews keine neuen Informationen mehr zu erwarten waren. In Schiepzig wurden alle Interviewanfragen abgelehnt, was immerhin auch Rückschlüsse auf das Feld zulässt. Im Theiß-Landschaftsschutzgebiet schließlich spielten die Vereine keine Rolle und wurden nicht kontaktiert. So verblieben drei Regionen als Schwerpunkte für die Telephoninterviews. Für diese wurde vorab ein Leitfaden entwickelt und eine Liste mit zu Befragenden erstellt. Von jedem Verein in jedem der Orte sollte mindestens eine Person erreicht werden, im Falle von Doppelspitzen auch zwei. Von 40 definierten Positionen konnten letztlich 28 Personen als sinnvolle Interviewpartner identifiziert und 22 interviewt werden. Das entspricht einer Ausschöpfung von 55% beziehungsweise 79%. 6 Personen verweigerten das Interview per E-Mail oder am Telefon oder antworteten nicht auf Anfragen.⁴³

10 öffentliche Veranstaltungen und 7 nicht-öffentliche Expertenrunden von „Theiß-Donau erneuerbar!“ wurden protokolliert, davon eine als Audioaufnahme, die restlichen durch Notizen. Die Zahl der verpassten wichtigen Veranstaltungen lässt sich grob schätzen auf drei bis zehn.⁴⁴

⁴³ In der Tabelle I wird die niedrigere Zahl von 28 Netto-Interviews zugrundegelegt, also diejenigen, die in irgendeiner Weise kontaktiert wurden.

⁴⁴ Die Grundgesamtheit ist unbekannt, da nicht alle Veranstaltungen öffentlich angekündigt wurden und dem Forscher oft nur nachträglich, zufällig bekannt wurden, sodass auch eine nachträgliche Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Experteninterviews

Die Interviews zwischen Februar und September 2009 wurden offen und unstrukturiert, meist narrativ geführt. Nach einer kurzen Vorstellung des Forschers und einer sehr kurzen Erläuterung des wissenschaftlichen Interesses, begannen die Interviewten in der Mehrzahl der Fälle von allein zu berichten, meist recht breit und ausführlich, ohne weitere Nachfragen. Das mag ihrem Status als Experten geschuldet sein, da sie es gewöhnt sind, ihre Projekte vorzustellen. Der Interviewer nutzte dann im Verlauf des Gesprächs sich bietende Gelegenheiten, um auch sein Hintergrundwissen, dass er zum Forschungsgegenstand erworben hat, zur Schau zu stellen, was in den meisten Fällen die Interviewten bewog, weitere Details preiszugeben.⁴⁵ Gegen Ende der so recht frei initiierten Erzählung, die oft Züge des narrativen Interviews trug, (vgl. Küster 2006) ging der Forscher dazu über, gezieltere Fragen zu stellen, um eventuell auch weniger „erwünschte“ Antworten zu erhalten. Probleme und Gretchenfragen wurden angesprochen und schließlich wurde nach den nächsten Terminen und weiteren relevanten Personen gefragt.

Die Interviewten schienen sich als Gegenstand wissenschaftlichen Interesses geehrt und angespornt zu fühlen. Da die meisten Interviewten aus der Politik kamen (Bürgermeister, Gemeindevorsteher) oder leitende Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen ausfüllten, kann vermutet werden, dass eine gewisse Affinität zur gut inszenierten Selbstdarstellung vorliegt und das narrative Interview beflügelt hat.⁴⁶

In einigen Fällen hat der Interviewer seine Hilfe angeboten, zum Beispiel bei ohnehin geplanten Umfragen (Theiß-Landschaftsschutzgebiet, Wettin), Lob oder konstruktive Kritik geäußert oder in Aussicht gestellt, Studierende für Abschlussarbeiten zu vermitteln, was allerdings misslang.⁴⁷

Mit allen Gemeinden bestand auch nach der ersten Kontaktaufnahme weiterer Verkehr, entweder durch Besuche oder telefonische Anfragen nach Fortschritten und neuen Ereignissen, insbesondere Informationsveranstaltungen.

45 Im Laufe der Feldphase konnte der Forscher zunehmend relevantes Hintergrundwissen auch zu den jeweiligen Projekten sammeln. Gelegentliche Hinweise auf solches Wissen hat die Interviewten meist motiviert, relevante Informationen mitzuteilen, statt nur die Erfolge und Fortschritte zu preisen. Dafür bietet Schütze (1976) zwei Erklärungen an. Auf der einen Seite versuchen Experten die Expertise mit dem Wissensvorsprung symbolisch aufrechtzuerhalten, auf der anderen Seite ist es auch denkbar, dass der Forscher damit eine Experten-*in-group* konstruieren konnte, in der ein höheres Maß an Vertrauen herrschte, wie verschiedene Methodenleitfäden nahe legen. (vgl. Schütze 1976)

46 Da der Forscher teils längere Strecken mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad zurücklegte, um die entlegenen Gemeinden in Dalmatien zu erreichen, waren die Erwartungen an die Interviews entsprechend hoch und wurden auch nur selten enttäuscht, was den Aufwand im Nachhinein gerechtfertigt hat.

47 Dies hat den Hintergrund, dass nahezu alle Gemeinden teure Gutachten in Auftrag geben, um weitere Fördermittel zu erhalten oder einfach um über Arbeitsgrundlagen zu verfügen und deshalb an wissenschaftlichen Arbeiten prinzipiell interessiert sind.

Telephoninterviews

Die Interviews mit den Vereinsvorständen wurden auf Grund der hohen Fallzahl telephonisch erhoben. Eine vollständige Liste mit Vereinen konnte jeweils auf den Internetseiten der Städte gefunden werden. Die Mehrzahl der Vereine war selber im Internet präsent, wo oft sogar die Telephonnummern, in jedem Falle aber die vollen Namen der Vorstände einsehbar waren. So konnte eine Liste mit allen Vereinen und Vorständen erstellt werden. Wo E-Mail Adressen angegeben waren, wurde vorab ein E-Mail geschickt, ansonsten ohne Ankündigung angerufen. Die zusätzlich eingeplanten freiwilligen Feuerwehren und Pfarrer waren nicht in allen Orten vorhanden, dafür gab es einige Grenzfälle, wie die Arbeiterwohlfahrt und der Kindergartenverein, die in den Vereinslisten auftauchten aber keine eigentlichen Vereine sind; auch diese wurden, wo möglich, mit erhoben.

Die Gespräche begannen mit einer teilstandardisierten Vorstellung mit Nennung des Themas und des Anliegens, und im Falle von Zustimmung, der Aufforderung zu sagen, was man selber von den Projekten im Dorf wisse. Wenn Vorstände nicht sofort überzeugt waren, stellte der Interviewer sich ausführlicher vor, was dann das Interview meist doch noch ermöglichte. Unter den Interview-Abbrechern waren einige Personen, die von dem Projekt wussten, aber nicht zustimmten, und ihre Opposition nicht am Telefon ausdrücken wollten, was ersichtlich wurde am Zeitpunkt und an der Begründung der abgebrochenen Interviews (zum Beispiel: „nein, dazu will ich lieber nichts sagen“). Auch wurde in einigen Fällen Nicht-Wissen vorgeschützt, um einem Interview zu entgehen, was wahrscheinlich oft Nicht-Wollen bedeutete, da andere Personen auch trotz Nicht-Wissen teilnahmen und der Interviewer stets versicherte, dass dies kein Problem sei. Nach der Wissensfrage folgte, falls dies nicht schon gesagt wurde, die Aufforderung, die Vorhaben im Dorf zu bewerten, teils auch mit Nachfragen. Des weiteren wurde nach relevanten Personen gefragt, die mit dem Projekt in Verbindung stünden und falls der Interviewte dazu kompetent erschien, ob es auch Gegner im Dorf gäbe. Wo dies angemessen war (Wilzen), wurde gefragt, ob man selber bereit sei, sich finanziell am Projekt zu beteiligen. Die abschließende Frage betraf die Meinung zu erneuerbaren Energien (EE) in Deutschland im Allgemeinen, was insbesondere den Kritikern der lokalen Projekte und schlecht Informierten entgegenkam, da ihnen hier die Gelegenheit geboten wurde, doch noch (allgemeines) Wissen und eine positive Meinung zu vertreten. Da sich viele Personen im ländlichen Raum Dalmatiens unwohl fühlen, Kritik zu äußern, war dies eine Art symbolische Entlastung. So konnte schließlich noch demonstriert werden, dass man auf der „richtigen Seite“ steht von Umweltschutz und EE. Die Position des Forschers wird dabei nicht ganz unwichtig gewesen sein, der sich ja damit vorstellte, über diese Dinge in Dalmatien zu recherchieren.

Bevölkerungsumfragen

Die Befragung im Sommer 2009 sollte zeigen, wie sich das Meinungsbild und der Wissensstand der Bevölkerung gestalten und inwiefern sie von dem der Experten abweichen. Wie bereits erläutert, wurden nur in den Orten Wilzen, Wettin, Schiepzig und Löwen erhoben. Dafür wurde ein teilstrukturierter Leitfaden erstellt, der jedoch je nach Ort angepasst wurde, insbesondere seine Einleitung. In Löwen war das Thema so präsent, dass einige Worte genügten, um die Interviewten auf die richtige Spur zu führen, in Wettin und Wilzen hingegen musste es ausführlicher erläutert werden, um den Interviewten auf die Sprünge zu helfen. Es wurde generell nicht gefragt, sondern aufgefordert, zu sagen, was man denn von dem Projekt im Dorf wisse, da sich nach wenigen Interviews das Fragen als unpassend erwies. An Wissensfragen wurde mit Nachfragen nach der persönlichen Meinung angeschlossen, nach wichtigen Personen wurde gefragt und, falls passend, nach der Bereitschaft, sich persönlich zu beteiligen. Die Ausschöpfung war sehr hoch; es wurden kaum Interviews aufgrund des Themas verweigert, außer in Schiepzig, wo das Thema mit Angst besetzt ist.

Eine methodische Ausnahme bildet die Familie Wittelsbach in Lettewitz, die sich weder in die eher kurzen *face-to-face* Interviews noch in die Experteninterviews einreicht. Wittelsbachs wurden von der Pfarrerin (im Experten-Telephoninterview) empfohlen als gute (also aktive, was selten ist) Gemeindemitglieder und konnten wiederum mit Verweis auf die Pfarrerin für ein Interview in Lettewitz gewonnen werden.⁴⁸ Insgesamt wurden 52 Personen angefragt, von denen sieben die Teilnahme am Interview verweigerten und 45 teilnahmen, das entspricht einer Ausschöpfung von 86%.

2.3 Neutralität im Feld

Um der Forschung einen möglichst objektiven und kontinuierlichen Standpunkt zu geben, wurde im März 2009 ein Leitfaden ausgearbeitet, der die Interaktion mit dem Feld definiert und hier unverändert wiedergegeben wird:

Die aktive Einwirkung auf das Feld soll so weit als möglich vermieden werden. Sollte es dazu kommen, dass der Forscher dazu aufgefordert wird, wäre eine einfache Reflexion des Meinungsbildes der Region möglich, um Kommunikationsschwierigkeiten oder Konfliktlinien aufzuzeigen. In jedem Fall soll nicht aus eigener Initiative in

⁴⁸ Wittelsbachs sind, wie sich zeigte, eine der zentralen Familien im Dorf in Bezug auf Sozialkapital und Bildungsgrad. Sie erfüllen deshalb zwar nicht die hier gewählte Definition von „Experten“ sind aber dennoch für die Forschung zu Lettewitz die wichtigste Quelle. Das narrative Interview mit Herr und Frau Wittelsbach dauerte circa vier Stunden und enthüllte eben jene Geschichten, Meinungen und Hintergründe, die von politischen Experten kaum zu erfahren sind und auch in *face-to-face* Interviews auf der Straße nur schwer zu konstruieren gewesen wären.

Gruppendiskussionen und Gemeindeversammlungen eingegriffen werden.

Im Dialog mit zentralen Personen wird es aber wohl sehr oft notwendig und sogar förderlich zur Schaffung des notwendigen Vertrauensverhältnisses sein, eigene Standpunkte zu äußern und die beobachteten Situationen zu reflektieren. Das kann im Rahmen des *survey feedback* Ansatzes kontrolliert und teilweise vorstrukturiert geschehen. Bei Umfragen und sonstigem Kontakt mit der Bevölkerung wird ebenfalls das Gespräch auf die Projekte kommen, sodass sich auch hier der Interviewer möglicherweise äußern muss. So weit als es für den Erfolg der Umfrage oder eines Interviews notwendig ist, soll sich der Interviewer positiv äußern, mit konkreten Aussagen aber weitestgehend zurückhalten.

A priori geplante aktive Teilnahme ist nicht vorgesehen. Erst nach Abschluss der Feldforschung kann das gesammelte Wissen in einem Vortrag oder Texten präsentiert werden. In einigen Fällen sind Ausstellungen und Informationsveranstaltungen geplant. Da diese erst nach Abschluss der Projekte vorgesehen sind (in Lettewitz und Theiß-Landschaftsschutzgebiet), kann der Interviewer hierzu Material und Wissen beisteuern, dies möglicherweise auch im Vorfeld ankündigen, um seine Kooperationsbereitschaft zu demonstrieren.

Diesem Rahmen konnte weitestgehend entsprochen werden. Ausnahmen gab es allerdings. So wurden die Ergebnisse der *face-to-face* Interviews beim Treffen von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 15.10.2009 in Ebersheim den Bürgermeistern und sonstigen Experten vorgestellt. Dies war eine angemessene Gegenleistung für die vielen Interviews und Veranstaltungen, die der Forscher besuchen durfte und hat zum gegenseitigen Vertrauen für weitere Forschungen beigetragen.

Beim Protokollieren einer Informationsveranstaltung in Mücheln schien es, der Forscher hätte durch einen Redebeitrag die Bürger für die Bürger-Solar-Anlage umstimmen können, worauf aber mit Blick auf den Leitfaden verzichtet wurde.

Zu einer weit intensiveren Konfrontation des Feldes mit wissenschaftlichen Reflexionen kam es durch ein Forschungsseminar im Wintersemester 2009/2010.

2.4 Forschungsseminare

Unabhängig von der vorliegenden Studie initiierte der Lehrstuhl für Regionalplanung der TU-Cottbus in Zusammenarbeit mit der regionalen Planungsstelle ein Forschungsseminar im Wintersemester 2009/10 zum Thema EE und Regionalplanung. Dort wurden allerdings nur die vier Orte von „Theiß-Donau erneuerbar!“ untersucht, nicht alle sieben gewählten Fälle der vorliegenden Arbeit. In einem Vortrag und in den folgenden Konsultationen durch studentische Arbeitsgruppen bemühte sich der Forscher, das nötige Vorwissen zu vermitteln und die Studierenden in ihren einzelnen Projekten auf noch unerforschte Aspekte und noch nicht interviewte Personen zu lenken, was meist glückte. Die wichtigsten studentischen Ergebnisse fließen in diese Arbeit mit ein und werden zitiert. Tatsächlich konnten einige Personen von den Studierenden interviewt werden, die dies zuvor hartnäckig verweigert hatten. Die Qualität der

Interviews kann freilich nicht vollständig kontrolliert werden, da entgegen der Bemühungen des Forschers, keine Audioaufnahmen erstellt wurden. Diese Quellen werden deshalb nur in sehr klaren Fällen herangezogen, jedoch nicht um Nuancen zu beleuchten.

Eine Gruppe präsentierte einen Architekturentwurf in einer Sitzung in Köllme, alle anderen Gemeinden erhielten die Ergebnisse der studentischen Forschung in Form eines Abschlussberichtes im März 2010. Eine eindeutige Trennung zwischen beobachtender und intervenierender Forschung ist damit seit März 2010 nicht mehr möglich. Insbesondere die regionale Planungsstelle und Köllme wurden mit einigen Reflexionen der Forschung konfrontiert. Im Sommersemester 2010 wurde ein zweites Seminar durch den Forscher selber gegeben. Das Ergebnis war ein Beobachtungsprotokoll in Lettewitz, mehrere protokollierte Interviews mit Akteuren aus Lettewitz und Löwen, sowie eine Meinungsumfrage in Löwen. Dazu kamen weitere Analysen und Feldberichte aus anderen Regionen zu ähnlichen Themen, insbesondere zum Dorf Sibiu. Eine Beeinflussung des Feldes unterblieb diesmal, da auch durch die Studierenden keine Aktionsforschung betrieben wurde.

Inwieweit die Forschung das Feld veränderte ist schwer zu sagen, es scheint aber eher unwahrscheinlich, dass ein starker Einfluss vorlag. Die Beziehungen der Akteure waren sehr stark durch objektive Interessen zueinander geprägt, durch finanzielle und organisatorische Gegebenheit, sodass die Sozialforschung eher ein untergeordnetes von vielen anderen Ereignissen war. Dass der ein oder andere Akteur motiviert war, die Projekte ernster zu nehmen, als es ohne die Weihen wissenschaftlicher Beobachtung geschehen wäre, ist freilich denkbar.

2.5 Restriktionen beim Feldzugang

Die eigentliche Hürde war weniger der Kontakt zu zentralen Personen als von diesen die tatsächlich wichtigen Informationen zu erhalten. So gab es in Wettin Verzögerungen und unvorhergesehene Schwierigkeiten, die dem Forscher kaum kommuniziert wurden, während er zu erfolgsversprechenden Veranstaltungen sofort eingeladen und ihm solche Informationen schnell übermittelt wurden. Dies führte einerseits zu erwünschtem Antwortverhalten und andererseits dazu, dass wichtige Veranstaltungen nicht bekannt und folglich nicht protokolliert wurden. Nicht auszuschließen ist auch, dass kritische Personen nicht entdeckt wurden, die andernfalls interviewt worden wären. So konnte beispielsweise in Löwen nur zufällig der Initiator der Anti-Windpark Bürgerinitiative interviewt werden, während der Ortsvorsteher auf die Frage nach Opposition im Dorf diese Bürgerinitiative unerwähnt ließ. In Lettewitz wurde im Sommer 2009 Frau Tilly, die Gemeindevorsteherin als erste Person im Dorf für einen Gesprächstermin gewonnen. Dennoch konnten einige wichtige Termine und Zusammenhänge nur durch die Kombination mehrerer

„Informanten“ ermittelt werden. Die Bewohner von Lettewitz schienen dem Forscher gegenüber teils etwas misstrauisch gestimmt.

Der Kontakt zum Biosphärenreservat Theiß-Landschaftsschutzgebiet war von Anfang an schwierig, da Herr Heinrich, der verantwortliche Mitarbeiter, kaum erreichbar war.

Einige weniger wichtige Informationsveranstaltungen in Wettin wurden durch berufliche Pflichten vereitelt. Die Teilnahme an einem Treffen zwischen Herrn Nassau aus Schiepzig und Vertretern des Energieunternehmens Vattenfall wurde aus Gründen der Geheimhaltung nicht gebilligt.

Gatekeeper

Zentralen Personen, die den Zugang zum Feld teilweise kontrollieren, kommt große Bedeutung zu, weil sie damit die Fallauswahl für die entsprechenden Bereiche vorgeben (Merkens 2000: 288). In allen Fällen wurde das Forschungsvorhaben zu Beginn dem Bürgermeister oder Amtsdirektor vorgestellt (und wurde stets gebilligt). Nach mehr oder minder langer Wartezeit konnten überall Interviews arrangiert werden. In Trotha wurde ein Gespräch mit dem Verantwortlichen der Theißpark-Verwaltung geführt, was erleichtert war durch eine schon zuvor bestehende wissenschaftliche Kooperationsvereinbarung. Der Kontakt nach Wettin wurde durch Empfehlung von Herrn Melanchthon von der regionalen Planungsstelle hergestellt. Herr Melanchthon wiederum wurde von Herrn Schmitz, dem Leiter von Ikarus Kronstadt, einer Firma, die Windkraftanlagen plant, empfohlen. Herr Schmitz wurde durch Herrn Arnulf, den Ortsvorsteher von Löwen empfohlen. Auf Herrn Arnulf wies Herr Prof. Schluchter, der Erstbetreuer der Arbeit hin, und so weiter. Nur der Kontakt nach Lettewitz wurde über selbst initiierte Internetrecherche hergestellt. Über die zentrale Planungsstelle und das Projekt „Theiß-Donau erneuerbar!“ wurden die Kontakte zu Mücheln, Köllme und Schiepzig-Lieskau ermöglicht. Da von diesen Personen alle erreicht werden konnten, während von den Experten aus der Wirtschaft einige unerreichbar blieben, kann vermutet werden, dass das Schneeballverfahren und der Verweis auf je eine bekannte Person, durchaus einige Türen geöffnet hat, die sonst verschlossen geblieben wären.

Rollenzuschreibung

Schon der Einstieg und das Einfinden in ein Untersuchungsfeld ist ein Lernprozess (Lau/Wolf 1983). Insofern ist der Feldzugang zu Interviewpartnern und zu Gemeindeversammlungen, wie denen in Lettewitz oder Wettin-Wilzen bereits ein Erkenntnisprozess, in dem sich die unausgesprochenen Verhaltensregeln des Feldes erschließen, Ausgrenzungs- und Inklusionsrituale, *In-* und *Out-Groups* beobachten lassen. Ein perfekter Zugang zum Feld ist

dadurch freilich verwehrt, denn das würde das vorhergehende Wissen um diese Umstände voraussetzen. (vgl. Flick 2007: 150) Bis auf wenige Ausnahmen wurde die Rolle des Forschers für die vorliegende Arbeit aber akzeptiert und hat einen guten Feldzugang ermöglicht.⁴⁹ Die entscheidenden Stichworte waren hier die Forschung selber und die in Dalmatien bekannte Universität. Personen mit einem akademischen Hintergrund nahmen auch die Tatsache, dass es sich um eine Dissertationsarbeit handelt, zur Kenntnis. Mit dem Stichwort Soziologie konnte aber kaum jemand Genaueres verbinden.

Von den Vereinsvorständen, die per Telefon interviewt wurden, kann weniger genau gesagt werden, welche Rolle sie dem Interviewer zuschrieben. In den meisten Fällen stimmte ihre Rezeption mit denen in den persönlichen Interviews überein, manche Personen bezeichneten den Interviewer als Studenten, was deren Kooperation aber nicht abträglich war. Naturgemäß waren die Telefoninterviews von einer gewissen Unsicherheit der Rollenzuschreibung geprägt.

Die Zuschreibung in den Interviews mit der Bevölkerung war vom Ort abhängig. Während die Forscherrolle in Wettin und Löwen akzeptiert wurde, fiel der Interviewer in Schiepzig und Lettewitz als Fremder auf und stieß teils auf Misstrauen.

2.6 Definitionen

Im folgenden werden die wichtigsten Termini definiert: Erfolg, *bottom-up* und *top-down* Strukturen, Aushandlungs- und Organisationsprozesse sowie Energiedorf und erneuerbare Energieregion. Aus den Beobachtungen in der ersten Phase der Studie schöpfend, (Februar bis Oktober 2009) konnten die wichtigsten Definitionen für den weiteren Forschungsverlauf im Oktober 2009 umrissen werden.

2.6.1 Energiedorf und Energieregion

Der Untersuchungsgegenstand, ländliche *bottom-up* Initiativen zur erneuerbaren energetischen Selbstversorgung, deckt sich teils mit dem umgangssprachlichen Konzept des „Energiedorfs“, der „Energieregion“ und dergleichen. Im Laufe der Forschung fanden sich mehrere zentrale Personen, die sich auf diese Konzepte beriefen, es als Quelle persönlicher Motivation und zur Legitimation ihres Vorhabens verwandten. Obwohl es nicht explizit als definiertes Kriterium der Fallauswahl erwähnt wurde, soll das Konzept hier im Nachhinein analytisch erfasst werden. Zum einen ist das „Energiedorf“ eine Teilmenge der Fallauswahl und zum anderen entwickelt es sich zum

⁴⁹ Eine solche Ausnahme war die zweite Gemeindeversammlung in Lettewitz, in der es der Forscher versäumte, sich vorzustellen, was angebracht gewesen war, während die Anonymität in der ersten Veranstaltung noch ganz angemessen war. Das Ergebnis waren einige misstrauische Blicke und eventuell ein im Folgenden erschwelter Feldzugang.

Überbegriff der Forschung zum Thema EE im ländlichen Raum (vgl. Späth/Rohracher 2010). Die im folgenden abgeleitete Definition ist das Ergebnis, nicht der Anfangspunkt der Forschung!

Als recht junge Konzepte sind „Energiedorf“ und „energieautarke Region“ bisher nicht formal definiert worden. In vielen Fällen stellen Bürgermeister, die eine gewisse energetische Autonomie anstreben, selber einen Bezug zur prominenten Erfolgsgeschichte Güssings her. (vgl. ebd. und Lasch/Volke 2009) Oft wird dies paradigmatisch weiter umschrieben mit dem selbst gesteckten Ziel ebenfalls eine „Bioenergieregion“ oder ein „Energiedorf“ zu werden, wobei die Vorsilbe „Bio“ zumeist auf die Verwendung biogener Energiequellen wie Holz und Raps verweist. Gemeint ist in diesen Fällen, dass ein Teil des Bedarfs an Wärme oder Strom oder beidem durch lokale, nachhaltige Quellen gedeckt wird. Die sprachliche Wurzel dürfte hier der „Energiewirt“ sein, der sich vom Landwirt ableitet, und seine Existenz zunehmend auf biogene Rohstoffe gründet statt auf Nahrungsmittel. Die Sprache kommt hier der realen Entwicklung hinterher. Der Leitfaden „Wege zum Bioenergiedorf“ (Ruppert/Schmuck 2008: 10) gibt folgende Definition:

„In einem Bioenergiedorf wird das Ziel verfolgt, möglichst die gesamte Wärme- und Stromversorgung eines Ortes auf die Basis des erneuerbaren Energieträgers „Biomasse“ zu stellen und die Bioenergieanlagen in Eigenregie zu betreiben (...).“

Für ein „Energiedorf“ kann die gleiche Definition gelten, mit dem Unterschied, dass statt „Biomasse“ alle Arten von EE zählen sollten. Ferner wird in der zitierten Studie der Definition ein partizipatives Momentum angefügt: „Die Bioenergieanlagen befinden sich zu mehr als 50 % im Eigentum der Wärmekunden und der Biomasse liefernden Landwirte.“ (ebd.)

Diese Definition soll prinzipiell übernommen werden, sie ist aber sehr eng formuliert und stellt mit 50% Eigentumsquote hohe Anforderungen. Für andere Technologien ist sie auch weniger gut geeignet, da die Zulieferer von Windrädern und Solaranlagen, im Gegensatz zu Landwirten nur ein einziges Mal liefern, und meist auch nicht aus der Region stammen, weshalb hier eine leicht abgewandelte Definition genutzt werden soll. Darüber hinaus ist das Problem der Flächenkonkurrenz zu berücksichtigen. Raps-Diesel und andere Biomassen sind zwar erneuerbar indem sie jedes Jahr nachwachsen, aber nicht in jedem Falle „nachhaltig“ im Sinne des Brundlandt-Berichts, da fast immer eine Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion vorliegt.⁵⁰ Zwischen Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit wird also unterschieden.

50 Im Originaltext heißt es in Punkt 29: „Sustainable global development requires that those who are more affluent adopt life-styles within the planet's ecological means - in their use of energy, for example.“ und in Punkt 28:

„Meeting essential needs requires not only a new era of economic growth for nations in which the majority are poor but an assurance that those poor get their fair share of the resources required to sustain that growth.“

<<http://en.wikisource.org>> (Stand 1.8.2010)

Entsprechend dieser Definition ist die Verschiebung von ökologischen Problemen aus entwickelten Ländern in Entwicklungsländer keine „nachhaltige“ Strategie. Die Entwicklung der letzten Jahre hat deutlich gezeigt, dass die Verwendung biogener Kraftstoffe die Flächen für Nahrungsmittelanbau reduziert und somit die Menge an weltweit produzierten Nahrungsmitteln relativ abnimmt, was gemäß des Engelschen Gesetzes arme Bevölkerungen in

Die Begriffe „Energieautarkie“ und „Energieautonomie“ haben sich eingebürgert, oft in wahlloser Substitution ohne nähere Rücksicht auf den genauen semantischen Unterschied. Der Begriff der Autonomie ist eher irreführend, da sich keine Region den Energiegesetzen der Bundesebene entziehen kann, Autarkie ist daher der passendere Terminus. So nennt sich Lettewitz seit 2010 „energieautarke Gemeinde“, da es sowohl Wärme als auch Elektrizität nahezu vollständig vor Ort produziert, teilweise mit lokalen Besitzstrukturen. Wohl inspiriert durch diverse Internetseiten und die Messe „100% erneuerbar“ in Kassel, wird auch der Begriff der „100 Prozent Region“ verwendet, bisher aber, meines besten Wissens, nur als Zielvorgabe und nicht als gegenwärtige Beschreibung. Gemeint ist meist aber das Gleiche. Beide Konzepte sind daher in §2 zusammengefasst.⁵¹

Bereits im Kapitel „Solare Energiewende und Wertschöpfung im ländlichen Raum“ wurde argumentiert, dass die erneuerbare Energieproduktion einen positiven wirtschaftlichen Effekt haben kann (vgl. Wuppertal 2010: 23-30). Im Anschluss daran soll hier eine weite Definition der „wirtschaftlichen Nachhaltigkeit“ (vgl. Redcliff 2005) gewählt werden, um verschiedene wirtschaftliche Modelle zu erfassen, auch exotische wie zum Beispiel Stiftungen und Schenkungen (vgl. Lasch/Volke 2009).⁵²

In die Analyse von Wertschöpfungsprozessen wurde in verschiedenen Studien die industrielle Herstellung der Energieproduzenten (Windräder, Solarzellen) mit einbezogen (vgl. Hirschl et al. 2009). Nun ist nicht zu erwarten, dass es in Zeiten industrieller Massenproduktion mehr als einigen wenigen Regionen gelingt, zum Produktionsstandort für Windräder oder ähnlichem zu werden. Dass dies zu lokaler Wertschöpfung führt, ist offensichtlich. In der vorliegenden Studie liegt das Augenmerk daher eher auf der Frage, wie sich die Kapitalflüsse verändern durch die Nutzung erneuerbarer Energien (vgl. Krämer/Seidel 2004) und, ob Arbeitsplätze, Steueraufkommen und Einkommen für Privathaushalte entstehen (vgl. Wuppertal 2010: 26f.).

Im folgenden werden daher die Definitionen von Späth/Rohracher (2010) und Ruppert/Schmuck (2008) stärker differenziert und um die Begriffe „Nachhaltigkeit“, „Kapitalabfluss“ und „Partizipation“ als mögliche Elemente einer „Energieresion“ erweitert. Darauf gründend sollen für diese Arbeit die folgenden drei Definitionen gelten:

Entwicklungsländern wesentlich härter trifft als die entwickelten Länder.

51 §2 könnte noch ausgebaut werden, und auch regionale, nachhaltige Verbundnetze umfassen, würde aber damit den Rahmen dieser Arbeit übersteigen. Ferner müsste, streng genommen, auch der Energieverbrauch für Transportmittel (Autos, Busse, Traktoren) berücksichtigt werden, was aber bisher in keiner autarken Energie-Region praktiziert wird – abgesehen von einer kurzen Phase in Güssing, die bis zum Verbot durch Bundesgesetze währte – und deshalb ebenfalls außen vor bleibt.

52 Lasch/Volke erläutern das Stiftungsmodell des sächsischen Dorfes Zadrash, in dem das Kapital zwar vollständig von außerhalb stammt, aber in einer Stiftung so angelegt ist, dass das Windrad den Kindergarten finanziert.

- §1 Eine erneuerbare „Energierregion“ deckt den Großteil ihres Bedarfs an Wärme- und/oder Strom auf der Basis erneuerbarer Energien (Wind, Sonne, Wasser, Biomasse), deren größter Teil lokal erzeugt wird.
- a) Diese Energieproduktion ist „nachhaltig“ im Sinne des Brundtlandberichts der Vereinten Nationen (1987), wenn sie keine signifikante⁵³ Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion durch Flächenkonkurrenz verursacht.
- b) Die Organisationsform gilt darüber hinaus in sozialer und juristischer Hinsicht als „partizipativ“ in dem Maße, wie lokale Energiekonsumenten durch Besitz und Entscheidungsbefugnis an der technischen Produktions- und Distributionsinfrastruktur (Netze) beteiligt sind.
- §2 Eine erneuerbare Energierregion gemäß §1 kann als energieautark gelten (oder als „100% Region“) wenn sie darüber hinaus mindestens ihren Eigenbedarf der Wärme- und Stromversorgung vollständig aus lokalen Quellen deckt.
- §3 Eine erneuerbare Energierregion gemäß §1 gilt dann als ökonomisch „nachhaltig“, wenn ein ausreichend großer Teil des erzeugten finanziellen Mehrwerts den Bewohnern einer Region zugute kommt (durch Anteile, Pacht, Steuern, Stiftungen, Sonderverträge, lokale Wertschöpfung, Reinvestition etc.).

2.6.2 Erfolg der Projekte

Da nicht damit zu rechnen war, dass alle Projekte ihr Ziel vollständig erreichen oder vollständig scheitern, insbesondere nicht im Untersuchungszeitraum, wurden Kriterien, die unterschiedliche Grade von Erfolg und Misserfolg messen, notwendig. Eine Liste mit erfolgsrelevanten Elementen soll die unterschiedlichen „Reifephasen“ der Projekte beschreiben. Die Chronologie der Prozesse ist als Arbeitsentwurf zu verstehen, als aus Literatur (Ruppert/Schmuck 2008) und Feldforschung (Interviews, Beobachtung) gewonnene Erfahrung über „typische“ Muster. Das gleiche gilt für die Auflistung von Merkmalen für *bottom-up* und *top-down* Strukturen.

Als vollständiger Erfolg soll das Erreichen der von den Organisatoren zu Beginn selbst gesteckten Ziele gelten, als Misserfolg ihre endgültig proklamierte Aufgabe. Energie-Infrastruktur meint die Bereitstellung einer bestimmten geplanten Energie-Infrastruktur für einen bestimmten Ortsteil oder ein Gebäude. In partizipativen Projekten kommt die Verwaltung dieser Infrastruktur und die Finanzierung durch die Kommune oder die Anwohner als Erfolgskriterium hinzu. Folgende Liste enthält typische Teilschritte auf dem Weg zum erfolgreichem Abschluss eines Projektes. Je mehr

⁵³ Welcher Grenzwert jeweils signifikant ist, kann in dieser qualitativen Arbeit nicht quantifiziert werden.

Punkte erfüllt werden, desto eher kann von „Erfolg“ gesprochen werden.

- Antrag auf Projektförderung oder eine andere Artikulation von zu erreichenden Zielen.
- Detaillierte Definition dieser Ziele. Ausarbeitung von Machbarkeitsstudien und Szenarien, Finanzierungskonzepte, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Ausarbeiten eines Zeitplanes.
- Eine Gruppe hat sich gebildet, die die Initiative übernimmt und einen gewissen internen Konsens über ihre Ziele zeigt.
- Bei partizipativen Vorhaben: Die zu Beteiligten (die Bevölkerung, Teile der Bevölkerung, Mittelstand, wirtschaftliche Akteure) werden informiert.
- Ein für die weiteren Schritte ausreichend großer Teil der Partizipierenden steht dem Vorhaben wohlwollend gegenüber (im Gegensatz zu Gleichgültigkeit).
- Aus Wohlwollen wird, für weitere Schritte ausreichendes, aktives Handeln und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Zeit und schließlich Geld zu investieren.
- Aushandlungs- und Organisationsprozesse zwischen aktiver Gruppe und relevanten externen Akteuren verlaufen konstruktiv (Verwaltung, Fördergeld-Bewilliger, Bevölkerung, Wirtschaft).
- Verfügbarkeit der Mittel
- Aushandeln einer konkreten Gesellschaftsform, Finanzierung oder eines Vertrags.
- Rechtskräftiger Beitritt zu der Gesellschaft oder dem Vertrag durch alle oder wenigstens die notwendigen Akteure.
- Baurecht und andere Genehmigungen werden bewilligt.
- Die Energie-Infrastruktur wird fertig gestellt.
- Die Infrastruktur liefert die gewünschte Leistung (Wärme, Strom, EEG, weitere Förderung, touristische Attraktion, Autarkie etc.).
- Bei partizipativen Projekten: die Infrastruktur wird wie angedacht von einer Betreibergesellschaft verwaltet.

2.6.3 Bottom-Up und Top-Down Strukturen

Die Termini *bottom-up* und *top-down* sind im folgenden identisch mit partizipativen und nicht-partizipativen Organisationsstrukturen. Empirisch hat sich gezeigt, dass Projekte, die hauptsächlich außerhalb einer Region organisiert und finanziert werden, sich eher im Rahmen von gefestigten Hierarchien und Organisationen bewegen, während sich entwickelnde *bottom-up* Strukturen eher regional begrenzt sind. Ein weiterer Gliederungsschritt hierfür kann daher entfallen. Als *bottom-up* sollen die Prozesse zählen, in denen möglichst viele der folgenden Beobachtungen gemacht werden können:⁵⁴

1. Die Initiative kommt nicht von einer Person (Bürgermeister, Amtsdirektor) sondern mindestens von einer Gruppe.

- 1.1 Diese Gruppe ist heterogen genug, um alle relevanten Gruppen im Ort zu repräsentieren (Berufe, Bildungsschichten, Interessengruppen, Einkommen, Alter usw.).

⁵⁴ Wie schon in der Definition von „Erfolg“ ist eine bis dahin als „typisch“ beobachtete Chronologie zugrunde gelegt worden.

2. Die Vereinsvorstände werden informiert von dem Vorhaben.
 - 2.1 Darüber hinaus kommt die Initiative von den Vereinen.
3. Die Bürger werden informiert von dem Vorhaben.
 - 3.1 Darüber hinaus kommt die Initiative aus der Bürgerschaft.
4. Auf Informationsveranstaltungen holen die Initiatoren die Meinung der Bürger ein.
 - 4.1 Die Meinungen der Bürger werden nicht nur registriert, sondern von Beginn an berücksichtigt.
 - 4.2 Die Bürger beteiligen sich aktiv an der weiteren Planung und tragen tatsächlich Verantwortung.
5. Die Finanzierung kommt eher aus der Region als von außerhalb, was gleichbedeutend ist mit: eher von vielen Quellen als von einer.
 - 5.1 Die Finanzierung kommt zu einem möglichst großen Teil aus der lokalen Bürgerschaft.
 - 5.2 Der produzierte Mehrwert in Form gesparter Kosten oder neu generierter Einnahmen kommt möglichst vielen Anwohnern zugute.
6. Eine Gesellschaft mit Beteiligung der Bürger wird gegründet.
 - 6.1 Diese Gesellschaft verwaltet und steuert tatsächlich die gewünschte Energie-Infrastruktur unter Mitwirkung möglichst vieler Gesellschafter.

2.6.4 Dörflicher und städtischer Charakter

Die untersuchten Gemeinden haben Einwohnerzahlen von unter 1000 bis über 7000, es handelt sich also formal um Dörfer und Kleinstädte⁵⁵. Dass es soziologisch relevante Unterschiede zwischen ihnen gibt, liegt auf der Hand. Die Unterscheidung ist allerdings nicht ganz einfach, zumal sich die üblichen administrativen Definitionen von Dorf und Stadt nicht an soziologisch relevanten Prozessen orientieren und deshalb nicht gewählt wurden. Unterschieden werden soll deshalb nach einer Menge eigens aufgestellter Kriterien: historisches Stadtrecht,⁵⁶ aktueller Status als Stadt im Sinne einer amtsfreien Verwaltung mit bezahltem Bürgermeister (bzw. unbezahltem Ortsvorsteher in Dörfern) und architektonisch-geographischem Charakter⁵⁷.

2.7 Zuordnung der Fälle

Um über die Beschaffenheit der Fälle näher Auskunft zu geben und die Selektivität der Fallauswahl und ihre Vergleichbarkeit besser prüfen zu können, werden im Folgenden die Fälle jeweils entsprechend der zuvor festgelegten Definitionen kontrastiert.

⁵⁵ Seit der Statistikkonferenz von 1887 zählen Städte unter 5000 Einwohnern als Landstädte und solche über 5000 als Kleinstädte. Siedlungen mit weniger als 2000 Einwohnern zählen in Deutschland als Dorf. <www.wikipedia.de> (Stand 1.10.2010)

⁵⁶ In der Annahme, dass sich mit dem Stadtrecht eine bestimmte politische und soziale Entwicklung verbindet, die auch lange nach ihrer Zeit noch nachwirkt.

⁵⁷ In der Annahme, dass dicht gebaute Siedlungen andere Kommunikationsflüsse evozieren als solche mit niedriger Bevölkerungsdichte.

Dörflicher und städtischer Charakter

Wettin hat weniger als 3000 Einwohnern und einen kleinstädtischen Charakter, zunächst entsprechend dem juristischen Status als „Stadt“ mit historischen Stadtrechten und auch durch einen eigenen, bezahlten Bürgermeister ist die Stadt „amtsfrei“. Löwen, Schiepzig-Lieskau und Lettewitz hingegen gelten auf Grund der niedrigen Einwohnerzahl eindeutig als Dorf.

In Mücheln liegen die Dinge etwas komplizierter; der Rechtsstatus ist der einer amtsfreien Gemeinde mit professionellem Bürgermeister gleich Wettin. Allerdings gibt es keine tatsächlich historisch gewachsene Stadt mit Stadtrecht, sondern nur einen Verbund von Dörfern. Mücheln gilt deshalb eingeschränkt als städtisch. Köllme wirkt architektonisch nahezu wie eine Stadt, ist es aber weder durch historisches Stadtrecht, noch durch den gegenwärtigen administrativen Status, weshalb Köllme eher als dörflich zählt. Das Theiß-Landschaftsschutzgebiet ist überhaupt keine Verwaltungseinheit, sondern ein Landschaftsschutzgebiet und Kulturraum, was die Zuordnung verkompliziert. Es wird als Mittelkategorie dargestellt, da es weder eindeutig städtisch noch dörflich ist. Wilzen zählt als eingeschränkt städtisch, da es sich zwar bei der Siedlung eindeutig um ein Dorf handelt, die Hauptakteure aber zum größeren Teil im benachbarten Wettin wohnen. Das folgende Schema ordnet die Fälle den beiden Polen dörflich und städtisch zu, um einen vergleichenden Überblick zu geben.

<u>städtisch</u>		<u>dörflich</u>
Wettin	Mücheln	Schiepzig-Lieskau
	Wilzen	Löwen
	Theiß-Landschaftsschutzgebiet	
	Köllme	
		Lettewitz

Graphik II: dörflicher und städtischer Charakter der Fallstudien

Top-Down und Bottom-Up Struktur

Das Dorf Lettewitz hat den deutlichsten *bottom-up* Ansatz, da fast alle Familien des Dorfes beteiligt sind. Auch ein zentraler Experte, Unternehmensleiter und Hauptenergieabnehmer in Form des Vorsitzenden der Agrargenossenschaft ist beteiligt und wohnt im Ort. Das Kapital kommt größtenteils von der Bürgerschaft, welche hauptsächlich vom erzeugten Mehrwert und niedrigeren Energiepreisen profitiert und nach Abzahlung des Kredits Haupteigentümer der Infrastruktur sein wird. Die Meinungsführer des Dorfes, insbesondere die Vereinsvorstände, waren

über die Pläne informiert und an der Organisation des Projektes beteiligt. Tendenziell wurden ihnen sogar mehr Informationen und Verantwortung angeboten als sie fähig und bereit waren zu übernehmen. Entsprechend dieser Einschränkung waren auch alle Bürger informiert und konnten sich einbringen.

Eher hierarchisch war die Beteiligung des Unternehmens Wind-Strom AG. Auch die Rolle des Bürgermeisters des Amtsbezirks und die zentrale Vergabe von Krediten durch das Land Dalmatien und die KfW⁵⁸ sind eher *top-down* Aspekte. Aufgrund der fast vollständigen Bürgerbeteiligung und Mitsprache zählt Lettewitz dennoch als ausgesprochenes *bottom-up* Projekt.

Am anderen Ende der Skala liegt die Doppelgemeinde Schiepzig-Lieskau und das Theiß-Landschaftsschutzgebiet. Im Theiß-Landschaftsschutzgebiet war eine Bürgerbeteiligung in direkter Form nicht vorgesehen, lediglich die Landwirte der Region sollten beteiligt werden. Dafür war angedacht, die Finanzierung und Organisationsleistung vollständig durch diese, also aus der Region aufzubringen. Damit wäre auch der produzierte Mehrwert den Landwirten und der Region zugute gekommen, womit viele Bedingungen eines *bottom-up* Projekts erfüllt sind, mit der entscheidenden Einschränkung, dass die Begünstigten sich nicht sehr engagiert beteiligt haben und ihre Partizipationschancen ohne Not brach liegen ließen. Ob das Projekt erst damit eine hierarchische Wende genommen hat oder boykottiert wurde, aus dem Wissen, dass es im Rahmen der Förderung ohnehin zu unflexibel war, um auf die Wünsche der Landwirte eingehen zu können, lässt sich nicht abschließend klären. Faktisch gab es jedoch keine große Partizipation, obwohl diese von den Organisatoren formal mehrmals angeboten wurde, was das Theiß-Landschaftsschutzgebiet einer mittleren Kategorie zuordnet.

Schiepzig-Lieskau zeichnet sich aus durch den engen Kreis relevanter Akteure, die untereinander in einem sehr informellen Verhältnis stehen, das gegen Außenseiter und Neuankömmlinge geschlossen ist. Weder die Anwohner noch die Mittelständler vor Ort sollten an der Finanzierung des Projektes beteiligt werden, stattdessen wurde beides von der Vattenfall-Tochter „new-energy“ in Hamburg übernommen. Da offene Informationsveranstaltungen fehlten, wurden die Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt. Stattdessen sickerten Informationen auf stark vorbestimmten Kanälen zu den Meinungsführern im Dorf durch und konnten von diesen ebenfalls nur durch wenige Kanäle beantwortet werden. Immerhin wird das Dorf indirekt durch den Tourismussektor von dem Projekt profitieren und hat mit dem Ortsvorsteher zwar keine aktive Beteiligung, aber immerhin ein Vetorecht, indem es bestimmte Beschlüsse im Gemeinderat blockieren könnte. Schiepzig gilt daher als Mittelkategorie mit Tendenz zu *top-down* auf Grund der Besitzverhältnisse und Informationspolitik.

In Löwen stammt die Mehrheit der Akteure aus dem Dorf. Jedoch war der Kreis der Initiatoren um den Ortsvorsteher und dessen Vertraute eher geschlossen. Möglicherweise handelt es sich um

⁵⁸ KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau

eine Assoziation, die sich um die flämische Minderheit im Dorf gruppiert.⁵⁹ Im Vergleich zu Lettewitz fehlte jedoch die lokale Finanzierung und der Besitz durch die Bürger. Dennoch profitiert das Dorf von hohen Steuereinnahmen und die Landbesitzer von den Pachtverträgen, sodass ein Teil des Mehrwerts vor Ort bleibt. Die bürgerschaftliche Mitsprache und Einflussnahme beschränkte sich auf eine Bürgerversammlung und Protest in Form einer Bürgerinitiative, die von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung mit einer Unterschrift unterstützt wurde. Eine Abstimmung oder Diskussion mit diesen Bürgern hat es aber nicht gegeben. Die elitären Strukturen waren stabil genug, sich gegen die Bürgerinitiative durchzusetzen, unter anderem durch restriktive Informationspolitik. Dabei zeichnete sich ab, dass ein kleiner Teil des Dorfes, wahrscheinlich rund ein Dutzend Meinungsführer (mit ihren Vertrauten wohl einige hundert) durchaus involviert waren, während der Rest deutlich (teils freiwillig, weil desinteressiert an der Regionalpolitik) ausgeschlossen war.

In Mücheln lief die gesamte Planung über die Person des Bürgermeisters. Eine lokale Finanzierung wurde der Bürgerschaft in einer Informationsveranstaltung zumindest vorgeschlagen. Auch war das Vorhaben im Amtsblatt dem interessierten Publikum zugänglich. Somit wurde, ähnlich dem Theiß-Landschaftsschutzgebiet, die Teilhabe von den Organisatoren angeboten, aber von der Bevölkerung nicht angenommen, was beiden Seiten zugeschrieben werden kann. Trotz der geringen Mitsprache sind die Finanzierung und der Gewinn vollständig regional und demokratisch, da *alle* Infrastrukturprojekte von der Stadt selber finanziert und verwaltet werden. So sind die Besitzstrukturen vollständig regional, während der Weg dahin von den zentralen Hierarchien der Stadtverwaltung geebnet wurde. Mücheln gilt daher als Mittelkategorie.

In Köllme hat es im Vergleich zu Mücheln keine Informationsveranstaltung für die Bürger gegeben und auch kaum publizierte oder anderweitig zugängliche Informationen. Die Planungen wurden hier hauptsächlich von einer Institution, der Amtsverwaltung, und innerhalb dieser von einer Person getragen. Allerdings sind die Vereine in einer Veranstaltung, in der es heftige Diskussionen gab, zumindest informiert, wenn auch nicht um ihre Meinung gefragt worden.⁶⁰ Im Ergebnis erkämpften diese aber einige Mitsprache, mehr als ihnen von den Organisatoren eingeräumt wurde. Das gesamte Vorhaben in Köllme ist schließlich gescheitert. Wäre die Energie-Infrastruktur errichtet worden, wäre sie im Besitz der öffentlichen Hand gewesen, und damit teils demokratisch, wenn auch weniger als in Mücheln, da die Amtsverwaltung nicht gewählt werden kann. Auch Köllme gehört damit in die Mittelkategorie.

Wettin ist am ehesten mit Lettewitz in einer früheren Phase zu vergleichen. Auch in Wettin war

⁵⁹ Die These einer ethnozentrischen Assoziation konnte nicht direkt bestätigt werden, da die Auskunftsfreudigkeit hierzu sehr beschränkt ist im Dorf; das Thema wird anscheinend heruntergespielt. Feldforschung der Studierenden Katerina Brandes und Aline Sponholz im Juni 2010 im Rahmen des Seminars „Small is beautiful“ an der TU-Cottbus.
⁶⁰ Protokoll der Informationsveranstaltung in Köllme am 7.9.2009

ein Nahwärmenetz mit Bürgerbeteiligung angestrebt. Da jedoch nur die tatsächliche Ausprägung der Bürgerbeteiligung zählen soll, liegt Wettin noch weit hinter Lettewitz, da nur ein Teil der Bürgerschaft informiert war. Ähnlich Lettewitz sind lokale Unternehmen an der Planung beteiligt und sollen einen Teil der Finanzierung übernehmen. Deren Meinung hatte entscheidenden Einfluss und auch die Meinung der Bürger spielte eine Rolle. Dennoch ging die Initiative vor allem von der Person des Bürgermeisters aus. Wettin ist dennoch partizipativer als Mücheln, da immerhin lokale Experten an der Planung beteiligt waren.

Wilzen ist eng mit dem Vorhaben in Wettin verknüpft, da teils die gleichen Akteure beteiligt sind. In Wilzen war eine Bürgerbeteiligung vorgesehen, in stärkerem Maße als in Wettin. Auch sollte hier der lokale Mittelstand das Projekt mittragen. Da es sich um mehrere Unternehmen handelt, und die Bürgerschaft zwar skeptisch, aber besser informiert war als in Wettin, rückt Wilzen vor Wettin in Richtung *bottom-up*. In der Graphik III sind die Orte nochmals vergleichend den beiden Polen zugeordnet.



Graphik III: *top-down* und *bottom-up* Charakter der Fallstudien

Erfolg und Fortschritt

Die Ergebnisse in den untersuchten Fällen gehen in ihrer Entwicklung weit auseinander, von völligen Fehlschlägen bis zu vollständigen Erfolgen. Die verschiedenen erreichten Stadien sind im Folgenden knapp dargestellt.

Das Dorf Lettewitz hat alle Ziele bis zum Ende der Feldphase im Jahr 2010 erreicht; die angestrebten Energieinfrastrukturen wurde fertiggestellt. Von der ersten konkreten Planung für die beiden Netze im Jahr 2008 bis zur Realisierung sind somit nur zwei Jahre vergangen. Die Entwicklung von EE begann in der Region aber viel früher. Wenn das erste Windrad der Wind-Strom AG 1994 als Beginn des Prozesses, der zum Netz führte, angenommen wird, dann hat Lettewitz 16 Jahre gebraucht.

Der Bürgermeister in Wettin-Wilzen hatte sich ähnliche Ziele gestellt, konnte aber nach zwei

Jahren nicht die geforderten materiellen Erfolge vorweisen, im Sinne von gebauter Infrastruktur. Dennoch wurde in der Zwischenzeit die Idee weitergetragen, Wissen gestreut, sind Mitstreiter gewonnen und somit wichtige immaterielle Fortschritte erzielt worden. In Wettin einen klaren Beginn zu definieren ist nicht einfach, denn schon mit der Errichtung der „Umweltakademie Wils“ 1997/98 wurde ein Weg eingeschlagen, der in der Teilnahme am Programm „Theiß-Donau erneuerbar!“ 2007 und der Selbsterklärung zur Klimaschutzregion 2009 mündete.⁶¹ Das Ziel, von 2008 bis 2010 mehrere Teilstücke einer Energie-Infrastruktur zu errichten, hat somit das bis dahin vorherrschende Tempo weit überstiegen und erklärt, warum bis 2010 noch keines der gesteckten Ziele erreicht wurde. Die Stadt hatte sich übernommen, was nicht heißt, dass es keine Entwicklung gegeben hat. Während das Jahr 2009 mit einer Idee und einer Handvoll wohlgesinnter Personen begann, hatte sich bis Mitte 2010 eine klarer umrissene Gruppe für das Projekt positioniert, insbesondere die Landwirte und der Mittelstand, um sowohl die Verantwortung als auch die Finanzierung zu regeln. Auch in der Selbst- und Fremdwahrnehmung hat sich Wettin-Wilzen weiterentwickelt. Der Fall demonstriert, wie viele Teilschritte notwendig sind, bis konkrete Baumaßnahmen folgen können. Ein Fehlschlag ist dies soziologisch gesehen nicht, wohl aber in den Augen der Förderprogramme, für die physische, nicht soziale Strukturen das Maß von Erfolg sind.

Ein langer Weg liegt hinter Mücheln, dass 1999/2000 mit Europas größtem Windpark einen ersten und dabei sehr großen Schritt tat. Zwar gab es keine Bürgerbeteiligung, aber die Gewerbesteuererinnahmen verbesserten die Haushaltssituation der Gemeinde soweit, dass seit 2009 mehrere kleinteilige Energieerzeuger durch die öffentliche Hand finanziert werden konnten. Im Gegensatz zu Wettin-Wilzen wurde in Mücheln stets nur gehandelt und nicht diskutiert, auch gegen den Willen der Bürger (beim Windpark). Der *top-down* Ansatz war im Gegensatz zu Mücheln dabei aber stets von Erfolg gekrönt. Von fehlender Bürgerbeteiligung abgesehen, hat Mücheln in zwei Jahren mehr erreicht als geplant war und ist auf dem Weg, eine komplexe kleinteilige Energiestruktur aufzubauen. Dass Mücheln so viel schneller war als Wettin, erklärt sich vor allem mit der Haushaltssperre Wettins und seinem skeptischen Stadtrat, im Gegensatz zur politischen und finanziellen Handlungsfreiheit des Müchelner Bürgermeisters.

Schiepzig-Lieskau hatte die größten und teuersten Pläne aller Orte und hoffte auf eine schnelle Umsetzung des Projektes nicht in Etappen sondern *en bloc*. Konkrete Baupläne lagen 2009 bereits vor, ebenso eine kohärente Gruppe von Organisatoren und ein Zeitplan.

Während der Feldphase folgten dann überwiegend Fortschritte in der administrativen und finanziellen Planung. Öffentliche Veranstaltungen und Akzeptanzfragen waren kein Thema, da

61 Für den Herbst 2010 wurde Wettin-Wilzen für die Kampagne „365 Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet. Ende 2010 erhielt der Bürgermeister die Finanzierung für zwei Stellen, die sich ausschließlich um die Energieprojekte bemühen.

alle Strukturen einen sehr deutlichen *top-down* Charakter aufwiesen. Ähnlich wie in Wettin, waren bis Ende der Feldphase Teilerfolge erzielt worden, die eine spätere Realisierung vorbereiteten.

In Köllme drehte sich die Diskussion der Akteure im Jahr 2009 noch um ganz grundsätzliche Fragen. Was der Ort eigentlich möchte, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll und in welcher Form EE darin vorkommen, war noch nicht genau geklärt.⁶²

Bis 2010 wurde keines der gesetzten Ziele erreicht. Im Gegenteil wurde das Vorhaben, überhaupt auf EE zu setzen, ersatzlos gestrichen. In der hier gewählten Definition ist das eindeutig ein Misserfolg.

Versandet ist auch das Projekt im Theiß-Landschaftsschutzgebiet, allerdings ohne direktes Verschulden der Initiatoren. Obwohl zur Bearbeitung des Projekts für ein Jahr eine feste Personalstelle eingerichtet wurde, konnte diese wenig erreichen, da sie auf *eine* mögliche Lösung und Entwicklung festgelegt war, sodass kein Spielraum für Alternativen blieb, als die ursprünglichen Pläne von sinkenden Weltmarktpreisen für Mineralöl durchkreuzt wurden. Eine Wiederbelebung des Projekts ist seitdem neuerlichen Preishoch für Mineralöl 2011 immerhin möglich.

Das Dorf Löwen steht auf der Seite der Orte mit einer konstruktiven Entwicklung. Der Gemeinderat von Löwen hat im Frühjahr 2010 beschlossen, das vom Ortsvorsteher schon 2009 angedachte Niedrig-Energie-Feuerwehrhaus mit Solaranlage zu errichten, und damit die realistisch gesteckten Ziele nahezu erreicht. Damit geht Löwen den Weg von Mücheln, da auch hier Erlöse aus dem Windpark in Energieinfrastrukturen der Gemeinde investiert wurden.

In der Graphik IV sind die Orte vergleichend dargestellt entsprechend ihrer Entwicklungsphase zu Beginn (in Klammern) und am Ende der Feldforschung (ohne Klammern). Der Maßstab sind hier die selbst-gesteckten Ziele der Orte. Das Theiß-Landschaftsschutzgebiet hat sich nicht entwickelt und behält daher seine Position.

⁶² Hierbei ist zu bemerken, dass diese Unentschlossenheit in der Außendarstellung des Ortes nicht vorkam, auf Grundlage derer Köllme in die Fallauswahl aufgenommen wurde. Streng genommen hat der Ort damit die Kriterien der Auswahl nicht erfüllt, was sich aber erst im Laufe der Feldforschung herausstellte.

<u>Anfangsphase</u>	-	<u>Endphase /Fertigstellung</u>
(Löwen)		Löwen
(Wettin)	Wettin	
		(Lettewitz) Lettewitz
		(Mücheln) Mücheln
	(Schiepzig-Lieskau.) Schiepzig-Lieskau	
(Wilzen)	Wilzen	
	Theiß-Landschaftsschutzgebiet	
Köllme	(Köllme)	

Graphik IV: Entfernung der Orte zu ihren selbst-gesteckten Zielen am Anfang (Klammern) und am Ende der Feldforschung (ohne Klammern), zwischen Februar 2009 und September 2010

Komplexität

Zum Ende der Forschung konnten die Fälle weiter differenziert werden entsprechend der Komplexität der geplanten und realisierten Infrastruktur.

<u>einfach / netzkonform</u>	<u>Insellösung / komplex</u>
(keine Partizipation) Mücheln	(keine Partizipation) Mücheln (kleine Insellösung und Partizipation)
(keine Partizipation) Wettin	(keine Partizipation) Wettin (verschiedene EE mit Partizipation)
Löwen	Löwen (neues Gebäude mit EE)
(verschiedene EE ohne Insellösung) Schiepzig-Lieskau	(verschiedene EE ohne Insellösung) Schiepzig-Lieskau (große Insellösung, Strom)
(verkleinerte Insellösung) Wilzen	(verkleinerte Insellösung) Wilzen (Insellösung, Partizipation, Wärme)
Theiß-Landschaftsschutzgebiet	Theiß-Landschaftsschutzgebiet (Rapsöl-Treibstoff-Wirtschaft)
Köllme	Köllme (kleine Insellösung)

Graphik V: Niedrige technische Komplexität (links) und hohe Komplexität (rechts) der einzelnen Vorhaben Ende 2010. Rechts vom Ortsnamen in Klammern sind die ursprünglichen Pläne und links davon die spätere, angepasste Ausführung. Der Übersichtlichkeit halber sind die Orte hier ohne Lettewitz kontrastiert, das sie in der Komplexität weit übersteigt. Lettewitz läge in der Graphik mit sehr großem Abstand ganz rechts. Köllme und das Theiß-Landschaftsschutzgebiet haben ihre Pläne für erneuerbare Energien (EE) aufgegeben und sind hier entsprechend ihrer ursprünglichen Ambitionen dargestellt.

Zu unterscheiden sind insbesondere *netzkonforme* Strukturen und *Insellösungen*. *Netzkonform* meint alle Vorhaben, die kein neues Netz benötigen. *Insellösungen* funktionieren nur mit neuen Netzen und sind wesentlich komplexer in ihrer Umsetzung. Die detaillierte Diskussion findet sich im Kapitel „Idealtypische Anwendungen erneuerbarer Energie-Infrastrukturen“. Die Orte sind hier entsprechend dem Grad der Komplexität ihrer realisierten Infrastruktur geordnet.

Wie sich zeigt, haben alle Orte ihre anfänglichen Ambitionen in verschiedenem Maße reduzieren müssen, außer das Theiß-Landschaftsschutzgebiet und Köllme, die gescheitert sind.

2.8 Zusammenfassende Kontrastierung der Fälle

Die bis hierher erläuterten vier Vergleichsebenen sind in der Tabelle II nochmals zusammengefasst. Im Laufe der Forschung hat sich gezeigt, dass die Fälle zu heterogen sind, um sie eindeutig in einer Dimension miteinander zu vergleichen. Für eine in der quantitativen Forschung üblichen Kontrastierung mit minimaler Variation in einer Kategorie müsste die Fallzahl deutlich höher liegen, was in Nachfolgestudien geschehen könnte. Unter den acht Fällen (mit Wilzen gesondert) lassen sich am ehesten Lettewitz und Wilzen vergleichen, die allerdings in sehr unterschiedlichen Phasen ihrer Realisierung liegen; sowie Wettin und Mücheln, da hier eher städtische Strukturen vorliegen und im Umfang begrenzte Projekte.

Region	Organisationsform	Anfangs- und Endphase (zu Beginn / Ende der Feldphase)	Dorf/Stadt	technische Komplexität (zu Beginn / Ende der Feldphase)
Lettewitz	<i>bottom-up</i>	Endphase / abgeschlossen	Dorf	hoch / sehr hoch
Schiepzig-Lieskau	<i>top-down</i>	Mitte / Mitte	Dorf	sehr hoch / hoch
Wettin	eher <i>bottom-up</i>	Anfang / Mitte	Stadt	hoch / niedrig
Wilzen	eher <i>bottom-up</i>	Anfang / Mitte	eher dörflich	sehr hoch / hoch
Köllme	Mitte	Anfang / abgebrochen	eher dörflich	mittel / abgebrochen
Theiß-Landschaftsschutzgebiet	eher <i>top-down</i>	Anfang / abgebrochen	Mitte	hoch / abgebrochen
Löwen	Mitte	Anfang / abgeschlossen	Dorf	niedrig / niedrig
Mücheln	Mitte	Endphase / abgeschlossen	eher städtisch	mittel / eher niedrig

Tabelle II: kontrastierte Eigenschaften der Fälle entsprechend den vier Merkmalspaaren in der Kopfzeile

3 Fallstudien

Die untersuchten sieben Fälle sind nicht nur thematisch miteinander verbunden. In einigen Regionen sind die gleichen Personen und Institutionen anzutreffen, die im folgenden zunächst vorgestellt werden. Anschließend werden alle sieben Fallstudien einzeln beschrieben. Der Text beschränkt sich hierbei auf die jeweils wichtigen Personen und Ereignisse und gibt nicht jedes Detail der Feldforschung wieder, da sich der Zweck vieler Interviews und Ergebnisse im Nachhinein als Hinleitung zu relevanteren Informationen erschloss.

Regionale Planungsstelle

Die regionale Planungsstelle in Kronstadt ist für diverse Verwaltungsaufgaben im südlichen Dalmatien zuständig, unter anderem für die Ausweisung der Windkraftgebiete. Herr Melanchthon ist dort seit Mitte der 90er Jahre beschäftigt und rief das Fördermittelprogramm „Theiß-Donau erneuerbar!“ 2006 ins Leben, warb die Fördermittel ein und betreute es lange Zeit alleine. Die praktische Arbeit begann Anfang 2008 und nahm 2009 Fahrt auf, als die Finanzierung durch das BMVBS⁶³ bis Ende 2010 verlängert wurde.

Melanchthons Idee war es ursprünglich, den Regionen in der Bukowina⁶⁴ beim demographischen Wandel unter die Arme zu greifen. Wie die meisten Förderprogramme, kam es in dessen Verlauf zu einer Ausrichtung entsprechend den sich ebenfalls fortentwickelnden Erwartungen der Förderer, was für die Planungsstelle hieß, das Vorhaben deutlicher in Richtung Energie statt Demographie auszurichten.

Neben Herrn Konrad, dem Bürgermeister von Wettin-Wilzen, ist Herr Melanchthon der einzige Verantwortliche, der sich dazu bekennt, auch durch ökologische Wertvorstellungen motiviert zu sein. Insbesondere der Klimaschutz, so Melanchthon, sei für ihn ein wichtiges Motiv gewesen, das Projekt zu initiieren.⁶⁵ Laut Melanchthon begann alles mit einer Ausschreibung für regionale politische Vorhaben, die einen Bezug zu EE aufweisen, worauf sich acht Orte aus Südbrandenburg bewarben. Davon wurden die vier „besten“ ausgewählt, die alle in der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Die Teilnahme stellte also schon eine gewisse Auszeichnung und Vorselektion dar. Eine feierlich Eröffnungsveranstaltung von „Theiß-Donau erneuerbar!“ im Rahmen der Internationalen Bauausstellung in der Bukowina im Januar 2009 markierte den offiziellen Beginn des Programms. Der damalige Verkehrsminister Tiefensee hatte durch einen geplatzten Termin

63 BMVBS = Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

64 Alle geographischen Bezeichnungen sind anonymisiert, außer Güssing, Jühnde und anderen Orten außerhalb der Feldforschung.

65 Herr Melanchthon im Interview am 14.1.2010.

den halben Tag Zeit, und währenddessen, so Melanchthon, die Bürgermeister und Amtsdirektoren im Gespräch nachdrücklich für das Projekt begeistern können.⁶⁶ Das zweite Ereignis war eine von der Planungsstelle veranstaltete gemeinsame Busreise ins österreichische Güssing, wo die förderlichen Wirkungen von EE im ländlichen Raum besichtigt werden konnten. Obwohl sie vom Forscher nicht besucht wurden, zeigte sich in den Interviews, dass beide Ereignisse sowohl eine politische Legitimationsgrundlage als auch Quelle der subjektiven Motivation für die beteiligten Bürgermeister bildeten, die gelegentlich darauf Bezug nahmen.

Von der Planungsstelle wurden darüber hinaus zwischen 2009 und 2011 vierteljährliche Treffen mit den Beteiligten veranstaltet. Darin stellten die Amtsvorsteher und Bürgermeister einander die Fortschritte in ihren Orten vor und hatten dabei die Gelegenheit, sich mit den anderen zu vergleichen, woraus sich ein förderliches Klima wohlwollender Konkurrenz ergab. Herr Melanchthon hat sich von Beginn an bemüht, dass diese Treffen tatsächlich zu konstruktiven Ergebnissen führen, was meist glückte. Darüber hinaus hat sich die Planungsstelle um eine Internetpräsenz und Werbematerial gekümmert sowie den Auftritt auf einer Messe organisiert⁶⁷. Die größte Attraktivität für die an dem Förderprogramm beteiligten Regionen ging aber sicherlich von den Fördermitteln aus; insgesamt wurden mindestens 40.000 Euro für Machbarkeitsstudien aufgebracht, sowie die Kosten für Workshops, Tagungen, Ausflüge, Moderationen *et cetera*.

Treffen von „Theiß-Donau erneuerbar!“

Inhalt der vierteljährlichen Treffen von „Theiß-Donau erneuerbar!“ war zum einen die teils ausführliche Selbstdarstellung der Fortschritte der Regionen durch ihre Repräsentanten, üblicherweise die Bürgermeister. Des weiteren wurden einige Treffen genutzt, um die weitere Fördermittelakquise zu beraten⁶⁸ und administrative Fragen zu besprechen. Besonders für die Bürgermeister aus Wettin und Mücheln waren die Treffen eine Bühne, um letzte Erfolge vorzutragen. So berichteten beide nicht ohne Stolz vom Besuch einer rumänischen Delegation, für die der Windpark „schon was ganz Besonderes“⁶⁹ war. Die Kleinstadt Köllme hingegen hatte schlichtweg keine berichtenswerten Fortschritte vorzuweisen und so hielten sich seine Vertreter eher zurück und erschienen auch nicht immer. Schiepzig und Lieskau (Herr Alfons und der Ortsvorsteher Göll)⁷⁰ stellten ihre Entwicklungen meist recht knapp vor, aber auch durchweg positiv und erfolgreich. Es scheint, dass die Treffen für die Bürgermeister und Amtsdirektoren

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Siehe die Messe „100% erneuerbar“ in Kassel 2009.

⁶⁸ So zum Beispiel um Anträge auf das Programm „Klimaschutzinitiative“ oder auch das „REN Programm“ zu stellen. Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 15.7.2009 in Lettin und am 15.10.2009 in Ebersheim.

⁶⁹ Alfons im Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ in der Umweltakademie im Wils am 13.5.2009.

⁷⁰ Wie alle Namen von Interviewpartnern sind auch diese geändert.

durchaus nützliche Ereignisse waren, um Erfahrungen auszutauschen und weitere Fördermöglichkeiten auszuloten. Auch waren sie eine Motivation, den Erwartungen der Kollegen gerecht zu werden und jeweils bis zum nächsten Treffen etwas vorweisen zu können.

Beteiligte Firmen

Die Mittel des Förderprogramms „Theiß-Donau erneuerbar!“ wurden vor allem an drei Firmen ausgeschüttet, HVE GmbH, Rimini GmbH und Regnum GmbH. Der Geschäftsführer der Firma Regnum GmbH, Herr Barbarossa⁷¹ nahm an der ersten Bürgerinformationsveranstaltung in Wilzen als Experte und an der Expertenrunde in Köllme als Moderator teil⁷². Als Spezialist für Bürgerbeteiligungs-Solaranlagen war sein Anliegen, sowohl die Anwohner als auch die Entscheider von seinem Modell zu überzeugen, um über die Moderatorenfunktion hinaus Aufträge zu akquirieren, was aber in keinem Fall gelang.⁷³ Barbarossa zog sich daher Ende 2009 aus dem Programm zurück.

Herr Gregor von der Rimini GmbH, die sich auf Fördermittelprojekte aus den verschiedensten Themenfeldern, insbesondere aber Energie, spezialisiert hat, moderierte zwei Informationsveranstaltungen in Wettin und Wilzen; im Juli 2009 schied die Firma mit einem Konkurs aus dem Projekt dauerhaft aus. Am häufigsten anwesend war die Firma HVE GmbH meist in Person von Herrn Rudolf. Die HVE erhielt die größten Aufträge und das *Gros* der Fördermittel für ihre technischen Machbarkeitsstudien⁷⁴. Die Firmen HVE und Saleph GmbH (die wiederum der Regnum nahe steht) nahmen auch Aufträge von Vattenfall entgegen, was einen gewissen Interessenkonflikt in der politischen Förderung erneuerbarer Energien nicht ausschließt, da Vattenfall in Dalmatien eher als Gegner der Energiewende wirkt.⁷⁵ Herr Barbarossa (Regnum GmbH) scheint im Vergleich dazu eher intrinsisch motiviert zu sein, da er sich ausschließlich mit Solaranlagen befasst und die Firma auf eine Klimaschutzinitiative aus der Solar-Pionierzeit zurückgeht.⁷⁶ Das Verhältnis zwischen HVE GmbH und Saleph/Regnum GmbH war geprägt durch die Konkurrenz um begrenzte Fördermittel der regionalen Planungsstelle, die in

71 Herr Barbarossa ist wiederum geschäftlich verbunden mit Herrn Wilhelm, dem Geschäftsführer von Saleph, einem Unternehmen das sich mit Solaranlagen beschäftigt und der regionalen Planungsstelle insbesondere bei der Akquise von Fördermitteln assistierte. Die Geschäftsverbindungen waren also noch weiter verzweigt als hier dargestellt. Da alle Akteure über derartige Zusammenhänge üblicherweise eher schweigsam sind, muss hier auf eine vollständige Darstellung verzichtet werden.

72 Obwohl er sich als kompetenter Moderator erwies, wurde Herr Barbarossa nur ein Mal engagiert.

73 In Barbarossas Bürgersolar-Modell würde ein Teil der Einnahmen aus der Solaranlage an seine Firma fließen, die sich dafür um die Instandhaltung und laufende Wartungsarbeiten kümmert, der Rest würde den Anteilseignern als Rendite ausgezahlt.

74 Dabei beliefen sich die Kosten je Studie und Gemeinde auf ca. 10.000 Euro.

75 Herr Dr. Schmuck in Potsdam am 9.7.2009. Er erwähnte, aus diesem Grunde selber eine Zusammenarbeit mit Saleph und HVE GmbH abgelehnt zu haben.

76 Barbarossa im Interview in Brünno am 9.10.2009.

Kooperation der Firmen und der Planungsstelle beantragt werden mussten.⁷⁷ Während die HVE GmbH Machbarkeitsstudien für mehrere zehntausend Euro erstellt hat, ging die Regnum GmbH mit nur einigen Moderationsstunden fast leer aus.

3.1 Wettin-Wilzen: Biogas, Solar, Nahwärme und wandelbare Pläne

Wettin ist eine Kleinstadt mit rund 2000 Einwohnern im Süd-Westen Dalmatiens. Zwischen den Dörfern der Umgebung wirkt Wettin dennoch stattlich. Enge gepflasterte Straßen führen auf einen hübschen Marktplatz, der von dem sehr kleinen Rathaus und einer Kirche geprägt wird. Zwei Blumengeschäfte zeugen von post-materiellen Bedürfnissen⁷⁸, die in diesem Teil Dalmatiens sonst eher selten sind. Eine große Fabrik, die elektrische Schaltkästen produziert, beschäftigt circa 350 Menschen⁷⁹ und ist somit nicht nur für die Kleinstadt, sondern auch für den umliegenden deindustrialisierten ländlichen Raum einer der größeren Arbeitgeber. Wettin gehört also zu den ökonomisch wohlhabenderen Städtchen des Landes; zwar liegen keine statistischen Daten vor, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass die Arbeitslosenquote niedriger liegt als im Rest der Region⁸⁰ und das Steueraufkommen höher. Die in Ostdeutschland üblichen leerstehenden Häuser fehlen fast ganz.⁸¹

Mit den umliegenden Dörfern bildet Wettin seit der einvernehmlichen Eingemeindung im Jahr 2001⁸² den Verwaltungsbezirk Wettin-Wilzen. Wilzen ist mit 700 Einwohnern⁸³ das größte Dorf des Verwaltungsbezirks, das mit seinem kleinen Marktplatz eher dörflich-verschlafen wirkt. So ist Wettin das unangefochtene Zentrum der Region, mit Blumenläden, Apotheke, Grundschule, Rathaus und einigen Ärzten, lediglich Supermarkt und Gymnasium fehlen.

Das politische Leben der Region scheint auf den ersten Blick nur aus der Person des Bürgermeisters, Herrn Konrad zu bestehen. 1998 wurde er erstmals und 2003 mit 56% der

77 So wurde am 15.10.2009 im Anschluss an ein Treffen von „Theiß-Donau erneuerbar!“ ein halb-formales Gespräch protokolliert (wozu der Forscher ausdrücklich gebeten wurde), in dem Herr Wilhelm, Geschäftsführer von Saleph recht energisch mit Herrn Rudolf Absprachen traf, wer welche Fördermittelanträge stellen werde und wie diese Mittel für weitere Beratungstätigkeiten verteilt würden.

78 Insofern ein Blumenladen als Indiz für postmaterielle Bedürfnisse gelten kann, und diese gemäß Maslows Bedürfnispyramide erst nach der Sicherung von Grundbedürfnissen auftreten, sprechen die zwei Blumenläden in Wettin für einen gewissen Wohlstand.

79 Wikipedia (Stand 25.8.2010)

80 Statistische Angaben wie Pro-Kopf Steueraufkommen für die Gemeindeebene konnten weder die Rathäuser noch das statistische Amt Brünö-Dalmatien vorlegen.

81 Auch die oft lethargische Stimmung der Dalmatiner scheint weniger stark ausgeprägt zu sein als andernorts, soweit dies subjektiv bewertet werden kann.

82 Die Eingemeindung wurde per Volksabstimmung 2001 auf Initiative des Amtes Wilzen beschlossen. Interview mit Bürgermeister Konrad am 21.12.2009.

83 Wikipedia (Stand 25.8.2010)

Stimmen⁸⁴ bis 2011 wiedergewählt. Daneben gibt es freilich noch einen Gemeinderat, der Konrad prinzipiell in seinen Vorhaben zu unterstützen scheint⁸⁵, aber tendenziell bremst und jeweils neu überzeugt werden will. Die stärkste Fraktion stellt die CDU. Da Konrad aber parteilos ist, spielt dies keine große Rolle und war nie ein Thema.⁸⁶ In den Ortsteilen findet sich je ein Ortsvorsteher, von denen hier jedoch nur Herr Clemens in Wilzen relevant ist, da in den anderen Ortsteilen keine Energieprojekte anstanden. Konrad war der einzige Initiator und Hauptakteur aller Energieprojekte des Ortes, bis es Ende 2010 gelang, zwei Stellen für Mitarbeiter über ein anderes Förderprogramm finanzieren zu lassen. Bis dahin war Konrad vor allem ein politischer Einzelkämpfer.

Dennoch gibt es eine Vorgeschichte, die den Weg geebnet hat für die hier untersuchten Projekte. Diese erklärt, wie die Region überhaupt auf die Idee verfiel, sich zum politischen Ziel zu setzen, die Anwendung von EE voranzutreiben. Die bisher so zentrale Rolle des Bürgermeisters wird damit doch etwas relativiert und in einen historischen Kontext gesetzt.

Vorgeschichte der Nutzung erneuerbarer Energie: die Schülerakademie

Zusammen mit Lettewitz war Wettin die einzige untersuchte Region ohne gegenwärtigen Bezug zum Tagebau und damit auch ledig aller Bindung zum derzeitigen Tagebaubetreiber, dem Konzern Vattenfall. Es gab nach der deutschen Wiedervereinigung nur sehr wenige Arbeitsplätze in der Kohleindustrie und keine Bedrohung durch neue Tagebaue. Bis 1991 jedoch versorgte ein kleinerer Tagebau eine selbst für DDR-Verhältnisse veraltete Brikettfabrik mit Kohle. Diese Brikettfabrik entpuppte sich bei genauerem Hinsehen als ein Schlüssel für die Entwicklung der Region. Über diese schrieb DER SPIEGEL 1990, sie sei eigentlich „ein Museum, in dem auch Briketts gemacht werden.“⁸⁷ Die Belegschaft hat sich davon aber in der turbulenten Wende-Zeit nicht etwa beleidigt gefühlt, sondern sich spontan mit dieser Deutung ihres Arbeitslebens identifiziert. In der Erinnerung eines Arbeiters klang das so:

„Die Fabrik lief noch, da bin ich hier durchgefahren mit dem Fahrrad und bin ans Pressenhaus ran und da hat der Schichtmeister sich als Museumsdirektor vorgestellt und der Presser als Museumsdiener. Ja ... wahrscheinlich hat sich's festgesetzt. Warum auch nicht?“⁸⁸

Die lokale Politik nahm dies zum Anlass, den geplanten Abriss der Fabrik kurzentschlossen

84 <<http://www.wahlen.brandenburg.de/bmwahlen/1206250000/h>> (Stand 25.8.2010)

85 Bürgermeister Konrad im Interview am 11.1.2010

86 Rund die Hälfte der gewählten dalmatinischen Gemeindevertreter 2008 sind parteilos, statistisches Landesamt Brünö-Dalmatien 2010.

87 Wiedemann, Erich, Nun sind auch die Bonzen das Volk, In: DER SPIEGEL 26/1990

88 Aussage eines ehemaligen Arbeiters; Interview im Rahmen der unveröffentlichten Promotionsarbeit von Michael Sperber (in der internen Systematik: RI.2005.08 – Z.868-876).

abzuwenden und stattdessen ein Industriemuseum einzurichten, die „Brikettfabrik Wils“.⁸⁹ Im Vergleich zu benachbarten Gemeinden hat sich die Region damit schnell und vergleichsweise schmerzlos von ihrer Identität als Kohleregion getrennt und den Boden bereitet für post-sozialistische und teils auch post-industrielle Entwicklungspfade.⁹⁰ In den 90er Jahren wurde in den sanierten Fabrikgebäuden neben dem Museum eine „Schüler-Ingenieurakademie“ und die sogenannte „Schüler-Klimaakademie“ eingerichtet, in der SchülerInnen aus der Region sowohl die Kohletechnik als auch ihre erneuerbaren Nachfolger an Hand eines Wasserrades und einiger Solarzellen kennenlernen. Was eher als Notlösung und pädagogischer Öko-Optimismus begann, wurde in der Region durchaus zu einem Baustein der lokalen Identität, von dem mit Stolz gesprochen wird. Im Jahr 2008 erfuhr die Akademie eine weitere Aufwertung als sich die Gemeinde um das Förderprogramm „Theiß-Donau erneuerbar!“ bewarb und unter anderem Dank der Schülerakademie den Zuschlag erhielt.

Einige Jahre zuvor gab es bereits einmal eine ähnliche Initiative, auch in Verbindung mit der „Umweltakademie“. Im Rahmen einer kleineren Aktionsforschung sollte eine Holzenergieinitiative in der Region etabliert werden, was jedoch damals nicht glückte, unter anderem fehlten große Fördergeldtöpfe⁹¹. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass das Wissen um erneuerbare Energieprojekte, ihre Möglichkeiten und Finanzierungen in der Region zunahm. Als ein solcher Schritt kann möglicherweise auch der Windpark mit sieben Turbinen interpretiert werden, der in der Nähe von Wettin steht und in der Bevölkerung zwar wenig beliebt ist, aber ein erquickliches Gewerbesteueraufkommen für die Region erwirtschaftet, wie Konrad betont. In Wettin wurde, wie in Löwen, eigens eine Briefkastenfirma eingerichtet, um die Steuern möglichst vollständig abzuschöpfen. Während der Bürgermeister und wohl auch der Stadtrat deshalb früh von den finanziellen Früchten nachhaltiger Energieproduktion überzeugt wurden, steht die Bevölkerung den „Windspargeln“, wie in Dalmatien üblich, eher ablehnend gegenüber. Auch eine Biogasanlage im Ortsteil Schweinitz befindet sich in diesem Spannungsfeld zwischen Steueraufkommen einerseits und empfundener Belästigung durch Geruch und Lastwagen andererseits.

Da immerhin jeder Schüler der Region mindestens ein Mal die „Klimaakademie“ besucht, kann vermutet werden, dass die Akzeptanz für erneuerbare Energieproduktion doch höher ist als in anderen Regionen, auch wenn über die „Windspargel“ geschimpft wird. Als Schritt in Richtung

89 Auskunft des Promotionsstudenten Michael Sperber am 6.7.2010 im Kolloquium in Cottbus. Anscheinend konnte nur knapp ein Abriss der Fabrik verhindert werden, weil dieser den ehemaligen Arbeitern für ein weiteres halbes Jahr ein Einkommen gesichert hätte. außerdem: Konrad im Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 13.5.2009 in der Fabrik in Wils.

90 In anderen Braunkohlerevieren der Region kam es trotz des Niedergangs der Kohleindustrie zu einem Erstarren der Strukturen und zum Festhalten an alten Identitäten, die alternative Entwicklungspfade verhinderten. Dem Schicksal, eine „neue Peripherie“ zu werden, konnten Wils und die Region Wettin deshalb entgehen. (vgl. Forschung von Michael Sperber im Rahmen seiner Promotionsarbeit)

91 Auskunft durch den Promotionsstudenten Michael Sperber, der sich selber um diese Initiative in Wettin bemühte während seiner Feldforschung.

eines neuen regionalen Leitbildes, in dem die erneuerbare Energieproduktion einen prominenten Platz einnimmt, ist der Beschluss des Stadtrates zu werten, mit dem man sich 2009 zur „Klimaschutzregion“ erklärte. Unterhalb der politischen Ebene, in Gesprächen mit einfachen, und politisch eher wenig interessierten Anwohnern, war diese neue Identität im Jahr 2009 allerdings noch nicht angekommen.⁹²

Veränderliche Ziele: von vielen großen zu wenigen einfachen Plänen

Das Projekt Wettin-Wilzen wurde dem Forscher zu Beginn der Feldphase von Herrn Melanchthon, dem Verantwortlichen für das Förderprogramm „Theiß-Donau erneuerbar!“, als erfolgversprechender Fall ausdrücklich empfohlen. Im Frühjahr 2008 war hier rascher Fortschritt zu erwarten.⁹³ Durch die Teilnahme an dem Förderprogramm erhielt die Stadt einige finanzielle Zuschüsse für Machbarkeitsstudien und die organisatorische Unterstützung der „regionalen Planungsstelle“. Die jeweils angestrebten Ziele haben sich dabei vom Beginn des Förderprogramms im Jahr 2008 bis zum Sommer 2010 mehrmals gewandelt und zeugen von Schwierigkeiten und Anpassungsstrategien.

Ortsteil Wilzen: Wärmenetz und Solar-Dach

Im Ortsteil Wilzen war ursprünglich eine Verbesserung der Wärmeisolation der Schule vorgesehen bei gleichzeitigem Ausbau der bestehenden Holzhackschnitzel-Heizung. Die Heizung sollte so erweitert werden, dass mit überschüssigen Kapazitäten weitere Gebäude mit Wärme versorgt werden können. Die Heizung wurde einige Jahre zu ungünstigen Bedingungen für die Gemeinde gepachtet und mit dem Auslaufen des Pachtvertrages im Jahr 2010 in den Besitz der Kommune überführt.⁹⁴ Die Idee bestand darin, auf Basis dieser Heizung ein kleines Nahwärmenetz zu errichten. Eine Möbelfabrik im Dorf bot sich von Anfang an als Brennholzlieferant an, da anfallende Reste nur teilweise durch eine eigene Holzheizung in der Werkshalle verbraucht und teils sogar entsorgt werden mussten.⁹⁵ Das Vorhaben des Wärmenetzes wurde deshalb beibehalten und weiter-getrieben als die Variante mit der Schulheizung scheiterte. Diese stellte sich als zu wenig leistungsfähig heraus für ein Nahwärmenetz.

Statt dessen wurde seit dem Jahr 2009 die Idee verfolgt, eine neue und größere Holzheizung auf

⁹² Ob dies im Stadtrat mehr als ein Lippenbekenntnis ist, wird sich freilich in Zukunft noch zeigen. Erwartet werden kann immerhin, dass langfristig auch die Bekanntheit in der Bevölkerung zunimmt.

⁹³ Gespräch mit Herrn Melanchthon am 11.3.2009.

⁹⁴ Bürgermeister Konrad im Interview am 13.3.2009.

⁹⁵ Dass Holz entsorgt werden musste, dürfte der Vergangenheit angehören. Bis zum Jahr 2011 ist Holz als Energieträger für Holzheizungen deutlich im Preis gestiegen, und es ist wenig wahrscheinlich, dass weiterhin Holz entsorgt wird, was ein Grund für das Scheitern dieser Variante gewesen sein könnte.

dem Gelände des zweiten örtlichen Unternehmens, einem Metallbau, zu errichten. Der mittelständische Betrieb, im Besitz des Ortsvorstehers Clemens, sollte sich an der Errichtung und am Betrieb der Anlage beteiligen, wovon dieser Ende 2009 von Konrad auch überzeugt werden konnte. Da diese Anlage aber mehr Holz benötigen würde als die Möbelfabrik bereitstellt,⁹⁶ soll das Gros von einem Landesforstbetrieb im benachbarten Dölau geliefert werden. Zwar liegt Dölau knapp außerhalb des Verwaltungsbezirks Wettin-Wilzen, zeichnete sich aber durch seinen Vorsitzenden, Herrn Philip aus. Der bemühte sich seit einigen Jahren um eine lokale, energetische Nutzung des Restholzes aus dem Landesforst und richtete für deren Bürogebäude schon frühzeitig eine Holzheizung ein.⁹⁷ Herr Philip ging im Jahr 2009 in Rente und ist seitdem in einer von zwei bezahlten Stellen für Herrn Konrad direkt für die Energieprojekte verantwortlich. Da es sich um einen staatlichen Betrieb handelt, ist eine langfristig kostengünstige Belieferung unter den Marktpreisen zwar nicht garantiert, aber immerhin möglich. Ein drittes Standbein der Versorgungssicherheit sollte eine örtliche Forstbetriebsgemeinschaft im benachbarten Engelsdorf bilden, die möglicherweise den Stadtwald Wettins mit nutzen soll, als weitere Restholzquelle.⁹⁸

Die Holzheizung soll, wenn sie einmal fertiggestellt ist, sowohl die Fertigungshalle des Metallbaubetriebes als auch die Möbelfabrik selber, ein kommunales Verwaltungsgebäude und das Feuerwehrhaus versorgen. Die dafür ohnehin notwendige Warmwasserleitung wird durch bewohnte Straßen des Dorfes verlegt. Die Anwohner der dort gelegenen Häuser können sich, falls nicht sofort, so immer noch zu einem späteren Zeitpunkt an die Wärmeleitung und damit an das Heizungsnetz anschließen lassen, so die Hoffnung des Bürgermeisters. Technisch ist dies möglich. Unter anderem würde sich damit die Finanzierbarkeit verbessern, da die Fixkosten auf eine größere Zahl an Abnehmern verteilt wären, wofür freilich die Zustimmung und Zahlungsbereitschaft der betroffenen Anwohner notwendig wäre. Im Sommer 2009 war trotz einer zweiten Informationsveranstaltung jedoch noch nicht sicher, wie viele Anwohner sich tatsächlich beteiligen würden, die Wilzener blieben skeptisch. Laut einer Mitarbeiterin hat sich die Stimmung aber in einer dritten Veranstaltung im Frühjahr 2010 zum Guten gewendet. Da die Anwohnerbeteiligung für das Nahwärmenetz nicht zwingend ist, im Gegensatz zu dem ursprünglichen Vorhaben, *sofort* das gesamte Dorf zu versorgen, spricht Konrad von einer „kleinen Variante“,⁹⁹ die sich zur Zufriedenheit der Organisatoren als wesentlich realistischer herauskristallisiert hat.

Das ursprüngliche Vorhaben war es, ganz Wilzen in einem Arbeitsschritt anzuschließen, was in der initiierten Informationsveranstaltung am 2.4.2009 den Einwohnern vorgestellt wurde.

Das Ziel, diese zu überzeugen, wurde aber deutlich verfehlt, der Funke der Begeisterung sprang

⁹⁶ Das waren 30.000 m³ oder 15 Megawatt *per annum*. Konrad im Interview am 21.12.2009.

⁹⁷ Herr Philip im Interview am 29.9.2009.

⁹⁸ Konrad im Interview am 18.1.2010.

⁹⁹ Konrad im Interview am 18.1.2010.

nicht auf die Anwohner über. Das Nahwärmenetz trat daraufhin in der Planung für ein Dreivierteljahr in den Hintergrund, bis im Dezember 2009 die beiden Mittelständler in Wilzen von der „kleinen Variante“ überzeugt werden konnten.¹⁰⁰ Hilfreich war dafür unter anderem die mit den eingeworbenen Fördermitteln finanzierte Machbarkeitsstudie durch die HVE GmbH, die erst im Herbst 2009 vorlag und dem Vorhaben mehr Solidität und Prestige verlieh. Die Pläne von HVE besonders in Hinsicht auf die Bürgerbeteiligung schienen jedoch Ende des Jahres 2009 nicht weiterzuführen und Konrad wandte sich daraufhin an die in Lettewitz aktive Firma Wind-Strom AG, die seitdem die Projektrealisierung in Wilzen übernommen hat.

Nach dem mäßigen Wiederhall der Informationsveranstaltung vom April 2009 dominierte bis Ende des Jahres eine zweite Idee. Auf dem ohnehin zu sanierenden Dach der Schulsporthalle sollte eine, im Vergleich zur Nahwärme, wesentlich billigere und einfacher zu realisierende Bürger-Solar-Anlage errichtet werden.¹⁰¹ Da Konrad anscheinend nicht alles auf eine Karte setzen wollte und Schwierigkeiten voraussah, wurde dieses Projekt neben der Heizung, den Wilzenern im April 2009 vorgestellt. Die Solaranlage stieß tatsächlich auf mehr Interesse als das Wärmenetz, vor allem weil schon konkrete Zahlen für Kosten und Gewinne genannt werden konnten, während die Heizung ohne Kosten-Nutzenrechnung daher kam. Diese Beobachtung wurde auch an anderen Orten gemacht, dass unsichere Bürger sehr viel Wert auf konkrete Zahlen legen und damit zufrieden sind, selbst wenn deren Berechnungsgrundlage ungenau ist. Die meisten Anwohner wollten sich daher nicht lange bitten lassen und schrieben sich in eine ausliegende Liste ein, um ihr Interesse für weitere Veranstaltungen zum Thema Solaranlage zu bekunden.¹⁰² Dennoch kam die angestrebte Bürgerfinanzierung¹⁰³ bis Ende 2009 aber nicht zustande und wurde als Finanzierungsvariante aufgegeben. Dass sich auch noch das Dach als statisch ungeeignet und sanierungsbedürftig herausstellte, trug zur Steigerung des Finanzierungsaufwandes bei. Abhilfe sollte, so die Idee Mitte 2009, das „Konjunkturpaket II“ schaffen. Als auch daraus nichts wurde, versuchte Konrad die Wettiner Sparkasse als Finanzier zu gewinnen, im Rahmen einer „Bürgerstiftung“, die möglichst noch 2010 abgeschlossen werden sollte.¹⁰⁴ Ende 2010 stand die Solaranlage aber noch aus, da die Verhandlungen mit der Sparkasse sich in die Länge zogen.

100 Die „Überzeugungsarbeit“ fand laut Konrad bei einem gemeinsamen Ausflug zu Herrn Philips Forstverwaltung am 21.12.2009 statt, bei dem auch Herr Rudolf (HVE GmbH) und Herr Melanchthon und Frau Theophano anwesend waren. Dadurch wurden den Mittelständler anscheinend überzeugt, dass es sich in um ein größeres Projekt handelt, nicht um eine Eintagsfliege. Konrad im Interview am 18.1.2010.

101 Auch diese wandelte wiederum ihre geplante Gestalt von einer reinen Photovoltaikanlage zu einer halben Solarthermieanlage für die Duschen. Auch sollte anfangs durch Herrn Barbarossa eine Bürger-Solar-Anlage realisiert werden. Dann kam aber die Idee auf, gleich das gesamte Dach zu erneuern und eine Photovoltaik-Anlage in die neue Dachkonstruktion zu integrieren. Barbarossas Bürgerbeteiligungsmodell schied schon deshalb aus, weil eine Dacherneuerung nicht in sein Konzept passt. Auch gab es wohl Unstimmigkeiten mit der vorgesehenen Baufirma.

102 Es waren 20 Personen für die Solaranlage und 20 für das Wärmenetz, laut Bürgermeister Konrad (was allerdings zu hoch geschätzt sein könnte). Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 13.5.2009 in Wils.

103 Insgesamt wären 98.000 Euro notwendig gewesen. Aussage in einem Interview.

104 Interview mit Bürgermeister Konrad in Wettin am 21.12.2009 durch die Studierenden Paul Brauer, Cathleen Kotterla und David Quinque im Rahmen des Seminars im Wintersemester 2009/10.

Im Februar 2010 erhielt die Stadt den Zuschlag¹⁰⁵ für eine Förderung durch das BMVBS¹⁰⁶ über drei Jahre und kann damit eine ganze und eine halbe Stellen für diesen Zeitraum finanzieren, womit Konrad große Hoffnungen verbindet, da bis dahin stets das Personal gefehlt hatte. Auch hat der Einstieg der Wind-Strom AG dem Wärmenetz neuen Schwung gebracht. So ist es ihrem Geschäftsführer, Herrn Böhmer anscheinend gelungen, in einer weiteren Informationsveranstaltung im Frühjahr 2010 die circa 15 Anwohner der betroffenen Straße doch noch vom Nahwärmenetz zu überzeugen. Frau Theophano von der regionalen Planungsstelle meinte sogar, er „hat da etwas Feuer versprüht“.¹⁰⁷ Ein geplanter Ausflug mit den Anwohnern Ende 2010 nach Lettewitz (wo ein solches Netz schon funktioniert) sollte weitere Bedenken zerstreuen. Die Erfolgsaussichten haben sich mit der Finanzierung zweier Stellen erheblich verbessert, unter anderem, da eine davon durch Herrn Philip, dem ehemaligen Forstverwalter des Landesforstbetriebes besetzt wird, der als einziger neben Konrad zu den ausgesprochenen Enthusiasten der Nahwärme-Holz-Lösung gehört. Die zweite Stelle erhielt Frau Theophano, die als ehemalige Mitarbeiterin der regionalen Planungsstelle ebenfalls wichtiges Hintergrundwissen beisteuert.

Wettin: Nahwärmenetz, Sorgen um Gerüche und Teller-Tank Diskussionen

Wie in Wilzen war in Wettin anfangs eine Bürgerbeteiligung geplant, später die Hilfe des Konjunkturpaketes II¹⁰⁸ und schließlich eine Stiftung der Sparkasse¹⁰⁹ vorgesehen, um eine zweite Solaranlage zu finanzieren. Eine vergleichsweise unproblematische Realisierung wäre wohl durch eine teils externe Finanzierung,¹¹⁰ die die Regnum GmbH in Person von Herrn Barbarossa anbot, denkbar gewesen. Konrad lehnte das Angebot jedoch mit Verweis auf den damit verbundenen Kapitalabfluss (da die Firma ihren Sitz außerhalb Wettin-Wilzens hat) und die ungleiche Kapitalausstattung der Anwohner (und damit verbunden, deren ungleichen Chancen sich zu beteiligen) ab. Es hätten, so Konrad, wieder die gleichen Anwohner profitiert, die ohnehin bereits besser gestellt sind und deshalb eher investieren können. Wie in Wilzen, wurden die Alternativen,

105 Dabei ist zu bedenken, dass es für die meisten Verwaltungen eine große organisatorische und personelle Anstrengung darstellt, sich neben den laufenden Geschäften überhaupt um Förderprogramme zu bewerben, weil dies meist sehr zeitaufwendig ist. Wenn ein Zuschlag dann erteilt wird, ist das ein wichtiger Erfolg, weil sich die Investitionen in die Antragsstellung mehr als amortisieren. Insofern ist jeder gestellte Antrag eine Wette auf mögliche Gewinne mit dem möglichen Verlust umsonst investierter knapper Arbeitsstunden. Viele abgehängte Regionen Ostdeutschlands bewerben sich deshalb nicht um Fördermittel, die sie dringend bräuchten um eben jene Handlungsfreiräume zu gewinnen. Die bürokratische Schwelle liegt zu hoch.

106 BMVBS = Bundesministerium für Verkehr- Bau- und Stadtentwicklung.

107 Frau Theophano im Telefonat am 18.8.2009.

108 Konrad am 27.5.2009.

109 Eine Einwohnerinformationsveranstaltung konnte in Wettin nicht protokolliert werden, weshalb hier keine Informationen vorliegen, wie die Rezeption durch die Bürger verlief.

110 In diesem Modell wären auch Anteile an Bürger, also Kleinaktionäre verkauft worden, die entsprechend der Bestimmungen der Bankenaufsicht nicht exklusiv in der Region bleiben können, sondern bundesweit angeboten werden müssen, was einen deutlichen Kapitalabfluss an externe Anteilseigner denkbar gemacht hätte.

Konjunkturpaket II¹¹¹ und Sparkassenfonds bis Ende 2010 nicht verwirklicht.

Im Frühjahr 2009 stand aber weniger die Solar-, sondern vornehmlich eine zeitgleich vorangetriebene Biogas- oder Biomasseanlage im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Diese sollte am Stadtrand von Wettin, auf dem Gelände der Armaturenfabrik errichtet werden. Wie der Werksleiter auf der initiierten Diskussionsveranstaltung darlegte, stand für das Jahr 2010 ohnehin die Sanierung der Heizungsanlage in der Fertigungshalle an, sodass es sich anbot, die Modernisierung mit einer Umstellung auf lokale Biomasse zu verbinden. Die Belieferung mit Biomasse sollte, so Konrads Idee, durch lokale Bauern erfolgen.¹¹² Auf einer eher elitären Informationsveranstaltung am 8.4.2009 – einfache Anwohner waren nicht anwesend, sondern nur Honoratioren, der Mittelstand und einige Großbauern der Region¹¹³ – wurde erwogen, ein Nahwärmenetz auch in Wettin zu errichten. Eingeladen hatten der Bürgermeister und die Geschäftsführung der Armaturenfabrik. Die Bauern zeigten sich jedoch skeptisch, ob die Region überhaupt eine erforderliche Menge an Biomasse produzieren und zugleich das Niveau der Nahrungsmittelproduktion halten könne. Die Bemühungen des Diskussionsleiters, sie mit einigen Statistiken zu überzeugen, dass genug Boden für Energiepflanzen *und* Nahrungsmittel zur Verfügung stünden, fruchteten nicht. Die Idee eines großen Nahwärmenetzes war unter anderem deshalb bis Sommer 2009 wieder vom Tisch. Die reduzierte Variante sah nur noch vor, die Werkshallen zu versorgen. Auch dieses Projekt wurde aber im Spätsommer 2009 verworfen, nachdem es im Stadtrat keine Mehrheit mehr fand, weil die Anwohner in Wettin eine Geruchsbelästigung durch die Biogasanlage fürchteten und auch den Lärm anliefernder Lastwagen. Dabei spielten die Erfahrungen mit einer Biogasanlage im nahegelegenen Schweinitz eine Rolle, auf die sich einige Personen beriefen. Dabei hatte Konrad Mitte 2009 die Errichtung einer Biogas- einer Biomasseanlage vorgezogen,¹¹⁴ um das von den Bauern angesprochene „Teller-Tank-Problem“¹¹⁵ zu umgehen. Biogasanlagen können allerdings unvorteilhafte Gerüche

111 Das Konjunkturpaket hätte freilich in einem engen Zeitfenster im Jahr 2009 genutzt werden müssen, danach ist es verfallen.

112 In der Diskussion wurde, sicherlich aus Unwissen, von vielen Teilnehmern nicht zwischen flächenneutralem Biogas und flächenintensiver Biomasse unterschieden. Protokoll der Informationsveranstaltung vom 8.4.2009.

113 Es scheint sich eher um die Großbauern gehandelt zu haben, da diese, laut Konrad (am 18.1.2010) alle bereits eine Biogasanlage auf ihren Gehöften haben, die ihre Tierexkrementen verbraucht, sodass sie als weiteren Rohstoff nur noch Biomasse, keine Exkimente liefern könnten. Exkimente könnten nur die Kleinbauern liefern, die noch keine Biogasanlage besitzen. Es schien, dass die Kleinbauern in der Informationsveranstaltung nicht anwesend waren.

114 Biogasanlagen werden mit Exkrementen beschickt, nicht mit Raps, Getreide, Öl oder Holz. Im Gegensatz zu Biomasse-Anlagen sind sie deshalb, im engeren Sinne, flächenneutral, da keine Anbaufläche oder Waldfläche verbraucht wird und die Nahrungsmittelproduktion nicht berührt wird.

115 Biomasse-Anlagen werden meist mit Biomasse, unter anderem auch Pflanzen beschickt. In Wettin war deshalb vorgesehen, große Mengen Raps und Mais als Energiepflanzen anzubauen. Damit wird zwangsläufig die mögliche Ackerfläche für Nahrungsmittel-Pflanzen reduziert. Man spricht deshalb vom „Teller-Tank-Problem“. Energie und Nahrungsmittel sind Substitute. Hingegen Biogas-Anlagen werden mit Gülle und Fäkalien beschickt, sodass keine Verdrängung von Flächen zum Nahrungsmittel-Anbau vorliegt und sich kein „Teller-Tank-Problem“ stellt. Die Gülle kann nach ihrer energetischen Nutzung immer noch als Dünger verwandt werden, mit verminderten Gerüchen. Ein Sonderfall ist die Beschickung von Biomasse-Anlagen mit Haus-Kompost-Müll. Da dieser nicht mehr als Nahrungsmittel zählt, liegt keine direkte Flächen-Konkurrenz vor. Wenn allerdings der Kompostmüll und Speisereste als Tierfutter verwandt würden, kommt es durch deren Nutzung in Biomasse-Anlagen zu einer entsprechend

verbreiten, da sie mit Fäkalien betrieben werden. Daraufhin war vorgesehen, sie weit genug von der Stadt entfernt zu errichten, um nicht gerochen oder gehört zu werden, aber nah genug an einer existierenden Erdgasleitung gelegen, um Roh-Biogas¹¹⁶ über die Leitung an die Stadt zu liefern. Als sich die „Großbauern“ unwillig zeigten, selber die notwendige Gülle zu liefern, weil sie diese bereits selber in existierenden Biogas-Anlagen verwenden, sollten stattdessen die „Kleinbauern“¹¹⁷ liefern, die noch keine eigenen Biogasanlagen besaßen¹¹⁸. Doch auch diese Wendung konnte das Vorhaben nicht retten, denn die Bauern wollten keine Biomasse-Anlage und die Wettiner keine Biogas-Anlage, auch nicht am Stadtrand.

Ein Jahr nach Beginn des Projektes „Theiß-Donau erneuerbar!“ kristallisierte sich „die kleine Variante“ des Nahwärmenetzes in Wilzen als das realistischste aller Vorhaben heraus; die anderen Pläne wurden zwar weiterverfolgt, aber nur mit schwachem Einsatz.¹¹⁹

Bürgermeister Konrad

Herr Konrad ist seit 2003 Bürgermeister von Wettin-Wilzen und scheint mit seinem Amt sehr zufrieden zu sein. Auf der Straße wird er als „Herr Bürgermeister“ begrüßt.¹²⁰ Natürlich könnte er sich auch zum Landrat wählen lassen, wie sein Kollege Alfons aus Mücheln, aber was würde dann mit den begonnenen Projekten vor Ort werden, gab er zu bedenken.¹²¹ Er könne deshalb nicht einfach alles zurück lassen. Dass er 2011 wiedergewählt wird, war für ihn keine Frage.¹²² Tatsächlich belegten die *face-to-face*- und die Experten-Interviews allgemeines Vertrauen und Sympathie für Konrad.¹²³ Der ehrenamtliche Ortsvorsteher und alle anderen Honoratioren stehen vor allem hinter ihm als Person, auch wenn seinen Vorhaben nicht stets zugestimmt wird. Auf seinem Schreibtisch lagen Prospekte mit ökologischen Themen¹²⁴ und er selber sprach auch von

vermehrten Nachfrage nach anderem Tierfutter, sodass indirekt doch wieder eine Flächen-Konkurrenz vorliegt. Diese Zusammenhänge werden noch etwas komplizierter durch die neuerliche Tendenz, Biomasse- und Biogas-Anlagen zu kombinieren und Gülle und Biomasse gleichzeitig zu nutzen. Dies soll hier aber nicht weiter diskutiert werden. In der Wahrnehmung der Interviewten wurde zudem nur zwischen Biogas- und Biomasse unterschieden mit einer rudimentären Kenntnis der skizzierten Zusammenhänge.

116 Biogas kann so aufbereitet werden, dass es im Leitungsnetz und auch in den Haushalten als gleichwertiger Ersatz für fossiles Erdgas funktioniert, ohne dass ihm seine Herkunft noch anrühlich ist.

117 Die Termini Groß- und Kleinbauern wurden wörtlich von Konrad genannt.

118 Konrad im Interview am 18.1.2010.

119 Neben den skizzierten Ideen bestanden und bestehen noch andere, wie zum Beispiel ein Bürgerwindpark. Über diese Idee liegt allerdings nur eine Aussage Konrads vor. Konrad im Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 13.5.2009.

120 Konrad im Interview am 11.1.2010.

121 Auch führt er aus, dass die Leute ihm das sehr übel nehmen würden, nicht noch ein Mal zu kandidieren, um alle begonnenen Vorhaben auch abzuschließen. Konrad im Interview am 18.1.2010.

122 Ebd.

123 Oft wurde bei der Frage nach den Projekten vor Ort auf den Bürgermeister verwiesen, der sich „da besser auskenne“. Auch wurde ihm am ehesten zugetraut das Projekt weiter zu bringen. Andere Personen wurden nur auf Nachfrage und eher selten genannt.

124 Beobachtung am 13.3.2009.

anderen Vorhaben, die ihm am Herzen liegen, wie die Re-Mäanderisierung des Flusses Theiß,¹²⁵ was den Tourismus fördern würde (Bootsausflüge und Fahrrad-Wander-Wege) und den Grundwasserspiegel langfristig stabilisieren werde. Auch berichtete er gerne und ausführlich von der „Umweltakademie“, in der Schüler für die Naturwissenschaften begeistert werden sollen. Er hofft, dadurch mehr junge Menschen in der Region zu halten.¹²⁶ Dabei denkt er wohl auch an seine eigenen Kinder, woraus sich schlussfolgern lässt, dass Konrad ein langfristiges Interesse an der Entwicklung der Region hat. In Verbindung mit entsprechendem Wissen um ökologische Zusammenhänge ist ein hohes Umweltbewusstsein eine statistisch erwartbare Konsequenz (vgl. Grunenberg/Kuckartz 2003). Konrad kandidiert wie in Dalmatien durchaus üblich, parteilos (rund die Hälfte der Gemeindevertreter des Landes gehören keiner Partei an)¹²⁷.

Konrad nahm sich für beide Interviews über zwei Stunden Zeit und zeigte beim ersten Termin auch noch eine Fernsehdokumentation des dalmatinischen Rundfunks über den österreichischen Vorzeige-Energieort Güssing. Der gemeinsame Ausflug nach Güssing im Februar 2009 zusammen mit den anderen Bürgermeistern scheint ihn von der Idee einer energieautonomen Region überzeugt zu haben.¹²⁸ „Konrad war hell begeistert von Güssing,“ berichtete ein vertrauter Mitarbeiter.¹²⁹ Seitdem ist es sein Anliegen, auch die restlichen Entscheider der Stadt zu gewinnen; so hat er nicht nur auf beiden Informationsveranstaltungen, sondern auch in privater Runde den beiden Wilzener Mittelständlern die Fernsehdokumentation über Güssing gezeigt in Erwartung einer positiven Wirkung auf die Rezipienten.¹³⁰ Seine Einschätzung der Begeisterungsfähigkeit der einfachen „Leute“ hat jedoch 2010 eine pekuniäre Wendung genommen: „Die Leute wollen konkrete Zahlen wissen“, „es geht vor allem um’s Geld.“¹³¹ Auch hat sich Konrads Strategie geändert, statt auf öffentliche Informationsveranstaltungen, wie im Frühjahr 2009, setzt er zunehmend auf Elitenkonsens und fertige Projekte, die der Öffentlichkeit unterschriftsreif präsentiert werden. Die Ergebnisse der beiden öffentlichen Veranstaltungen waren anscheinend zu mager. Auch gelte es, „den Ball flach [zu] halten“ solange Verhandlungen noch laufen,¹³² also eher keine Bürgerbeteiligung zu wagen, zugunsten reibungsloser Planung.

In Güssing hat ihn die wirtschaftliche Entwicklung und besonders die daran anschließende demographische Erholung beeindruckt. Beides hofft er durch eine ähnliche Entwicklung in Wettin nachahmen zu können. Die Güssinger betonen, so Konrad, in ihrer Selbstdarstellung, dass der Kapitalabfluss aus der Region stark abgenommen und sich durch den Energie-Export in einen

125 Darunter versteht man die Rückverlegung des Flusses in sein historisches, nicht-begradigtes und folglich stark mäanderndes Flussbett (mäandern = lateinisch für schlängeln).

126 Konrad im Interview am 13.3.2009.

127 Statistisches Landesamt 2009.

128 Dem Interviewer und einem Kommilitonen werden dazu ungefähr hundert Photos gezeigt. Interview mit Konrad am 13.3.2009.

129 Telefoninterview mit dem Mitarbeiter der Umweltakademie Wils am 22.7.2009.

130 Ebd.

131 Konrad im Interview am 11.1.2010.

132 Konrad in einem Telefonat am 22.9.2009.

Zustrom gewandelt habe¹³³. Daran anschließend erklärte er die Bedeutung von regionalen Wertschöpfungsketten. Unter anderem deshalb hat er die Beteiligung der Firma Regnum GmbH abgelehnt, weil diese in Brüno sitzt und das Kapital nicht vor Ort bleibe.¹³⁴ Auch würden beim Bürgerbeteiligungsmodell wieder nur diejenigen profitieren, „die es sich leisten können“ und „die anderen gucken in die Röhre“.¹³⁵ Der noch 2009 beteiligten Baufirma HVE GmbH, ebenfalls aus Brüno, zieht Konrad deshalb die Firma Wind-Strom AG vor, denn: „(...) was mir besonders gefällt ist, das ist eine dalmatinische Lösung.“¹³⁶ Wie beim Windpark erwartet er, dass in Wettin eine Tochtergesellschaft gegründet werde, um die Steuereinnahmen vor Ort zu halten. Insbesondere aufgrund des Erfolges in Lettewitz, (siehe Fallstudie S. 71) setzt Konrad große Hoffnung in die Wind-Strom AG und ihren Geschäftsführer, Herrn Böhmer.¹³⁷

Damit es dazu kommt, war und ist allerdings viel Überzeugungsarbeit notwendig, die Konrad zu leisten gewillt war.¹³⁸ So gelang es ihm, den Stadtrat zu bewegen, gegen das Angebot einer sehr großen Biogasanlage der Schmack AG zu stimmen, obwohl damit kurzfristig hohe Steuereinnahmen erzielt worden wären. Soweit hat er also sein erklärtes Ziel erreicht, große externe Investoren auszuschließen.¹³⁹ Wie sich aber zeigte, steht der Stadtrat nicht immer hinter ihm und stimmt gelegentlich gegen seine Anliegen, zum Beispiel bei der Wettiner Biogasanlage.¹⁴⁰ Der Verwaltungsapparat sei noch nicht an derartige Projekte angepasst und tue sich schwer, erklärt Konrad in Anspielung auf die Ablehnung durch den Stadtrat.¹⁴¹ Doch auch andere Akteure wollten erst überzeugt werden, so musste Konrad den beiden Mittelständlern in Wilzen für einen Termin erst lange „hinterher telefonieren“: „es war sehr schwer, an die Unternehmer ran-zu-kommen.“¹⁴² Ein Meilenstein seiner Überzeugungsarbeit war wohl der gemeinsame Ausflug mit dem Gemeinderat nach Lettewitz, um diesen von der Idee des Wärmenetzes zu überzeugen. Ein Teilerfolg der verschiedenen Bemühungen war die Nominierung Wettins für die bundesweite Ausstellung „365 Orte im Land der Ideen“ Ende 2010 gewesen, die auf seine Bemühungen hin zustande kam.

133 Siehe die Dokumentation des Rundfunks Brüno-Dalmatien; sowie: Präsentation der Güssinger für Besucher und Homepage von Güssing <www.guessing.net> (Die Seite wurde 2009 überarbeitet und bietet seitdem kaum noch Informationen zum Thema Energie). Der Kapitalabfluss betrug demnach zu Beginn der 1990er Jahre 35 Millionen Euro *per annum*. Konrad im Protokoll der Informationsveranstaltung in Wettin am 8.4.2009.

134 Herr Melanchthon berichtet, dass beide Solaranlagen deshalb stocken würden. Interview mit Melanchthon am 14.1.2010.

135 Konrad im Interview am 18.1.2010.

136 Ebd.

137 Ebd.

138 Zum Beispiel konnte der Stadtrat von den Bürger-Solar-Anlagen in der Sitzung am 26.5.2009 nicht sofort überzeugt werden. Konrad im Telefonat am 27.5.2009.

139 Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ in der Umweltakademie am 13.5.2009.

140 Unter den *face-to-face* Interviews war zufällig eines mit einer Stadtratsabgeordneten, die sich etwas ärgerlich über Konrads Ambitionen mit der Biogasanlage zeigte: „Ich weiß nicht, was er sich damit für ein Denkmal setzen möchte“. Interview 30.7.2009 in Wettin.

141 Interview am 21.12.2009: Konrad möchte dieses Problem lösen, indem die Betreuung an Bürgerinitiativen und die kleinere Kreisverwaltung übertragen werde.

142 Konrad im Interview am 11.1.2010.

Neben dem Ausflug nach Güssing gab es eine zweite Quelle der Motivation: Im Rahmen der Nominierung für „Theiß-Donau erneuerbar!“ im Januar 2009 trafen die nominierten Bürgermeister auf den damaligen Bundesverkehrsminister Tiefensee, der sich anscheinend selber für das Projekt interessierte.¹⁴³ Die Anerkennung, durch die zugesprochene Förderwürdigkeit vom BMVBS¹⁴⁴ und somit indirekt vom Minister ausgewählt worden zu sein, war für Konrad nicht nur eine Quelle der Motivation, sondern wurde auch geschickt zur Legitimation seiner Vorhaben genutzt. Bei geeigneten Anlässen wurde in der Einleitung oft das Photo mit dem Minister gezeigt.¹⁴⁵

Direkt gefragt, erzählte er, etwas „für die Region zu tun“ sei sein Hauptmotiv, damit langfristig mehr junge Leute da bleiben, statt abzuwandern. In dem Zusammenhang baut er in seine Argumentation oft eine Verbindung zum Thema Kapitalabfluss und Wertschöpfungsketten ein, und reproduziert damit den Narrativ der Güssinger, die wohl ohne es zu wissen, der Dependenztheorie die Ehre geben.

Die Landwirte

Die Landwirte spielen stets eine wichtige Rolle als Zulieferer für Biomasse- und Biogasanlagen. Ohne ihre Teilnahme kann es für diesen Technologiepfad keine regionale Wertschöpfung geben. Die Offerte des externen Investors Schmack für eine Biomasseanlage konnte, so Konrad, auch mit Hilfe der lokalen Bauern abgewehrt werden, die nicht gewillt waren, große Mengen Biomasse zu liefern, da sonst nicht mehr genug übrig bleibe als Tierfutter.¹⁴⁶ Dasselbe Argument richtete sich allerdings auch gegen die von Konrad geplante Biomasseanlage in Wettin. So gab es recht heftige Diskussionen um die „Teller-Tank-Problematik“¹⁴⁷ bei einer Informationsveranstaltung mit den Landwirten, die das so ausdrückten: „Man soll ja nicht mit dem Schinken nach dem Speck werfen“.¹⁴⁸ Aber auch ganz explizit wurde von „Ängsten“ und Sorgen um steigende Lebensmittelpreise und dem in den letzten Jahren zunehmenden „Kampf um die Flächen“ gesprochen. Auch von der verlockenden Aufforderung des Moderators, kurzfristig „ein paar

143 Dies wurde berichtet in den zwei protokollierten Informationsveranstaltungen und auch beim ersten Interview am 13.3.2009.

144 BMVBS = Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

145 Einen ähnlichen Effekt schien schon der Artikel des Spiegelreporters Wiedemann über die museumsreife Brikettfabrik im Jahr 1990 gehabt zu haben. Erst nach dem Artikel kam man auf die Idee, tatsächlich aus der Fabrik ein Museum zu machen. Überregionale Instanzen scheinen ein nicht zu unterschätzendes Gewicht zu haben um langfristige Handlungen zu legitimieren.

146 Die Rede war von 80.000 Tonnen jährlich. Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 13.5.2009.

147 Biomasse-Anlagen werden meist mit Biomasse, unter anderem auch Pflanzen beschickt. In Wettin war deshalb vorgesehen, große Mengen Raps und Mais als Energiepflanzen anzubauen. Damit wird zwangsläufig die mögliche Ackerfläche für Nahrungsmittel-Pflanzen reduziert. Man spricht deshalb vom „Teller-Tank-Problem“. Energie und Nahrungsmittel sind Substitute.

148 Eine Landwirts im Protokoll der Veranstaltung am 8.4.2009 in Wettin.

Prozent“ zu verdienen,¹⁴⁹ ließen sich die Landwirte nicht ködern. Ihr Gegenvorschlag war, statt Biomasse lieber Holz zu verwenden, wovon man genug habe in der Region. Auch ein späterer Ausflug mit dem Bürgermeister konnte sie nicht überzeugen,¹⁵⁰ stattdessen zeigten sich vor allem die „Großbauern“ unwillig, die notwendigen langfristigen Lieferverträge einzugehen.

Die Mittelständler in Wilzen

Herr Lothar, der Besitzer der Möbelfabrik, soll sowohl das Restholz für die Heizung liefern als auch deren Wärme kaufen und ist somit für das Wärmenetz eine zentrale Person. Obwohl er bereits einen Teil seiner anfallenden Sägespäne selber nutzt, bleibt noch ein Teil übrig, der Kosten verursachend entsorgt werden musste, und daher als Rohstoff in Frage kam.¹⁵¹

Herr Lothar erschien dem Forscher insgesamt sehr zurückhaltend und wenig auskunftsfreudig.¹⁵² Auch Konrad gelang es erst nach mehreren Versuchen¹⁵³ ihn von der Möglichkeit finanzieller Gewinne des Projektes zu überzeugen.¹⁵⁴ Klimaschutz und soziale Verbesserungen sind für ihn nur Nebeneffekte. Was zählt, sind die betriebswirtschaftlichen Dinge. Auch verwies er bei den meisten Fragen auf den Bürgermeister und ist kaum selbst politisch aktiv. Da er außerhalb wohnt, scheint er in Wilzen wenig in das Dorfleben integriert zu sein.¹⁵⁵

Der zweite im Bunde ist der Leiter des mittelständischen Metallbaubetriebes, Herr Clemens. Da eine geplante zweite Werkshalle eine weitere (im Betrieb teure) Ölheizung notwendig machen würde,¹⁵⁶ könnte er die Gelegenheit nutzen, um von den billigen Holzspänen seines Nachbarn zu profitieren und wäre ein Großverbraucher im Wärmenetz. Als Ortsvorsteher bekleidet er das einzige politische Mandat des Dorfes und ist ein Vertrauter Konrads, ohne aber deshalb besonders aktiv zu sein in politischen Angelegenheiten wie dem Wärme-Netz. In der Informationsveranstaltung im April 2009 saß er zwar unter den Honoratioren, steuerte aber keinen eigenen Redebeitrag bei.¹⁵⁷ Auch in den zehn *face-to-face* Interviews wurde er nur ein Mal als verantwortliche Person hinter den Projekten genannt, sonst wurde stets auf Konrad verwiesen. Herr Clemens konnte trotz mehrere Anrufe und einer E-Mailanfrage im Sommer und Herbst 2009 nicht für ein Interview gewonnen werden. Zumindest Konrad meinte aber, ihn schließlich doch überzeugt zu haben.¹⁵⁸

149 Herr Gregor im Protokoll der Veranstaltung am 8.4.2009 in Wettin.

150 Am 3.7.2009 fuhr Konrad mit den Landwirten zur Besichtigung der Biogasanlage in Schweinitz. Konrad Telefonat am 8.7.2009.

151 Konrad im Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ in Ebersheim am 15.10.2009.

152 Vergebliche Anfrage per Telefon und später per E-Mail am 9.11.2009.

153 Konrad im Telefoninterview am 22.9.2009.

154 Konrad im Interview am 18.1.2009.

155 Herr Lothar im Telefoninterview am 17.12.2009, Interviewer: Martin Kunz.

156 Konrad im Protokoll des Treffens von „Theiß-Donau erneuerbar!“ am 15.10.2009.

157 Protokoll der Bürgerinformationsveranstaltung am 2.4.2009 in Wilzen.

158 Konrad im Telefoninterview am 22.9.2009.

Die Vereine in Wilzen

In Wilzen wurden nur drei Vereinsvorstände telephonisch interviewt. Zufällig war darunter eine zentrale Person, Frau Huber, Vorstand des Kleinkunstvereins, Mitglied im Jagd- und Forstverein und eines „Partnerschaftskomitees,“ auch war sie lange Zeit Ortsvorsteherin. Die Energieprojekte wurden von ihr ausdrücklich begrüßt und sie meinte, die Leute würden darauf warten, dass es weiterginge, dass etwas passiert. Sie zeichnete sich als einziger Vereinsvorstand durch Kenntnis der Hintergründe aus und meinte, auch öfter mit Konrad darüber gesprochen zu haben, den sie voll auf zu unterstützen schien. Im Gegensatz zu den meisten anderen Personen im Dorf steht sie auch prinzipiell hinter der Idee der erneuerbaren Energieproduktion (ohne gegen „Windspargel“ zu polemisieren, wie sonst üblich), da ihr Heimatdorf fast einem Braunkohlentagebau weichen musste. Die Idee für die Holzheizung in der Schule stamme ursprünglich von ihr, wie sie sagte. Als ehemalige Ortsvorsteherin delegierte sie allerdings die Verantwortung an die Stadtverwaltung und den Bürgermeister und sah sich selber nicht mehr in einer aktiven Rolle.¹⁵⁹

Die anderen beiden interviewten Vereinsvorstände waren noch weiter davon entfernt, die Initiative zu ergreifen. Immerhin hatten sie von dem Vorhaben gehört und kannten die ungefähren Pläne. Von Begeisterung oder umfassenden Wissen konnte jedoch keine Rede sein. Statt dessen zeigte sich ein Vorstand zumindest besorgt ob des möglichen LKW-Lärms und der „Kosten, die auf einen zukommen“.¹⁶⁰ Auch hier dominierte also eine empfundene Abhängigkeit von fremden Plänen, obwohl Konrad ja gerade die Eigeninitiative der Bürger wecken wollte. Einigkeit herrschte vor allem in der Ablehnung der Windräder, die ohne Nachfrage des Forschers in negative Beziehung zum Thema „erneuerbare Energie“ gesetzt wurden.

Bevölkerung in Wilzen

Laut Konrad waren 20 Anwohner in Wilzen an dem Wärmenetz interessiert.¹⁶¹ In elf *face-to-face* Interviews am 30.7.2009 zeigte sich die Bevölkerung erstaunlich wenig informiert.¹⁶² Sogar einige Personen, die den Informationsabend besucht hatten, konnten sich an nichts genaueres erinnern. Die Mehrzahl war daher auch noch sehr unentschlossen hinsichtlich des eigenen Engagements, obwohl sich niemand direkt gegen die Pläne positioniert hat. Nur eine Person war skeptisch, weil die Straße für die Wärmeleitung aufgerissen werden müsste. Eine Frau, die durch ihre Sprache einen höheren Bildungsgrad zur Schau stellte, stand als einzige voll und ganz hinter der Idee. Sie

¹⁵⁹ Telephoninterview am 21.7.2009 mit Frau Huber.

¹⁶⁰ Telephoninterviews am 23.7. mit Herrn Dölle vom Schützenverein und Frau Rosendahl vom Kleinkunstverein.

¹⁶¹ Interview durch die Studierenden Paul Brauer, Cathleen Kotterla und David Quinque im Rahmen des Seminars im Wintersemester 2009/10 mit Bürgermeister Konrad am 21.12.2009.

¹⁶² In einer späteren Umfrage mit *face-to-face* Interviews in Wilzen und Wettin durch die Studierenden Annett Schmidt, Selma Ahl und Marie-Theres Schulze am 15.12.2009 hatte sich daran wenig geändert.

meinte zwar, dass sie sich überlegen würde, ihre Ölheizung aufzugeben, aber dafür wisse sie noch zu wenig und sei bereit das zu ändern, wenn es weitere Informationsabende oder ähnliches gebe. Auch habe sie und viele andere den Informationsabend nur besucht, weil sie dachten, dass es um weitere Windräder ginge, die keiner wolle. Damit klärte sich im Nachhinein auf, warum der Abend so wenig konstruktiv verlief: die Wilzener erschienen mit völlig anderen Erwartungen als die Organisatoren, die davon nichts ahnten.

Vorsichtig geschätzt, hatte die Hälfte der Bevölkerung wenigstens entfernt von den Plänen für das Wärmenetz gehört, oder konnte ein oder zwei Dinge dazu sagen. Dass es nicht mehr als die Hälfte war, ist erstaunlich, da Wilzen ein sehr kompaktes und kleines Dorf ist, dem zugetraut werden kann, jeden „Klatsch“ rasch zu verbreiten. Möglicherweise teilt sich die Bevölkerung in eine Gruppe, die am gesellschaftlichen Leben teilnimmt und eine, die eher passiv zum öffentlichen Leben steht (vgl. Elias/Scotson 1965). Anders lässt sich das hartnäckige Nicht-Wissen eines so großen Teils der Anwohner kaum erklären. Der einzige oft genannte Allgemeinplatz war die Assoziation von EE mit den Windkraftanlagen und den Solaranlagen auf einigen Hausdächern. Die erste Informationsveranstaltung im April 2009 hatte also nicht dazu geführt, das notwendige Wissen ausreichend weit zu streuen.

Informationsveranstaltung in Wilzen

In Wilzen hat es nur eine Informationsveranstaltung gegeben, in der die Bürger von der Idee des Wärmenetzes und der Solaranlage im Besonderen und von der Vision einer erneuerbaren und autarken Energieversorgung im Allgemeinen überzeugt werden sollten. Da hiermit eine der seltenen Auftaktveranstaltungen dokumentiert werden konnte, lohnt sich eine kurze Darstellung.

Zu der Abendveranstaltung im Frühjahr 2009 wurden alle Haushalt mit einer Postwurfsendung vom Bürgermeister eingeladen. Die Erläuterung über den Inhalt des Abends war aber zu unverständlich verfasst und wurde von den meisten Bürgern nicht richtig verstanden. Da war die Rede von EE und Autarkie (konkret waren das Wärmenetz und die Solaranlage gemeint) aber die Bürger dachten es ginge, verklausuliert ausgedrückt, um weitere Windräder.¹⁶³ Damit begannen die Missverständnisse: die Wilzener erschienen in einer abwehrenden und unsicheren Stimmung und mussten sich dann erst in die unerwartete Situation finden. Dennoch herrschte eine hohe Aufmerksamkeit der 30-40 Gäste im Gemeindehaus gegenüber Konrads Vorstellung des Förderprogramms „Theiß-Donau erneuerbar!“, mit dessen Teilnahme sich der Ort ja rühmen könne. Darauf folgte eine Vorstellung des Treffens der Bürgermeister mit dem Minister Tiefensee und eine zehnminütige Dokumentation des Rundfunks Dalmatien wurde gezeigt. Beides schien das Publikum nicht gelangweilt zu haben. Dann übernahm der Moderator des Abends, Herr

¹⁶³ *face-to-face* Interview mit einer höher gebildeten Frau in Wilzen am 30.7.2009.

Gregor, und forderte dazu auf, sich spontan zum Film zu äußern, was zu seiner Überraschung ausblieb, da solche Spontanität in dalmatinischen Dörfern nicht üblich ist. Statt dessen nutzte Herr Philip die Gelegenheit, um sich als Experte des Landesforstbetriebes vorzustellen (da er nicht in der ersten Reihe der Honoratioren saß). Der Moderator, Herr Gregor war davon aus dem Konzept gebracht und versuchte Herrn Philips kleine Rede abzuwürgen, was der aber nicht zuließ, sodass es zu einem kleinen Disput kam. Dem folgten weitere Schnitzer des Moderators, die eine Diskussion mit den Gästen eher vereitelten. So fragten einige Anwohner in provokantem Ton, „wem denn der Wald gehöre,“ der das Holz liefern sollte, was der Beginn einer ausführlicheren Diskussion hätte sein können, die damit wohl auch angestrebt wurde, um offene Rechnungen zu debattieren. Statt darauf einzugehen, wurde von Herrn Gregor mit einer auch für den Forscher schwer verständlichen betriebswirtschaftlichen Präsentation fortgesetzt. Die darin entwickelte *win-win* Konstellation des Nahwärmenetzes wollte der Moderator dem Publikum mit den Worten „jeder denkt nur an sich“ näher bringen, womit die Situation einer insgesamt misslungenen Kommunikation wohl besser beschrieben war als das vorgestellte volkswirtschaftliche Modell. Die Experten dachten nur an sich, und stellten ihre Expertisen in Worten dar, deren Bedeutung dem Publikum verschlossen blieb. Dieses wiederum konnte seine Bedenken nicht mitteilen, da sie nicht experten-gerecht formuliert waren.

Die Diskussion doch noch zu öffnen versuchte danach Herr Barbarossa, der Experte für Bürger-Solaranlagen, indem er die Bedeutung bürgerschaftlicher Initiativen erklärte und zugleich sein Beteiligungsmodell bewarb. Herr Konrad und wohl vorbestimmte Sprecher unterstützten ihn nach Kräften in seiner Aufforderung an ein immer noch unsicheres Publikum: wir „müssen ein Stück weit Verantwortung in die Hand nehmen“. Tatsächlich folgten die Einwohner dem Vortrag von Barbarossa konzentriert, da er konkrete Kosten und Gewinne der Solaranlagen benannte. Die Frage nach der Sicherheit der Investition und die anschließende Diskussion über das Energien-Einspeise-Gesetz wurden aber von Konrad vorzeitig unterbrochen, obwohl er die Tatsache, dass überhaupt diskutiert wurde, zustimmend kommentierte.

Während der gesamten Veranstaltung nutzte ein älterer Mann in der letzten Reihe jede Gelegenheit, um halblaut am laut Gesagten zu nörgeln, worauf er wiederholt von seinen NachbarInnen zurechtgewiesen wurde. Es schien, dass solche Veranstaltungen selten sind und als öffentliches Ereignis geschätzt werden, man war angeregt und erfreut über die vielen Gäste im Dorf. Unter den Anwesenden waren viele ältere Ehepaare und die meisten in sonntäglicher Kleidung erschienen. Wer sich für das Dorfleben interessierte war erschienen und wie sich zeigte, wechselte die Befürchtung mit neuen Windrädern konfrontiert zu werden, schnell der Erleichterung und dem guten Willen, für die unterbreiteten Vorschläge wenigstens Interesse zu zeigen.

Die meisten Äußerungen waren daher eher zustimmend, führten aber dennoch zu keinem echten Dialog. So der Ausruf: „man braucht ja auch Geld dazu“ und häufige Fragen nach technischen Details, wie zum Beispiel der Wassertemperatur der Zentralheizung, die am Thema vorbeigingen. Der Kommentar mit der deutlichsten Zustimmung war eine Delegation der Verantwortung und fasst die Gemütslage gut zusammen: „Das sollen doch die jungen Leute machen!“. Allerdings war von denen so gut wie niemand erschienen. Hier zeigte sich aufs neue die Unlust der dalmatinischen Bevölkerung, politische Verantwortung zu übernehmen. Von den eingebrachten Redebeiträgen machten nur sehr wenige auf den Forscher einen kompetenten Eindruck. Was fehlte, waren Personen, die im Kapitel „Vergleich der Fälle“ als „aktive Eliten“ bezeichnet werden.

So dominierte statt einer inhaltlichen Diskussion an diesem Abend die Frage, welche konkreten Kosten anfallen würden als kleinster gemeinsamer Nenner, worauf von den Experten wiederholt geantwortet wurde, dass dies von der Anzahl der Teilnehmer, also dem Publikum abhängt.

Am Ende der Veranstaltung meldete nach kurzem Zögern rund die Hälfte der 30-40 Personen per Handzeichen Interesse an einer Nachfolgerunde an, davon je die Hälfte für das Solar- und das Zentralheizungsprojekt. Bis zu einer Nachfolgeveranstaltung verging allerdings ein ganzes Jahr. Zu der von solchen Treffen angestrebten „Aktivierung“ der Bürgerschaft kam es eher nicht (vgl. Ruppert/Schmuck 2008). Statt dessen bestand ihr Nutzen wohl darin, überhaupt erst über das Thema zu informieren und ein Nachdenken anzuregen, das aber bei weitem nicht ausreichte für einen selbsttragenden Prozess. Dafür fehlte in Wilzen schlichtweg eine kleine Gruppe von politisch aktiven Personen.

Vereine in Wettin

Von zwölf Telefoninterviews wurden vier verweigert, eines vom Pfarrer, mit Verweis auf Zeitmangel. Zwei weitere wurden, nachdem das Thema der Umfrage erklärt war, abgelehnt, weil man davon „nichts wisse“¹⁶⁴. Der Vorstand eines großen Sportvereins wollte nicht weiter reden als ihm selber auffiel, dass er die Biogasanlage kritisierte, obwohl er sich bemühte, dies indirekt und vorsichtig zu formulieren¹⁶⁵ und einer wusste tatsächlich so gut wie nichts von den Projekten und gab dies bereitwillig zu.¹⁶⁶

In der Gruppe, die an den Interviews teilnahm, dominierte die eher indirekt geäußerte Ablehnung der Biogasanlage,¹⁶⁷ begleitet vom Versuch, den Bürgermeister nicht zu kritisieren und sich selber

164 Verweigertes Telefoninterview mit Herrn Spinzig und Frau Löhnig vom Kriegerverein und Kegelverein am 23.7.2009.

165 Telefoninterview mit Herrn Fischer vom SV Partisan Wettin am 23.7.2009.

166 Telefoninterview mit Herr Meier vom Blasmusikverein.

167 Dies war selbst bei einem Befürworter der erneuerbaren Energien der Fall, der sich sonst eher positiv äußerte. Herr Krabbe vom Schwimmverband Wettin am 23.7.2009.

nicht als Nörgler zu geben. Die Kritik wurde am Ende des Interviews meist wieder aufgewogen durch ausführliche Zustimmung zu den Photovoltaikplänen für die Schulsporthalle; hierzu fand sich überhaupt keine ablehnende Haltung, dafür einige sehr klare Zustimmungen. Zwei Vorstände, die sonst keine klare Meinung hatten, versäumten es nicht, die Windräder zu kritisieren. Einige Personen zeigten sich aber recht gut informiert und konnten sogar Details berichten, wie den Preis eines Solaranteils für das Schuldach von 850 Euro, und dass der „Forstmensch“ (Herr Philip) erklärt hat, dass genug Holz in der Region vorhanden sei. Dass einige „halt immer was zu Meckern haben,“ liege am mangelnden Wissen, und man müsse das nicht so ernst nehmen, meinten die Befürworter.¹⁶⁸ Andere warben sogar um Verständnis für die Zurückhaltung, denn die „Bevölkerung ist unterinformiert“ und sei nicht wirklich dagegen, sondern nur noch nicht richtig bereit zuzustimmen.¹⁶⁹

Am interessantesten war Herr Anaklet, Lehrer im Ruhestand und sowohl Ortsvorsteher von Wettin als auch Mitglied in drei Vereinen.¹⁷⁰ Als einziger erklärte er das regionale „voltieren“ von Kapital und dessen Bedeutung, dass das Geld in der Region bleibe. Er sagte: „wir sind ja für erneuerbare Energien“ und stellte sich damit in eine nicht genauer genannten Gruppe von Befürwortern und in Gegensatz zu „den Leuten“, die „nur auf’s Geld schauen“ würden, also noch nicht überzeugt wären. Auch griff Herr Anaklet die „Teller-Tank Problematik“ auf und bekräftigte die Notwendigkeit, auch in der Nahrungsmittelproduktion unabhängig von „Importen“ zu bleiben.¹⁷¹

Im Wissensstand deutete sich eine Zweiteilung der Vorstände an, in eine sehr gut und eine mäßig informierte Gruppe. Die Gruppe, die meinte, nichts zu wissen, war tatsächlich eher ablehnend gegenüber der Biogasanlage, vielleicht gerade aufgrund mangelnden Wissens. Die komplexeren Aspekte des Themas, wie Kapitalabfluss und *peak-oil* wurden nur von den gut Informierten angesprochen. Innerhalb dieser Gruppe ließ sich ein leichter Verdruss vernehmen, verbunden mit der Feststellung, es gäbe eine „Bremse irgendwo“ und es „läuft einfach nicht richtig“.¹⁷² Die damit gemeinten Gegner der Biogasanlage haben sich jedoch im Interview gehütet, ihre Opposition zu deutlich auszudrücken oder gar den Bürgermeister zu kritisieren. Seine Arbeit schien grundsätzlich die Zustimmung der Mehrheit zu finden und geschätzt zu werden.

Ferner fällt auf, dass die Meinung der Vorstände durchaus differenziert war. Windräder, Biogas und Solar wurden einzeln bewertet und oft das eine abgelehnt und dennoch das andere befürwortet. Die Ablehnungen der Biogasanlage und vor allem der Windräder wiesen in sich wiederum Schattierungen auf, die von „von der Sache her ist es ja gut, aber...“ bis „die Windspargel in der Landschaft stören“ reichten. Die einfache Dichotomie entweder für oder gegen

168 Telefoninterview mit Herrn Borchardt vom Jagd- und Forstverein am 22.7.2009.

169 Telefoninterview mit Herrn Paschke vom Sportclub Dynamo am 22.7.2009.

170 Sportverein, Schützenverein, Hasenzüchterverein.

171 Telefoninterview mit Herrn Anaklet, Ortsvorsteher von Wettin am 21.7.2009.

172 Telefoninterview mit einem Mitarbeiter der Umweltakademie Wils am 22.7.2009.

EE, ist deshalb nicht angemessen. Zum einen wurde teils genau zwischen den Technologien unterschieden und zum anderen auch die Haltung zu einer Technologie nach konkreten persönlichen Auswirkungen bewertet, was ein buntes Spektrum eröffnet zwischen den Extremen von völliger Ablehnung und unbedingter Zustimmung.

Im Vergleich zu anderen Orten zeigte sich in Wettin ein sehr hoher Wissensstand der Vorstände. Komplexere Argumentationsmuster zum Thema Kapitalabfluss wurden in keiner der anderen Fallstudien erwähnt. Dies spricht dafür, dass es in Wettin eine überzeugte Gruppe von *change agents* gibt, die das politische Projekt einer lokalen Energieautarkie vorantreiben. Dieser harte Kern gruppiert sich um den Bürgermeister und ist wohl durch die gewonnene Erfahrung in Diskussionen mit weniger überzeugten Akteuren in seinem Faktenwissen besonders versiert. Die Interviews und Informationsveranstaltungen haben recht deutlich gezeigt, dass das Anliegen dieser Gruppe grundsätzlich und allgemein als legitim empfunden wird. Wie in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung hinreichend bekannt, differenziert sich die Zustimmung, je konkreter ein Vorhaben an die eigene Lebenswelt herantritt (vgl. Diekmann/Jäger 1996 und De Hahn/Kuckartz 1996). So verwundert es nicht, dass zwar die Idee einer lokalen, erneuerbaren Energieversorgung allgemein auf Zustimmung trifft, sich aber die Geister scheiden bei der Frage, an wessen Haus die Lastwagen vorbeifahren würden. Es scheint, ein harter Kern von Vereinsvorständen und anderen Personen des öffentlichen Lebens steht auch jenseits rein partikularer Interessen hinter der Idee und treibt sie gegen passiven Widerstand voran. Obwohl anscheinend in der Minderheit, hat diese Gruppe doch die Initiative und Legitimität für sich. Es scheint also eine Frage der Zeit und der Modalitäten, bis eine mehrheitsfähige Lösung gefunden wird.

Bevölkerung in Wettin

In Wettin wurden 18 Personen auf der Straße interviewt mit drei Verweigerungen, davon ein Arbeiter der Armaturenfabrik mit der Begründung: „da halte ich mich ehrlich gesagt raus.“¹⁷³ Dieses Muster wiederholte sich einige Male und spiegelte schon im Juli 2009 die Ablehnung der Biogasanlage durch einen Großteil der politisch interessierten Bürger. So war auch von einer ehemaligen Stadträtin zu hören, sie „weiß nicht, was er [Konrad] sich damit für ein Denkmal setzen möchte“¹⁷⁴, womit sich ihr Unverständnis über die Hintergründe von Konrads Plänen zeigt, deren Vorteile sich ihr nicht erschlossen. Ein Blumenverkäufer gab erst vor nichts zu wissen, um am Ende aufzudecken, er habe schon mit dem Bürgermeister gesprochen und die Pläne sind „ihm

¹⁷³ Arbeiter der LuxGmbH im *face-to-face* Interview am 30.7.2009.

¹⁷⁴ *face-to-face* Interview am 30.7.2009.

also nicht ganz neu,¹⁷⁵ woran sich einmal mehr der spezifisch ländliche Kommunikationsmodus zeigte, der befürchtete Konflikte hinter Nicht-Wissen verbirgt. Unter allen Interviewten war allerdings nur ein wirklicher Gegner, der sich explizit gegen das Projekt stellte. In den anderen Fällen wurde die Biogasanlage eher indirekt und mit Verweis auf den Geruch abgelehnt, die Umweltakademie und die Solaranlage auf der Schule aber durchweg positiv kommentiert, oft als Ausgleich für zuvor geäußerte Kritik. Auch wurde das Stichwort „erneuerbare Energie“ zustimmend bewertet mit einigen Aussagen wie: „wie lange soll es mit dem Öl denn noch weiter gehen..?“¹⁷⁶ Zugleich war die milde bis deutliche Ablehnung der Windräder ebenso verbreitet wie in Wilzen.

Bemerkenswert ist, dass zwei Personen zustimmten, obwohl sie fast nichts von den Plänen wussten, woraus geschlussfolgert werden kann, dass die Verbindung zur Person des Bürgermeisters als Legitimation ausreichte und über Inhalte dominiert. Die Energiewende selber, als übergeordneter Diskurs, wurde ausschließlich zustimmend bewertet. Von den konkreten Plänen für Wettin wusste die große Mehrheit jedoch wenig zu berichten, konnte nur Bruchstücke beisteuern und hatte auch keine besondere Meinung, ganz in dem Sinne: wenn nichts dagegen spricht, wird es schon nicht schlecht sein. Eine kleine Umfrage ein halbes Jahr später im Dezember 2009 hat dieses Bild bestätigt.¹⁷⁷

Wie in Wilzen, zeigte sich eine deutliche Differenz zwischen Personen, die im öffentlichen Leben des Dorfes durch die Zeitungslektüre oder persönliche Kontakte (eine typische Äußerung im Interview war, man habe etwas „von den Leuten gehört“) integriert sind und solchen, die wenig am politischen Leben teilnehmen. Auch ist das Wissen um die Vorteile recht ungleich verteilt und lückenhaft; die erwarteten Nachteile, wie Geruch und Lastwagenlärm, sind hingegen viel bewusster und werden von Jedermann verstanden.

3.2 Lettewitz: Erste energieautarke Gemeinde Dalmatiens

Lettewitz liegt geographisch eher abgeschieden im Westen Dalmatiens. Mit ungefähr 47 Haushalten ist es das kleinste Dorf der Fallstudien und in einigen Minuten zu Fuß bequem zu durchqueren. Die Landwirtschaft spielt traditionell eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Leben des Dorfes. Aus der LPG¹⁷⁸ ist nach der Wiedervereinigung eine Agrargenossenschaft geworden, wobei sich personell und wirtschaftlich wenig verändert hat.

Zum Zentrum in peripherer Lage wurde das Dorf schon vor seinen energetischen Ambitionen; ein

175 Lebensmittelladenbesitzer im *face-to-face* Interview am 30.7.2009.

176 Mann mit Hund im *face-to-face* Interview am 30.7.2009.

177 Interview durch die Studierenden Annett Wittelsbach, Selma Ahl, Marie-Theres Schulze am 15.12.2009 in Wettin im Rahmen des Seminars im Wintersemester 2009/10.

178 LPG = Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

angrenzender Truppenübungsplatz der Roten Armee beherbergte einst die Kommunikationszentrale für Mitteleuropa und stellte Lettewitz damals schon in den Kontrast zwischen traditionellem Dorfleben und Moderne. Während der Truppenübungsplatz aber als fremdes Artefakt mehr oder weniger ignoriert werden konnte, brachen mit dem Ende des real existierenden Sozialismus einige als Krise empfundene Jahre an. Da das Kultur- und Vereinsleben der DDR im Sinne des „Bitterfelder Weges“ von den örtlichen Betrieben getragen wurde, waren die Konsequenzen der wiedervereinigungsbedingten Wirtschaftskrise tiefgreifend, auch im ländlichen Raum. Die Finanzierung des gesamten Kultur- und Vereinslebens stand und fiel mit der Liquidität des einzigen Großbetriebs in Lettewitz, der LPG, die zumindest Anfang der 1990er Jahre in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Dass die Vereine über die „Wendezeit“ gerettet werden konnten, gilt dem Dorf als wichtiger Erfolg, da der Verlust eines oder mehrerer Vereine im ländlichen Raum kaum kompensiert werden kann durch andere Kulturangebote.

Infolge des Abschwungs kam es zur üblichen Abwanderung eines Teils der erwerbstätigen Bevölkerung. Allen Schwierigkeiten zum Trotz, zeigen sich die Lettewitzer aber noch heute erleichtert, dass keine Fremden ins Dorf kamen, die LPG und der Bodenbesitz in den lokalen Strukturen verblieben.¹⁷⁹

Lettewitz gehört heute, unter anderem durch die hier geschilderte Entwicklung, zur Minderheit der wirtschaftlich und sozial intakten Dörfer Ostdeutschlands. So resümiert die Ortsvorsteherin optimistisch in Bezug auf die Entwicklung nach der „Wende“: „Dass es schlechter geworden ist, kann ich nicht sagen“¹⁸⁰. Auch im benachbarten Salzmünde gibt es immerhin einen größeren Metallverarbeitungsbetrieb als größten Arbeitgeber der Kleinstadt. Damit gehört die Region nicht zu den abgehangenen Gebieten in Dalmatien, sondern zu den wohlhabenderen.¹⁸¹

Kleine Schritte zur Energieautarkie

Lettewitz plante zu Beginn des Jahres 2008, alle 47 Haushalte im Dorf schon ab Herbst 2009 vollständig mit Strom und Wärme aus bereits vorhandenen Windkraft-, Solar- und einer Biogasanlage zu versorgen. Dafür sollten ein Wärme- und ein Stromnetz neu gelegt werden. Von 47 Haushalten haben sich schließlich 45 an dem Strom- und 37 am Wärmenetz beteiligt,¹⁸² während sich zu Beginn der Vorhaben bis auf zwei Familien alle bereit erklärten sich zu beteiligen.

Beide Netze wurden in einem einzigen Arbeitsschritt Ende 2009 verlegt, zusammen mit einer

¹⁷⁹ Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

¹⁸⁰ Frau Tilly im Interview am 18.6.2009.

¹⁸¹ Eine mehrmonatige Korrespondenz mit dem statistischen Landesamt Brüno-Dalmatien im Frühjahr 2009 hat leider keine verwertbaren Daten hervorgebracht, die einen genauen Vergleich auf Gemeindeebene zuließen.

¹⁸² Herr Wedad von der Wind-Strom AG im Telefonat am 24.8.2010.

Internetleitung und neuen Wasserrohren. Das Wärmenetz ging vor Weihnachten 2009 und das Stromnetz im Oktober 2010 in Betrieb. Dieses parallele Stromnetz zum „konventionellen“ Netz war notwendig, da sich der Netzbetreiber EnviaM nicht kooperationswillig zeigte, fremden Strom zum Endverbraucher durchzuleiten oder das Netz zu veräußern oder zu verpachten. Das Netz war, da die Strom- und Wärmeerzeuger bereits standen, die eigentliche organisatorische Herausforderung. Zusammen mit der Errichtung von Energiespeichern waren die Netze der letzte Baustein einer integrierten Energieversorgung.¹⁸³ Lettewitz nennt sich seit 2010 „energieautarke Gemeinde“ und hat ein entsprechendes Ortsschild beantragt.¹⁸⁴

Die Entwicklung der Energie-Infrastruktur begann recht früh, schon Mitte der 90er Jahre. Der Unternehmer Böhmer hatte 1995 gerade die Universität verlassen, als er in Lettewitz, in den Pionierjahren der Windkraft, vier Windräder aus privat eingeworbenen Mitteln errichten ließ.¹⁸⁵ 1997 entstand unter Böhmers Federführung die Firma Wind-Strom AG (WS) im Westen Dalmatiens. Die Wind-Strom AG errichtete in den Folgejahren in mehreren Bauphasen weitere Windräder um Lettewitz, sodass aus den ursprünglichen vier Stück bis zum Jahr 2006 43 wurden. Bis auf ein „Bürger-Windrad“ sind alle Anlagen im Besitz der WS. Eine Erweiterung um 13 Anlagen war 2010 in Planung. Im Jahr 2004 wurde in der Nähe, im Ortsteil Schönborn durch WS ein großer Solarpark auf der Fläche des ehemaligen Truppenübungsplatzes der Roten Armee errichtet. Seit 2006 betreibt WS eine Fertigung von Solarmodul-Nachführ-Komponenten (Solarfabrik)¹⁸⁶ in Lettewitz, in der 25 Personen beschäftigt sind, wovon jedoch nur wenige aus dem Dorf stammen.¹⁸⁷ Seit ungefähr zwei Jahren werden die Fabrikhalle und das Büro der Agrargenossenschaft mit Wärme aus einer eigens dafür errichteten mittelgroßen Biogasanlage versorgt. In der Anlage werden Roggen aber auch andere Getreidesorten in Strom und Wärme verwandelt.¹⁸⁸ Um Lettewitz sind also drei erneuerbare Energieproduzenten vorhanden: Wind, Sonne und Biomasse.

Alle drei können mittels des EEG zu Festpreisen in das konventionelle Stromnetz eingespeist werden. Eine Ausnahme besteht allerdings für Windkraftanlagen, diese können ferngesteuert vom Netzbetreiber, hier Vattenfall, abgeschaltet werden wenn eine Netzüberlastung droht, also besonders an stürmischen Tagen, wenn viel Strom produziert wird.¹⁸⁹ Das heißt für die

183 Zu integrierter Energieversorgung siehe das Kapitel „Technische Komplexität“.

184 Herr Leopold im Telefoninterview am 28.4.2010.

185 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

186 Präzise formuliert handelt es sich um eine Wind-Strom AG Tochter, die bewegliche Metallfüße schweißt, auf denen Photovoltaikmodule installiert werden, um diese tagsüber nach dem Stand der Sonne zu richten. Im Folgenden nur noch als „Solarfabrik“ bezeichnet.

187 Bürgermeister Wallerstein im Interview am 15.4.2009.

188 Vorsitzender der Agrargenossenschaft Herr Karlowitz im Interview in Lettewitz am 25.5.2009.

189 Über die Definitionshoheit, wann wie viele Anlagen abgeschaltet werden, und wann das Netz überlastet ist, verkehrt die Branche üblicherweise per Anwalt, da hier ein Nadelöhr zum Marktzugang liegt und die Abschaltung einen Trumpf für die konventionellen Energieanbieter darstellt. (vgl. Brake, Matthias, Stromnetz und Grundlastkraftwerke verhindern mehr regenerative Energie, Telepolis, <<http://www.heise.de/tp/blogs/2/148188>> (Stand 3.9.2010))

Windparkbesitzerin WS, dass ein Teil des möglichen Gewinns durch Abschaltungen verloren geht. Die Betriebserlaubnis für WKA ist in Deutschland stets auf 20 Jahre ausgestellt, sodass jede verlorene Arbeitsstunde eine geringere Rendite bedeutet. Da ein einziges Windrad bequem ganz Lettewitz versorgen kann, lohnt es für WS, wenigstens einen Teil der durch die Abschaltung verlorenen Energieproduktion an das Dorf zu liefern, direkt über das lokale Niederspannungsnetz. Selbst zu einem sehr niedrigen Abnahmepreis ist dies noch rentabler als ein abgestelltes Windrad und damit gar keine Einnahmen. Elektrischer Strom kostete in Deutschland im Jahr 2010 für den Endabnehmer im Durchschnitt 22 Cent je kWh.¹⁹⁰ Seinen Windstrom kann WS, wie alle Anbieter zu garantierten Festpreisen an der Leipziger Strombörse für 5-9 Cent je kWh¹⁹¹ verkaufen. Die große Differenz zwischen dem EEG Preis für Windstrom und dem Endpreis für Privatkonsumenten lässt WS viel Spielraum, um jeden konventionellen Stromtarif zu unterbieten, und immer noch teurer zu verkaufen als im regulären Geschäft. Selbst wenn WS keine Windräder abschalten müsste, wäre es immer noch profitabler, den Strom für mehr als 9 Cent zu verkaufen, was immer noch weit unter den üblichen Marktpreisen liegt.

Von einer direkten Stromlieferung von den Windkraftanlagen (WKA) zum Dorf würden also beide Seiten profitieren, WS und Dorf. Verlieren würden allerdings die Netzmonopolisten, in Ostdeutschland Vattenfalls Hochspannungsnetz (bis 2010)¹⁹² und das Niederspannungsnetz (EnviaM). Da die Netzbetreiber immer noch mit den Energieproduzenten verflochten sind – so ist RWE an EnviaM beteiligt – gingen ihnen sowohl die Durchleitungs-Gebühren als auch die Einnahmen aus ihren eigenen, überwiegend fossilen Kraftwerken verloren. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, welches Potential ein lokales Stromnetz für Lettewitz darstellt, aber auch welche Bedrohung es für die Energiemonopolisten bildet.¹⁹³

Die ursprüngliche Idee zum Netzbau stammt, wie einige Anwohner berichten, von ihnen selber. Zu Beginn stand aber das Wärme-, nicht das Stromnetz. Diejenigen, die neben einer schon zuvor gelegten Wärmeleitung wohnten, die Biogasanlage und Agrargenossenschaft verbindet, schlugen selber vor, auch ihre Häuser an das Wärmenetz anschließen zu lassen, um von den günstigeren Wärmepreisen zu profitieren. Die Wind-Strom AG griff den Wunsch auf und begann 2008 mit den Planungen, das gesamte Dorf mit einem Wärmenetz zu verbinden.¹⁹⁴ Weil hierfür sowieso aufgeschachtet werden musste, bot es sich an, nicht nur Wärmeleitungen, sondern aus den oben

190 Eurostat 2010 In: <www.tarif-verzeichnis.de <http://www.tarife-verzeichnis.de/nachrichten/3652-eu-vergleich-der-strompreise-deutschland-zahlt-mit-am-hoechsten.html>> (27.7.2010)

191 Siehe EEG 2004, In: Windkraftanlagen Festland, Wikipedia (27.7.2010).

192 Im Jahr 2010 hat Vattenfall das Hochspannungsnetz in Ostdeutschland verkauft an die Firma ELIA und den Fond „Industry Funds Management“, um ein Kartellverfahren der Europäischen Union abzuwenden.

193 Den deutschen Strommarkt teilen sich die Stromproduzenten und bis zum Jahr 2010 mit diesen noch identisch, die Netzbetreiber Vattenfall, RWE, Eon und EnBW. Im Jahr 2010 veranlasste eine drohende Kartellstrafe der Europäischen Union die vier Oligopolisten ihre Netze teilweise an neue Eigentümer zu verkaufen. RWE beispielsweise hält aber immer noch größere Anteile am ostdeutschen Netzbetreiber EnviaM, sodass von einer vollständigen Entflechtung nicht gesprochen werden kann.

194 Vorsitzender der Agrargenossenschaft Herr Karlowitz im Interview in Lettewitz am 25.5.2009.

geschilderten Gründen, auch Stromleitungen zu legen. Später kam dann noch auf Wunsch der Anwohner eine Internet- und Wasserleitung zu den Plänen hinzu. Alle vier Netze wurden wie geplant schließlich in einem Arbeitsschritt verlegt, gingen jedoch nicht sofort und nicht zeitgleich in Betrieb.

Da der Windstrom für Lettewitz aus einem lokalen Windpark geliefert werden sollte, dessen Stromangebot je nach Windlage schwankt, war eine zusätzliche Stromeinspeisung aus Solar- und Biogasanlagen notwendig, um die Fluktuation auszugleichen, auch wenn für diese Technologien kein so günstiges Preis/Leistungsverhältnis besteht. Um möglichst viel Windstrom zu nutzen und Engpässe zu überbrücken, wurde zudem 2010 eine große konventionelle Batterie in einer alten Scheune installiert, die zudem ab 2011 einen Anlaufpunkt für Besucher, das „Energiekompetenzzentrum“ beherbergen soll. Die Batterie soll das Dorf für mehrere Tage mit gespeichertem Windstrom versorgen können. Erst wenn alle Quellen ausgeschöpft sind, bezieht das Dorf Elektrizität aus dem konventionellen Netz, das weiterhin ohne Einschränkung in Betrieb bleibt. Um auf den Zukauf von Strom während der üblichen morgendlichen und abendlichen Nachfragespitzen¹⁹⁵ möglichst verzichten zu können, wurden alle Haushalte im Rahmen der häuslichen Anschlussarbeiten mit sogenannten intelligenten Stromzählern ausgestattet. Diese bieten jedem Haushalt auf einen Blick die Information zur jeweiligen Versorgungslage des Dorfes. Auf freiwilliger Basis sollen die Verbraucher sich danach richten, um beispielsweise elektrische Großverbraucher wie Waschmaschinen, in Zeiten von Stromüberschüssen und nicht während der Nachfragespitzen anzuschalten.¹⁹⁶ Ob dies reicht, das Konsumentenverhalten entsprechend zu steuern, wird sich noch zeigen. Stundengenaue und anti-zyklische Strompreise sind mit intelligenten Zählern technisch sofort umsetzbar, waren aber nicht geplant. Es sollte bei den garantierten Festpreisen bleiben, die ja ein wichtiges finanzielles Argument für die Anwohner waren.

Technisch davon zu unterscheiden ist das schon 2009 in Betrieb genommene Nahwärmenetz. Gespeist wird dies hauptsächlich von der Biogasanlage der Agrargenossenschaft. Ferner war geplant, überschüssigen Windstrom in einem gut isolierten Öltank thermisch zu speichern und als Wärmequelle zu nutzen.¹⁹⁷ In letzter Minute stellte sich jedoch heraus, dass eine erst 2009 eingeführte Klausel des Energiegesetzes die Umwandlung von Strom in Wärme in dieser

¹⁹⁵ Allgemein fluktuiert die Stromnachfrage während eines 24-Studentages auf Grund von Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten. Morgens und abends, wenn viele elektrische Geräte genutzt werden, kommt es zu „Nachfragespitzen“, die auch von Kohle- und Atomkraftwerken nicht bedient werden können, sondern von Talsperren und Gaskraftwerken ausgeglichen werden.

¹⁹⁶ Herr Böhmer, Eigentümer der Wind-Strom AG im Podiumsgespräch des Rundfunks Brüno-Dalmatien im Mai 2010 in Kronstadt.

¹⁹⁷ Herr Leopold im Interview am 23.10.2009. Da Windstrom wie oben skizziert, in Zeiten von Stürmen faktisch kostenlos zur Verfügung steht, da er nicht über die Netze abtransportiert werden kann, hätte hiermit auch Wärme nahezu kostenlos erzeugt werden können.

Größenordnung verbietet,¹⁹⁸ sodass die Biogasanlage der Hauptwärmelieferant blieb.¹⁹⁹ Zusätzlich musste aber eine Holzhackschnitzel-Anlage errichtet werden, um winterliche Wärme-Nachfrage-Spitzen²⁰⁰ mit Holzbefuerung abdecken zu können. Während das konventionelle Stromnetz als Alternative vollständig bestehen bleibt, werden die meisten Familien ihre alten Öl- und Gasheizungen stilllegen, da sich die fortlaufenden Investitionen, unter anderem für den TÜV, nicht lohnen würden. Eine spätere Wiederinbetriebnahme ist aber technisch ohne größeren Aufwand möglich. Die neuen Energienetze versorgen das Dorf also, ohne dass auf die Verfügbarkeit der alten Systeme irreversibel verzichtet würde.

Rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmen

Zur Finanzierung und Umsetzung der Netzinfrastruktur wurden eigens zwei Gesellschaften gegründet, eine für das Strom- und eine für das Wärmenetz. Die Gesellschaft zur Errichtung und zum Betrieb des Stromnetzes ist eine vollständige Tochter der Wind-Strom AG (WS). Demokratischer ist das Wärmenetz organisiert. In dieser Gesellschaft sind prinzipiell alle „Anschlüsse“ (bzw. Haushalte) als Teilhaber involviert und haben jeweils auch ein Stimmrecht. Insofern die meisten Familien in Lettewitz Eigentümer ihrer Häuser sind, kommt ihnen ein Stimmrecht für je einen „Anschluss“ zu. Obwohl die WS die Hauptgesellschafterin der Betreibergesellschaft des Wärmenetzes ist, liegen die Stimmanteile zum größten Teil bei den Anwohnern.

Für die Teilnahme an der Gesellschaft und den technischen Anschluss ihres Hauses zahlen sie einmalig je 3000 Euro ein, zusammengesetzt aus 1500,- für das Strom- und 1500,- für das Wärmenetz.²⁰¹ Dafür ist der Strompreis für die folgenden 10 Jahre auf 16,6 Cent je Kilowattstunde und 5,95 Euro Grundtarif je Monat festgelegt. Der Wärmepreis beträgt vorerst 7,5 Cent je Kilowattstunde und 29,95 Euro Grundtarif im Monat. Er wird aber jedes Jahr neu ermittelt, sodass die Gesellschaft kostendeckend arbeiten kann und die Kredite abzahlt. Beide Tarife liegen schon 2010 deutlich unter den üblichen Marktpreisen, sodass sich die einmalige Investition für die Haushalte in absehbarer Zeit amortisiert. Wenn durch *peak oil* die Energiepreise langfristig ansteigen, wie von den meisten Experten prognostiziert, wird sich die Schere zwischen Marktpreisen und lokalen Preisen in Lettewitz noch weiter zu Lettewitzens Gunsten öffnen.

198 Dies kann nur als Behinderung durch die konventionellen Stromproduzenten und Gaslieferanten interpretiert werden, da hiermit eine einfache und sofort verfügbare Speichertechnologie und ein ganzer Entwicklungspfad verhindert wird.

199 Herr Leopold (Wind-Strom AG) im Interview am 2.4.2009.

200 So wie die Stromnachfrage nach Tageszeiten schwankt, steigt die Nachfrage nach Wärme an den wenigen Tagen im Jahr mit sehr niedrigen Temperaturen stark an.

201 Herr Leopold (Wind-Strom AG) im Interview am 2.4.2009.

Die Gesamtkosten für das Wärmenetz betrugen circa 1,6 Millionen Euro, wovon 45% aus Fördermitteln stammen (Huntziger 2009).²⁰² Die angeschlossenen Haushalte zahlen davon insgesamt 176.000 Euro, den Rest stellt die WS über Kredite bei der Investitionsbank des Landes Dalmatien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereit. WS zahlt diese Kredite mit den Gewinnen aus der Lieferung von Energie an die Netzgesellschaft, zu der WS selber gehört, ab. Das heißt, die Raten werden über die laufenden Energiekosten durch die Endverbraucher beglichen. Nach 10 Jahren im Jahr 2020 werden die Kredite abgezahlt sein und das Netz Eigentum der Betreibergesellschaften, die mehrheitlich den Anwohnern gehört.²⁰³ Das finanzielle Risiko trägt also zum Teil das Dorf durch seine Einlagen und zum größeren Teil die Wind-Strom AG.²⁰⁴ Das Elektrizitätsnetz kostete circa. 450.000 Euro und wurde, nach anfänglicher Unklarheit über die genauen Modi, vollständig von der WS bezahlt, die alleinige Besitzerin ist (Schwenkenbecher 2010).

Da die meisten Häuser identisch sind mit einer Familie, hält fast jede Familie im Dorf ein Stimmrecht an der Netz-Betreiber-Gesellschaft. Eine Ausnahme ist die Agrargenossenschaft, die drei Gebäude besitzt und folglich drei Stimmen vereint und die Stadt Salzmünde, die über eine Stimme verfügt.²⁰⁵ Zwei Stimmen entfallen auf WS für die Gebäude der Solarfabrik. Die Gesellschaft ist somit, trotz des Einflusses von WS, formal egalitär organisiert und durch eine Stimmenmehrheit der Anwohnern dominiert. Im Sommer 2009 haben alle Gesellschafter einen fünfköpfigen Beirat aus den Anwohnern gewählt, der sich um laufende Entscheidungen kümmern sollte. Tatsächlich hat aber die WS immer noch die Geschäfte geführt,²⁰⁶ da keiner der Anwohner die Muse oder Kompetenz hatte, sich ernstlich einzubringen, auch wurde dies von niemandem für notwendig befunden, da der WS allgemein vertraut wird und man froh ist, sich nicht um die Details kümmern zu müssen. Das demokratische Element sind daher – neben dem formalen Stimmrecht und dem Miteigentümerstatus – vor allem die Gemeinde- und Gesellschafterversammlungen. Zwischen 2008 und Sommer 2010 hat es mindestens acht größere Versammlungen gegeben.²⁰⁷ Dabei war stets ein Vertreter der WS anwesend, meist Herr Leopold, Herr Karlowitz von der Agrargenossenschaft und weitere zentrale Personen. Gelegentlich waren auch der Eigentümer der WS, Herr Böhmer sowie der Bürgermeister von Salzmünde, Herr Wallerstein mit von der Partie. Am 25. September 2008 haben bis auf drei, alle Haushalte den Gesellschaftervertrag in einer als feierlich beschriebenen Atmosphäre unterschrieben, nachdem dieser in zwei Sitzungen diskutiert und auf Wunsch einiger rechtskundiger Anwohner marginal

202 Alle Angaben über Kosten und Fördermittel sind mit Vorsicht zu interpretieren, da oft Kosten versteckt oder übertrieben werden und sichere Zahlen während der Feldforschung schwer zugänglich waren.

203 Zumindest wurde dies dem Forscher gegenüber stets so dargestellt.

204 Vorsitzender der Agrargenossenschaft Herr Karlowitz im Interview in Lettewitz am 25.5.2009.

205 Bürgermeister Wallerstein im Interview am 15.4.2009.

206 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

207 Die dem Forscher bekannten Versammlungen waren im Mai 2010, am 10.9.2009, 18.6.2009, 16.4.2009, Mai, Juni, August 2008 und das Gründungstreffen am 25. September 2008.

geändert wurde.²⁰⁸ Ansonsten sind die rechtlichen und finanziellen Fragen größtenteils Verhandlungssache von Karlowitz (Agrargenossenschaft) und WS. Die restlichen Anwohner vertrauen darauf, dass die Beiden das Richtige tun.²⁰⁹

Ein weiterer finanzieller Aspekt hat nur mittelbar mit dem Netz zu tun, aber wohl wichtige Überzeugungsarbeit geleistet: die privaten Einkünfte aus verpachtetem Land. Da für den Bau von Windkraftanlagen (WKA) stets zahlreiche Wegrechte gekauft oder gepachtet werden müssen, ist zu vermuten, dass die Besitzer des Landes um Lettewitz, wie in solchen Fällen üblich, recht hohe Kaufpreise oder Pachten erhalten haben. Die Einnahmen je Familie lassen sich auf durchschnittlich 10.000 - 15.000 Euro jährlich je Windrad beziffern.²¹⁰ Auch wenn nicht alle Familien Pachteinkünfte erzielen, zeigt sich doch daran, dass viele im Dorf einen erheblichen Gewinn aus dem Windpark ziehen und somit nachvollziehbare Gründe für die hohe Akzeptanz vorliegen. Obwohl dies empirisch nur durch eine Aussage belegt werden konnte, ist zu vermuten, dass die genaue Wahl der Standorte von Windrädern fast immer ein Politikum darstellt. Einige Meter weiter rechts oder links werden die Windverhältnisse wahrscheinlich noch die gleichen sein, aber die Pachteinnahmen von 10.000 bis 15.000 Euro fließen dann eventuell an einen anderen Bodeneigentümer. Hierin liegt nun die große Chance für den Windparkbetreiber, mit der Standortwahl Politik im Dorf zu machen. Dass dies durchaus konstruktiv genutzt werden kann, um die Akzeptanz eines Windparks zu erhöhen und sogar spätere Ausbaustufen ermöglicht, hat die Kooperation zwischen Agrargenossenschaft und WS gezeigt. In Lettewitz werden die Windräder allgemein als völlig legitim empfunden, weshalb davon auszugehen ist, dass sich die Pachteinnahmen eher auf viele als auf wenige Familien verteilen und dass sie den Zusammenhalt im Dorf eher stärken als schwächen. Die Standortwahl der Windräder scheint sich zur allgemeinen Zufriedenheit entwickelt zu haben, wahrscheinlich durch eine Mischung aus Zufall und geschickten Arrangements. Dem Zufall wird freilich nachgeholfen durch die Vorbedingungen, wenn viele Familien möglichst ähnlich große Landparzellen besitzen.²¹¹ (siehe Kapitel „Vergleich

208 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

209 ebd.

210 Bürgermeister Wallerstein nannte diese Zahl im Interview am 15.4.2009. Bürgermeister Alfons in Mücheln nennt den Betrag von 15.000 Euro für die Pachteinnahmen, die jedes Windrad jährlich abwerfe. Für Lettin bedeutete dies bei 43 Windrädern einen jährlichen Gesamtbetrag von 660.000 Euro. Gleichmäßig verteilt auf die ungefähr 50 Familien im Dorf wären das 13.200 Euro je Familie und Jahr. Die Aussage von Wallerstein, jede Familie in Lettin hätte mindestens Einnahmen von 10.000 Euro p.a. aus den WKA, ist somit als statistischer Wert belegbar. Dass die 660.000 Euro aber tatsächlich *gleichmäßig* auf alle Familien verteilt sind, ist freilich eher unwahrscheinlich. Der Wert von durchschnittlich 13.200 Euro pro Familie ist ein rein statistischer Näherungswert. Wahrscheinlich nehmen einige Familien mehr und andere weniger ein. (siehe dazu das Kapitel „Vergleich der Fälle“)

211 Wie breit die Pachteinnahmen gestreut sind, ließe sich mit einer Analyse der Boden-Besitzverhältnisse ermitteln. Diese Daten waren allerdings nicht zugänglich. Theoretisch kann geschlossen werden, dass die Struktur der lokalen Verteilung von Einkünften aus Windrädern zum Teil durch die Boden-Besitzstruktur bedingt ist. In einer Region mit hoch-zentralisiertem Bodenbesitz, wird auch der Erlös aus Windrädern nur wenigen zugute kommen, während kleinteiliger Landbesitz eher zur demokratischen Verteilung der Erlöse aus der Pacht für Windräder führt. Da aber schon sehr kleine Landparzellen für ein Windrad ausreichen, sollte hieraus nicht der voreilige Schluss gezogen werden, die Verteilung von Windrad-Erlösen würde die Besitzverhältnisse am Boden identisch reproduzieren. Es ist ja durchaus möglich, dass Familie Müller ihre sehr kleinen Landparzellen an zwei oder drei Windräder verpachtet, während auf den großen Landstücken von Familie Bauer auch nur drei Windräder stehen. Wo

der Fälle“)

Ein weiterer Grund für die hohe Akzeptanz des Windparks war ein schon 1997 genau zu diesem Zweck von WS errichtetes „Bürger-Windrad“ an dem mehrere Lettewitzer Anteile ab 10.000 Euro zeichneten.²¹² Das Projekt verlief erfolgreich, insofern als sich einige Anwohner beteiligten und das Windrad tatsächlich die erwartete Rendite erwirtschaftet. Durch diese weitere positive Partizipationserfahrung kam im Dorf schon zu diesem frühen Zeitpunkt die Frage auf, warum man nicht auch den Windstrom preisgünstig beziehen könne.²¹³ Möglicherweise hat die Beteiligung an einem Windrad auch unabhängig von monetären Aspekten zur hohen Akzeptanz der Windräder im Dorf beigetragen. *Ex post* kann dies jedoch nicht sicher belegt werden.

Weniger durch das eine Bürger-Windrad, sondern durch die Mehrzahl der „konventionell“ finanzierten Anlagen wurde die Gemeindekasse lange Zeit gut gefüllt. Bis zur Eingemeindung 2003 konnte das Dorf über die gesamte vor Ort anfallende Gewerbesteuer aus dem Windpark verfügen und erzielte damit wie Löwen einen jährlichen Überschuss. Seit 2003 werden die Steuern von der Stadt Salzmünde verwaltet, doch dank der politischen Unterstützung des Verbundes der Dörfer im Stadtrat, scheint es Lettewitz gelungen zu sein, zumindest einen Teil des Steuereinkommens weiterhin für sich zu verwenden.²¹⁴ Vor der Eingemeindung finanzierte der Windpark dem Dorf verschiedene Annehmlichkeiten, die jeder Dorfbewohner aus dem Gedächtnis aufzählen kann: einen neuen Straßenbelag, eine Flutlichtanlage für den Fußballplatz, neuen Rollrasen, eine Straßenbeleuchtung, ein Sanitärhäuschen am Sportplatz und einen gemauerten Platz für die Dorffeste. Ferner erhielten die Vereine Spenden von WS.²¹⁵

Vereinfacht lässt sich sagen, dass die finanziellen und rechtlichen Verpflichtungen und Erlöse rund um den Windpark die wichtigsten kollektiven Akteure der Region miteinander verbinden: das Dorf selber als Empfängerin eines Teils des Steueraufkommens und die Stadt Salzmünde als Steuerverwalterin, die Bürger als Konsumenten und Angestellte einerseits, als Landbesitzer und

die Windräder genau stehen, hängt von den Verhandlungen der Betreibergesellschaft mit den Anwohnern ab. Wenn diese sich absprechen und mehr oder weniger offen mit den Betreibern verhandeln, ist die Verteilung der Pachteinahmen keine rein ökonomische Funktion. Je mehr Absprachen getroffen werden, desto eher ist dies Teil der örtlichen Sozialstruktur, der politischen Kultur und Fragen von Einfluss und Legitimität.

Die Interviews mit der Agrargenossenschaft haben gezeigt, dass es zwischen ihr und WS durchaus zu entsprechenden Absprachen kam, womit die Möglichkeit der politischen – nicht ökonomischen – Verteilung von Windradstandorten bewiesen ist. Insofern sich die Windverhältnisse im Abstand einiger hundert Meter nicht wesentlich unterscheiden, hat also die Betreibergesellschaft die Möglichkeit, mit der Standortwahl Politik im Dorf zu machen, während auf der anderen Seite auch das Dorf ein Interesse daran hat, diese im allgemeinen Einvernehmen zu wählen. Da in Lettewitz kein Streit aufkam und keinerlei Verärgerung mit den Windrädern feststellbar war, ist davon auszugehen, dass eben solche einvernehmlichen Absprachen getroffen wurden.

212 Ortsvorsteherin Frau Tilly im Interview am 18.6.2009.

213 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009. Hierbei ist zu bedenken, dass die Betreiber von Windrädern ihre Elektrizität zwar für circa 8 Cent je kWh an die Netzbetreiber verkaufen, die Endabnehmer aber auch bei günstigen Tarifen selten weniger als 20 Cent je kWh bezahlen, was eventuell einigen Lettewitzern durch das Bürger-Windrad bewusst geworden ist.

214 ebd.

215 In welchen juristischen und finanziellen Modi dies jeweils genau geschah, konnte nicht dokumentiert werden, jedoch stimmen alle Aussagen darin überein, dass das Geld vom Windpark und Herrn Böhmer (Hauptgesellschafter der Wind-Strom AG) kam.

Verpächter andererseits. Die Agrargenossenschaft, Solarfabrik und Wind-Strom AG stehen als Wirtschaftssubjekte miteinander in enger Geschäftsverbindung. Hinzu kommen die Vereine, welche von finanziellen Zuwendungen und dem neuen Fußballplatz profitieren und den Windpark somit als Teil ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage legitimieren. Dieses Geflecht von Arrangements war weder eindeutig eine Folge noch Voraussetzung der erfolgreichen Entwicklung des Dorfes; es ist vielmehr die Übersetzung vorherrschender Interessen und ihrer gütlichen Vermittlung in Verträge und Kooperationen. Um zu zeigen, wie so günstige Strukturen entstehen konnten, soll im Folgenden die Entstehungsgeschichte der Firma Wind-Strom AG im Dorf Lettewitz erläutert werden.

Vom Start-up zum Konzern: die Erfolgsgeschichte der Wind-Strom AG in Lettewitz

Wie aus den Interviews in Lettewitz hervorgeht, kam Herr Böhmer (Gründer von WS) als „junger Student“ schon 1994 häufig nach Lettewitz, um die Windverhältnisse für eine entsprechende Abschlussarbeit als Diplomingenieur zu messen.²¹⁶ Laut Frau Böhmer entspann sich dabei bald ein gutes Verhältnis zur Ortsvorsteherin Frau Martell und der Familie Martell.²¹⁷ Die Wahl, einen ersten Windpark bei Lettewitz zu errichten, fiel zwar auch aufgrund günstiger Windverhältnisse,²¹⁸ aber das von gegenseitigem Vertrauen geprägte Verhältnis zwischen den Martells und Böhmers hat eine wichtige Rolle gespielt, wie alle Seiten betonten.²¹⁹ Böhmer hat aber nicht nur die Martells häufig besucht, sondern auch an den Dorffesten teilgenommen und mit vielen Menschen

²¹⁶ Ortsvorsteherin Frau Tilly im Interview in Lettewitz am 18.6.2009.

²¹⁷ Frau Martells Fähigkeiten als Ortsvorsteherin wurden auch im Jahr 2009 und 2010 von ihrer Nachfolgerin gelobt. Sie gilt im Dorf als fähige Ortsvorsteherin, was in Dalmatien durchaus nicht selbstverständlich ist.

²¹⁸ Günstige Windverhältnisse hätten sich schließlich auch an vielen anderen Standorten in Dalmatien gefunden. Hierin zeigt sich im Kleinen die in der Einleitung andiskutierte grundsätzliche Konsequenz der relativen Ortsungebundenheit erneuerbarer Energieproduktion. Die Standortwahl ist auf Grund der höheren Variabilität stärker durch politische und soziale Faktoren bedingt als zum Beispiel im Falle von Kohlevorkommen, die keinerlei Spielraum zulassen. Ein Windpark lässt beiden Akteuren einen gewissen Raum, ihre Interessen zu verhandeln, weil es eben stets noch Alternativen gibt. Im Vergleich dazu bedeutet ein Braunkohleflöz oft den unabwendbaren Konflikt zwischen Vertreibung der Anwohner oder Arbeitsplätzen und Profit der Kraftwerke, dazwischen bleiben nahezu keine Alternativen. Die Möglichkeiten der EE zu Verhandlungen und Anpassung an soziale Verhältnisse sind also zum Teil eine Folge ihrer geologischen Flexibilität. Daraus folgt, dass die Standorte von erneuerbaren Energieproduzenten teils sozial bedingt sind, während dies für fossile Erzeuger in weit geringerem Maße zutrifft. Weiter ließe sich hieraus ableiten, dass erneuerbare Produzenten im Vergleich zur fossilen Förderung und Produktion wesentlich weniger Konflikte oder zumindest weniger intensive Konflikte verursachen. Allein die Tatsache, dass diverse Bürgerinitiativen Wind- und Solarparks verhindern können und verhindert haben, bedeutet ja ein demokratisches Element. Wo hat jemals eine Bürgerinitiative einen Tagebau oder eine Ölförderung verhindert? Die Vielzahl der erfolgreichen Initiativen gegen lokale Windparks beweist also gerade deren demokratische Eignung. Dass der Widerstand gegen Tagebaue viel seltener, wenn überhaupt jemals von Erfolg gekrönt ist, spricht nicht für ihre Akzeptanz, sondern für die Notdurft der fossilen Industriegesellschaft, allen Widerstand für die Förderung an geologisch definierten Standorten zu brechen, da sonst schlichtweg ihre Existenz gefährdet wäre. (vgl. Sieferle 1982) Dies Wissen, so kann vermutet werden, bedingt die Dynamik und Lethargie gegenüber beiden Energieformen. Dies könnte sich in dem Maße wandeln, in dem allgemein anerkannt wird, dass EE Produktion eine vollwertige und realistische Perspektive darstellt.

²¹⁹ Ortsvorsteherin Frau Tilly im Interview in Lettewitz am 18.6.2009, Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009, Frau Böhmer im Telefoninterview am 11.2.2010.

im Dorf gesprochen, sodass er jedem mehr oder weniger persönlich vertraut war.²²⁰ Er genießt heute einen sehr guten Ruf im Dorf und die Anwohner beziehen sich nie auf seine Firma, sondern immer auf ihn persönlich: so wie die Stuttgarter sagen, jemand hätte Arbeit „beim Daimler“ heißt es in Lettewitz: „er“, Herr Böhmer, habe dies und jenes für das Dorf getan. Auch Frau Martell wird hoch angerechnet, gut verhandelt zu haben, sodass selbst der sonst skeptische Vorsitzende der Agrargenossenschaft Herr Karlowitz sagt: „Wir können ganz zufrieden sein.“²²¹ Hierbei ist zu bedenken, dass die dalmatinischen Dörfer bis zur Gemeindereform 2003 tatsächlich berechtigt waren, Verträge über Windräder alleine zu schließen, was aber vielen nicht so glückte wie Lettewitz.

Dass die Agrargenossenschaft anfangs gegen die Windkraftanlagen war und diese dennoch gebaut wurden, unterstreicht die Bedeutung des persönlichen Verhältnisses zwischen Böhmer und den Martells. Da die Böhmers aus Dalmatien kommen, Böhmer hat in Kronstadt studiert, hat die geographische Nähe zu Lettewitz eine gewisse Rolle bei der Standortwahl gespielt.²²² Der frühe Erfolg in Lettewitz wird des weiteren, wie geschildert, den Pachteinahmen alteingesessener Familien geschuldet sein. Ein über das übliche Maß hinausgehendes Verhältnis zwischen WS und Lettewitz hat sich aber wohl erst mit der schrittweisen Expansion des Windparks und noch mehr mit der gemeinsamen Biogasanlage und der Solarmodulfabrik in Lettewitz ergeben. Die Bedingung der Lettewitzer für die letzte Erweiterung des Windparks waren einige Arbeitsplätze im Dorf, was in einem „städtebaulichen Vertrag“ festgeschrieben wurde.²²³ Da Windräder wartungsarm sind und im Normalbetrieb keine Arbeitsplätze bieten, wurde die Solarfabrik im Dorf errichtet.²²⁴ Das gewachsene Vertrauensverhältnis konnte sich so weiter vertiefen und beschleunigt die nötigen administrativen Vorgänge, wie Frau Böhmer betonte.²²⁵ Sie und auch ihr Mann erklärten, dass die Netze in Lettewitz in erster Linie geplant sind, um für WS eine Referenz zu schaffen für die Kombination mehrerer erneuerbarer Energieanlagen.²²⁶ Damit solle aber auch die Akzeptanz von EE im Allgemeinen und im Besonderen von Windrädern in Dalmatien gefördert werden.²²⁷ Zum Thema Profitinteresse sagte Böhmer den Lettewitzern in einer Informationsveranstaltung: „Wir sitzen ja nicht hier, weil wir euch was verkaufen wollen“, was vom Publikum so akzeptiert wurde. Im Selbstverständnis der WS ist das Projekt also eher eine Wohltat für das Dorf als eine Investition in die Firma. Von dem für das Jahr 2010 geplanten „Energiekompetenzzentrum“ im Dorf verspricht man sich eine positive Außenwirkung. Man hofft

220 Frau Böhmer im Telefoninterview am 11.2.2010.

221 Ortsvorsteherin Frau Tilly im Interview in Lettewitz am 18.6.2009.

222 Frau Böhmer im Telefoninterview am 11.2.2010.

223 Vorsitzender der Agrargenossenschaft Herr Karlowitz im Interview in Lettewitz am 25.5.2009.

224 Ebd.

225 Frau Böhmer im Telefoninterview am 11.2.2010.

226 Herr Böhmer im Protokoll der Gesellschafterversammlung am 18.6.2009. Er sagte darin wörtlich, er tue das „nicht für sich“, womit gemeint war, nicht aus Profitinteresse.

227 Frau Böhmer im Telefoninterview am 11.2.2010.

im Dorf auf Technik-Touristen, die es in älteren „Energiedörfern“ wie Güssing und Jühnde in nicht unbeträchtlicher Zahl gibt. Bis 2010 sind dann tatsächlich einige Besucher und Delegationen, auch aus dem Ausland, in Lettewitz gewesen.²²⁸ Ein weiterer Anlass für WS könnte das stagnierende Geschäft mit neuen Windparks sein. Seit 2009 hat WS kaum noch neue Anlagen aufgestellt.²²⁹ Während Lettewitz also Mitte der 90er Jahre das Sprungbrett für WS war, um überhaupt als Firma zu entstehen, wurde der Lettewitzer Windpark im Laufe der Zeit durch das Wachstum der Firma, die mittlerweile über 800 Windräder verwaltet, zunehmend ein Nebenschauplatz.²³⁰ Für das Netzprojekt schickte Böhmer deshalb für gewöhnlich seinen Adlatus Leopold, der zu den seltenen Ingenieuren gehört, die über soziale und kommunikative Kompetenz verfügen. Leopold gelang es im hemdsärmeligen aber stets angemessenem Ton mit den Lettewitzern über die verschiedenen Probleme zu sprechen und Details auszuhandeln. Dass er von Böhmer geschickt wurde, war ausreichend, um ihm das Vertrauen der Anwohner zu sichern. Außer den Informationsveranstaltungen nutzte er einen eigens angebrachten Schaukasten um Neuigkeiten im Dorf zu verbreiten.

Agrargenossenschaft

Die Genossenschaft besitzt fünf bis sechs Gebäude, womit ihr laut ihrem Vorsitzenden Karlowitz die meisten Stimmen in der Netz-Betreiber-Gesellschaft zustünden,²³¹ was natürlich immer noch keine Stimmen-Mehrheit bedeutet. Schließlich hat sie nur drei Stimmen erhalten,²³² womit sie aber immer noch die größte Fraktion bildet.

In den späten neunziger Jahren gab es wohl einige Reibungen zwischen WS und dem größten Arbeitgeber, der Agrargenossenschaft. Wie aus verschiedenen Gesprächen deutlich wurde, ist ihr Vorsitzender, Herr Karlowitz, die wirtschaftlich wichtigste Person im Dorf. Während Frau Tilly und auch Frau Böhmer²³³ nur erzählten, dass die beiden gut zusammenarbeiten würden, wurde von anderer, gut informierter Seite erwähnt, es hätte auch einmal „Spannungen“ zwischen ihnen gegeben. In einer knappen Erläuterung wurde dem Interviewer berichtet, dass es dabei wohl um Wegerechte und Land ging. Die Einigung hätte darin bestanden, dass WS das Land von der Genossenschaft gepachtet hätte (statt von anderen Landbesitzern) und man sich auf eine gemeinsame Nutzung der Feldwege verständigt habe. Der Grund für diese Spannungen wird aus dem Interview mit dem Genossenschaftsvorsitzenden deutlich, der meinte, es wäre für die

228 Dalmatinische Allgemeine, 19.6.2009 über Lettewitz: „Besuch aus aller Welt“

229 Selbstdarstellung Wind-Strom AG im Internet (27.7.2010).

230 Ebd.

231 Vorsitzender der Agrargenossenschaft Herr Karlowitz im Interview in Lettewitz am 25.5.2009.

232 Selbstdarstellung Wind-Strom AG im Internet (27.7.2010).

233 Statt eines Interviews mit Herrn Böhmer wurde dem Forscher schließlich von seiner Frau, die auch in der Firma Wind-Strom AG arbeitet, angeboten, dass sie alle Fragen beantworte, was dann auch geschehen ist.

Landwirtschaft ein zusätzlicher Aufwand, bei der Feldbearbeitung nicht geradeaus, sondern immer um die Windkraftanlagen (WKA) herumfahren zu müssen. Dies sei ärgerlich, wenn diese auf dem Land anderer Verpächter stünden, und nur der Aufwand, aber nicht die Pachteinahmen bei der Genossenschaft lägen. Herrn Karlowitz ist es lieber, bei der Standortwahl der WKA „mitreden“ zu können, damit sie eher auf magerem als auf gutem Boden stehen. Er sagt selber, er sei noch gegen die ersten WKA gewesen, das sei 1997/98 gewesen, aber bei den späteren WKA konnte er schon „etwas mitreden“, und habe darum seine Meinung geändert.²³⁴

Obwohl sich die Jahreszahlen und andere Angaben nicht immer decken, lassen sich alle vier Aussagen kombinieren zu der Annahme, dass die Genossenschaft anfangs gegen die WKA war, weil sie nur Kosten, aber keinen Gewinne daraus ziehen konnte. Darauf eingehend verschaffte die WS ihr günstige Pachtverträge als Ausgleich. So erwähnen Wittelsbachs, dass der „Grüngürtel“ (gepflanzt von WS) um das Dorf²³⁵ ja auf Genossenschaftsland stünde, was für ein gutes Verhältnis zwischen beiden sprechen müsse. Die WS ist also nicht zwangsläufig auf die Genossenschaft angewiesen, zumindest nicht beim Land, dass sie auch von den Dorfbewohnern pachten kann, bezog aber aus politischen Erwägungen später die Agrargenossenschaft mit ein.

Wittelsbachs formulierten die Aussage, dass sich Genossenschaft und WS gut verstehen, recht vorsichtig und indirekt, woraus eine gewisse Unsicherheit erkenntlich wird, wie gut das Verhältnis nun wirklich sei. Zu dieser Unsicherheit passt die Differenz zwischen den recht kritischen Aussagen von Herrn Karlowitz (Genossenschaft) über die WKA und den positiven Aussagen von Frau Böhmer, Herrn Leopold (WS) und Frau Tilly. In der ersten protokollierten Versammlung äußerte sich Herr Karlowitz als einziger kritisch. Es ging dabei um die Kosten für die Anschlüsse einiger Gebäude. Zu vermuten ist, dass Karlowitz es der WS nicht zu einfach machen wollte, um möglichst gute Vertragsbedingungen auszuhandeln. Das Verhältnis sollte deshalb nicht als freundschaftliches, sondern als geschäftliches gelten. Trotzdem bezeichnet Karlowitz das Verhältnis als gut, er meint, „man braucht sich über bestimmte Sachen nicht mehr zu unterhalten“.²³⁶ Dass es nach anfänglichen Interessengegensätzen zu mehr als nur zu einem Kompromiss kam, zeigt die von der WS und Agrargenossenschaft gemeinsam betriebene Biomasseanlage. Diese bezieht ihre Biomasse von der Genossenschaft und beliefert als größten Kunden die Solarmodulfabrik der WS und auch das Agrargenossenschafts-Büro mit Wärme.

Der Genossenschaft erschloss sich 2005 und 2006 in Zeiten niedriger Roggenpreise mit der Biogasanlage eine Möglichkeit, das Getreide nicht mehr durch Schweine, die ebenfalls stark im Preis fluktuieren, zu veredeln, sondern mittels der Biogasanlage für 20 Jahre zu den durch das EEG garantierten Festpreisen zu verkaufen. Die damit gewonnene Stabilität und

234 Interview mit Herrn Karlowitz am 25.5.2009 in Lettewitz.

235 Um das Dorf sind Baumreihen gepflanzt, die, ausgewachsen, den Blick auf die WKA verdecken sollen.

236 Interview mit Herrn Karlowitz am 25.5.2009 in Lettewitz.

Planungssicherheit ist ein wichtiges wirtschaftliches „Standbein“ geworden.²³⁷ Die Biogasanlage gehört zur Hälfte der Genossenschaft und WS unter dem Dach einer dafür gegründeten Firma Biogas Co. Kg.

Beide sind also geschäftlich eng verbunden. Karlowitz lobt zwar die WS am Ende des Gesprächs und fügt am noch an, die WS wäre „nie gekommen“ (nach Lettewitz) wenn ihr die Genossenschaft nicht das Kartoffellager günstig verkauft hätte.²³⁸ Hier aber scheint es, beginnt bereits die retrospektive Konstruktion von Narrativen, mit Blick auf die Distribution der Meriten, was wohl eher als gutes Zeichen eines Klimas förderlicher Konkurrenz zu werten ist.

Politik im Dorf

Für das Dorf war die Eingemeindung im Jahr 2003 ein empfindlicher Einschnitt in seine politische Autonomie. Danach wurden die Dorfinteressen tatsächlich im Stadtrat eine Zeit lang marginalisiert. Dies änderte und besserte sich allerdings, als es gelang, eine eigene Fraktion der Dörfer im Stadtrat zu gründen. Laut den Wittelsbachs werden deren Interessen seitdem auch recht gut vertreten.²³⁹ Bis zur Eingemeindung konnte also der Gemeinderat Lettewitz völlig autonom agieren und war der wichtigste Akteur gegenüber der WS. Seit 2003 spielt die Gemeindevertreterin Frau Tilly aber nur noch eine untergeordnete Rolle als eine von mehreren Delegierten der Dorf-Fraktion. Als wichtigste Akteure sind deshalb der Agrargesellschaftsvorsitzende Karlowitz und der Salzmünder Bürgermeister Wallerstein nachgerückt. Wallerstein hat sich im Interview glaubhaft als entschiedener Verfechter der EE und der Projekte um Lettewitz präsentiert, trotz FDP Mitgliedschaft²⁴⁰. Dafür spricht unter anderem die Genehmigung des großen Solarparks in Schönborn, den Wallerstein gefördert hat und den er gerne vorzeigt. Mitten im Wald öffnet sich dort eine große Lichtung mit Dutzenden auf Metallfüßen nach dem Sonnenstand ausgerichteten Solaranlagen, die mehr an *Star-Wars* als an Dalmatien erinnern.

Unter anderem sei es der Stadt damit gelungen, das Grundstück, das durch den ehemaligen Truppenübungsplatz ein „Sanierungsfall“ war, aus ihrem Verantwortungsbereich in die Hand der WS zu geben.²⁴¹

237 Ebd.

238 Ebd.

239 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

240 Als treuer Fürsprecher der großen Energiekonzerne und insbesondere der Kernkraft, hat sich die FDP lange Zeit als Gegnerin der Energiewende profiliert. Im Jahr 2009 und 2010 war sie eine treibende Kraft hinter der Absenkung der im EEG garantierten Preise für Solarstrom, was von der Branche als Angriff auf ihre Interessen gewertet wurde.

241 Die Wind-Strom AG hat laut Wallerstein nicht nur die Sanierung übernommen, sondern mit dem Schutt der Bunker die Fundamente der Solaranlagen gegründet, was eine ausgesprochene *win-win* Situation bedeutet. Bürgermeister Wallerstein im Interview am 15.4.2009.

Im Frühjahr 2010 bemühte sich Wallerstein, allerdings ohne Erfolg,²⁴² einige Nachbardörfer um Lettewitz von den Vorzügen einer Erweiterung des Windparks zu überzeugen. Auch versuchte er die Bedenken einiger Stadträte gegen weitere WKA zu zerstreuen. Der Stadtrat wird von zwei Fraktionen dominiert, der FDP und einer Wählerinitiative, die recht konstruktiv zusammenarbeiten.²⁴³ Wallerstein dürfte also nicht der einzige sein, der, obwohl Mitglied der FDP, die EE als Chance für die Region erkannt hat. Langfristig möchte er, dass auch andere Ortsteile und schließlich Salzmünde selber, wie Lettewitz, dezentral, erneuerbar und vor allem günstiger mit Energie versorgt werden. Darüber würden sich zwar die Stadtwerke beschweren, aber das sei nicht seine Schuld, wenn sie die Energiewende verschlafen. Dass sein Interesse vorrangig wirtschaftlich und weniger ökologisch-wertgebunden ist, zeigt sein Missfallen daran, dass das Forstamt nicht willens war, Waldflächen für den weiteren Ausbau des Solarparks zu opfern.²⁴⁴ Seit dem sich deutlich abzeichnenden Erfolg der Lettewitzer Ende 2009 scheint es, drücken sich diverse Politiker des Landes Dalmatien gegenseitig die Klinke in die Hand, um sich mit dem Projekt zu schmücken. Auch gab es reichlich Zeitungsberichte in der Dalmatinischen Allgemeinen und manchmal auch in der Brünoer Zeitung. Selbst der Rundfunk-Dalmatien produzierte einige Kurzreportagen. Angesichts der engen Verflechtung von Presse, Landesregierung und dem Energiemonopolisten Vattenfall²⁴⁵ ist diese wohlwollende Aufmerksamkeit für Lettewitz bemerkenswert. Der Einfluss der Landespolitik und deren Bürokratie ist aber eher gering. Wichtig war sie nur einmal, laut Leopold, bei der Vergabe der Fördermittel durch das Land, die mit Verzögerung 2010 zustande kam.²⁴⁶

Es ergibt sich somit das Bild einiger zentraler Personen, um die herum sich das politische Leben des Dorfs abspielt. Das ist vor allem Herr Karlowitz, als Vorsitzender der Agrargenossenschaft und Stadtverordneter. Damit nicht genug, wurde er vom Dorf mit 29 von 35 Stimmen in den Vorstand des „Beirats“ der Netzbetreibergesellschaft gewählt. Er lehnte das Amt aber mit der Begründung ab, ihm fehle die Zeit.²⁴⁷ Daran zeigt sich immerhin die Übereinstimmung von politischem und wirtschaftlichem Einfluss einerseits und Legitimität und Zustimmung durch die Dorfbevölkerung andererseits. Daneben ist Frau Tilly als Ortsvorsteherin formal verantwortlich,

242 Eine Bustour mit Wallerstein und Böhmer in diese Dörfer hat die Anwohner anscheinend nicht überzeugt. Protokoll der Studierenden Undine Baatz und Carolin Möller am 8.5.2010 im Rahmen des Seminars im Sommersemester 2010.

243 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

244 Bürgermeister Wallerstein im Interview am 15.4.2009.

245 Bis zu einer Beschwerde im Jahr 2009 tranken die Landtagsabgeordneten ihren Kaffee in der Kantine aus Tassen mit der Aufschrift „Vattenfall“. Ein Landtagsabgeordneter bezeichnete diesen Zusammenhang in einer Podiumsdiskussion für den Rundfunk Dalmatien im Frühjahr 2009 als „zufällig“. Ähnliche und offensichtlichere Belege wird der interessierte Forscher problemlos finden, sie sollen hier nicht näher aufgezählt werden.

246 Leopold im Telefoninterview am 22.9.2009.

247 Karlowitz im Protokoll der Gesellschafterversammlung am 18.6.2009. Er erhielt 29 von 35 Stimmen.

meint aber selber, bei den rechtlichen und technischen Details kenne sie sich nicht so genau aus.²⁴⁸ Die ehemalige Ortsvorsteherin Frau Martell hingegen scheint nach wie vor eine gewisse Rolle im Dorf zu spielen,²⁴⁹ woran wiederum ersichtlich wird, dass formaler und informeller Einfluss weit auseinander fallen können.

Da die politische Konstellation sich vor der Gemeindereform bildete, kam es zu der deutlich lokal geprägten Akteursstruktur. Der Kreis- und Landtag treten in Lettewitz hinter die mikropolitische Struktur des Dorfes zurück und selbst die nächste formal übergeordnete Ebene des Bürgermeisteramtes von Salzmünde begegnet dieser Struktur als gleichberechtigter Partner. Die politische Initiative ging lange Zeit vom Dorf aus und die Stadt beschränkte sich darauf, sie legitimierend zu begleiten. Ein Bezug zur Bundespolitik besteht ebenfalls nur mittelbar durch das EEG und betrifft hauptsächlich die Wind-Strom AG. Dort gab es seit 2009 rechtliche Schwierigkeiten mit dem Stromnetz. Böhmer berichtet ausführlich von den diversen Hürden und dass man „wie die Gallier“ ständig von außen angegriffen werde, freilich nur juristisch.²⁵⁰ Im Dorf und der Regionalpolitik ist dies aber kein Thema. Lettewitz ist damit ein seltenes Musterbeispiel für *bottom-up* Politik, in der die politische Initiative tatsächlich vom „Volke“ ausgeht, von den unteren Parlamenten in die jeweils größeren getragen wird, wie es ja vom Grundgesetz in Artikel 28 (2) eigentlich vorgesehen ist.

Vereinsleben

Wie die Ortsvorsteherin in einem ausführlichen Bericht darlegt, genießt Lettewitz ein reges Vereinsleben. In einem Dorf mit nur 47 Haushalten finden sich ein Fußballverein mit Männer-, Frauen- und Kindermannschaft, ein Heimat- und ein Kulturverein und die freiwillige Feuerwehr.²⁵¹ Außerdem werden verschiedene soziale Dienstleistungen durch Vereine ermöglicht. Eine Jagdpächtergemeinschaft in Lettewitz kümmert sich um die umliegenden Wälder und Tiere und die Volkssolidarität übernimmt diverse soziale Dienste. Ein Kindergarten im Nachbardorf ist dorfübergreifend durch einen Verein organisiert. Die Kirche in Lettewitz hat neben 30 passiven auch noch fünf wirklich aktive Mitglieder (in Dalmatien keine Selbstverständlichkeit!).²⁵² Allein in den Vorständen aller Vereine sind 22 Personen engagiert,²⁵³ was bei gleichmäßiger Verteilung der Ämter auf circa 47 Haushalten im Dorf bedeutet,²⁵⁴ dass fast jede zweite Familie durch eine

248 Ortsvorsteherin Frau Tilly im Interview in Lettewitz am 18.6.2009.

249 Leopold im Interview am 2.4.2009.

250 Böhmer im Protokoll der Gesellschafterversammlung am 18.6.2009.

251 Ortsvorsteherin Frau Tilly im Interview in Lettewitz am 18.6.2009.

252 Darunter die Familie des in den Beirat gewählten Herrn Wittelsbach. Evangelische Pfarrerin Frau Pabel im Telefoninterview am 28.7.2009.

253 Ergebnis einer Internetrecherche im Sommer 2009.

254 Genaue Zahlen über die Einwohner liegen nicht vor, da zwar viele Personen im Dorf gemeldet sind, aber zeitweise oder langfristig außerhalb wohnen und arbeiten. Die exaktere Angabe ist daher die von 47 „Anschlüssen“ für die Wärme- und Stromversorgung. Da das Dorf aus traditionellen Bauernhäusern besteht, die ein oder zwei

Person in einem Vorstand vertreten ist! Laut Ortsvorsteherin ist jeder im Dorf in dem einen oder anderen Verein involviert, womit Lettewitz eine um rund 90% höhere Integration und Aktivität in Vereinen aufweist als der dalmatinische Durchschnitt der Vereinsaktivität von gerade einmal 12,1%.²⁵⁵ Die Ortsvorsteherin schätzt das Dorf auch ohne Sichtung der Statistik als besonders aktiv ein in Hinblick auf Kultur- und Sportveranstaltungen.

Im Sinne der Sozialkapitalforschung ist auf Grund der hohen Vereinsaktivität ein sehr hohes Niveau zivilgesellschaftlichen Engagements und Reziprozität zu attestieren. Selbst ein hohes Niveau generalisierten Vertrauens ist eine erwartbare Konsequenz. (vgl. Bühlmann/Freitag 2007: 163f)

Diskurse und Narrative

Vordergründig handelt es sich beim „energieautarken“ Lettewitz um ein rein technisches Projekt, wie es auch von der Wind-Strom AG dargestellt wird. Tatsächlich ist die Technik aber in ein komplexes Geflecht sozialer Beziehungen und symbolischer Allgemeinplätze eingebettet, wie beispielsweise den jährlichen „Tag der Energie“, der neben Heimatfest und Fackelumzug schon seit einigen Jahren begangen wird. Das ist sowohl Voraussetzung als auch Folge des langsamen und einvernehmlichen Wachstums des Windparks. Im Folgenden werden die wichtigsten Aspekte wie Skepsis, Stolz und Neid, Tradition und Fortschritt an Hand zweier sehr ergiebiger Interviews vorgestellt.

Skepsis und Kompromiss

Die Interviews mit der Familie Wittelsbach und Frau Tilly haben gezeigt, dass die schrittweisen Erweiterungen des Windparks durchaus nicht ohne Widerstände und Reibungen vonstatten gingen. 1996 wurden nur einige wenige WKA errichtet und es war weder geplant noch absehbar, dass sich einmal der gesamte Acker mit Turbinen bevölkern würde. Was beide aus dem Gedächtnis unaufgefordert aufzählen konnten, ist, wann wie viele WKA gebaut wurden (allerdings mit abweichenden Zahlen und Jahresdaten), laut Wittelsbachs waren es erst vier, dann sechs, dann sieben, dann 26 und nochmals drei. Frau Wittelsbach erzählte, beim zweiten Bauabschnitt hätte es schon „Gegner“ gegeben, aber Gegner heißt nicht, dass sich eine Bürgerinitiative gegründet hätte, oder sich Fronten „verhärten“, wie im Nachbardorf Döblitz, in dem es eine Anti-WKA Initiative gibt. Im Rahmen dieses zweiten Bauabschnittes hat sich Herr

Familien Platz bieten, ist in den meisten Fällen ein „Anschluss“ mit einem Haushalt und einer Familie identisch.
255 Daten des Landessportbundes Stand 01.01.2009 (Erfassungsschluss 13.03.2009).

Böhmer um ein „Bürger-Windrad“ gekümmert.²⁵⁶ Zusammen mit den guten Verhandlungen der ehemaligen Ortsvorsteherin Frau Martell, scheint die Teilhaberschaft einiger Familien am Bürger-Windrad gereicht zu haben, um die Gemüter vorerst zu beruhigen.²⁵⁷ Von Aufregung kann laut Familie Wittelsbach ohnehin nicht gesprochen werden. „Die Mentalität der Leute hier“ ist nicht so, mit „fliegenden Fahnen“ loszuziehen und eine Bürgerinitiative zu gründen. Wie Wittelsbachs ausführlich erläutern, gab es eine Vielzahl von Ausgleichsmaßnahmen, die teils aus der regulären Gewerbesteuer der WKA und teils als vertraglich vereinbarten Zusatzleistung von Herrn Böhmer finanziert wurden. Frau Tilly, die Ortsvorsteherin verknüpfte das Thema „mehr WKA“ dann auch direkt mit der Begründung, dass es ja auch mehr Mittel für den Ort gab, für einen neuen Fußweg, die Straße, Straßenlaternen sowie eine Flutlichtanlage, Rollrasen, ein Sanitätshäuschen und einen Grillplatz für den Fußballplatz. Auch von den Wittelsbachs wurden diese Gratifikationen ausführlich dargestellt, was auf deren allgemeine Wertschätzung im Dorf hinweist. Auch fügten Wittelsbachs hinzu, dass die damalige Gemeindeverwaltung geistesgegenwärtig genug war, einen Grüngürtel um das Dorf zu pflanzen, der ja nun langsam wächst und die Sicht auf die Windräder verdecken soll.

Frau Tilly erzählte, dass man die WKA je nach Windrichtung, auf die sie durchaus achtet, schon manchmal hört, was sie auf Nachfrage des Interviewers ausführlicher erläutert und zu dem Schluss kommt, dass sie sich trotz allem von den WKA nicht gestört fühlt. Zum gleichen Thema führten Wittelsbachs aus, dass ihr Haus günstig zum Wind liegen würde und auch architektonisch zufällig so gebaut sei, dass sie wenig hören und sehen würden von den WKA. Aber auch bei den meisten anderen Leuten gingen nur kleine Fenster Richtung Feld und die großen zur Innenseite des Hofes, das sei ehemals der Baustil im Dorf gewesen. Daraus wurde eine ausführliche Erläuterung, welche Höfe besser und welche schlechter zum Wind und Schall vom Windpark liegen würden, wobei das Gros ganz gut abschneidet.

Das Interview mit der Familie Wittelsbach glich in weiten Teilen einer großen Erzählung, in der das Schicksal des Dorfes seit der Wiedervereinigung 1990 als geschlossene Geschichte konstruiert wurde, beginnend mit den ersten Windrädern im Dorf bis zu der gespannten gegenwärtigen Situation vom Sommer 2009 als die 13-jährige gemeinsame Geschichte mit Böhmer im Warten auf Erfolg oder Niederlage des Energienetzes ihren Höhepunkt fand.

Zwei Themen fallen dabei besonders auf, die Perspektivlosigkeit nach der Wende und die Differenz zu den „Nachbarn“, wie die anderen Dörfer hier heißen. Die Geschichte nach der Wende wurde ausführlich erzählt und findet ihren rhetorischen Höhepunkt im „Warten auf den Messias“, um die ausharrende Situation der Dorfbevölkerung nach der „Wende“ zu beschreiben,

²⁵⁶ Anteile konnten ab 10.000 DM gezeichnet werden, was einige wenige Familien auch taten.

²⁵⁷ Warren/McFadyen haben 2010 mit geringer Fallzahl von n=106 in Schottland die intuitiv nachvollziehbare These belegt, dass Teilhabe an Windkraftanlagen deren Akzeptanz steigert.

angesichts des nicht von alleine einkehrenden Wohlstands oder besser gesagt, der nicht von alleine zurückkommenden verlorenen Sicherheiten und Arbeitsplätze. In keiner Weise explizit angesprochen, drängt sich doch der Vergleich auf zur Erzählung um den Windpark und die WS, die stets auf die Person Böhmer konzentriert wird. Ohne Böhmer wäre das Dorf nicht das, was es ist: ein sozial intaktes Dorf mit Vollbeschäftigung, Vereinsleben und ohne verwaiste Häuser.²⁵⁸ Dass es sich bei dem geplanten Energienetz um eine Besonderheit handelt, wird deutlich an den häufigen Geschichten, in denen der Neid, das Gespött oder der Tratsch „der Nachbarn“ (die Nachbardörfer), thematisiert wurde. Für ein Dorf wie Lettewitz bedeutete es wohl eine seltene Ausnahmesituation, etwas ganz anderes zu tun als die anderen Dörfer, etwas zu wagen. Vermutlich ist ähnliches seit der Einweihung der Kirche nicht mehr geschehen. In der Retrospektive erschien der Prozess also schon 2009, noch vor seiner Vollendung, als große Geschichte, als Wagnis und Chance, mit Anfang, Höhepunkt und erwartetem Ende.

Neid und Stolz

Natürlich waren die Hoffnungen hoch, dass das Projekt ein gutes Ende finden würde, ebenso groß wie die Befürchtungen, es würde nicht glücken. Schon angesichts der zeitlichen Verzögerungen im Sommer 2009 meinten die Wittelsbachs, die Lettewitzer müssten schon „das Gespött der Nachbarn“ ertragen. Insbesondere die „unbeugsamen Gegner“ der WKA in Döblitz würden nur auf ein Scheitern der Lettewitzer warten, da gibt es „viel Neid“. Auf der anderen Seite haben die Nachbarn natürlich bemerkt, dass Lettewitz eine neue Straße und die Flutlichtanlage bekommen hat, wenn dazu noch das Energiekompetenz-Zentrum kommt, wären die Lettewitzer schon stolz, so Familie Wittelsbach. Auf der protokollierten Informationsveranstaltung verglich Herr Böhmer das Dorf und die Energiemonopolisten – ganz in der narrativen Tradition anderer Energieorte (vgl. Späth/Rohracher 2010) – mit Galliern und Römern.²⁵⁹ So ein Gefühl vermittelten, indirekter formuliert, auch die Wittelsbachs in ihrer Erzählung der Dorfgeschichte.

Konflikt und Konsens²⁶⁰

Nicht nur zwischen WS und Agrargenossenschaft, auch unter den Anwohnern gab es Interessengegensätze. So haben sich zwei Haushalte von Anfang an nicht an der Netzbetreibergesellschaft beteiligt, weil beide bereits neue Heizungen hatten; ein weiterer

²⁵⁸ Nur ein Haus im Dorf steht leer, und das wird bereits als ästhetische Störung betrachtet! (Ein Luxus, den die wenigsten Dörfer in den neuen Bundesländer genießen.)

²⁵⁹ Böhmer in der Gesellschafterversammlung in Lettewitz am 18.6.2009.

²⁶⁰ Eine detaillierte Diskursanalyse ist hier aus Mangel an Material nicht möglich. Dennoch wird aus den wenigen Andeutungen ersichtlich, wie die Themen Wind-Strom AG und Energienetze im Diskurs der Lettewitzer verankert sind und ihre festen Regeln und Rituale haben.

Haushalt ist im Herbst 2009 ausgeschieden. Alle anderen Haushalte, haben den Gesellschaftervertrag unterzeichnet und waren 2009 entschlossen, die 3000 Euro Eigenkapital aufzubringen. Auf der zweiten besuchten Versammlung äußerten einige Personen Sorgen darüber, sich von einer Zentralheizung abhängig zu machen und damit die persönliche oder familiäre Selbstständigkeit einzuschränken, auch bereitet die damit verbundene Heizungs-Grundgebühr wohl einigen Lettewitzern Unbehagen. Diese Einwände wurden jedoch in der Gesellschafterversammlung mit technischen Diskussionen und Anekdoten vom Blitzeinschlag zerstreut, der ja auch zum Ausfall der vermeintlich sicheren Ölheizung führen kann. Schließlich versprach Böhmer, dass die WS die Haftung und Wartungskosten übernehmen werde. Überhaupt war er bemüht, alle Sorgen ernst zu nehmen und konnte jedes Mal auf vergangene oder eingeplante Lösungen verweisen. In schwierigen Situation sprang ihm meist ein anderer Lettewitzer rhetorisch zur Seite.²⁶¹

Ein weiterer Schlüssel zum erstaunlich guten Konsens in Lettewitz scheint eine zufällig dokumentierte Szene zu sein. Im Anschluss an die Veranstaltung bildeten sich Grüppchen von acht Personen, die über die Einwände eines jüngeren Mannes diskutierten, der in der Veranstaltung Sorgen um die Grundgebühr und Sicherheit der Anlage geäußert hatte. Diese Diskussion wurde mit dem Kommentar beendet: „Man will ja nicht das schwarze Schaf sein“,²⁶² was heißen sollte, selbst wenn er teils Recht hat, möchte man sich seine Meinung nicht zu eigen machen, um nicht das ganze Projekt zu gefährden. Illustriert wird dieser Fall durch die Beobachtung der Wittelsbachs, dass die meisten im Dorf den Vertrag unterzeichnen und die Anschlussgebühr von 3000 Euro zahlen, ohne die Anlage technisch, juristisch oder ökonomisch vollständig verstanden zu haben. Von einer rationalen Entscheidung zwischen *homines oeconomici* kann also nicht die Rede sein. Vielmehr wirkte der Gruppendruck und das Vertrauensverhältnis in Richtung einer geschlossenen Zustimmung.

Der zweite Schlüssel zur Meinungsbildung im Dorf ist der Diskurs selber. In den Veranstaltungen wurden ausufernde Diskussionen stets mit inhaltlich irrelevanten technischen Detailfragen beendet oder in Anekdoten überführt. Da das Transkript sich auf handschriftliche Notizen gründet,²⁶³ kann dies hier nur allgemein wiedergegeben werden. Auffällig waren in beiden besuchten Veranstaltungen die Themenwechsel von inhaltlich wichtigen zu rein technischen Diskussionen, die dem Forscher zu Beginn schlicht irrelevant und disfunktional erschienen. Ähnlich zu Veranstaltungen in anderen Regionen zeigt sich jedoch, dass Diskussionen, die in keinen Konsens oder befriedigendem Ergebnis münden, auf solche technischen, neutralen Territorien geführt werden, womit freilich der Kreis der Diskutanten auf wenige Fachleute (fast

²⁶¹ Gesellschafterversammlung in Lettewitz am 18.6.2009.

²⁶² eEd.

²⁶³ Audioaufnahmen waren meist nicht möglich, siehe dazu den Methodenteil.

immer Männer) eingeschränkt wird, was nicht unwesentlich zur Beendigung unharmonischer Diskussionen beitrug. Wittelsbachs berichteten, dass „die Leute“ sich oft nicht trauen, öffentlich zu fragen, und das dann später, im Verein tun. Da würde dann auch mal etwas „besprochen“. Des öfteren käme auch Herr Leopold (Mitarbeiter der WS) zu den Leuten nach Hause, um ihnen die Inhalte der Informationsveranstaltung nochmals zu erklären. Dabei wurden sogar inter-generationelle Streitigkeiten zwischen Kindern und Eltern, für die eine Investition in das Haus immer auch die Frage nach dem Erbe aufwirft,²⁶⁴ mit Herrn Leopold diskutiert und laut Wittelsbachs auch oft gelöst.²⁶⁵ Leopold selber betonte im Interview die Bedeutung des guten Verhältnisses zu den Anwohnern. So hätten diese ihn unter anderem auf eine im Boden verborgene ehemalige Panzerwendestelle und auf an anderer Stelle abgekippte Feldsteine aufmerksam gemacht, die sonst diverse Bauarbeiten stark behindert und verteuert hätten. Laut Wittelsbachs, besteht der Hauptgrund, warum dieses und andere Vorhaben in Lettewitz glücken, und in Nachbardörfern wie Döblitz nicht, darin, dass es in Lettewitz nie zu einer grundsätzlichen Spaltung der Gemeinde wegen eines Konfliktes kam. Nach Abstimmungen im Gemeinderat hätte die unterlegene Seite in Lettewitz die Entscheidung stets akzeptiert und der anderen Seite Nichts nachgetragen. In Döblitz dagegen, würde die je unterlegene Seite auch bei späteren Gelegenheiten versuchen, eine unliebsame Entscheidung des Gemeinderates zu revidieren, was das Dorf insgesamt handlungsunfähig mache, nicht nur in Fragen von WKA.

Tradition und Fortschritt in Biographien

Traditionelles Verhalten, im Sinne Webers Idealtypus, wurde insbesondere in Bezug auf die tradierten Arbeitsbedingungen der Agrargenossenschaft deutlich. In den Interviews mit dessen Vorsitzenden und der Familie Wittelsbach hat sich gezeigt, dass „die Leute“ im Dorf beruflich am liebsten das tun würden, was sie schon immer getan haben, wie „Trecker fahren“ oder als „Maurer“ arbeiten.²⁶⁶ Die biographischen Herausforderungen seit der Wende haben die Wittelsbachs ausführlich geschildert und in ein Verhältnis gesetzt zur neuerlichen Vollbeschäftigung, die dafür Sorge, dass manche Emigranten sogar wieder ins Dorf zurückkommen, weil der Agrargenossenschaft der Nachwuchs fehle.

Herr Karlowitz meinte, die Genossenschaft würde Roggen und Mais vor allem deshalb anbauen, damit die Arbeitsplätze erhalten blieben, obwohl sich diese Art der Landwirtschaft kaum noch

264 Da das Haus als Erbmasse oder schon gegenwärtig geteilte Wohnfläche einen wichtigen Schnittpunkt zwischen den Generationen darstellt, ist jede Veränderung hier auch eine Frage der Generationengerechtigkeit und musste anscheinend in manchen Fällen erst ausgehandelt werden. Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich in Dörfern, die für Braunkohletagebaue abgebaggert werden sollen; in der Frage um Verkauf oder nicht Verkauf des Hauses zerbrechen nicht selten ganze Familien, geraten Kindern und Eltern aneinander.

265 Weitere Angaben machten Wittelsbachs zu diesem Punkt nicht, obwohl dies von Interesse für die Forschung gewesen wäre.

266 Familie Wittelsbach im Interview in Lettewitz am 31.7.2009.

rechnen würde, man könne das Land fast genauso gut brach liegen lassen.²⁶⁷ Bezeichnenderweise thematisiert er erst die Probleme mit der konventionellen Landwirtschaft: die Roggenpreise, das brachliegende Land, die „Schweinezyklen“ und seine Verantwortung, die Arbeitsplätze zu erhalten, bevor er auf die Biogasanlage und die Solarmodulfabrik zu sprechen kommt. Einerseits wird damit wieder eine Erzählung konstruiert, andererseits kann damit auch ein gewisser Unwille gegen diese Neuerungen mit der schwierigen Lage legitimiert werden, die solche Schritte notwendig werden ließen. Ganz freiwillig ist er also nicht vom Land- zum Energiewirt geworden.²⁶⁸ Auch in den Schilderungen der Wittelsbachs über die Genossenschaftsarbeiter war ein gewisses Spannungsverhältnis zu erkennen zwischen einer anfänglichen Abneigung, gegen die neuen Arbeitsweisen einerseits und andererseits dem Stolz der Arbeiter, nach gelungener Umschulung, mit hochmodernen Maschinen umgehen zu können.

Diskussionskultur und Informationsveranstaltungen

Im Frühjahr und Sommer 2009 konnten zwei Gesellschafterversammlungen in Lettewitz protokolliert werden, die von einer gut entwickelten Diskussionskultur zeugen, in der jeder seinen Platz kennt. So rief, als es einmal zu laut wurde, ein älterer Herr mit lauter Stimme „Ruhe!“ was das Durcheinanderschwatzen abrupt beendete und für Ordnung sorgte. Auf der anderen Seite gab es genug Anwohner, die kein Blatt vor den Mund nahmen und ihre Ansprüche und Bedenken deutlich äußerten. So hatten ein Anwohner und auch Herr Karlowitz geltend gemacht, dass sie für ihre Häuser keine Mehrkosten für den Wasseranschluss akzeptieren würden. Die während dieser Dispute für kurze Zeit aufkommende Anspannung wurden aber immer wieder von Gelächter unterbrochen, da immer die Zeit für eine Anekdote oder einen Spaß blieb, sodass der Wechsel von Lachen und Anspannung für kurzweilige Veranstaltungen sorgte.

Die sehr persönlichen Sorgen der Anwohner äußerten sich in Fragen, wann sie ihren Stromanbieter kündigen und ihr Heizöl verbrauchen sollten. Dies wurde ausführlich in beiden protokollierten Veranstaltungen diskutiert, wobei Böhmer und Leopold mehrmals darauf hinwiesen, dass sie ihnen nicht sagen könnten, wann der jeweilige Stromanbieter genau gekündigt werden müsse. Auf Seite von WS gab es hingegen die Befürchtung, die Anwohner würden sich zwar anschließen lassen, aber ihre Öl oder Holzheizung weiterhin nutzen, was Herr Böhmer mehrmals bat, nicht zu tun, da sich sonst die Wirtschaftlichkeit für das Gesamtprojekt verschlechtere. Auch einige zögerliche Personen wurden anscheinend überredet mit dem

²⁶⁷ Mit der Umstellung von der ehemaligen Schweinezucht auf die Biogasanlage hat die Genossenschaft dann doch eine Möglichkeit gefunden, gewinnbringende Landwirtschaft betreiben zu können, ohne von den „Schweinezyklen“ des Marktes abhängig zu sein. Karlowitz betont, das EEG schaffe 20 Jahre Planungssicherheit, und die Energieproduktion sei für die Genossenschaft deshalb schon zu einem zweiten Standbein geworden.

²⁶⁸ Interview mit Herrn Karlowitz am 25.5.2009 in Lettewitz.

Argument, man könne zwar auch später einsteigen, aber so günstig werde der Anschluss nicht mehr, da es später keine Förderungen vom Land mehr gebe. Eine Handvoll Querulanten äußerte Bedenken angesichts des zu zahlenden Grundbetrags, was in der Veranstaltung nur indirekt angesprochen wurde, aber danach von der dominanten Männergruppe als kleinlich abgestempelt wurde und wohl auch nicht wieder zur Sprache kam.

Diverse Sorgen vor winterlichen Ausfällen der Zentralheizung konnte Böhmer zerstreuen mit dem Hinweis, dass die wichtigsten Ersatzteile direkt im Dorf gelagert würden und in weniger als 24 Stunden eine Reparatur durch autorisierte Personen im Dorf durchgeführt werden könnte. Die Diskussion über die Zuverlässigkeit der Anlage spiegelt die Ängste der Anwohner wieder, sich von einer Zentralheizung abhängig zu machen. Nachdem das Thema circa eine Stunde von allen Seiten diskutiert wurde, glitt es schließlich ins Lächerliche ab, als die Geschichten von möglichen und unmöglichen (angeblich selber-erlebten) Blitzeinschlägen immer wilder wurden, womit der Topos, nicht ohne auch nüchterne Versicherungs- und Haftungsfragen angesprochen zu haben, zur allgemeinen Zufriedenheit abgeschlossen war.

Zusammen mit der Feststellung von Familie Wittelsbach, dass in Lettewitz nichts nachgetragen werde, ist es nicht verwunderlich, dass für dalmatinische Verhältnisse sehr offen diskutiert wurde. Es schien nichts aufgeschoben zu werden. Was den Leuten auf dem Herzen lag, kam sofort zur Sprache. Im Vergleich zu den anderen Dörfern ist Lettewitz hier viel weiter, geradezu basisdemokratisch geübt im Finden eines Konsens und Vermeiden von Stockungen und Streit. Dass eine solche Konsenskultur auch jenseits der Energieprojekte besteht, ist sehr wahrscheinlich einer der Gründe für den Erfolg des Dorfes.

3.3 Schiepzig-Lieskau: Feriensiedlung mit Energietouristen und Vattenfall

Die beiden Dörfer Schiepzig und Lieskau sind als Verwaltungseinheit lose miteinander verbunden, ähnlich Wettin und Wilzen. Von Interesse ist vor allem Schiepzig, ein Dorf mit rund 1100 Einwohnern. In Laufentfernung liegt ein seit 1990 stillgelegter Tagebau, worin eine ehemalige Kohleförderbrücke mit dem Status eines Industriedenkmals steht. Den Schiepzigern ist es nach dem Ende des Tagebaus in den 1990er Jahren gelungen, die Förderbrücke H40 vor dem Abriss zu retten. Ein stetiger Zustrom von Techniktouristen sorgt seitdem für einige Arbeitsplätze im Dorf; auch hat das Land Dalmatien den Ort zum offiziellen Wandertagsziel für Schulen ernannt.

Schiepzig ist dem Verwaltungsamt in Glücksstadt unterstellt. Dessen Amtsdirektor Nassau und das Verwaltungsamt spielen eine entscheidende Rolle für das Schiepziger Energieprojekt, da es

vor allem in ihrem Verantwortungsbereich liegt, das so genannte „Besucherbergwerk H40“ weiter als Naherholungsgebiet auszubauen. Ähnlich Wettin ist die Region mit einem Automobilzulieferer, mehreren Metallbaubetrieben und einem Hersteller von Windturbinen in Dalmatien wirtschaftlich eher überdurchschnittlich gut aufgestellt.

Tradition und Tourismus: Die Internationale Bauausstellung

Schon lange gibt es in der Region hochtrabende Pläne, im Besucherbergwerk eine Feriensiedlung, eventuell sogar schwimmende Häuser in einem gerade entstehenden Tagebausee zu errichten. Viele, wenn nicht gar alle dieser Ideen sind im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) entstanden,²⁶⁹ an der Schiepzig zwischen dem Jahr 2000 und 2010 teilnahm. Wie der Amtsdirektor, Herr Nassau betont, habe sich die Region in diesem Rahmen als „Klima Region Theiß-Donau“ mit dem Besucherbergwerk H40 „profiliert“ und locke mittlerweile 60.000 Techniktouristen jährlich an. Dabei ging es zuerst darum, eine Ferienhaussiedlung zu errichten. Dieser Plan ist dann auf Vorschlag des Gemeinderates erweitert worden um die Nutzung erneuerbarer Energien und eine dezentrale Wasseraufbereitung zur Versorgung der geplanten Siedlung. Die Aufnahme in das Förderprogramm „Theiß-Donau erneuerbar!“ ging dann leicht von der Hand, da die Pläne schon weit gediehen waren.²⁷⁰

Die Feriensiedlung und ein virtuelles Kraftwerk

Mit dem Terminus „virtuelles Kraftwerk“ wird die aufeinander abgestimmte Kombination mehrerer erneuerbarer Energieformen bezeichnet. In der noch in Planung befindlichen Feriensiedlung im Besucherbergwerk sollte mit Hilfe eines Pumpspeicherwerkes als Energiespeicher eine dezentrale Energieversorgung als „Insellösung“ ermöglicht werden.

Im Jahr 2009 wurde allerdings das zentrale Element des virtuellen Kraftwerks, das lokale Niederspannungsnetz, aufgegeben. Die Idee der Insellösung war damit vom Tisch.

Weiterhin war und ist die Ferienhaussiedlung geplant. Auf Garagen neben den Ferienhäusern sollten Solaranlagen montiert werden, in der Nähe ist eine Biomasseanlage und ein Windpark geplant. Die bestehende Grubenwasser-Hebeanlage des Tagebaus sollte weiterhin als Pumpspeicherkraftwerk genutzt werden.²⁷¹ Ohne lokales Niederspannungsnetz kann der Strom der vier Erzeuger aber nicht direkt an die Verbraucher, die Feriensiedlung, geliefert werden. Statt

269 Herr Nassau berichtet von einem Streit zwischen ihm und Prof. Schmuh, der auch beansprucht, die Idee für die schwimmenden Häuser und das Hybridkraftwerk gehabt zu haben. Interview am 18.12.2009.

270 Amtsdirektor Nassau im Interview am 27.4.2009.

271 Die Verzögerung hängt unter anderem mit der Verspätung des Windkraftflächennutzungsplanes des Landes Dalmatien zusammen, der Ende 2009 nach fast zweijähriger Verspätung noch nicht vorlag.

dessen sollen die Energieerzeuger, wie auch sonst üblich, in das konventionelle Netz einspeisen, aus dem die Ferienhaussiedlung dann ihrerseits Elektrizität bezieht. Eine technische Pioniertat wie in Lettewitz ist das Vorhaben damit nicht mehr.

Der Ortsvorsteher Göll und der Amtsdirektor Nassau betonten aber, das Scheitern des virtuellen Kraftwerks sei kein *Malus*, da die Bedeutung des Vorhabens vor allem darin bestehe, den schon etablierten Energietourismus weiter zu fördern. Die Attraktivität des Besucherbergwerkes soll durch die erneuerbaren Energieproduzenten gewinnen und den Besuchern von der Förderbrücke aus den Blick auf alte und neue Energieerzeugung ermöglichen.²⁷² Mit einer Schautafel und eventuell einer Anzeige soll publikumswirksam gezeigt werden, wie viel Strom aus welcher Quelle jeweils produziert wird.²⁷³ Auch sei eine dezentrale Abwasseraufbereitung vorgesehen,²⁷⁴ womit ein Element der Insellösung erhalten bleibt.

Für das Vorhaben war es entscheidend, dass die Bergaufsicht Dalmatien das Staubecken aus ihrer Aufsicht entlässt, damit ein Pumpspeicher daraus werden kann. Bei einem Gespräch mit der Bergaufsicht 2009 war auch Frau Theophano von der regionalen Planungsstelle anwesend und hat sich für die Entlassung des Beckens ausgesprochen²⁷⁵. Da Herr Nassau über gute Beziehungen zu entsprechenden Stellen verfügt, ließ die Genehmigung nicht auf sich warten und wurde schnell erteilt. Bis Ende 2010 kam es aber noch nicht zum Baubeginn, da noch weitere Genehmigungen ausstanden.

***Top-Down* Strukturen und Vattenfall**

In einem ersten Interview 2009 schien es, die Finanzierung der Energieerzeuger würde von lokalen Industrieunternehmen, beispielsweise von einem Windturbinenbauer, übernommen werden.²⁷⁶ Als sich diese Pläne zerstreuten, ist Vattenfall als Finanzier in das Projekt eingestiegen und übernimmt seitdem diverse organisatorische und auch finanzielle Aufgaben.²⁷⁷ Eine Finanzierung aus regionalen Quellen, gar durch Bürgerbeteiligung, schied damit aus. Da es schon lange gute Beziehungen zu und auch finanzielle Unterstützung von Vattenfall für das Besucherbergwerk gab,²⁷⁸ war der Einstieg des Konzerns und damit das Ende aller partizipativen Entwicklungspfade eher wenig überraschend. Entsprechend der *top-down* Ausrichtung werden auch keine Einzelheiten zum Projekt veröffentlicht oder die Anwohner konsultiert. Die Bürgerbeteiligung beginne, wenn der Bebauungsplan fertig sei, so Nassau.

272 Amtsdirektor Nassau im Interview am 27.4.2009.

273 Göll im Interview in Glücksstadt am 30.11.2009.

274 Göll im Interview in Lettin am 15.7.2009.

275 Telefonat mit Frau Theophano am 8.12.2009.

276 Gespräch mit Herrn Nassau am 27.4.2009.

277 Die Verantwortung für die weitere detaillierte Projektierung liegt seit Ende 2009 bei Vattenfalls Abteilung „New Energy“ (nicht zu verwechseln mit der Firma Wind-Strom AG in Lettewitz!).

278 Herr Göll im Anschluss an das Interview in Glücksstadt am 30.11.2009

Für den Amtsdirektor handelt es sich ohnehin um einen Nebenschauplatz. Er betont, dass das Vorhaben für das Förderprogramm „Theiß-Donau-erneuerbar!“ „eigentlich zu groß“ ist, und die Förderung also eher ein Zusatz sei, man das Projekt aber so oder so umsetzen werde. Tatsächlich sind die Fördermittel der Planungsstelle (ca. 10.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie) nur ein Bruchteil der notwendigen Mittel. Weitere Fördermittel von 50.000 - 60.000 Euro für Studien und erste Baumaßnahmen, sollen aus anderen Quellen kommen.²⁷⁹ Als die Förderung durch „Theiß-Donau erneuerbar!“ 2010 auslief, war Vattenfall wieder zum alleinigen Hauptunterstützer des Projektes aufgerückt.²⁸⁰

Informelle Verbindung zwischen Amtsverwaltung und Förderverein

Obwohl formal der Amtsdirektor im entfernten Glücksstadt zuständig ist, trat der Ortsvorsteher Schiepzigs, Herr Göll, mindestens ebenso oft in Erscheinung und zeigte in zwei Interviews auch mehr Hintergrundwissen. Der Ortsvorsteher und der Gemeinderat bringen also tatsächlich einen großen Teil der Initiative auf, verfügen aber nicht über die Möglichkeiten zur alleinigen Umsetzung der Pläne.

Auch sind einige Mitarbeiter in der Amtsverwaltung mit dem Projekt beschäftigt, wollten jedoch keine Interviews geben. Göll und Nassau sowie Herr Albrecht und Herr Müller, beide Mitarbeiter von Herrn Nassau, stammen aus der Region und kennen sich alle persönlich aus der Schule (es gab nur zwei Schulen im Bezirk), vom Konfirmationsunterricht oder der Tanzstunde in Glücksstadt.²⁸¹ Herr Nassau ist die herausragende Figur dieses informellen Männerbundes und ist formal auch für das Besucherbergwerk verantwortlich. Seine Mitarbeiter in der Amtsverwaltung schienen etwas furchtsam zu sein und lehnten mehrere Interviewanfragen ab, mit der Bemerkung, der Amtsdirektor wisse das alles besser.²⁸² Herr Nassau ist seit 1990 Amtsdirektor und scheint in der Wirtschaftselite der Region bestens verankert zu sein. Er betont, mit dem einen oder anderen Vorstandsmitglied von Vattenfall auf vertrautem Fuß zu stehen und alle Industrieansiedlungen seit 1990 in Eigenregie organisiert zu haben, deren Vorstände und Besitzer er persönlich kennt. So sind unter Nassaus Regie 1900 neue Arbeitsplätze, 15 Millionen Euro Fördermittel und 250 Millionen Euro private Investitionen in die Region gekommen.²⁸³ Da die Region eine der wenigen in Dalmatien mit einem eigenen Windausweisungsplan ist, kann sie alleine entscheiden, wo wie viele Windanlagen stehen können.

²⁷⁹ Gespräch mit Herrn Melanchthon am 7.9.2009.

²⁸⁰ Frau Theophano im Telephonat am 18.8.2010.

²⁸¹ Göll im Interview am 30.11.2009.

²⁸² Die Mitarbeiter in der Amtsverwaltung wollten kein Interview geben und auch keine Auskunft am Telefon, sie verwiesen aber auf ihren Vorgesetzten. Interviewt werden konnte neben Herrn Nassau am 27.4. und 18.12.2009 der Ortsvorsteher Göll am 15.7. und 30.11.2009.

²⁸³ Amtsdirektor Nassau im Interview am 27.4.2009.

Das österreichische Güssing, an dem sich einige der untersuchten Regionen orientieren, ist für Nassau kein Vorbild, weil in seiner Region eher städtische Strukturen bestehen und keinen Vergleich zuließen. Eine Selbstversorgung war also nicht vorgesehen. Auch ökologische Motive werden von Nassau und Göll nicht erwähnt. Lediglich auf Nachfrage sagt Nassau, dass über der Region das „Damoklesschwert“ zukünftigen Braunkohletagebaus schwebe, weil unter der Gegend ein Kohleflöz liege. Mit einem Abbau sei zwar nicht vor dem Jahr 2050 zu rechnen, aber man denke auch an die Kinder, was heißt, wenn oben WKA stehen, könnte dies immerhin ein Grund sein, die Kohle auch in Zukunft im Boden zu lassen.²⁸⁴ Privat hat Nassau schon 1991 eine Solaranlage errichtet und im Rahmen der IBA im Jahr 2000 eine weitere durch die öffentliche Hand finanzieren lassen,²⁸⁵ sodass eine gewisse Vertrautheit zu EE besteht.

Während Herr Nassau sich als Autor des Projektes vorstellt, scheint die Initiative zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von einer anderen Verwaltungsebene ausgegangen zu sein, dem Landkreis, der laut Göll 2007 die Bewerbung für die „Theiß-Donau erneuerbar!“ einreichte,²⁸⁶ um an die Tradition der „Klimaschutzregion Theiß-Donau“ anzuschließen.

Herr Göll ist der Vorsitzende des Trägervereins des „Besucherbergwerks“ und Ortsvorsteher im benachbarten Schiepszig. Er erhofft sich von der Feriensiedlung und dem virtuellen Kraftwerk drei oder vier neue Arbeitsplätze. Nassau betonte, dass der Förderverein „nur“ der Pächter der Amtsverwaltung sei. Dennoch scheinen sich die beiden und auch die restlichen Mitglieder der informellen Bekanntschaft gut genug zu verstehen, um sich auf eine Linie zu einigen und den Gemeinderat stets auf ihre Seite zu ziehen. Laut Nassau hat der Gemeinderat noch nie gegen seine Anträge gestimmt.

Patriarchale Öffentlichkeit und feminine Häuslichkeit

Im Sommer 2009 wurden auch in Schiepszig *face-to-face* Interviews durchgeführt, die trotz geringer Fallzahlen ein Schlaglicht auf die Sozialstruktur im Ort werfen.²⁸⁷ Eine Frau begründete die Ablehnung des Interviews ängstlich mit den Worten, dass sie „lieber nichts sagen“ möchte. Eine andere bemerkte am Anfang des Interviews, sie habe „Angst, etwas Falsches zu sagen“, sie kenne sich nicht so gut aus. Ihr Mann wisse das besser. Alle Interviewten hatten nur vage oder gar nichts von dem „virtuellen Kraftwerk“ gehört; die geplante Feriensiedlung war aber allgemein bekannt. In einer Präsentation der Umfrageergebnisse war Herr Göll nicht glücklich, dass die

284 Ebd.

285 Ebd.

286 Herr Göll im Interview in Lettin am 15.7.2009.

287 Alle sieben Interviewten waren Frauen, was an der Uhrzeit der Erhebung lag, wie sich im Nachhinein im Gespräch mit Herrn Göll herausstellte. Die männliche Bevölkerung scheint tagsüber berufstätig zu sein und folglich nur abends und am Wochenende anzutreffen. Herr Göll bestätigte die These, dass die männliche Bevölkerung wesentlich besser informiert ist als die weibliche. Alle Personen wurden am 29.7.2009 interviewt.

Schiepziger angeblich so schlecht informiert sein sollten und merkte an, dass die Männer im Dorf besser Bescheid wüssten.

Der einzige und wichtigste Verein im Dorf ist neben dem Förderverein der Fußballclub, dessen Vorsitzender nach mehreren E-Mailanfragen bei mehreren Vorstandsmitgliedern, in denen das Forschungsanliegen dargelegt wurde, verkünden ließ, er sei nicht interessiert. Im Vergleich mit den anderen Orten scheint Schiepzig damit eher verschlossen und abgeneigt, über das Thema zu sprechen. In dieses Bild passt eines der *face-to-face* Interviews, das natürlich selektiv ist, aber doch eine Eigenheit Schipzigs erklärt. Eine Frau berichtete, dass der Förderverein und der involvierte Kreis von Männern ihr mit unlauteren Mitteln den kommerziellen Zugang zum Besucherbergwerk verstellen würden.²⁸⁸ Was sich aus den recht widersprüchlichen und unvollständigen Aussagen aller Interviews andeutet ist, dass die etablierten Schiepziger Männer die Einnahmen, Arbeitsplätze und Auftragsvergabe des Besucherbergwerks mit Hilfe des Fördervereins kontrollieren und angesichts knapper Ressourcen möglichst wenig davon abgeben möchten. Das allgemein defensive Verhalten von Seiten der weiblichen Dorfbevölkerung und der Amtsverwaltung rührt wahrscheinlich von latenten Konflikten her, die aber nicht weiter aufgeklärt werden konnten.²⁸⁹

Das entscheidende Verbindungsglied angesichts der zahlreichen Interessengegensätze ist die Vertrautheit zwischen Ortsvorsteher Göll und Amtsdirektor Nassau. Mit einigen weiteren Personen in Schlüsselpositionen scheint dies genug Konsens zu ermöglichen, um konstruktiv zu handeln, jedoch ausschließlich in festen Hierarchien. Breitere Partizipation scheint in diesen Strukturen nicht möglich zu sein. Das Energieprojekt entwickelte sich daher entlang der etablierten Strukturen. Eine Transformation in Richtung *bottom-up* Strukturen war nicht feststellbar. In dieses Umfeld ordnet sich auch die Rolle Vattenfalls ein. Der Konzern hat das Besucherbergwerk von Anfang an begleitet und unterstützt. Weil sich daraus auch ein gewisser politischer Einfluss ableitet, ist es nicht verwunderlich, dass die Insellösung als Hybridkraftwerk verworfen wurde. Ein Netzmonopolist hat kein Interesse an Inselnetzen. Inwiefern die Initiative erfolgreich ist, wird sich erst noch zeigen. Bis Ende 2010 gab es keinen Baubeginn. Erschwerend ist die Entweder-oder-Taktik, es sollen viele große Strukturen auf einmal gebaut werden, was alle Planungsschritte verlangsamt. Ein *peu à peu* Verfahren schied schon auf Grund der hohen Investitionssummen aus. Vielmehr deutete sich an, dass die Organisationsform und teils auch die technische Struktur eine Reproduktion der Sozialstruktur darstellen, mit wenigen Akteuren und *top-down* Ausrichtung. Wie es Konstellationen mit wenigen wichtigen Personen stets zu eigen ist, stellt defektives Verhalten eines einzigen Akteurs ein vergleichsweise großes Risiko dar. Für

²⁸⁸ Diese Aussagen konnten allerdings nicht verifiziert werden. Ein schlüssiges Gesamtbild ergibt sich hier, im Gegensatz zu Lettewitz insgesamt nicht.

²⁸⁹ Auch werden hier dem Datenschutz zuliebe nicht alle Aussagen zitiert.

Schiepzig-Lieskau hängt viel ab von Entscheidungen, die bei der Vattenfall-Abteilung „New Energy“ in Hamburg getroffen werden. Dies potenziert die Chancen auf eine sehr schnelle Umsetzung, aber auch das Risiko eines vollständigen Scheiterns, sollte Vattenfall die Strategie ändern.

3.4 Löwen: Eine flämische Minderheit für den Windpark

Löwen liegt in der Nähe eines großen, von Vattenfall betriebenen Braunkohlekraftwerks. Mit rund 600 Einwohnern ist Löwen ein beschauliches Straßendorf mit der Besonderheit, dass ein Teil der Einwohner zur flämischen²⁹⁰ Minderheit gehört, obwohl kaum noch Flämisch gesprochen wird. Im Jahr 2010 wurde in Löwen ein neues Feuerwehrhaus als Niedrig-Energiehaus errichtet mit einer geothermischen Heizung, energiesparender Isolation und einer Solaranlage auf dem Dach. Die Idee dafür wurde vom Gemeindevorsteher Arnulf in langwierigen Verhandlungen in der Gemeindeversammlung durchgesetzt.

Darüber hinaus kann sich das Dorf einige andere Annehmlichkeiten leisten, wie eine renovierte Straße und einen gut ausgestatteten Kindergarten. Die Einnahmen für diese Projekte kommen vor allem aus der Gewerbesteuer eines vor einigen Jahren errichteten Windparks mit sieben Turbinen in der Nähe des Dorfs. Wie die Befürworter des Windparks betonen, sei der Vertrag der Gemeinde mit der Projektfirma eigentlich „sittenwidrig“, weil die Gemeinde sich in langen Verhandlungen eine ungewöhnlich hohe Vergütung gesichert habe.²⁹¹

Der Windpark wurde maßgeblich vom Ortsvorsteher Arnulf ermöglicht. Arnulf stammt selber aus einem abgebaggerten flämischen Dorf in der Nähe von Kronstadt und musste nach Löwen umsiedeln. Er sagt, anderen Generationen die Erfahrung der Vertreibung ersparen zu wollen.²⁹² Im Dorf ist Arnulf nicht nur als Ortsvorsteher, sondern auch als Autorität der flämischen Minderheit der wichtigste Meinungsführer. Obwohl alle Personen, die direkt danach gefragt wurden, angaben, die flämische Identität spiele für sie keine Rolle,²⁹³ ist doch zu vermuten, dass die ethnische Zusammengehörigkeit dem Ortsvorsteher einen gewissen Rückhalt in dieser Gruppe gibt, die einen Teil der Dorfbevölkerung stellt.²⁹⁴ Durch den so gesicherten politischen Rückhalt im Dorf konnte Arnulf in Ruhe mit der Projektierungsfirma über die Konditionen des Windparks

290 Der Name der Ethnie wurde geändert.

291 Gemeindevorsteher Arnulf im Interview am 19.2.2009 und Interview der Studierenden Katerina Brandes und Aline Sponholz im Juni 2010.

292 Gemeindevorsteher Arnulf im Interview am 19.2.2009.

293 Mehrere *face-to-face* und Experteninterviews durch die Studierenden Katerina Brandes und Aline Sponholz im Juni 2010 im Rahmen des Seminars im Sommersemester 2010.

294 Den Anteil der Flamen zu quantifizieren ist schwierig, weil sich diese oft nicht als solche bezeichnen und die Grenzen zwischen ethnischen Flamen und eindeutig ethnischen Deutschen „fließend“ sind. Dass die Sprache hier überhaupt noch gesprochen wird und jedes Jahr ein großes flämisches Fest gefeiert wird, spricht aber eher für eine signifikante Größe der Gruppe.

verhandeln und das Dorf mit einer Stimme vertreten,²⁹⁵ was zu dem sehr günstigen Vertragsabschluss geführt hat.

Dennoch gründete sich in der Planungsphase des Windparks eine informelle Bürgerinitiative, um diesen zu verhindern. In ihr sammelten sich im wesentlichen die Mitarbeiter des nahegelegenen Kohlekraftwerks. Mehrere Interviewte gaben an, dass die Initiative von Vattenfall ferngesteuert gewesen sei, die Mitarbeiter seien aufgefordert worden, gegen den Windpark zu opponieren, und hätten dies auch getan, aber eben ohne wirkliche Motivation.²⁹⁶ Der Initiator der Bürgerinitiative, ein Angestellter des Kraftwerks, konnte zweimal interviewt werden und meinte, 300 von 800 möglichen Unterschriften im Dorf gesammelt zu haben.²⁹⁷ Was am Windpark störe, sei der Lärm und das nächtliche Blinken. Früher sei es freilich schlimmer gewesen, als der nahegelegene Schieß- und Truppenübungsplatz den Schlaf der Anwohner störte, wie der Organisator der Unterschriftenliste selber einräumte.²⁹⁸ Er scheint damit allerdings eher isoliert dazustehen, da die Telephoninterviews mit den Vereinsvorständen gezeigt haben, dass die meisten das „Meckern der Leute“ als irrelevant herunterspielen und meinen, die Opposition gegen den Windpark wäre kein Thema mehr; drei der vier interviewten Experten standen dabei klar auf Arnulfs Seite. Was im Einzelnen Gründe für die Anti-Windparkinitiative waren, ließ sich nicht genau rekonstruieren. Es scheint jedoch, dass eher die Anwohner, die am betroffenen Dorfrand wohnen, beteiligt waren und die Angestellten von Vattenfall.

Da die Anti-Windpark-Fraktion zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht ausreichend im Gemeinderat vertreten war, konnte sie keinen Einfluss auf die politische Entscheidung nehmen; der Windpark wurde gebaut. Dank der hohen Steuereinnahmen aus den Windkraftanlagen (WKA) erwirtschaftet Löwen einen jährlichen Überschuss für die Gemeindekasse. Die Gegenstimmen sind daraufhin im Nachhinein verstummt und die ehemalige Pro-WKA-Fraktion verweist gerne auf ihren Erfolg, während die weniger politisch Engagierten mit dem Windpark zufrieden sind oder zumindest meinen, nicht ernsthaft gestört zu sein. Die „Mähdrescher höre man ja auch“ und es sei ja „notwendig mit den erneuerbaren Energien“ und „es springe ja auch was für's Dorf bei raus“.²⁹⁹ Auch zu hören sind Stimmen, die meinen, der Windpark stehe zu nahe am Dorf und man höre die WKA bei Nord-West-Wind, was ähnlich Lettewitz auf eine sich entwickelnde differenzierte Wahrnehmung hindeutet.

Der Windpark scheint zu einer temporären Spaltung des Dorfes geführt zu haben, die Dank des spürbaren finanziellen Erfolgs im Jahr 2009 dabei war, einem neuen Konsens zu weichen.

295 Stellvertretender Ortsvorsteher Herr Ludwig im Interview am 24.2.2009.

296 Diese Aussage stammt unter anderem von Herrn Maartel, dem Vorstand des Anti-Tagebau e.V. im Telephoninterview am 22.7.2009.

297 Die Zahl von 800 möglichen Unterschriften deckt sich nicht mit der offiziellen Einwohnerzahl von 600 Personen.

298 Der Organisator der Bürgerinitiative im Interview durch Studierende Katerina Brandes und Aline Sponholz im Juni 2010 im Rahmen des Seminars im Sommersemester 2010.

299 Insgesamt wurden zehn *face-to-face* Interviews in Löwen am 28.7.2009 realisiert.

Dennoch hat Arnulf mit weiteren Plänen für Energieprojekte von Solaranlagen bis zum Netzbau³⁰⁰ selbst in den eigenen Reihen zu wenig Unterstützung gefunden,³⁰¹ da selbst seine politischen Vertrauten lieber erst Gras über die vergangenen Konflikte wachsen lassen möchten.

Löwen hat sich mit dem Windpark auf einen ähnlichen Entwicklungspfad begeben wie Lettewitz. Eine weitere Entwicklung in dieser Richtung ist aber wenig wahrscheinlich, zumindest nicht in absehbarer Zeit, auf Grund der aufgetretenen manifesten Konflikte. Eine gütliche Lösung schien auch überhaupt nicht möglich, da zu viele Personen im Dorf für Vattenfall arbeiten. Dass der Konzern in Dalmatien Initiativen in Richtung EE lange Zeit eher torpedierte als förderte, zeigt sich unter anderem in Löwen. Hätte es keine geschlossene Gruppe von „Etablierten“ (Elias/Scotson 1965) hinter dem Ortsvorsteher gegeben, wäre aus dem Windpark wohl überhaupt nichts geworden und das Dorf wäre so unterfinanziert wie die Nachbardörfer auch. Dass dabei die ethnische Minderheit der Flamen keine Rolle gespielt haben soll, wie einige Interviewte im Dorf angaben, ist wenig wahrscheinlich, konnte aber nicht näher geprüft werden. Eher ist zu vermuten, dass die ethnische Identität aus Furcht vor Xenophobie nicht offen gelebt wird, was aber ein vollkommen anderes Thema ist, das hier nicht vertieft werden soll. Ohne diese Minderheit und ihr geschlossenes Agieren, hätte der Windpark in einer von Vattenfall dominierten Region vermutlich keine Chance gehabt. Aus anderen Forschungen ist bekannt, dass ethnische Minderheiten oft in besonderem Maße zu koordiniertem gemeinsamen Handeln fähig sind, und über stärker ausgeprägtes allgemeines Vertrauen und somit generell ein höheres Niveau an Sozialkapital³⁰² verfügen. Sie können somit ihre quantitative Schwäche in manchen Bereichen kompensieren. (Haug/Pointner 2007) In Löwen scheint genau das der Fall gewesen zu sein. Die kleine Gruppe der Flamen konnte einfach geschlossener auftreten als die wahrscheinlich größere Gruppe der Vattenfall-Mitarbeiter.

Zum Zeitpunkt der Interviews wurde das Thema Windpark allerdings schon von der Sorge um ein gerodetes Waldstück in der Nähe des Dorfes, in der flämischen Heide, in der eine große Solaranlage errichtet wird, überlagert, sodass der Windpark zu diesem Zeitpunkt schon kein Hauptanliegen mehr war.

300 Arnulf im Interview am 19.2. und 16.7.2009.

301 Stellvertretender Ortsvorsteher Herr Ludwig im Interview am 24.2.2009.

302 Sozialkapital wird in Anlehnung an Franzen/Freitag mit Putnam definiert als „features of social organisation such as networks, norms and trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit (Putnam 1995: 67).“

3.5 Theiß-Landschaftsschutzgebiet: Landschaftspflege und Traktorentreibstoff

Obwohl das Theiß-Landschaftsschutzgebiet weder Verwaltungseinheit noch ein Amtsbezirk ist, fühlen sich viele Anwohner durch die gemeinsame Tradition und Landschaft verbunden. Als Organisator von Kongressen und Seminaren tritt insbesondere die „Theißpark-Verwaltung“ in Trotha, einer Kleinstadt, in Erscheinung. Die Theißpark-Verwaltung hat sich im Jahr 2009 zum Ziel gesetzt, eine regionale Rapsöl-Treibstoff-Wirtschaft aufzubauen. Vom März 2009 bis März 2010 wurde dafür in der schwach besetzten Verwaltung eigens eine Vollzeitstelle geschaffen. Geplant war einst der Anbau von Raps durch die großen Agrargenossenschaften der Region. Damit sollte die traditionelle Nutzung der Kulturlandschaft fortgesetzt werden, da sich der bis dahin betriebene Gemüseanbau kaum noch rentierte und die Brachflächen von Verwaldung bedroht sind. Zudem verspricht sich die Theißpark-Verwaltung vom Raps einen positiven optischen Effekt auf das Landschaftsbild und somit den für die Region wichtigen Tourismus. Das gewonnene Öl sollte als Treibstoff für Traktoren, Maschinen und PKW verwandt werden.³⁰³ Wie sich auf der ersten, ausführlich geplanten Informationsveranstaltung zeigte, bestand zum damaligen Zeitpunkt, Anfang 2009 aber kaum ein Interesse der Landwirte am Thema Raps-Treibstoff. Zwar waren die Vertreter der zwei größten Agrargenossenschaften sowie die Bauernvereinigung anwesend, ansonsten glänzten die geladenen Gäste aber durch Abwesenheit. Der Grund waren die 2009 und auch Anfang 2010 niedrigen Rohöl- und Benzinpreise, die alle Alternativen auf Pflanzenölbasis ökonomisch unrentabel machten. Das Theißpark-Rapsöl hätte im Jahr 2009 ungefähr 50 Cent je Liter gekostet und unterbot damit schon knapp den Mineralölpreis.³⁰⁴ Dennoch war die Differenz zum Mineralöl zu gering, um die anscheinend verbreiteten Ängste der Bauern zu zerstreuen, dass ihre Traktoren vom Rapsöl Schaden nehmen würden.³⁰⁵ Ein Rapsöl-bedingter Motorschaden in der Erntesaison wird von den Landwirten gefürchtet, da dann womöglich die gesamte Ernte verloren geht, wenn Ersatzteile nicht rechtzeitig zu beschaffen sind. Man ist mit technischen Neuerungen, auch wenn sie nur kleine Risiken bergen, deshalb entsprechend vorsichtig. Erfahrungsgemäß würden erst Dieselpreise von über 70 Cent³⁰⁶ die Bauern bewegen, die notwendigen Umrüstungen an Traktoren auf Rapsöl vorzunehmen, so ein Experte. Ein nur leichter Preisvorteil reicht nicht aus. Da auch die Idee der Parkverwaltung, die Besteuerung des Rapsöl-Diesels durch ein Couponsystem zu umgehen, nicht

303 Leiter des Biosphärenreservats Theiß-Landschaftsschutzgebiet, Herr Heinrich im Interview am 2.3.2009.

304 Herr Kärnten von der Agro-Sprit-Beratungs GmbH im Protokoll der Informationsveranstaltung der Theißpark-Verwaltung in Salzatal im Theiß-Landschaftsschutzgebiet am 30.4.2009.

305 Wobei es häufig zu Fehlattritionen kommt, wenn beispielsweise rapsölunabhängige Fehler am Traktor dem Treibstoff angelastet werden, der dann an allem Schuld sei. Dazu meinte ein Beteiligter, die Bauern würden die Schuld auf den Biodiesel schieben, wenn der Spiegel beim Einparken abbricht.

306 Der Diesel für Landwirte unterliegt einer eigenen Besteuerung und ist günstiger als der konventionelle Diesel.

umgesetzt werden konnte, wurde das Projekt mehr oder weniger zu den Akten gelegt, in der Hoffnung auf steigende Mineralölpreise, die sich aber im Untersuchungszeitraum nicht einstellen. Erst Ende 2010 erreichten die Rohölpreise wieder das alte Niveau von knapp 100\$ je Barrel, mit dem die Organisatoren wohl gerechnet hatten. Möglicherweise wird es eine Neuauflage des Projektes geben, was in dieser Studie aber nicht mehr erfasst werden kann.

3.6 Köllme: Ein See mit Badestrand und Insellösung

Köllme ist eine ländliche Kleinstadt mit rund 2700 Einwohnern³⁰⁷ im ehemaligen Tagebaugebiet, die nun versucht, mit den Baggerseen Touristen anzulocken. Die in Köllme gelegene Amtsverwaltung ist für die gesamte Region zuständig und agiert weitgehend unabhängig vom Ortsvorsteher und Gemeindeparlament. Einen bezahlten Bürgermeister gibt es nicht.

Mit der Erschließung eines gefluteten und jüngst für die touristische Nutzung freigegebenen Tagebausees beschäftigen sich daher weniger die eigentlichen politischen Institutionen, sondern die Amtsverwaltung. Das Amt Köllme verhandelte – oder genauer gesagt, rang – mit den Nachbargemeinden seit einigen Jahren um ein gemeinsames Nutzungskonzept für den See. Zunächst waren die vier Anliegergemeinden froh, dass der See nach der Entlassung aus dem Bergrecht nicht privatisiert wurde, sondern der öffentlichen Hand zur Verfügung stand. Da aber die genauen Modi der Nutzung gemeinsam getroffen werden müssen, sind Verhandlungen und Kompromisse unausweichlich. Bis Ende 2010 konnten sich die Gemeinden auf kein gemeinsames Konzept einigen. Auf dem Spiel stehen Gewerbesteuern und Arbeitsplätze im Tourismus sowie Vereinshäuser und eine Nutzung durch Vereine. Jede der vier Anliegergemeinden wollte sich möglichst alle möglichen und teils auch unmöglichen Nutzungsrechte selber sichern, wobei schnell klar wurde, dass der See zu klein ist für alle Wünsche. Ungefähr im Jahr 2009 entspann sich darum ein Wettlauf unter den vier Gemeinden, wer das erste Nutzungskonzept vorlegt und den ersten Bebauungsplan, um einfach vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Vorstellungen und Interessen schienen zu heterogen zu sein für einen Kompromiss zur gemeinsamen Nutzung des Sees. Die Ideen reichten von schwimmenden Hotels mit über tausend Betten bis zu Minimallösungen mit nur einem Badestrand und einem Bootsschuppen.

Die hier untersuchte Gemeinde Köllme trat an mit dem Konzept eines kleinen Badestrandes mit einem Sanitärhäuschen und eventuell einem Vereinshaus für den Angler- und den Seglerverein. Zur netzunabhängigen Versorgung dieser Gebäude plante das Bauamt Köllme eine „Insellösung“, das heißt eine netzunabhängige Versorgung des Badestrandes mit Solarstrom sowie eine dezentrale Wasseraufbereitung und Trinkwasserversorgung. Dies hätte die Baukosten um die

³⁰⁷ Wikipedia (Stand 1.3.2010)

Anschlusskosten reduziert, da keine Aufschachtarbeiten für einen Anschluss an das bestehende aber einige Kilometer entfernte Strom- und Wassernetz notwendig gewesen wären. Auch wären keine laufenden Kosten für Wasser und Energie angefallen. Mit dem Konzept bewarb sich Köllme erfolgreich um die Teilnahme am Programm „Theiß-Donau erneuerbar!“. Die Hauptakteure im Amt sind die Bauamtsleiterin Frau Elisabeth und der Amtsdirektor Herr Wartchow.

Köllme ist insofern eine Ausnahme, als dass eine Beteiligung der Bürger nie vorgesehen war (im Gegensatz zu Schiepzig-Lieskau, wo dies wenigstens *pro forma* vorgesehen war).³⁰⁸ Wie sich bald zeigte, ging es aber in erster Linie gar nicht um den Badestrand, sondern allgemein um ein Nutzungskonzept für den See und den notwendigen, doch meist verfehlten Konsens der Akteure. Die unvereinbaren Interessenlagen zeigten sich sehr offen in einer ungeplant hitzigen „Informationsveranstaltung“, deren Verlauf im folgenden wiedergegeben wird.

Eine Informationsveranstaltung mit Eklat

Auf der Veranstaltung im September 2009 zeigte sich, dass die erwähnte Uneinigkeit der vier Anliegergemeinden noch übertroffen wird durch den Dissens der Köllmer untereinander. Anwesend waren alle Honoratioren und wichtigen Personen aus der Region, die Anteil nehmen am See, oder das gerne tun würden. Die Einladung kam von der Amtsverwaltung in der Absicht, das Förderprogramm „Theiß-Donau erneuerbar!“ vorzustellen und zu informieren. Kritische Diskussionen waren nicht vorgesehen. Doch es kam anders: die anfänglich protokollgerechte Sitzung mündete schließlich in laute Auseinandersetzungen, die tiefliegende Interessengegensätze in Köllme veranschaulichten, die andernfalls in einzelnen Interviews aufwendig hätten gesucht werden müssen, weshalb sich eine detaillierte Darstellung des Abends lohnt.

Die Hauptkonfliktlinie verlief zwischen dem Angel- und Segelverein auf der einen und dem Amt Köllme auf der anderen Seite.³⁰⁹

Die Idee für den Abend ging anscheinend auch auf die regionale Planungsstelle zurück, die sehen

308 Dabei hätte sich das in technischer und finanzieller Hinsicht überschaubare Vorhaben für eine Beteiligung von Anwohnern angeboten. Der Finanzierungsaufwand dürfte geringer sein als in Wettin, Wilzen oder Müheln.

309 Angel- und Segelverein beschuldigten das Amt Köllme, bei der Vorbereitung des Bebauungsplans keine Fortschritte zu machen und zu langsam zu arbeiten, sodass Köllme im Wettlauf mit den Nachbargemeinden zurückfalle. Der Adressat für den Ärger der Vereine war anscheinend Frau Elisabeth, die Bauamtsleiterin und teils auch Herr Eugen, Leiter der Köllmer Planungsgemeinschaft. Die Vereine wollten möglichst schnell das Baurecht haben, um ein „Vereinsheim“ am See errichten zu können. Bis dahin waren wohl Zelte aufgestellt worden, die jeden Winter abgebaut wurden. Diese Zelte wiederum sind dem Amt ein Dorn im Auge, das von „Zigeunerlagern“ spricht und Wildwuchs, dem vorgebeugt werden müsse. Teils entlud sich der anscheinend lange aufgestaute Ärger der Vereine an Herrn Eugen, dem Leiter der Planungsgemeinschaft. Dieser reichte die Verantwortung jedoch weiter an das Amt Köllme, da er lediglich einen Bebauungsplan erstellen könne, wenn ein Nutzungskonzept vorläge, daseben nicht vorliegt, weil sich die Köllmer auf diesen nicht einigen konnten. So wollten die Vereine zwar ein Haus, haben aber keine Mittel dafür und möchten diese von der Gemeinde oder vom Land. Herr Zollner, so ist zu vermuten, möchte eventuelle Bauaufträge gerne für sein Planungsbüro sichern. Das Amt wiederum hatte drei mögliche Investoren eingeladen, die den See mit Solarbooten und einem Camping- und Wohnwagenplatz nutzen wollten und dafür ebenfalls bauen müssten. Mit diesen Plänen konnten sich wiederum die Vereine nicht anfreunden.

wollte, wie es nun mit dem Projekt voran ginge. Der von ihr eingesetzte Moderator, Herr Barbarossa von der Solarfirma Regnum GmbH, wollte eigentlich über seine Solarmodule und die Inselversorgung des von Frau Elisabeth ins Gespräch gebrachten Badestrandes sprechen. Hier begannen die Schwierigkeiten, weil die Insellösung dem Publikum so wenig bekannt war wie das Förderprogramm und die von mehreren Gästen eingebrachten Bebauungsvorschläge sich auch nicht darauf bezogen.³¹⁰

Die Energiefrage als Frustventil

Vor ungefähr 30 Personen im Gemeindehaus sprachen Herr Barbarossa und Herr Melanchthon von der regionalen Planungsstelle die Einführungsworte und stellten den Anwesenden das Förderprogramm vor. Wie der Forscher später erfuhr, war das Projekt den Vereinen und der Öffentlichkeit bis dato völlig unbekannt, was bei einigen verantwortlichen Personen Erstaunen, wenn nicht gar Ärger hervorrief über die Nicht-Informationspolitik des Verwaltungsamtes.³¹¹

Der Abend begann jedoch friedlich mit Familie Baumgarten, die ihr Geschäftsmodell eines Solarboot-Verleihs vorstellte. Der Amtsdirektor Herr Wartchow warf ein, dass die Solarboote auch durch eine an Land installierte Solaranlage versorgt werden könnten. Hierüber kam man zur Frage, ob denn ein Netzanschluss in den Anschaffungskosten nicht günstiger wäre als die vorgesehene Solaranlage. In der Nähe des geplanten Strandes wird in naher Zukunft eine Pumpspeicherstation des Landesamtes für Minen- und Bergbauverwaltung (LMBV) gebaut, wie Herr Wartchow, der Amtsdirektor darauf eingehend selber berichtete.³¹² Daraufhin kam die Idee auf, einen Netzanschluss dorthin zu legen und gar keine Solarzellen zu nutzen. Herr Barbarossa (Solarfirma) war bemüht, diese Diskussion zu unterbinden, was aber nicht gelang. Es wurde lebhaft debattiert, ob die LMBV nicht sogar dazu gebracht werden könne, die Kosten des Netzanschlusses gleich selber zu übernehmen. Barbarossa rechnete daraufhin vor, in welchem Rahmen die Solar-Insellösung günstiger wäre als der Netzanschluss, und kam natürlich zu dem Schluss, dass die Insellösung die ökonomisch bessere sei. Nach einer kurzen, eher konstruktiven Diskussion der möglichen Energieformen³¹³ widersprach Herr Franz der Insellösung. Herr Franz war als Vertreter der Internationalen Bauausstellung (IBA) anwesend und meinte, er sei bei den Planungen für das „Besucherbergwerk“ in Mücheln mit verantwortlich gewesen, (siehe S. 108) wo auch eine Stromleitung vorhanden sei und man habe festgestellt, dass der Netzanschluss

310 Im Dezember 2009 lag anscheinend dem Bauausschussvorsitzenden Herrn Zollner ein Entwurf für den Bebauungsplan vor, mit dem sowohl die Angler als auch die Segler zufrieden waren. Im Entwurf wurden anscheinend die EE wenig berücksichtigt, was Herr Zollner nun in den Verantwortungsbereich von Herrn Wartchow schiebt, der sich als Jurist eben nicht so mit Energie auskenne, wie ein Amtsleiter vom Format eines Alfons (in Mücheln), der ja selber Elektriker ist.

311 Vorsitzender des Segelvereins Herrn Ruprecht im Interview in Köllme am 16.11.2009.

312 Protokoll von Frau Theophano, regionale Planungsstelle.

313 Zwischen Frau Krüger (Schulamtsleiterin) Herrn Fugger und Herrn Ferdinand.

unabdingbar sei. Wie im Abschnitt zu Schiepzig-Lieskau dargestellt, ist der Energiekonzern Vattenfall im „Besucherbergwerk“ involviert. Darüber hinaus ist Vattenfall ein Hauptsponsor der IBA gewesen, die sich entsprechend handzahn zum Thema Braunkohletagebau äußerte, obwohl der das eigentliche Thema der IBA war. Wie in der Diskussion erläutert, hat ein Netzmonopolist kein Interesse an irgendeiner Insellösung. Herr Franzens spontane Abneigung der Insellösung ist damit im Nachhinein hinreichend erklärt.³¹⁴ Interessanterweise fühlte sich Herr Franz zu dieser Äußerung berufen, nachdem Frau Pfälzer (CDU) von der durch Tagebau „gebeutelten Region“ sprach.

Dass die Beteiligten sich dieser Hintergründe an besagtem Abend ausreichend bewusst waren, ist eher unwahrscheinlich. Niemand widersprach, kein Räuspern, kein scheeler Blick zeugten von Kenntnis. Nachdem Frau Pfälzer (Landesplanungsamt) einen – womöglich Aufklärung schaffenden – Streit zwischen Barbarossa und Franz unterband, indem sie das Wort an sich riss, hielt Herr Ruprecht (Seglerverein) ein längeres Plädoyer für eine Netzintegration, also gegen die Insellösung. Er argumentierte damit, dass wohl noch alte Leitungen im Boden liegen würden, und es „sowieso“ keine „hundertprozentige Förderung“ für die Insellösung gäbe, und diese deshalb zu teuer sei. Indirekt war damit gesagt, dass EE *per se ipsum* unwirtschaftlich seien und sich nur mit Förderprogrammen realisieren ließen, was ungefähr der Position von Vattenfall und der Lokalzeitung entspricht. Da Herr Ruprecht keine Zahlen nannte, war auch keine Diskussion auf Sachebene möglich. Außer Herrn Barbarossa war nun auch niemand mehr willens, eine Lanze für die Insellösung zu brechen. Herrn Ruprechts Todesstoß für die Insellösung blieb daher im Raum stehen, obwohl völlig ungeklärt ist, ob seine impliziten Vorwürfe der Unwirtschaftlichkeit mehr waren als ein „Bauchgefühl“.

An späterer Stelle des Abends verständigten sich dann auch die Herren vom Anglerverein mit Frau Pfälzer, dass sie versuchen solle, eine Einigung mit der LMBV herbeizuführen, für eine vermeintlich kostengünstige Lösung mit Netzanschluss. Dem schloss sich später auch Herr Fugger an, der sich einerseits für eine Bürger-Solar-Anlage auf dem Gelände aussprach, aber andererseits meinte, der Strom für die Wohnmobilstellplätze solle nur „aus der Dose“ kommen. Da der Stellplatz aber schon gar nicht mehr zu Diskussion stand, war Fuggers einziger Anschlusspunkt seine Ablehnung der Insellösung, als rhetorischer Allgemeinplatz und Sündenbock des Abends. Frau Pfälzer sprach sich immerhin am Ende für eine konventionelle Solaranlage aus, die nur ins Netz einspeisen würde, ohne Insellösung, wogegen Herr Barbarossa nur noch schwach argumentierte, um das Projekt zu retten. Das vorletzte Wort des Abends hatte

³¹⁴ Für den nicht eingeweihten Leser sei erwähnt, dass Vattenfall im Jahr 2009 mehrere Millionen Euro für eine Pro-Braunkohle (und implizit: Pro-Tagebau) Imagekampagne im Land Dalmatien ausgab, um der „Anti-Tagebau“-Kampagne zu begegnen. Das Thema war und ist emotional aufgeladen im Lande. Windräder und EE werden von der „überparteilichen“ Presse oft als unwirtschaftlich und unnötig porträtiert und in der Dalmatischen Zeitung gerne mit dem Attribut „hoch subventioniert“ diskreditiert. Unabhängig davon kann ein Netzmonopolist kein Interesse an Netz-Neu-Gründungen haben, da das den eigenen Marktanteil schmälert.

Frau Elisabeth, die offizielle Initiatorin der Insellösung, die eher kontrafaktisch resümierte, es gäbe „keine Probleme“.³¹⁵

Das innovative Element in Köllmes Plan für den Badestrand, die Insellösung, wurde also an diesem Abend in einem informellen Votum von den beteiligten Honoratioren begraben. Für die Insellösung sprach sich am Ende nur Barbarossa aus. Frau Elisabeth selber, die das Projekt betreut, trat nicht in Erscheinung. Noch überraschender war, dass ihr Kollege von der Amtsverwaltung, Herr Wartchow, die LMBV-Pumpstation und damit eine Netzlösung ins Spiel brachte und damit eigentlich erst die destruktive Diskussion begann.

Der Grund für ihre Ablehnung kann zum einen in der allgemein destruktiven Haltung der Versammlung liegen. Wie sich in späteren Interviews herausstellte, gab es sehr viele offene, teils persönliche Rechnungen zu begleichen. Darüber hinaus fehlte vielen Diskutanten das Wissen über die technischen und finanziellen Hintergründe. Dem Vortrag des Experten Barbarossa wurde erstaunlich wenig Beachtung geschenkt, stattdessen setzten sich die von der Lokalgazette „Dalmatische Zeitung“ stetig gestreuten Vorurteile durch, EE wären weder leistungsfähig genug (zum Beispiel die Solarboote anzutreiben) noch wirtschaftlich realisierbar ohne „hundertprozentige“ staatliche Förderung.

Ein weiterer Grund für das Scheitern könnte in der Ablehnung der Person Elisabeth liegen, die unter den Vereinen einen ebenso schweren Stand hat wie ihr Vorgesetzter, der Amtsdirektor, der als einziger Experte nicht aus der Region stammt, was das Verhältnis zu den Alteingesessenen wohl nicht verbessert.³¹⁶ Einen Erfolg der Insellösung hätten Frau Elisabeth und Herr Wartchow wahrscheinlich als persönliche Leistung im Kompetenzen-Wettstreit mit anderen Personen der Kleinstadt verbucht, was ihnen aufgrund der vom Badestrand und wohl auch vom See unabhängigen, missgünstigen Stimmung eventuell nicht gegönnt wurde. Wie zerrüttet die Situation im Dorf ist, zeigt sich daran, dass der im Frühjahr 2009 interviewte Ortsvorsteher Wenzel noch weniger von dem Vorhaben wusste als der Interviewer selber und sichtlich verärgert war über das Verhalten des Amtes.³¹⁷

Schließlich saß mit Herrn Franz jemand am Tisch, der mit dem Hintergrund des „Besucherbergwerks“ und der IBA eine gewisse Affinität zu Vattenfall, Braunkohle und dem Netzmonopol mitbrachte und damit eventuell das Zünglein an der Wage war.³¹⁸ Köllme hat sich damit unter den sieben Fallstudien zu einem *worst-case* Szenario entwickelt.³¹⁹

Was Köllme fehlte, war ein übergeordneter Akteur, der im Sinne von Thomas Hobbes

315 Quellen: Protokoll der Informationsveranstaltung vom 7.9.2009 in Köllme durch den Forscher, ergänzt durch das offizielle Protokoll von Frau Theophano.

316 Herr Ruprecht und Herr Sigismund im Interview in Köllme am 16.11.2009.

317 Gespräch mit Herrn Wenzel am 24.4.2009.

318 In einem Workshop mit Lokalpolitikern des Wuppertal-Instituts wies ein Teilnehmer darauf hin, „dass Großkonzerne oftmals regionale Aktivitäten blockieren.“ (Wuppertal 2010: 35) Köllme ist also kein Einzelfall.

319 Auskunft eines Verantwortlichen im informellen Gespräch nach der Abschlusspräsentation des Forschungsseminars am 4.2.2010 in Cottbus.

„Leviathan“ hätte wirken können. Der NABU war als potentiell kritischer Naturschutzverband in das Planungsverfahren eingebunden, wurde aber ruhig gestellt mit einer Insel, auf der nicht gebaut werden wird, womit ökologische Fragen im Gesamtkonzept ausgeklammert wurden. Ferner spielt das Landesplanungsamt in Person von Frau Pfälzer eine gewisse Rolle, aber nicht die eines Vermittlers, da sie nicht gewillt war, den Zwist der Kommunen oder gar der Köllmer zu schlichten. Unter diesen Bedingungen wäre wohl jedes Projekt, dass auf die Zusammenarbeit der Akteure jenseits der üblichen Kompetenzbereiche angewiesen ist, gescheitert. Dass sich aber die Insellösung ausgerechnet zum Sündenbock entwickelt hat, dürfte vor allem an ihrer Verknüpfung mit der Amtsverwaltung liegen, die im Zwist lag mit wichtigen anderen Akteuren. Wie sich 2010 zeigte, wurde nicht nur die Insellösung für die Energieversorgung aufgegeben, sondern darüber hinaus auch der Plan, Solarzellen zu installieren und selbst die Wasserversorgung soll an das reguläre Wassernetz angeschlossen werden. Vollständiger hätten die ursprünglichen Pläne nicht scheitern können.

3.7 Müheln: Kleine Schritte als Weg zur Selbstversorgung

Müheln liegt ganz im Süden Dalmatiens in einer ehemaligen Bergbauregion, die nicht mehr aktiv genutzt wird und „renaturiert“ worden ist. Seitdem kam ein möglicher neuer Arbeitgeber in die Region, die Rennstrecke „Dalmatienring“.³²⁰ Für die Gemeinde bedeutet das einen wichtigen Steuerzahler und innerhalb der Saison einige Arbeitsplätze. Ähnlich Wettin-Wilzen sind mehrere Dörfer in der Politik und Verwaltung zu einer Verwaltungseinheit zusammengeschlossen. Diese haben den rechtlichen Status einer Stadt mit professionellem Bürgermeister, obwohl es keinen urbanen Kern wie in Wettin gibt. Der Bürgermeister Alfons wurde im Jahr 2009 mit 89% der Stimmen im Amt bestätigt.³²¹ Ähnlich Konrad ist er ein Einzelkämpfer, der viele politische Vorhaben, inklusive die Energieprojekte, selber initiiert hat.³²² Der Gemeinderat kam dabei nicht wie in Wettin in die Quere und auch die Verwaltung scheint stets hinter Alfons gestanden zu haben.

Im Ortsteil Müheln sollte im Rahmen der Teilnahme an „Theiß-Donau erneuerbar!“ im Jahr 2009 eine kleine Freiflächen-Bürger-Solar-Anlage und ein Blockheizkraftwerk (BHKW) entstehen; für 2010 war ein Kleinwindrad im Hof des Amtsgebäudes angedacht. Alle drei Anlagen sollten mindestens das Verwaltungsgebäude und optional dazu die benachbarte Fleischerei oder sogar die nächsten Anwohner mit Wärme und Elektrizität versorgen, der Stromüberschuss sollte ins

320 Seit seiner Fertigstellung beschäftigt er aber nur wenige Personen, auch innerhalb der Saison dürften es weit weniger sein als in der fertigenden Industrie in Wettin oder Schiepzig-Lieskau.

321 Statistisches Landesamt Dalmatien 2009.

322 Zumindest wurde dies stets so dargestellt und kaum eine Gegenanzeige gefunden.

reguläre Netz eingespeist werden. Mit dem Vorhaben hatte sich der Bürgermeister Alfons realistische Ziele gesteckt, die in drei einzelnen, voneinander unabhängig realisierbaren Schritten erreichbar waren. Ihr technischer und finanzieller Aufwand war wesentlich geringer als in Schiepzig oder Lettewitz, da es sich in allen Fällen um kleine Anlagen handelte. Die Förderung durch „Theiß-Donau erneuerbar!“ war eigentlich eher ein zusätzliches Ruhmesblatt als eine notwendige Stütze, da Herr Alfons auch andere Energieprojekte allein realisiert hat. So war es keine Überraschung, dass nach einem Jahr, schon im Frühjahr 2010, alle drei Energieanlagen realisiert waren und das Projekt damit ein erfolgreiches Ende fand. Nicht geglückt ist allerdings die Beteiligung der Anwohner. Möglicherweise war deren geplante Beteiligung auch dem Förderprogramm zuliebe vorgesehen, ein zentraler Baustein war sie eher nicht. Um die Anwohner also von einem Bürgerbeteiligungsmodell für die Frei-Flächen-Solaranlage zu überzeugen, lud Bürgermeister Alfons zu einer Informationsveranstaltung ins Gemeindehaus im August 2009. Tatsächlich erschien auch ein Dutzend Anwohner und hörte den Ausführungen des Bürgermeisters zur Energiewende im Allgemeinen und zukünftig steigenden Preisen für konventionelle Energie im Besonderen konzentriert zu. Die Erläuterungen wie man und frau sich an der Solaranlage durch eine Geldanlage beteiligen könne, schloss Alfons mit der Feststellung, das Konzept der EEG-Einspeisevergütung müsse erst einmal richtig verstanden werden. Genau hier lag die Schwierigkeit, da die meisten Anwohner sehr wenig über die technischen und finanziellen Zusammenhänge wussten. Der Ortsvorsteher Mühelns knüpfte deshalb an Alfons Vortrag mit der Frage an: „Konkret, wie sieht das Gesetz aus und was ist da drinne’?“, woraufhin Alfons viele Zahlen zum EEG nannte, um zu erläutern, wie die Vergütung genau funktioniert. Jedoch auch damit konnten die wenigsten Zuhörer etwas anfangen. Als die Bürger deshalb immer noch recht einsilbig blieben, forderte Alfons sie schon etwas energisch auf: „Aber jetzt würde ich doch ganz gerne mal hören, ob das alles Utopia ist, oder was Sie hier sagen!“ Die Mühelner begannen nun vorsichtig einige Zweifel zu äußern, unter anderen an der Sicherheit der Anlage, weil an der betreffenden Stelle abends öfter „Halligalli“ sei, womit die Trinkgelage der Dorfjugend gemeint waren, bei denen es gelegentlich zu leichtem Vandalismus kommt. Alfons wies diesen Einwand zurück mit Verweis auf Recht und Gesetz und außerdem sei die Solaranlage versichert. Der sich entspinnende Risikodiskurs ging darauf in die zweite Runde mit der Frage, ob denn das EEG wirklich für 20 Jahre gezahlt werde, oder ob die Bundesregierung die Einspeisevergütung nicht einfach ändern würde (weil das EEG die Großkonzerne wie Vattenfall gegen ihren Willen verpflichtet, den Solarstrom zu kaufen). Nachdem Alfons hierauf einging und auf die Gültigkeit bestehenden Rechts verwies, das eben die einmal festgesetzte Vergütung für zwei Jahrzehnte festschreibe, glitt die Diskussion ins politische Weltgeschehen ab bis zum ukrainisch-russischen Gastreit von 2009 (womit das angesprochene Thema Macht und Energieversorgung auf ein

thematisch weit entferntes Feld verlagert wurde, das für Schiepzig scheinbar irrelevant war).

Nachdem die Bürger die Diskussion derart ins Leere hatten laufen lassen, unternahm Alfons einen zweiten Versuch und erläuterte, warum er sich überhaupt für erneuerbare Energieproduktion in der Gemeinde einsetzt: „Wir [die Gemeinde] wollen nicht Zahlemann und Söhne sein der Energieversorger“, denn die Rechnungen für Wärme und Straßenbeleuchtung würden jedes Jahr höher und mit einer eigenen Produktion in der Hand der Stadt oder Anwohner ließen sich diese Kosten deutlich reduzieren. Obwohl dieses Argument den Anwohnern einleuchtete und sie auch insgesamt nicht grundsätzlich abgeneigt waren, kam die Bürgerbeteiligung im Ergebnis dieses Abends nicht zustande. Die Diskrepanz zwischen der Tragweite eines finanziellen Engagements und mangelndem Hintergrundwissen war zu groß, um das nötige Vertrauen in die Technik und ihre Finanzierung zu ermöglichen. Dem Bürgermeister fehlten Zeit und Muse, weitere Veranstaltungen zu organisieren, die sicherlich einige Anwohner überzeugt hätten, da diese nicht grundsätzlich ablehnend waren, sondern nur vorsichtig. Ihr Misstrauen entzündete sich insbesondere an der Frage, woher das Geld für die EEG Festpreise komme und welchen volkswirtschaftlichen Hintergrund dies hätte. Leider konnte Alfons, der stets und ausschließlich wirtschaftlich argumentierte, hierauf keine Antwort geben. Ein Verweis auf Klimawandel und Kyoto-Protokoll, Atomausstieg und Energiewende hätte wahrscheinlich den Rahmen geschaffen, um das Vertrauen der Bürger für ein legitimes gesamtgesellschaftliches Anliegen zu gewinnen.³²³

Die ausschließlich ökonomische Argumentation (und Motivation) des Bürgermeisters konnte solche Fragen aber nicht beantworten, sodass ein leichtes Misstrauen zurückblieb. Bei einer anderen Gelegenheit wurde dies nochmals deutlich, als Alfons seine Zustimmung zu Atom- und Kohlestrom aussprach und damit demonstrierte, dass ökologische oder altruistische Gründe für ihn keine Rolle spielten. Nach dem Scheitern der Bürgerbeteiligung wurden immerhin die Verträge so gestaltet, dass Anwohner, die sich später noch entschließen, immer noch Anteile der Solaranlage kaufen können, die im Besitz der Gemeinde bleiben sollte. Angebote externer Investoren, die Solar-Anlage zu bauen, wurden von Herrn Alfons eben aus diesem Grund abgelehnt, wie er den Bürgern erklärte.

Obwohl weder die Bürgerbeteiligung noch das kleine Nahwärmenetz zur Fleischerei (die neben dem Amtsgebäude liegt) realisiert wurden, gab es in den letzten Jahren viele kleinere erfolgreiche Energieprojekte im Verwaltungsbezirk Müheln. Auf Betreiben des Bürgermeisters wurden die Dächer von mehreren Schulen und Amtsgebäuden mit Solaranlagen ausgerüstet, sowie BHKW zur Beheizung zweier Kindergärten installiert, stets mit Blick auf Heiz- und Energiekosten. Das nächste Vorhaben war im Herbst des Jahres 2010, die Rennstrecke „Dalmatienring“ zur ersten „grünen Rennstrecke“ der Welt zu machen und vollständig mit EE zu versorgen (ausgenommen

³²³ Protokoll der Informationsveranstaltung im Kulturhaus Lettin am 27.8.2009.

den Treibstoff der Autos).³²⁴

Die Affinität des Mühelner Bürgermeisters und seiner Verwaltung zu EE überrascht auf den ersten Blick, insbesondere das Tempo und die Reibungslosigkeit, mit der ein Projekt nach dem anderen in kaum zwei Jahren umgesetzt wurde. Eine mögliche Erklärung ist ein sehr großer Windpark mit circa 50 Windrädern in der Nähe des Dorfes, der zu seiner Zeit der größte Europas war und entsprechende Aufmerksamkeit und Besucherströme verursacht hat. Als der Park gebaut wurde, gab es durchaus Proteste der Mühelner, aus Sorge um Schlagschatten und getötete Vögel. Dass es sogar zu einer Demonstration auf den zu bebauenden Höhen kam, spricht für wirklich bewegte Gemüter der Anwohner. Wie sich zeigte, werden aber keine Vögel geschreddert³²⁵ und der Schlagschatten der Propeller erreicht das Dorf ein Mal im Frühjahr je nach Sonnenstand, was im Dorf eher ein erwartetes „Ereignis“ sei statt ein Ärgernis. So hat sich der anfängliche Unmut der Mühelner rasch in Wohlwollen gewandelt, wohl auch angesichts der sehr hohen Gewerbesteuererinnahmen und damit finanzierten öffentlichen Güter.³²⁶ Ähnlich wie in Lettewitz wurde mit dem finanziellen Erfolg des Windparks der Grundstein gelegt für das weitere Interesse der regionalen Eliten und die Akzeptanz ihrer Anwohner für EE.

In der Feldphase wurden neben dem Bürgermeister keine anderen zentralen Personen gefunden, sodass zu vermuten ist, der Erfolg Mühelns beruhe tatsächlich allein auf einer funktionierenden Amtsverwaltung und etablierten *top-down* Struktur. Auch hat es der Bürgermeister vermieden, sich zu große einzelne Ziele zu stecken und stattdessen viele kleine Projekte in jeweils recht kurzen Zeiträumen realisiert.

Ende des Jahres 2010 entdeckte eine studentische Forschungsgruppe bei ihren Studien im Ort ein „Parallelnetzwerk“, eine kleine Gruppe von Mittelständlern, die meinten, in naher Zukunft, ein lokales Wärmenetz errichten zu wollen, wovon Herr Alfons aber nichts wissen solle, da dieser Anfang des Jahres 2011 ohnehin sein Amt verließ. Dass auch jenseits von Herrn Alfons Strukturen bestanden haben, die einen Ausbau der Energie-Infrastruktur befördern, zeigt auch die Fortsetzung der Entwicklung unter seinem Nachfolger Herrn Ottokar. So wurde im Sommer 2010 mit dem Bau von Deutschlands größtem Windrad in der Gemeinde begonnen und auch die Kooperation mit dem „grünen Dalmatienring“ wird von Ottokar fortgesetzt.³²⁷ Die entschlossene Entwicklung der EE ist also zumindest nicht ausschließlich durch den Bürgermeister, sondern auch durch strukturelle Faktoren bedingt gewesen, wie zum Beispiel den Windpark. Auch wird hieran deutlich, dass hinter der scheinbar alleine verantwortlichen Amtsverwaltung ein auf den ersten Blick unauffälliger aber doch ausgeprägter Eliten-Konsens stand.

324 Die geht aber schon über den Rahmen der Untersuchung hinaus und wird hier nicht mehr diskutiert.

325 Tatsächlich sind nur bestimmte Vogelarten unter bestimmten Bedingungen von Windrädern bedroht.

326 Herr Alfons im Interview mit den Studierenden Christoph Ehlers, Ricarda Williams und Markus Titan im Rahmen des Seminars im Wintersemester 2010 in Lettin am 8.12.2009.

327 Frau Theophano in einem Telefonat am 18.8.2010.

4 Vergleich der Fälle

Ein Überblick über die offensichtlichsten Unterschiede und Gemeinsamkeiten der untersuchten Fälle wurde bereits im Methodenteil der Arbeit gegeben. Im Folgenden werden die zur Beschreibung der sozialen Prozesse geeigneten Kategorien und Termini vorgestellt und diskutiert, die nach dem Ende der Feldforschung in einer vergleichenden Analyse aller Protokolle und Aufzeichnungen gewonnen wurden. Diese Kategorien sind teils vollständig von der Empirie selber gegeben und teilweise der soziologischen Theorie entlehnt (Glaser/Strauss 1998: 57).³²⁸ Alle gefundene Kategorien sind abschließend im Kapitel „Versuch eines Modells“ zusammengefasst.

Die als relevant gefundenen sozialen Kategorien sollen über die Einzelfälle hinaus verallgemeinerbar und auf möglichst jedes partizipative Energieprojekt anwendbar sein. Es liegt in der Natur der Sache, dass sie in weiten Teilen auch Gegenstand anderer soziologischer Themen sein könnten. So ist die Analyse der sozialen Prozesse um Energie-Infrastruktur immer auch eine Beschreibung der dörflichen Sozialstrukturen und ihrer Verhältnisse.

Die Auswertung beginnt zunächst mit dem einfachsten, schon im Methodenteil diskutierten Ordnungsprinzip von *bottom-up* und *top-down* Strukturen. Wie sich gezeigt hat, treten sie im Laufe der Entwicklung eines einzelnen Projektes selten in idealtypischer Form auf. Vielmehr sind oft Wechsel vom einen zum anderen Prinzip zu beobachten. Die Dichotomie wird deshalb aufgelöst zu Gunsten einer differenzierteren Darstellung (siehe S. 39). Um genauere Abstufungen zu beschreiben, wird jeweils eine Reihe von Fragen an das empirische Material gestellt: Woher kommt die Initiative? Wie zentralisiert sind die Entscheidungsprozesse? Sind die Strukturen eher regional oder eher überregional? Wie sind die Besitzverhältnisse verteilt?

***Top-Down* und *bottom-up* als Organisationsprinzipien**

Dass eines der beiden Organisationsprinzipien grundsätzlich mehr oder weniger erfolgversprechend sei, kann auf Grund der Beobachtungen nicht gesagt werden. Vielmehr ist zu unterscheiden, welche Aufgabe jeweils gelöst werden soll. So begünstigen *top-down* Strukturen kleine und partielle technische Vorhaben, in denen keine neuen Netze gelegt werden sollen, in denen eine Beteiligung der Anwohner keine Erfolgsbedingung ist und sich auch kein Akzeptanzproblem stellt.³²⁹ Autoritäre Entscheidungen einer Verwaltung oder eines

³²⁸ Niemand im Feld hätte gesagt, er setze sich für einen „konstruktiven Diskurs“ ein. Der Autor kommt aber entgegen den Empfehlungen der *Grounded Theory* nicht umhin, soziologisches Vorwissen und deren Konzepte in die Auswertung einzubringen und greift daher auch auf solche, dem Feld fremde Konzepte zurück.

³²⁹ Siehe hierzu die Fallstudie Mücheln und die Idealtypen 1-5 ab Seite 150.

Bürgermeisters sind hier meist ein schnellerer Weg zur Umsetzung als Verfahren mit Beteiligung der Anwohner. Auf der anderen Seite sind alle Vorhaben, die die Zustimmung und vor allem die finanzielle Teilnahme einer größeren Zahl von Personen voraussetzen, stärker auf partizipative Strukturen angewiesen. Dies trifft insbesondere zu auf komplexe Vorhaben, in denen neue Netze gelegt werden (siehe Idealtypen 6-10 ab S. 147).

Wie beobachtet wurde, ist weder die Bevölkerung noch die Politik Dalmatiens mit *bottom-up* Strukturen besonderes gut vertraut. Derartige Ansätze scheitern deshalb oft schon in ihrer Anfangsphase, besonders wenn zu schnell zu viel in Angriff genommen wird.³³⁰ Teils scheinen sie überhaupt nur halbherzig begonnen worden zu sein, um Fördermittelausschreibungen genüge zu tun.³³¹ Obwohl diese Ausschreibungstexte nicht näher untersucht wurden, ist doch zu vermuten, dass hinter diesen Anforderungen demokratietheoretische Überlegungen stehen, wie zum Beispiel die Agenda 21. Dalmatien, so das Fazit dieser Feldforschung, ist von einer Agenda 21 aber im allgemeinen weit entfernt. In vielen Fällen versuchten die Organisatoren dennoch, zumindest anfangs, solche Pfade einzuschlagen, wahrscheinlich weil dies sowohl in den diversen Leitfäden wie „Wege zum Bioenergiedorf“ (Ruppert/Schmuck 2008) angeraten und von den Förderprogrammen gefordert wird. Meistens sind diese zarten Versuche, die Bevölkerung stärker einzubeziehen, gescheitert, woraufhin die Initiatoren – in manchen Fällen schienen sie darüber fast erleichtert – zu bewährten *top-down* Strukturen zurückkehrten.³³²

Dabei ist zu unterscheiden, ob ein einmal eingeschlagener autoritärer Entwicklungspfad es erlaubt, zu einem späteren Zeitpunkt wieder stärker partizipative Elemente anzuwenden oder ob eine solche Entscheidung irreversibel ist. Der Einstieg eines Konzerns wie Vattenfall dürfte in vielen Fällen das Ende aller Bürgerbeteiligung darstellen (siehe Schiepzig), weil große Konzerne tendenziell wenig geneigt sind, ihre Pläne von Bürgerversammlungen abhängig zu machen. Eine Beteiligung von überregionalen aber mittelständischen und kleinen Unternehmen hingegen lässt immer noch Spielräume für Partizipation offen, wie sich am Beispiel Lettewitz gezeigt hat. Ein solches Einbeziehen von externen Wirtschaftsakteuren, sowohl Mittelständlern als auch Großkonzernen, ermöglicht den Organisatoren eine vorübergehende Entlastung, wenn eine Bürgerbeteiligung zu finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten führt und droht, zum endgültigen Stolperstein eines Projektes zu werden. So konnte die Planung des Wärmenetzes in Wilzen vor allem durch den Einstieg der Firma Wind-Strom AG, die über mehr Erfahrung verfügt als die Stadtverwaltung, fortgesetzt werden, und in Schiepzig konnten Probleme in der Finanzierung aber auch Schwierigkeiten mit dem Landesbergamt durch Einbeziehen von Vattenfall gelöst werden (obwohl damit die Bürgerbeteiligung in weite Ferne rückte).

330 Zum Beispiel die Bürgersolaranlage in Wilzen und Müheln.

331 Dies schien in Müheln und Schiepzig-Lieskau der Fall zu sein.

332 Dies war zum Beispiel in Wettin der Fall, als eine Bürgerbeteiligung zunächst geplant war, und schließlich durch die üblichen Elitenabsprache ersetzt wurde.

Das *Outsourcing* von Aufgaben an größere Konzerne, die in Ostdeutschland zwangsläufig überregional sind, weil deren Firmensitz selten in den neuen Ländern liegt, kann Projekte oft beschleunigen, aber um den Preis des Kapitalabflusses und Kontrollverlustes, was so weit führen kann, dass die Region gar keinen Anteil mehr am erwirtschafteten ökonomischen Mehrwert erhält.³³³ Dass überregionale Strukturen *zwangsläufig top-down* strukturiert sind, kann hingegen nicht gesagt werden. Der in Wettin vorgesehene Sparkassenfonds ist nicht unbedingt partizipativer als das abgelehnte überregional organisierte Bürgerbeteiligungmodell.³³⁴ Wie auch bei anderen Projekten kann Energie-Infrastruktur vor allem dann regional organisiert (und finanziert) werden, wenn sie kleinteilig und finanziell überschaubar ist. Ein Windpark wird fast immer fremdes Kapital benötigen, da er zumindest in Ostdeutschland zu teuer ist für einen Anwohner-Fond. Blockheizkraftwerke, Solaranlagen und Kleinstwindräder mit Kosten im fünf- und sechsstelligen Bereich können hingegen meist von den Anwohnern finanziert werden. Projekte, die kleinteilig beginnen, haben deshalb größere Chancen auf Regionalität und Partizipation als Großprojekte.

Zu den soziologischen Allgemeinplätzen gehört die Kenntnis, dass *bottom-up* Prozesse länger dauern und nicht geeignet sind, große Projekte in kurzer Zeit zu realisieren. Eine Hauptvoraussetzung für Bürgerbeteiligungen ist neben der Entschlossenheit der Initiatoren auch die Verbreitung von grundlegendem Hintergrundwissen in einem ausreichend großen Kreis der Bevölkerung (siehe Kapitel „Wissen und Zustimmung“). Ohne ausreichend zugängliches und auch abrufbares Wissen funktioniert kein Beteiligungsprozess (vgl. Schluchter 2002). Besonders dieser Aspekt wurde von vielen Bürgermeistern unterschätzt und hat zum Scheitern dieser Versuche beigetragen, da nicht genügend Zeit für die Verbreitung von Hintergrundwissen eingeplant war.

Ein Fall, in dem autoritäre Organisationsprinzipien nicht zum Ziel führen, wurde in Köllme beobachtet, allerdings ohne dass von den Verantwortlichen die Konsequenzen gezogen worden wären. Ein Scheitern von *top-down* Strukturen führte hier nicht zu einem Umdenken, dass mehr Demokratie notwendig sei, während auf der anderen Seite alle Organisatoren recht schnell bereit waren, Partizipationsbemühungen bei den ersten Schwierigkeiten abzubrechen. Grundsätzlich werden beide Prinzipien also nicht gleichberechtigt behandelt, die Präferenz liegt eindeutig bei den gewohnten, autoritären Verfahren.

333 In der Einleitung wurde bereits das Beispiel der sachsen-anhaltischen Stadt Havelberg erwähnt, die zunächst eine eigene, lokale Wärmeversorgung anstrebte und sich schließlich entschied, alles an einen externen Investor abzugeben, was freilich heisst, dass der Gewinn nur teilweise in Havelberg bleiben wird.

334 In diesem Bürgerbeteiligungsmodell hätten Kleinaktionäre Anteile der Solaranlage gekauft, was demokratischer gewesen wäre als eine Verwaltung durch die Sparkasse. Allerdings wären diese Anteilseigner nicht unbedingt Anwohner der Region gewesen, da sich abzeichnete, dass es im Ort an Interessenten mangelte. Siehe Fallstudie Wettin.

Verteilung von Boden, Besitz und Pachteinahmen

Wie stark das regionale und partizipative Element einer Energie-Infrastruktur ausfällt, hängt vor allem von den Besitzverhältnissen ab. Bisher ist es noch die Ausnahme, dass die Anwohner und Konsumenten auch die Hauptbesitzer der Energieproduzenten sind.³³⁵ Wie sich aber in Lettewitz gezeigt hat, bieten sich vielerlei Formen der indirekten Beteiligung an. Als wichtigste und demokratischste Einkommensquelle im Zusammenhang mit erneuerbarer Energieproduktion haben sich in dieser Studie Windräder herausgestellt, was auch in anderen Studien belegt ist (vgl. Wuppertal Institut 2010). Sie sind zwar in den seltensten Fällen das Eigentum der Anwohner, aber über die Pachteinahmen für die Standorte der Anlagen kann dennoch eine indirekte und langfristige Gewinnbeteiligung bestehen.³³⁶ Dies setzt allerdings voraus, dass die Anwohner der Versuchung widerstehen, ihren Profit durch den Verkauf ihres Landes kurzfristig zu maximieren.³³⁷ Dies wird dadurch unterstützt, dass in vielen Dörfern ein öffentliches Interesse besteht, den Boden in den traditionellen, lokalen Strukturen zu halten und nicht zu veräußern, besonders nicht an Ortsfremde.³³⁸ Wer dennoch verkauft, zieht sich schnell den Missmut des Dorfes zu.

Wieweit die Region von Windrädern profitiert, hängt ferner vom Verhandlungsgeschick der Landbesitzer ab. Wenn sie vor den Verhandlungen mit einem Investor Absprachen über Mindestpreise treffen, können sie ihren und damit auch den regionalen Gewinnanteil deutlich erhöhen.

Unabhängig vom Verhalten der Anwohner spielt die Verteilung der Bodenparzellen eine Rolle.

Ein breit gestreuter Landbesitz wirkt in Richtung breiter Streuung des Gewinns. Wenn der Bodenbesitz einer Region aus vielen kleinen Flecken besteht und darüber hinaus sehr gleichmäßig auf viele Familien verteilt ist, sowie kein singuläres großes Landstück existiert, werden die Pachteinahmen sehr wahrscheinlich auf viele Familien verteilt sein. Hingegen könnte ein einzelnes großes Landstück dazu führen, dass ein möglicher Investor sich die vielen Verhandlungen spart und an einen Besitzer die Pacht zahlt, statt an viele. Wenn wenige Familien viel Land besitzen, werden sie um so mehr von der Pacht profitieren, als die anderen leer ausgehen. Daraus kann nun folgende These abgeleitet werden:

335 So sind die Anwohner nur äußerst selten finanziell an den zahlreichen Wind- und Solarparks in Deutschland beteiligt.

336 Siehe dazu die Fallstudien Lettewitz und Löwen.

337 Oft wird den Anwohnern von den Windpark-Projektierungs-Firmen eine stattliche Summe geboten, um ihr Land sofort zu verkaufen, allerdings liegen diese Summen meist unter der für die zwanzigjährige Betriebszeit der Anlagen fälligen Pacht. Gespräch mit Herrn Hatto von der Ikarus GmbH, die Windparks in Dalmatien projektiert, im Februar 2009.

338 Dies war insbesondere in Löwen der Fall. Viele Anwohner verkauften ihr Land, obwohl vom Ortsvorsteher aufgefordert, dies nicht zu tun. In Lettewitz wurde mit Genugtuung davon berichtet, dass auch nach der Wiedervereinigung und den Umstrukturierungen keine „Fremden“ ins Dorf kamen, und weder Boden noch Häuser im Dorf erwarben.

Der Grad der Zentralisierung des Bodenbesitzes ist eine wichtige Größe zur Bestimmung der Zentralisierung oder Ungleichverteilung des Gewinns aus flächenintensiver Energieproduktion.

Dies betrifft insbesondere Windräder, aber auch Freiflächen-Solaranlagen. Für alle Arten von Biomasse spielt dies kaum eine Rolle, da diese zumeist von Landwirten unter den gleichen Pachtverhältnissen produziert wird, unter denen sie zuvor Getreide oder Gemüse anbauten. Durch die Umstellung von der Nahrungs- auf die Energieproduktion ändert sich hier wenig.

Bisher wurde vorausgesetzt, dass die Häuser im ländlichen Raum Eigentum ihrer Bewohner, meist einer Familie, sind. Obwohl kein gegenteiliger Fall zum Vergleich vorliegt, kann daran anschließend argumentiert werden, dass hier die gleiche Gesetzmäßigkeit wie beim Boden gilt:

Der Grad der Zentralisierung des Hausbesitzes bestimmt zu einem großen Teil die Zentralisierung oder Ungleichverteilung des Gewinns aus erneuerbarer Energieproduktion.

So werden sich die Anwohner eher finanziell an einem Nahwärmenetz beteiligen, wenn ihnen ihr Haus selber gehört. Wo größere Häuser mit vielen Mietern bestehen, ist eine Beteiligung der Mieter zwar ebenfalls denkbar, aber es fehlte doch die Identifikation mit dem eigenen Besitz. Mieter von Investitionen zu überzeugen, mit denen sich schon die Besitzer so schwer tun (siehe Lettewitz) ist wahrscheinlich kein leichteres Unterfangen. Auch finden sich bisher empirische Beispiele für größere, partizipative Energiestrukturen ausschließlich im ländlichen Raum,³³⁹ der eben nicht zufällig von einer hohen Wohnbesitz-Quote geprägt ist, was die Entwicklung in Richtung „Energiedemokratie“ (Passadakis/Schmelzer 2010) strukturell befördert. Ohne den Besitz am eigenen Haus scheidet sowohl die Möglichkeit einer Beteiligung an gemeinschaftlichen Energienetzen und damit verbundenen Strukturen aus, als auch die Möglichkeit, ganz privat in Solarzellen auf dem eigenen Dach oder in ein Miniwindrad im Garten zu investieren.³⁴⁰

Dass fast alle Bewohner durch Mitbesitz an ihrer Energieproduktion und -Distribution beteiligt sind wie in Lettewitz, dürfte deshalb eher die Ausnahme bleiben. Als Mittelweg bietet sich immerhin noch die Finanzierung von Solaranlagen und Windrädern durch Bürgerbeteiligungsmodelle an. Hierbei ist aber ein ausreichend hohes und allgemein vorhandenes Familienvermögen notwendig. Wenn, wie beschrieben, ein Dorf von den Pachteinahmen eines

339 Eine Ausnahme sind die Energiewerke Schöna. Mit den hier untersuchten Fällen haben die EWS aber nur wenig zu tun. Wenn die Forschungsergebnisse auf den städtischen Raum übertragen werden sollen, wäre ein Vergleich natürlich angemessen und sicher erkenntnisreich.

340 Zumindest am Rande ist zu erwähnen, dass flexible, handtuchgroße Solarzellen zur Versorgung eines elektronischen Kleinverbrauchers käuflich erwerbbar sind, und vor Fenstern mit sonniger Südausrichtung installiert werden könnten. Mit zwei oder drei solcher Fenstern könnte also auch ein Mieter zum Stromproduzenten werden, und beim Wohnungswechsel seine Solarzellen mitnehmen. Dafür müsste allerdings beim gegenwärtigen Stand der Technik jeweils eine Durchführung in den Fensterrahmen gebohrt werden, wovon zwar manche Wohngemeinschaften schon bei den Kabeln ihrer Satellitenantennen nicht zurückschrecken; aber in den meisten Fällen dürfte sich dies doch verbieten.

Windparks profitiert, ist dies eine gute Ausgangsvoraussetzung, denn dadurch werden ja nicht nur die Sparguthaben vermehrt, sondern auch die Kenntnisse um die mögliche Verbindung von erneuerbarer Energie (EE) mit öffentlichem (Steuern) und privatem Gewinn. Auch hier bedingen bestehende Ungleichheitsstrukturen den Grad der (de)zentralen Verteilung des Gewinns aus der Energieproduktion. Die Gefahr besteht, dass nur die ohnehin gut betuchten weiter profitieren, wie Bürgermeister Konrad befürchtete.³⁴¹

Die Überlegungen zum Boden-, Haus, und Kapitalbesitz lassen sich also in der These zusammenfassen, dass sich die Besitzverhältnisse an EE-Infrastruktur teilweise den vorgefundenen Verhältnissen anpassen:

Regionale Ungleichheitsverhältnisse tendieren dazu, sich auch in der erneuerbaren Energieproduktion zu reproduzieren.

Die Betonung liegt hier auf dem Adjektiv regional. Denn selbst im denkbar ungünstigsten Fall, wenn Häuser und Boden in und um ein Dorf nur einer einzigen Familie gehören und diese den gesamten Gewinn aus der Energieproduktion einstreicht, ist der Grad der Zentralisierung immer noch wesentlich geringer als im herkömmlichen, fossilen Energieregime, in dem die Gewinne von den vier nationalen Energieoligopolen³⁴² akkumuliert werden. Selbst eine regional sehr ungleiche Verteilung des Mehrwerts aus erneuerbarer Energieproduktion bedeutet also noch eine Demokratisierung von Mehrwert und untermauert somit die in der Einleitung diskutierte These, dass mit der solaren Energieproduktion eine Demokratisierung von Wirtschaftsstrukturen einhergeht (Scheer 1999:31).

In dieser Arbeit konnten die langfristigen Konsequenzen der Energiewende auf die Besitzverhältnisse des Bodens nicht untersucht werden. Es soll aber zumindest erwähnt werden, dass neben der beschriebenen und teils auch so beobachteten Anpassung der Energieproduktion an die Bodenverteilung auch die Möglichkeit einer entgegengesetzten Entwicklung besteht. In Ostdeutschland ist in einigen Regionen zu beobachten, wie große Flächen, unter anderem für die Produktion von Biomasse, zusammengekauft oder langfristig gepachtet werden, deren landwirtschaftlichen Erzeugnisse dann in wenigen großen Biomasseanlagen in Elektrizität verwandelt werden (vgl. Deggerich 2010). Alle Chancen der Energiewende auf regionalisierte

341 Dem kann unter anderen Möglichkeiten mit der Finanzierung durch einen Fond abgeholfen werden, was in Wettin geplant ist und in Zadrach in Sachsen realisiert wurde. Das Vermögen eines sozial und ökologisch motivierten Wohltäters wurde in einen Fond eingezahlt, der ein Windrad finanzierte, dessen Einnahmen nun direkt an den Kindergarten fließen (Linke/Volke 2009). Dieses Modell ist zweifelsfrei das demokratischste, da hier der Mehrwert direkt den öffentlichsten Interessen zugute kommt, indem öffentliche Kosten durch öffentlichen Gewinn gedeckt werden. Dass die Sparkasse in Wettin sich aber lange mit dem Modell zierte, zeigt auch die Grenzen im üblicherweise nicht-altruistisch motivierten Streben des Kapitals nach Maximierung seiner Rendite. Zu Finanzierungsmodellen und Kapitalabfluss siehe „Kapitalabfluss und Re-Investition“ (S. 186).

342 Das sind in Deutschland Eon, RWE, EnBW und Vattenfall.

Wertschöpfung oder auf eine Stärkung der Demokratie sind damit freilich vorerst verspielt. Langfristig eröffnet die horizontale Energieproduktion auf dezentral verteiltem Bodenbesitz also zwei Entwicklungspfade: entweder die Energieerzeugung passt sich strukturell den traditionell eher kleinteiligen Bodenbesitzverhältnissen an oder der Bodenbesitz wird ähnlich stark zentralisiert wie die traditionelle (fossile) Energieproduktion.

4.1 Relevante Gruppen

Im Verlauf der Forschung wurden vier relevante Gruppen definiert, die im folgenden verglichen und charakterisiert werden: Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Vereine sowie eine fünfte, die Initiatoren selber, die im folgenden als „aktive Elite“ bezeichnet werden.

4.1.1 Initiatoren als „aktive Elite“

In ihrer Selbstdarstellung präsentieren sich die meisten Vorhaben als gemeinsames politisches Projekt eines Ortes oder einer Amtsverwaltung. Bei genauerem Hinsehen stellte sich aber oft schnell heraus, dass dahinter *eine* Person, oder *eine* Familie steht (Lettewitz), besonders in der Anfangsphase. Ein Fall von im engeren Sinne eindeutig basisdemokratischer also pluraler Organisation war bei genauerer Prüfung nicht zu finden. Da auch der klassische Elitenbegriff die Sache nicht trifft, wird im folgenden von „aktiver Elite“ gesprochen. (Definition S. 120) Die damit gemeinten Menschen sind in allen Fällen herausragende Personen im Dorf, in dem Sinne, dass sie oft in Ämtern in den Vereinen, in der Politik oder Wirtschaft tätig sind³⁴³ und in gutem Kontakt zu anderen „Eliten“ stehen. Dazu kommt meist ein hoher Bildungsgrad, der nur in seltenen Fällen auf ein rein akademisches Studium gründete, häufiger sind hingegen Ingenieure und höhere technische Ausbildungen anzutreffen, wie es ja typisch ist für die Generation der DDR Elite (Welzel 1997: 206f.). Wie in einigen Fällen zu beobachten war, ist damit oft ein Einkommen oder daraus entstandenes Vermögen verbunden, das in der lokalen Sozialstruktur eher überdurchschnittlich hoch ist. Mit Bourdieu lässt sich also sagen, dass eine gute Ausstattung mit symbolischem, sozialem und ökonomischem Kapital vorliegt. Da es sich meist auch um sprachlich gewandte Personen handelt, kann auch kulturelles Kapital hinzugezählt werden. (vgl. Bourdieu 1987) Die Initiatoren sind daher nicht die Außenseiter eines Dorfes, sondern die in vielerlei Hinsicht gut Etablierten (vgl. Elias/Scottson 1965).

Eine Ausnahme hiervon ist Köllme, das einzige gescheiterte Projekt. Als abstrakterer Hintergrund für das Scheitern kann vermutet werden, dass der soziale Status der Initiatoren im Widerspruch zu

³⁴³ Eine Differenzierung und hohe und niedriger Ämter ist nicht sinnvoll, da es in den beschriebenen Strukturen ohnehin meist nur wenige Hierarchieebenen gibt.

den antizipierten Meriten eines erfolgreichen Verlaufs stand. Ein solcher Distinktionsgewinn der Initiatoren wurde vom „Feld“ (also den anderen „aktiven Eliten“ des Dorfes) als unverhältnismäßig hoch wahrgenommen und deshalb verhindert, um den *status quo* der symbolischen Ökonomie zu wahren³⁴⁴ (vgl. Bourdieu 1979: 335-378). Obwohl dieses Problem als manifester Konflikt in anderen Fällen nicht beobachtet wurde, wäre es doch voreilig, daraus den Schluss zu ziehen, dass diese Zusammenhänge dort keine Rolle gespielt hätten. Das allgemeine Fehlen eines solchen Konfliktes wie in Köllme legt vielmehr den Schluss nahe, dass der Status der Initiatoren in allen Fällen bereits hoch genug war, um vom „Feld“ die für dessen Unterstützung notwendige Legitimität zu erhalten, für eine Vorhaben, dessen Erfolg immer auch als Erfolg des Initiators gewertet wird.

Daraus ergibt sich die These, dass öffentliche Vorhaben, die auf allgemeines Wohlwollen angewiesen sind, nur legitim von Personen initiiert werden können, die in der symbolischen Ökonomie bereits ausreichend eleviert sind, um deren Gleichgewicht durch den antizipierten Erfolg ihrer Initiative nicht zu gefährden.

Der Zusammenhang zwischen „Elite“ und erfolgreicher Initiative erscheint damit geradezu zwingend und kann aus den Fallstudien ohne Ausnahme abgeleitet werden. Alle Initiatoren können gemäß des Konzepts von Elias und Scotson zu den „Etablierten“ gezählt werden, außer eben in Köllme. Aus diesen Überlegungen erschließt sich nun auch, warum die Initiatoren ihre Vorhaben nach außen hin stets als gemeinschaftliches Projekt darstellen und es vermeiden, eine sichtbar zu erhöhte Stellung einzunehmen.

Damit stellt sich freilich auch die Frage, was ohnehin „etablierte“ Personen dazu treibt, ihren Status in die Waagschale zu werfen. Schließlich können sie auch mit voller Legitimität aus unverschuldeten Gründen scheitern und riskieren damit einen Autoritätsverlust.³⁴⁵

Motive der „aktiven Elite“

In allen *face-to-face* Experteninterviews wurden die Beweggründe für den Beginn des jeweiligen Vorhabens erfragt, was einen Vergleich zwischen den Personen und Orten ermöglicht. Die Erwartung des Forschers war, altruistische Motive im Sinne einer konsequenten „Umweltelite“ vorzufinden, einem in der Umweltbewusstseinsforschung oft genutzten Konzept (vgl. Mosler 1990). Diese Erwartung wurde eindeutig falsifiziert. In nur einem Fall fand sich tatsächlich so

³⁴⁴ Siehe dazu die Fallstudie Köllme. Dem Datenschutz zuliebe sind die eindeutigsten Aussagen in der Endfassung der Arbeit gestrichen worden.

³⁴⁵ Unverschuldetes Scheitern liegt zum Beispiel im Theiß-Landschaftsschutzgebiet vor.

etwas wie Idealismus und ein klares Wissen um den Klimawandel. In den anderen Fällen war „Umweltbewusstsein“ (vgl. ebd.) neben anderen ein untergeordnetes Motiv, wobei erwünschtes Antwortverhalten nicht auszuschließen ist, sodass das tatsächliche Interesse an entfernten Themen wie zukünftigen Generationen, die Zerstörung von Dörfern durch Braunkohletagebau und Klimawandel eventuell noch geringer war als angegeben. So äußerten sich nur zwei weitere Personen teilweise altruistisch, insofern als dass sie meinten, mit ihrem Engagement zur Vermeidung weiterer Zwangsumsiedlungen durch den Kohlebergbau³⁴⁶ beizutragen.³⁴⁷

Ausschließlich pekuniär argumentierte ein Amtsdirektor, allerdings im Hinblick auf die Gemeindekasse und ständig steigende Energiekosten.³⁴⁸ Hinter der Sorge um die Ausgaben der öffentlichen Hand ist freilich das Motiv zu vermuten, ein „guter“ Amtsdirektor zu sein. In diese Kategorie gehört auch das von zwei Bürgermeistern erst nach längerem Gespräch geäußerte Ziel, dem negativen demographischen Trend langfristig Einhalt zu gebieten. Wahrscheinlich hat der gemeinsame Ausflug nach Güssing die interviewten Politiker mit der Möglichkeit vertraut gemacht, die Abwanderung auch in ihrer Region durch eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung im erneuerbaren Energiesektor zu mildern oder umzukehren.³⁴⁹ Dazu kommt die begründete Erwartung, dass Energietouristen kommen könnten, wie in Güssing, falls tatsächlich eine außergewöhnliche technische Neuheit entsteht (siehe Schiepzig und Lettewitz).

Schließlich fanden sich mit Köllme und dem Theiß-Landschaftsschutzgebiet zwei Regionen, deren Initiatoren dem allgemeinen Trend folgen und sich an geforderten Diskursen und Bekundungen zu Schlagwörtern orientieren, unter anderem um die Türen zu diversen Förderprogrammen zu öffnen.

Dort wo „aktive Eliten“ zugleich Mittelständler sind oder Vereinsvorstände, argumentierten sie entsprechend der jeweiligen Binnenrationalität, ökonomisch oder im Interesse des Vereins. Insofern es sich aber um eine Gruppe von überdurchschnittlich gesellschaftlich engagierten und interessierten Personen handelt, äußerten sie sich in der Mehrzahl der Fälle auch jenseits persönlicher Gewinnmotive und dem Nutzen für ihr Unternehmen oder ihren Verein eher zustimmend, einige auch mit sehr nachdrücklicher Zustimmung gegenüber EE im Allgemeinen und den lokalen Vorhaben im Besonderen. Neben dieser affirmativen Mehrheit fanden sich wenige aktive Gegner der jeweiligen Vorhaben, die zur „aktiven Elite“ zu zählen sind.

Nur in zwei Fällen waren sie bereit, über die Motive ihrer Haltung nähere Auskunft zu geben, und

346 Für die hohe Bedeutung dieses Motivs in der Kohleregion Bukowina spricht unter anderem die Gründung der „Solargenossenschaft Bukowina“ im vom Tagebau bedrohten Ort Sibiu, nördlich von Kronstadt, 2010, mit dem erklärten Ziel, der drohenden Kohleförderung mit einer energetischen Alternative die Stirn zu bieten. Interviews mit Pfarrer Wagner in Sibiu im Juni 2010 durch die Studierenden Esther Vogt und Katja George im Rahmen des Seminars im Sommersemester 2010.

347 Herr Arnulf in Löwen, der bereits für einen Tagebau „umsiedeln“ musste; Herr Nassau im Verwaltungsamt für Schiepzig-Lieskau, der meint, „2050 lebt ja von uns eh keiner mehr“ aber man denkt ja auch an die Kinder (...).

348 Herr Alfons in Mücheln im Interview am 4.5.2009 und im Protokoll der Informationsveranstaltung am 27.8.2009.

349 Dies wurde insbesondere von Bürgermeister Konrad geäußert, ohne dass der Interviewer es angesprochen oder vermutet hätte.

waren sonst sehr wenig aufgeschlossen gegenüber der Interviewsituation. Soweit sie Auskunft gaben oder wenigstens vor dem Abbruch des Gesprächs wesentliches mitteilten, waren ihre Beweggründe vor allem persönliche Betroffenheit.³⁵⁰

Definition

Als „aktive Elite“ soll hier die Minderheit von Personen verstanden werden, die sich über das übliche Maß hinaus innerhalb oder außerhalb von bezahlten oder unbezahlten Ämtern für die öffentlichen Belange ihrer Region einsetzen.

Die Betonung der Aktivität ist notwendig, da sich der ländlichen Raum in Dalmatien und in Ostdeutschland durch seine allgemeine Passivität auszeichnet. Eine Zivilgesellschaft besteht nur insofern, als dass in den meisten Dörfern und Kleinstädten eine Handvoll Personen die öffentlichen Geschäfte regelt und die Initiative für Schritte jenseits des je gegenwärtig Notwendigen hinaus ergreift, während sich die Mehrheit überwiegend passiv verhält und nur selten aktiv wird, zum Beispiel wenn es gilt, einen geplanten Windpark oder Tagebau zu verhindern. Ansonsten ist Nichtstun als Zustimmung der Mehrheit zum Handeln der verantwortlichen Minderheit zu verstehen, durchaus im Einvernehmen beider Gruppen. Da es auch Personen gibt, die zentrale und oft auch bezahlte Ämter bekleiden ohne wirklich zu den politisch Aktiven zu gehören,³⁵¹ das heißt nur das Allernötigste tun, aber auf der anderen Seite politisch sehr engagierte Menschen ohne Amt, gilt als „Elite“ nicht das Amt sondern eine engagierte Praxis, obwohl nur sehr wenige Fälle gefunden wurden, in denen diese Personen nicht mindestens ein Ehrenamt bekleideten,³⁵² oft waren es sogar mehrere Ämter zugleich.³⁵³ Ferner zählt als „aktive Elite“ nicht die Gruppe von Personen, die nur im Sinne ihrer privaten Interessen zum politischen Handeln bereit ist.

Die „aktive Elite“ als Erfolgsfaktor

Alle Arten von Initiativen, die öffentliche Angelegenheiten und das allgemeine Wohl einer Region

350 Siehe hierzu die Fallstudie Löwen und das Interview mit dem Organisator der Anti-Windrad Initiative.

351 Ein Fallbeispiel und Interviewmaterial liegt hierzu vor, wird aber aus Datenschutzgründen nicht zitiert.

352 Wobei es freilich einen Unterschied macht, um welches Amt es sich dabei handelt. Die Handlungsoptionen fähiger Personen sollten sich mit höheren Befugnissen des bekleideten Amtes potenzieren, sodass gesagt werden kann, eine Region sei um so erfolgreicher in der Entwicklung komplexer Vorhaben, je mehr sich tatsächliche Aktivität und Amt der „Eliten“ decken. Wenn die tatsächlich Aktiven in unteren und die passiven Nicht-Eliten in oberen Ämtern sitzen, wie in einem Fall beobachtet, kann dies jede Entwicklung erschweren.

353 In vier der sieben untersuchten Fälle finden sich solche Konstellationen von Ämterhäufungen, vor allem zwischen Mittelstand und Vereinsleben (Wilzen, Lettewitz, Köllme und Löwen). Nur in Mücheln und im Theiß-Landschaftsschutzgebiet wurde keine solche Ämterhäufung gefunden. Die Bauern spielen auch hier eine Sonderrolle, Kein Fall wurde gefunden, in denen diese eine Position in Politik oder Vereinsleben innehatten.

betreffen, sind in Dalmatien hochgradig auf die Existenz dieser Minderheit angewiesen. Ohne sie fehlt oft selbst die Fähigkeit zum einfachsten konsensuellen Handeln. Wenn es darum geht, gegen die „Abbagerung“³⁵⁴, gegen eine Autobahn oder einen ungeliebten Windpark Widerstand zu leisten, sich für einen gewollten Windpark, ein Nahwärmenetz, einen gemeinschaftlich organisierten Kindergarten und andere öffentliche Güter einzusetzen, gibt die Existenz von ein oder zwei „aktiven Eliten“ den Ausschlag, ob es zu politischem Handeln im Sinne der öffentlichen Bedürfnisse kommt, oder ob einfach alles erduldet wird. Dort wo gerade kein Pfarrer, kein frühpensionierter „Etablierter“, kein über die Maßen aufgeweckter Bürgermeister und keine engagierte Familie vorhanden ist, dort passiert einfach nichts, was nicht von außen erzwungen wird. Diese Regionen scheinen keine politischen Subjekte mehr zu sein. Statt zu agieren beschränken sie sich auf bloßes reagieren.

Wie sich in den Fallstudien zeigte, gehören die gewählten Fälle aber eher zu den in Hinsicht auf ihre Wirtschaftsleistung privilegierten Regionen des Landes. Der Fall Lettewitz und weniger offensichtliche Beobachtungen in den anderen Fällen, legen die Vermutung nahe, dass dies auch auf die Fähigkeit zu gemeinsamen politischem Handeln zutrifft und gerade hier viele „aktive Eliten“ vorhanden sind.

4.1.2 Politik und Verwaltung

Politiker im engeren Sinne finden sich im ländlichen Raum Dalmatiens in drei Varianten. Zum ersten als unbezahlte ehrenamtliche Ortsvorsteher in Ortsteilen oder Dörfern, die einem Bürgermeisteramt oder einem gemeinsamen Verwaltungsamt untergeordnet sind. Sie haben die geringsten administrativen und juristischen Befugnisse. Entscheidungen treffen sie meist in Absprache und teils auch durch das Votum von Gemeindeparlamenten, die üblicherweise aus drei bis zehn Personen, oft Vorruehständern oder Rentnern bestehen. Hierbei ist zu bedenken, dass die Machtlosigkeit der Ortsvorsteher und Gemeinderäte jüngerer Datums ist. Noch bis zur Gemeindegebietsreform im Jahr 2003 konnten sie weitreichende Entscheidungen treffen, zum Beispiel die Baugenehmigung für Wind- und Solarparks erteilen oder verweigern. Solche Befugnisse über Investitionen von vielen Millionen Euro, die das Steueraufkommen der meisten Dörfer weit übersteigen, war für geschickte Gemeinderäte eine Chance, die wie in Löwen oder Lettewitz genutzt werden konnte.³⁵⁵ Mit der Reform ging insbesondere, und das ist in Hinsicht auf Windparks und andere erneuerbare Energieproduzenten ein entscheidendes Faktum, die

354 Die Feldforschung der Studierenden Ester Vogt und Katja George im Sommersemester 2010 hat gezeigt, dass sich von drei vom Abbagern bedrohten Dörfern in der Bukowina, nur dasjenige, in dem noch ein Pfarrer ansässig ist, aktiv wehrt, während die anderen beiden vorausseilend kapituliert haben. Die Liste solcher Beispiele ließe sich mühelos fortsetzen.

355 Weniger kompetente Regionen nutzten ihre Entscheidungsfreiheit, um den Dorfhaushalt nachhaltig zu ruinieren, sodass manche Dörfer vom Land unter Zwangsverwaltung gestellt werden mussten.

Steuerhoheit verloren. Durch die Möglichkeit, Baugenehmigungen zu erteilen und die daraus gewonnen Steuern und Abgaben für das je eigene Dorf zu verwenden, bestand ein hoher Anreiz, Wind- und Solarparks zu genehmigen. Seit der Reform werden die Steuern aber von der nächst höheren Verwaltungsebene eingezogen, was dem einzelnen Dorf die Motivation nimmt, einen Windpark zu tolerieren, wenn dessen Gewinne regional weiträumig sozialisiert werden. Des Weiteren werden seit 2003 alle Genehmigungen für Windparks durch regionale Planungsstellen in einem recht komplizierten Verfahren zentralisiert vergeben, seit 2009 auch für Freiflächen-Solaranlagen.³⁵⁶

Die zweite Gruppe sind professionelle Politiker, als bezahlte Bürgermeister, die ebenfalls kaum noch Möglichkeiten haben, um Windräder oder Freiflächen-Solaranlagen zu genehmigen aber immerhin über deren Steueraufkommen verfügen können. Davon abgesehen vereinen sie immer noch weitreichende politische Kompetenzen, sind aber oft abhängig von der Zustimmung ihrer Gemeindeparlamente. Wie sich das Verhältnis zu diesem gestaltet, ist regional sehr unterschiedlich. Während einige gerne gegen ihre Bürgermeister stimmen wie in Wettin, sind andere handzahn und affirmativ wie in Schiepzig und Mücheln.

Der dritte im Bunde sind verantwortliche Personen in Verwaltungsämtern, meist die Amtsdirektoren. Wie der Fall Köllme beweist, und von informierter Seite bestätigt wurde,³⁵⁷ übernehmen diese in vielen Regionen Entscheidungen und administrative Rechte, die *de jure* bei Ortsvorstehern und Gemeinderäten liegen. Die Meinungen warum dies so sei, gehen dabei weit auseinander. In den Ämtern selber und den höheren Verwaltungsebenen wird oft auf die Inkompetenz der ehrenamtlichen Politik verwiesen, die Mitglieder seien zu alt, zu wenige, zu schlecht informiert und engagiert, würden sich nicht um verantwortliche Politik bemühen, sondern kurzfristige Entscheidungen treffen et cetera. Insbesondere sei es verbreitet, dass von den Ämtern vorbereitete Maßnahmen und Entscheidungen von Gemeindeparlamenten im Votum abgelehnt würden, womit notwendige Maßnahmen boykottiert würden.³⁵⁸

Es kann daher vermutet werden, dass die in Köllme beobachtete politische Strategie kein Einzelfall ist. Das Amt hält alle wichtigen Informationen so weit wie möglich zurück und sorgt damit für die faktische Handlungsunfähigkeit des Gemeindeparlaments, das schlichtweg nicht

356 Bemerkenswert ist, dass die Entscheidung, auch Flächen für Freiflächen-Solaranlagen zukünftig zentral durch zusammengefasste regionale Planungsstellen auszuweisen zu wollen, gerade in dem Zeitraum fiel, als sich ein neues Modell etablierte. An mehreren ehemaligen Standorten der Roten Armee, die durch Kontamination mit Giften und Blindgängern kaum nutzbar sind, wurden große Solaranlagen errichtet, mit deren Steuereinnahmen die Gemeinden die weitere Räumung und Entgiftung des Geländes finanzieren. Eine weitere Expansion des Modells könnte durch die Reform jäh beendet werden. Allerdings ist zu bemerken, dass die beide Flächennutzungspläne, für Wind- und Solaranlagen, Anfang 2011 nach erheblicher Verspätung noch nicht vorlagen, sodass bis dato überhaupt keine Planungssicherheit besteht.

357 Mündliche Auskunft eines Verantwortlichen in hoher Position einer Verwaltungsbehörde des Landes im informellen Gespräch nach der Abschlusspräsentation des Forschungsseminars vom Wintersemester 2009/10 am 4.2.2010 in Cottbus.

358 Ebd.

weiß, worüber wann abgestimmt werden sollte, wann Bebauungspläne ausliegen und was überhaupt geplant wird.³⁵⁹ Wo solche Strukturen entstehen, werden die Amtsdirektoren nicht *de jure* aber *de facto* zu Lokalpolitikern mit weitreichenden Kompetenzen, die die der gewählten Volksvertreter – zumal sie nicht gewählt werden und deshalb viel langfristiger planen können – bei weitem übersteigen können.³⁶⁰

Politische Strukturen zwischen Verwaltung, Bürgermeistern und Gemeindeparlamenten

Im ländlichen Dalmatien herrschen wie beschrieben zwei Modelle der Regionalpolitik vor. Das sind zum einen die Amtsverwaltungen, die oft über ehrenamtliche Politik dominieren und zum anderen die politisch weitgehend unabhängigen Bürgermeister von amtsfreien Gemeinden. Die Amtsfreiheit wird durchaus als Privileg wahrgenommen und nicht ohne Stolz erwähnt.

In beiden Fällen gibt es nun mehrere mögliche Kombinationen von Kooperation und blockierter Politik. Nicht unüblich ist der beschriebene Fall, dass Ortsvorsteher und Gemeinderat mit ihrem Amt im Zwist liegen. Ferner kann aber auch ein Bürgermeister durch seine Ortsvorsteher, die Gemeinderäte und vor allem den Stadtrat blockiert werden (siehe Wettin) *et vice versa*. Je komplexer sich ein politisches Vorhaben gestaltet, desto wichtiger ist ein konstruktives Verhältnis zwischen den Akteuren. Einfache, routinemäßige Entscheidungen mögen ohne großes gegenseitiges Vertrauen gefällt werden. Energieprojekte haben jedoch die Eigenart, sowohl weil sie eine neue Aufgabe darstellen als auch aufgrund ihres Anspruchs an bürgerschaftliche Kooperation, nicht in die üblichen Routinen zu passen. Im Ergebnis sind oft Abstimmungen in den Parlamenten notwendig oder mit anderen politischen Ebenen. Beides kann zu einer völligen Blockade führen, wenn kein vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Parteien vorherrscht (siehe Köllme).

Auf der anderen Seite zeichnen sich erfolgreiche Projekte durch gute informelle Kontakte zwischen den Akteuren aus (Löwen, Müheln, Lettewitz), was begleitet wird von sich einspielenden administrativen Routinen, wodurch die informelle Kommunikation schließlich wieder entlastet wird, wenn Verwaltung und Parlament einmal mit dem Thema erneuerbare Energie (EE) vertraut sind und neue Anlagen und Investitionen ohne weitere Diskussionen gutheißen und umsetzen (siehe Müheln). Im Fall Schiepzig konnte zudem beobachtet werden, dass enge persönliche Netzwerke quer zu den Institutionen laufen und deren Zusammenarbeit wesentlich beschleunigen.

Aus den bisherigen Überlegungen und Beobachtungen kann resümiert werden, dass amtsfreie

359 Siehe Fallstudie Köllme und insbesondere die Interviews mit den Vereinsvorständen.

360 Wie in der Fallstudie Köllme berichtet, erfuhr der ehrenamtliche Bürgermeister erst vom Interviewer, dass sein Ort am Förderprogramm „Theiß-Donau erneuerbar!“ teilnimmt.

Regionalpolitik oder der historische, prä-reformierte Gemeinderat³⁶¹ den besten Rahmen für anspruchsvolle politische Vorhaben bilden. Informelle Beziehungen, *in vulgo*: Seilschaften oder wissenschaftlicher: informelle Akteursnetzwerke sind eine weitere Erfolgsbedingung, die nicht zu unterschätzen ist. Wie auch in den anderen herausgearbeiteten Kategorien ist damit zu rechnen, dass die untersuchten Orte, eine Selektion der handlungsfähigsten politischen Strukturen Dalmatiens darstellen, sonst wäre es ihnen nicht gelungen, kompliziertere Vorhaben um EE überhaupt zu initiieren. Es ist also nicht auszuschließen, dass es sich um Regionen mit sehr gut ausgeprägten Strukturen informeller Politik handelt.

Parteizugehörigkeit

Wenn von Politikern die Rede ist, liegt die Frage nahe, welcher Partei sie angehören und inwieweit dies einen Einfluss auf ihre Meinungen und Handlungen habe. In der Bundes- und Landespolitik war und ist das Thema Energie schließlich ein hoch umstrittenes Thema, was dazu führt, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen mit den Regierungskoalitionen wechseln.³⁶² Das Gegenteil lässt sich hingegen von der Lokalpolitik auf der Ebene von Bürgermeistern, Ortsvorstehern und Gemeindeparlamenten sagen, die Parteizugehörigkeit spielt hier kaum eine Rolle. In den Interviews wurde dies weder von Politikern selber noch von anderen Personen jemals thematisiert. Eine Recherche ergab folgendes Bild: keiner der verantwortlichen Politiker war Mitglied von B90/Grüne oder CDU. Dafür fand sich ein FDP- und ein SPD-Mitglied. Drei Personen waren parteilos, eine Person Mitglied einer „Wählergemeinschaft“. Bis auf das Fehlen der CDU entspricht das sehr grob der durchschnittlichen Parteimitgliedschaft der Bürgermeister in Dalmatien.³⁶³ Dass eine bestimmte Mitgliedschaft, insbesondere bei B90/Grüne, vorliegt, kann also nicht gesagt werden. Auch das Gegenteil liegt nicht vor, eine FDP Mitgliedschaft ist auf dieser Ebene kein Hinderungsgrund für erneuerbare und dezentrale Energieproduktion. Der Bürgermeister von Salzmünde als Vorstand der FDP Fraktion seines Stadtrats ist zweifelsfrei ein entschiedener Verfechter des „Modells Lettewitz“ und hat sich die Energiewende der Region zum politischen Anliegen gemacht. Auch der Bürgermeister von Mücheln steht mit seiner rein ökonomischen Argumentationsweise der FDP geistig nahe, was ihn aber nicht davon abhielt, in EE zu investieren. So kann für alle Bürgermeister und auch die *de-facto* Politiker der Amtsverwaltung³⁶⁴ gesagt werden, dass die Energiekonzepte ihrer Parteien auf Bundes- oder

361 Damit ist die Situation vor der Gemeindegebietsreform 2002 gemeint, als die Gemeinderäte noch weitreichende Kompetenzen innehatten. Siehe das vorhergehende Unterkapitel.

362 Man denke nur an die so regelmäßig geänderten Einspeisetarife für erneuerbare Energien, an den Atomausstieg und die Genehmigungspraxis der Länder gegenüber Windrädern und Freiflächen-Solaranlagen.

363 Der Anteil von parteilosen Kandidaten und Wählergemeinschaften liegt tatsächlich sehr hoch im Landesdurchschnitt.

364 Siehe hierzu Seite 124.

Landesebene kaum eine Rolle spielen.

Aufgrund der Fallauswahl kann freilich nicht getestet werden, ob diese Orte sich nicht eventuell gerade durch ihre pragmatische Politik vor anderen auszeichnen. Diese Überlegung muss vorerst offen bleiben.

4.1.3 Wirtschaft

Die zweite Gruppe, die Wirtschaft, gliedert sich in die typischen dörflichen Mittelständler (Elektriker, Ingenieurbüros, Metallbau, Möbelbau etc.) einerseits und etwas größere lokale Betriebe³⁶⁵ andererseits. Dazu kommen in den Dörfern die in Ostdeutschland meist recht großen Agrargenossenschaften. In einigen Regionen sind überregionale Unternehmen mit kleinen Dependancen vertreten.³⁶⁶

Kleine Unternehmen sind üblicherweise stärker in die örtliche Sozialstruktur eingebettet als große. Ihre Geschäftsführer, meist Handwerker, handeln eher entsprechend der örtlichen öffentlichen Meinung als nach kühl rationalen Erwägungen (die dennoch nicht fehlen). Wenn von wirtschaftlichen Akteuren im lokalen Kontext die Rede ist, muss also mitgedacht werden, dass diese nicht nur zum Bereich der Wirtschaft, sondern auch zur örtlichen Sozialstruktur gehören. Nur von den Ausgliederungen großer Konzerne ist zu erwarten, dass sie nach der Weberschen Terminologie rein zweckrational handeln, unabhängig von der örtlichen öffentlichen Meinung.

Eine besondere Rolle kommt in fast allen untersuchten Fällen den Agrargenossenschaften zu, wenn nämlich Boden oder Biomasse notwendig ist.³⁶⁷ Wie sich im Theiß-Landschaftsschutzgebiet, Wettin und Lettewitz zeigte, sind die Bauern in den Genossenschaften nicht nur gut organisiert, sie können auch bäuerlich-eigensinnig handeln. Zugleich haben sich die Bauern in Wettin und im Theiß-Landschaftsschutzgebiet recht homogen verhalten (jeweils mit Ablehnung), was seinen Grund im geteilten wirtschaftlichen Schicksal, aber auch in einem bäuerlichen Stolz und geteilter Identität haben dürfte. Schließlich war die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) in der DDR oft *die* wirtschaftliche und kulturelle³⁶⁸ Institution im Dorf und ist es teils auch nach der Wiedervereinigung in der Form der Agrargenossenschaften, oft bei personeller Kontinuität, geblieben (vgl. Eidson 2006).

Die Agrargenossenschaften haben seit der Wiedervereinigung in *allen* Fällen einen tiefgreifenden

³⁶⁵ Zum Beispiel Lux-Schaltanlagen, Windräder in Eisdorf und die Rennstrecke bei Mücheln.

³⁶⁶ So die Wind-Strom AG in Lettewitz, Vattenfall in Schiepzig und mit nur geringem Interesse für örtliche Politik: Olé AG als Besitzerin des Löwener Windparks.

³⁶⁷ Ausnahmen sind Solaranlagen auf Hausdächern, insbesondere in Köllme.

³⁶⁸ Im Sinne des Bitterfelder Weges waren den Betrieben, auch den landwirtschaftlichen, künstlerische und kulturelle Zirkel angegliedert. Die Vereine erhielten finanzielle Unterstützung aus den Betrieben, auf dem Land also von den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).

wirtschaftlichen Wandel vollzogen. In den Energieorten führt diese noch weiter, mit dem partiellen Wechsel von der Nahrungs- zur Energieproduktion. Damit ist stets auch ein Identitätswandel verbunden, wie im Fall Lettewitz beschrieben. Leider lag nur dieser eine Fall vorlag. Es kann nur vermutet werden, dass die Bereitschaft einer Agrargenossenschaft, ihre alte Identität als reine Nahrungsmittelproduzentin aufzugeben und sich neuen Wirtschaftsformen zu öffnen, für die Entwicklung einer Region eine entscheidende Größe ist. Noch allgemeiner gesagt, wird die Fähigkeit der jeweils dominanten Agrargenossenschaft, als wichtigstes Wirtschaftssubjekt überhaupt, das Geschick einer Region langfristig bestimmen.

Alle drei untersuchten Agrargenossenschaften waren sich dieser Verantwortung durchaus bewusst und bemüht, sie entsprechend wahrzunehmen. So haben die Wettiner Großbauern die Biomasseanlage mit Verweis auf ihre Pflicht zur Nahrungsmittelproduktion abgelehnt.³⁶⁹ In Lettewitz betonte der Vorsitzende der Agrargenossenschaft seine Verantwortung, „den Leuten“ im Dorf Arbeit zu geben, und im Theiß-Landschaftsschutzgebiet schien der Genossenschaftsvorsitzende nicht nur aus wirtschaftlichem Interesse am Energieprojekt der Theißpark-Verwaltung interessiert, sondern auch aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Region.

Für kleine Mittelständler hingegen ist der mögliche Gewinn ihrer Firmen wie zu erwarten das wichtigste Motiv. Das sind vor allem Aufträge für Bauarbeiten, um Solar- und Biogasanlagen zu errichten oder Netze zu verlegen. Ferner können auch langfristig entstehende Arbeitsplätze ein Argument sein. Das zweite Motiv besteht in der Möglichkeit, als Lieferant von Biomasse (Holz, Rapsöl, Biomüll) oder aber als Abnehmer günstigerer Heizenergie oder Elektrizität zu profitieren. Da es sich hierbei meist um zukünftige Entwicklungen handelt, spielt die Phantasie der Betroffenen eine nicht zu unterschätzende Rolle. So hat es in Wilzen fast ein Jahr gedauert, bis die Mittelständler überzeugt waren, dass sie an dem Wärmenetz etwas verdienen würden, und es nicht „nur um Umweltschutz“ gehe. Dieses Vorurteil, dass ein Vorhaben zur Verbesserung der allgemeinen ökologischen Situation mit wirtschaftlichen Interessen unvereinbar sei, ja ihnen geradezu zwangsläufig widerspreche, ist ein in bestimmten Milieus leider generell verbreitetes Missverständnis. Die Mittelständler Dalmatiens bilden hier keine Ausnahme. (vgl. Umweltbundesamt 2009)

4.1.4 Vereine

Während der Feldforschung wurden gezielt die Vereinsvorstände als relevante Gruppe untersucht, in der Erwartung, dass Vereine repräsentativ für die öffentliche Meinung im Dorf seien und ferner, dass ihre Vorstände das Stimmungsbild im Verein ungefähr widerspiegeln. *A priori* wurde also erwartet, dass Vereinsvorständen die Rolle von *Meinungsführern* zukommt, was sich an Hand

³⁶⁹ Siehe hierzu die Teller-Tank-Debatte in der Informationsveranstaltung in der Fallstudie Wettin.

einiger Beobachtungen bestätigt hat. So wurden in Lettewitz mehrere Personen in den Beirat der Netz-Betreiber-Gesellschaft gewählt, die zugleich, teils mehrere Vorstandsämter ausüben.³⁷⁰ Insofern vorausgesetzt wird, dass nicht zufällig die gleichen Personen in die Ämter gewählt werden, sondern bevorzugt solche, die bereits das Vertrauen der Anwohner genießen und denen eine elevierte Position zugestanden wird, kann daraus geschlossen werden, dass es sich um Personen handelt, deren Stellung in der symbolischen Ökonomie des Feldes mit der formalen Autorität des Vorstandsamtes übereinstimmt und die eine bevorzugte Sprecherrolle einnehmen können (vgl. Bourdieu 1979: 318-335 und Fuchs-Heinritz/König 2005: 139-157).³⁷¹

Die daran anschließende Frage, ob die untersuchten Vereine eher ein Frühindikator der Befindlichkeit der sie umgebenden Öffentlichkeit sind, oder autonome Positionen im Sinne eines Elitekonsens vertreten, lässt sich hier nicht abschließend klären.³⁷² Es kann aber argumentiert und durch einige Beobachtungen gestützt werden, dass *bottom-up* und *top-down* Strukturen *innerhalb* der Vereine und *innerhalb* eines Themas durch das Maß seiner symbolischen Komplexität bedingt sind. Wenn es sich um einfach zu begreifende Dinge handelt, deren Folgen allgemein verständlich sind, zum Beispiel ein neuer Windpark am Dorfrand, so wird der Diskurs breiter sein, viele Sprecher umfassen und eher eine *bottom-up* Struktur aufweisen. Auch wird hier die Stellung des Vereins zum Dorf in der Tendenz eher die eines Übermittlers allgemeiner Befindlichkeiten sein und weniger die einer Autorität, da hier niemand Anleitung braucht. Bei schwer verständlichen, in ihrer Konsequenz nicht gut abschätzbaren oder ihrer Konsequenz weniger allgemeinen Vorhaben, wird der Diskurs eher *top-down* Strukturen annehmen. Das sind einerseits einzelne Blockheizkraftwerke oder Dachsolaranlagen, die kein allgemeines Interesse erregen und andererseits virtuelle Kraftwerke und komplexe Insellösungen (siehe Idealtypen S.150), die ein hohes Maß an technischem Vorwissen voraussetzen und nicht allgemein verständlich sind. In all diesen Fällen wird eher eine Minderheit der intellektuell Begabteren als Vordenker auftreten, während die Mehrheit desinteressiert oder zumindest passiv bleibt, weil die Themen schlichtweg nicht anschlussfähig sind, keine Emotionen mobilisieren und nicht mit vertrauten Symbolen fassbar sind.³⁷³ Die Meinung der Vereine und insbesondere ihrer Vorstände wird in beiden Fällen eine Rolle spielen, aber wesentlich stärker im letzteren.

370 Listen mit den Vorständen wurden im Internet gefunden und eine Liste des Beirats wurde freundlicherweise von der Wind-Strom AG zur Verfügung gestellt. Ein Abgleich ergab zahlreiche Fälle von Ämterhäufung.

371 In Wettin und Köllme wurde in den Interviews der Vorstände eine gewisse Opposition gegen die jeweiligen Pläne der Lokalpolitik festgestellt, zu einem frühen Zeitpunkt, noch bevor diese Ablehnung sich in der politischen Arena manifestieren konnte und dort zu einem Scheitern der jeweiligen Vorhaben führte, woran die politische Relevanz der Meinung dieser Gruppe ersichtlich wird.

372 Dass Vereinsvorstände Meinungsführer sind sowohl in einem repräsentativen als auch in einem leitenden Sinne wird hier im weiteren als Prämisse vor rausgesetzt.

373 Dies war teilweise in Lettewitz der Fall. Interview mit Familie Wittelsbach am 31.7.2009.

Interesse der Vereinsvorstände

In vielen Fällen zeigte sich, dass die Vorstände zugleich auch als lokaler Mittelstand wirtschaftlich aktiv sind,³⁷⁴ was sie über die Grenzen des Vereins hinaus in die lokale Politik integriert. Indem sie ein Interesse an öffentlichen Bauaufträgen hegen, sind sie veranlasst, sich in der Rolle als Vereinsvorstand entsprechend ihrer privaten Interessen zu positionieren. Wenn also der Mittelstand in Erwartung von Aufträgen oder Kostenersparnissen ein Energieprojekt unterstützt, ist dies oft gleichbedeutend mit der Unterstützung durch einige Vereinsvorstände und eventuell auch der Vereinsbasis, entsprechend den Überlegungen zu *top-down* und *bottom-up* Kommunikation im vorhergehenden Unterkapitel.

Auch die Vereine selber haben oft ein Interesse an pekuniären Gratifikationen und bilden sich ihre Meinung zu einem Windpark oder anderen Technologien an Hand der Frage, welche Vorteile diese für sie als Verein haben könnten, wie im Fall Lettewitz ausführlich dargelegt wurde.³⁷⁵

Aufgrund dessen und der häufigen Präsenz von Mittelständlern in Vorstandsämtern müssen rein wirtschaftliche Belange des Mittelstands und Meinungsbildungsprozesse in den Vereinen stets zusammen gedacht werden.

Damit soll freilich nicht gesagt werden, dass rationale ökonomische Überlegungen immer dominierten. Wenn die Vorsitzenden von Feuerwehr und Fußballverein just alte Kohlekumpels sind, denen jegliche Sympathie für EE Anstrengung bereitet, stehen die Chancen für lokale Energieautarkie schlecht, selbst wenn den Vorständen Aufträge und Vereinsspenden versprochen werden.

Und *vice versa* fanden sich Fälle, in denen überzeugte Umweltaktivisten in Vereinsvorständen auch ohne weitere Gratifikationen bereit waren, eine Lanze für erneuerbare Energieprojekte zu brechen.³⁷⁶ In Dalmatien sind diese Motive oft mit dem Thema Braunkohle und „Abbaggerung“ verbunden, was ausführlicher im Kapitel „Die Braunkohle als Identitätsstifter und Narrativ“ diskutiert wird.

Vereine als Orte der Meinungsbildung

In der Literatur zu Sozialkapital wird angenommen, dass ehrenamtliche Institutionen im allgemeinen integrierend wirken, indem sie soziale Gruppen verbinden, die sonst wenig Kontakt zueinander hätten (vgl. Fürst/Schubert 1998). Vereine als typische Orte für Ehrenämter (zumindest in Deutschland) sind daher ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft und befördern deren

³⁷⁴ Siehe hierzu Lettewitz, Mühlen, Wilzen.

³⁷⁵ Das gleiche Verhalten erweist sich auf der anderen Seite oft als Einfallstor für die Zustimmung zu Tagebauen und ähnlich destruktiven Formen der „Regionalplanung“.

³⁷⁶ Siehe die Fallstudie Löwen.

Handlungsfähigkeit, wie schon von Toqueville (1842) ausführlich berichtet wurde. In den untersuchten Fällen haben sich diese Annahmen weitestgehend bestätigt. Die Dorfbewohner selber bringen dem Vereinsleben oft hohe Wertschätzung entgegen, mehr als im städtischen Raum üblich, da einfach weniger Alternativen bestehen, sich anderweitig als in Berufsarbeit im öffentlichen Raum zu begegnen.³⁷⁷ (vgl. Bühlmann/Freitag 2007: 178)

Vereine sind neben gemeinsamen Arbeitsplätzen und den kaum besuchten Kirchen wichtige Treffpunkte für das Dorfleben. Im folgenden wird die These vertreten, dass sie Teilöffentlichkeiten bilden, in denen sich die öffentliche Meinung weiterentwickelt und neue dominante Deutungsmuster geformt werden (vgl. Bourdieu 1979: 330ff.). So wurde im Feld beobachtet, dass problematische Themen in gemeinsamen Versammlungen der Anwohner, oft aus Scheu sich zu exponieren, nicht zur Sprache kommen. Ebenso sind Nachfragen, die Unwissenheit erkennen lassen, oftmals verpönt. Erst die vertraute Umgebung des Vereins bietet vielen Menschen den Ort, an dem Kontroversen diskutiert werden; wer zuvor nicht alles verstanden hat, kann sich hier alles nochmals erklären lassen. Im Verein wird offener als sonst „auch mal etwas besprochen“, ohne Angst haben zu müssen, die falsche Meinung zu vertreten.³⁷⁸

In diesen Teilöffentlichkeiten können die sich widerstrebenden Positionen ausgehandelt oder von Beginn an so konstruiert werden, dass gar keine klare Opposition entsteht. Letzteres ist der übliche Modus, weil es im ländlichen Raum vermieden wird, sich frühzeitig zu eindeutig festzulegen, um später nicht als Abweichler dazustehen. Erst wenn die Meinungsführer sich festgelegt haben, beziehen die restlichen Bewohner Stellung dazu, meist natürlich affirmativ. Obwohl dies alles aus der Ethnomethodologie und anderen Forschungszweigen lange bekannt ist, sind diese Phänomene im Vergleich zu städtischen Milieus für den Forscher doch bemerkenswert stark ausgeprägt gewesen. Der Hang zur Homogenität erschien insgesamt sehr ausgeprägt, was berücksichtigt werden muss, um die Bedeutung dieser geschützten Teilöffentlichkeiten hoch genug einzuschätzen. Ihren Status als *Teilöffentlichkeit* erhalten sie nicht nur durch die quantitative, sondern durch eine qualitative Einschränkung in aktive und seltene Vereinsgänger, in Frauen-, Männer und Jugendmannschaft, in Kulturverein und Jagdverein und so weiter. Die dort geformten einzelnen Deutungsvorschläge eines noch nicht zur *Doxa* gewordenen Diskurses (vgl. Fuchs-Heinritz/König 2005: 203) stoßen an den Sonntagen aufeinander, wenn sich die Fußballmannschaften begegnen, bei Dorffesten, Informationsveranstaltungen und anderen gemeinsamen Treffen. Erst hier, so ist zu vermuten, bildet sich eine Synthese, eine neue verbindliche Interpretation. Freilich werden auch in der Zwischenzeit die Meinungen aus den

377 Wobei die Überprüfung der Thesen der Sozialkapitalforschung kein Hauptanliegen dieser Feldforschung darstellte. Vielmehr mussten diese zum überwiegenden Teil vorausgesetzt werden, da schließlich nicht alle Prämissen getestet werden können. So weit aber das gesammelte empirische Material trägt, wurden keine Gegenanzeigen zu den Hauptthesen der Sozialkapitalforschung gefunden.

378 Familie Wittelsbach im Interview am 31.7.2009.

Vereinen ausgetauscht. Feste und Versammlungen stellen dennoch herausragende Kommunikationsgelegenheiten dar, bei denen sich alle sonst ablaufenden Prozesse zeitlich verdichten und beschleunigen. Sie sind der symbolische Ort par excellence für die Bildung einer gemeinsamen öffentlichen Meinung und der dazu gehörigen Diskurse.

Ausschluss durch männliche Technikdiskurse

Im folgenden soll auch die Gegenthese, dass Diskurse exklusiv und hinderlich wirken, wofür einige Beobachtungen vorliegen, diskutiert werden. Insbesondere in Schiepzig und teils auch Lettewitz, haben sich spezifische *Technikdiskurse* um allerlei technische Detailfragen etabliert, denen die Mehrheit der Anwohner nicht beiwohnen kann und möchte. Getragen werden sie von kleinen Gruppen technikbegeisterter Männer, oft mit entsprechenden Bildungsabschlüssen³⁷⁹. Meist sind diese im mittleren oder höheren Alter und zählen zu den *Meinungsführern* im Dorf. Dieser Diskurs und das dazugehörige exkludierende Expertenwissen werden mehr oder weniger bewusst eingesetzt um die soziale Position zu reproduzieren oder zu verbessern. Indem sie sich ein Thema derart aneignen, tragen sie es als legitimes Anliegen (legitim Kraft seiner Integrierbarkeit in die patriarchalen und etablierten Strukturen³⁸⁰) in die Sozialstruktur des Dorfes und verbreiten es in seinen Untergruppen (zum Beispiel in den Vereinen).

Die Ausprägung solcher exklusiven Strukturen hängt kurzfristig weniger davon ab, welches technologische Vorhaben zur Debatte steht, sondern ist Teil der langfristig gewachsenen Sozialstruktur eines Dorfes. Diese Strukturen werden also jeweils schon vorgefunden. Wie gut sie berücksichtigt werden, trägt entscheidend zum Erfolg oder Scheitern eines Energieprojektes bei. Viele Vorhaben scheitern daran, dass die externen Experten es für ausreichend halten, die Anwohner nur passiv zu informieren.³⁸¹ In erfolgreichen Fällen wie Lettewitz oder Schiepzig hingegen hat die Gruppe der „dominanten Männer“ die Möglichkeit gehabt, mitzureden und mitzuentscheiden, selbst wenn dies technisch nicht immer notwendig war. Soziologisch gesehen ist es empfehlenswert, in allen auf breite Akzeptanz angewiesenen Vorhaben genügend Entscheidungsspielräume offen zu lassen, damit sich lokale Machtasymmetrien in diesen Freiräumen durch organisatorische Einflussnahme reproduzieren können.

379 Aufgrund der DDR-Biographien sind geisteswissenschaftliche Bildungstitel im Vergleich zu den alten Bundesländern eher selten.

380 Zu patriarchalen Strukturen siehe die Fallstudie Schiepzig.

381 Siehe zum Beispiel die Informationsveranstaltungen in Köllme und Wettin.

4.2 Brücken zwischen den Gruppen

Für komplexe politische Vorhaben, wie eine regionale Energieversorgung, ist die Zusammenarbeit der vier beschriebenen Gruppen stets förderlich und fast immer auch notwendig. Dies hat sowohl diese Studie gezeigt als auch die langjährige Forschung zu Sozialkapital: besonders erfolgreiche regionale Entwicklungen, sei es in Wirtschaft, Politik oder Zivilgesellschaft werden von horizontal integrierten Eliten hervorgebracht, die über kurzfristige, zweckrationale Erwägungen hinaus auch informell und langfristig verbunden sind (vgl. Frommhold-Eisebith 1999 und Fürst/Schubert 1998). Da es sich bei den Fallstudien, wie bereits erwähnt, im Landesvergleich um politisch besonders aktive Regionen handelt, kann erwartet werden, dass auch ihre Eliten überdurchschnittlich gut vernetzt sind.

Die naheliegende Form der Assoziation ist im ländlichen Raum die familiäre Verwandtschaft. In Lettewitz ist dies besonders deutlich, da viele Vereinsvorstände, Ortsvorsteher, Mittelständler und *Meinungsführer* aus den selben Familien stammen oder wenigstens entfernt verwandt sind.³⁸² In den restlichen Fällen wurden andere Formen gefunden. So sind die Inhaber von Schlüsselpositionen in Schiepzig untereinander aus der Schulzeit, vom Tanz- und Konfirmationsunterricht vertraut. In Köllme ist ein Teil der Vereinsvorstände und des Mittelstands über die Sportvereine verbunden und in Löwen rekrutiert sich die „aktiven Elite“ vornehmlich aus der ethnische Minderheit der Flamen.³⁸³

Mit der Betonung von informellen Verbindungen und dem dadurch ermöglichten gegenseitigen Vertrauen soll nicht gesagt werden, zweckrationale Überlegungen würden keine Rolle spielen. Im Gegenteil hat sich gezeigt, dass weder Mittelstand noch Vereine oder Politik ein Vorhaben unterstützen, wenn nicht jeweils die eigene Firma, Klientel oder der Verein davon profitiert. Nur erleichtern informelle Vertrauensverhältnisse die Verhandlungen darüber. Die Wirtschaftswissenschaft würde argumentieren, dass Vertrauen die Transaktionskosten senkt.

4.3 Technologie und Akzeptanz als Diskurs

Die erneuerbare Energieproduktion, sei es mit Solarzellen, Biogas oder Windrädern ist, wie andere Technologien auch, darauf angewiesen als ausreichend legitim zu gelten, damit ihre störenden Facetten, ohne die keine Großtechnologie auskommt, von der Öffentlichkeit in Kauf

³⁸² Ein Abgleich der Familiennamen der Vereinsvorstände, des Vorstands der Netzbetreiber-Gesellschaft und der Mittelständler zeigt, dass gewisse Namen doppelt auftreten, weshalb damit zu rechnen ist, mehrere Personen aus der gleichen Familie dort tätig sind. Wenn schon Assoziation in so engem Grad der Verwandtschaft häufig vorkommen, ist damit zu rechnen, dass weit mehr weniger offensichtliche Verbindungen vorliegen. Letzteres kann nur vermutet werden, die direkte Verbindung über die Kernfamilie ist empirisch belegt.

³⁸³ Der Name der Ethnie ist anonymisiert.

genommen werden. Das folgende Kapitel widmet sich daher den mikrosoziologischen Prozessen, die in lokalen Kontexten zu völlig verschiedenen Haltungen der Öffentlichkeit gegenüber ein und derselben Technologie führen können, von völliger Ablehnung bis zu aktiver Unterstützung. Im Gegensatz zu den meisten vorliegenden Akzeptanzstudien sind hier die lokal spezifischen sozialen Mikrokosmen der Ausgangspunkt der Überlegung und nicht eine bestimmte Technologie.³⁸⁴ Im Zuge der Postmoderne hat sich ein Technologieverhältnis entwickelt, in dem Akzeptanz zunehmend vom Normalzustand zur Ausnahme wird mit dem Ergebnis, dass Risikotechnologien wie Atomkraft in Westeuropa schlichtweg kaum noch durchsetzbar sind (vgl. Giddens 1992: 42).³⁸⁵ Das entscheidende Charakteristikum dieser Diskurse ist das wahrgenommene Risiko der Technologien, das sich durch seinen allgemeinen Nutzen rechtfertigen muss (vgl. Grunwald 2002). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob EE überhaupt als riskante Großtechnologien gezählt werden sollten. Sie können als Windparks mit mehreren Dutzend Turbinen zwar die Ausmaße von Großtechnologien erreichen und Landschaftsbilder verändern, aber riskant sind sie im Vergleich zu Atomkraft oder CCS³⁸⁶ nicht. So argumentieren die Gegner der EE fast ausschließlich ökonomisch und ästhetisch aber nicht mit fatalen oder ökologischen Risiken.³⁸⁷ Das ins Feld geführte Argument der vermeintlich bedrohten Versorgungssicherheit, das immerhin versucht einen Risikodiskurs zu etablieren, verfängt aber nur teilweise, weil es eben auf wirtschaftliche Bequemlichkeiten und technische Expertendiskurse³⁸⁸ zielt und nicht auf unmittelbare Bedrohung von Gesundheit und Leben.

Die erneuerbare Energieproduktion wird daher im weiteren nicht als Risikotechnologie gezählt, da weder wissenschaftlich-objektive noch subjektiv wahrgenommene Risiken dafür sprechen (vgl. Bundesumweltamt 2009). „Akzeptanz“ wird im Folgenden nicht isoliert, sondern als *lokal bedingte* Akzeptanz, als Teil von umfassenderen Diskursen diskutiert.

384 Dass diese Studien meist mit der Frage beginnen, wie eine bestimmte Technologie „durchgesetzt“ werden könne – oft unter Umgehung der Frage, warum und für wen sie durchzusetzen sei – erklärt sich zum Teil aus ihrer historischen Allianz mit den Großtechnologien. So hat sich insbesondere die Psychologie in den 80er Jahren mit der Frage befasst, wie die öffentliche Meinung für die Atomkraft umgestimmt werden könnte (vgl. Renn 1984).

385 Bei neueren Risikotechnologien wie der unterirdischen Kohlenstoffdioxid-Verpressung wird von vornherein ein Begleitprogramm zur Erzeugung von Akzeptanz eingeplant (Fischedick 2008).

386 CCS = Carbon Capture and Storage. Darunter wird die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid, das aus Kohlekraftwerks-Verbrennungsanlagen abgeschieden wurde, verstanden. Das Risiko besteht laut ihrer Kritiker in einer langfristigen Verschmutzung von Trink- und Grundwasser.

387 In der Fachliteratur entwickeln sich erste Diskussionsstränge um die Recyclingfähigkeit von Solarzellen und Rotorblättern von Windkraftanlagen. In der öffentlichen Debatte spielt dies aber bisher keine Rolle. Auch wird es schwierig sein, erneuerbarer Energieproduktion ähnliche Risiken wie der Atomkraft zuzuschreiben.

388 Ob, wann und wie die Versorgungssicherheit gewährleistet werden könnte, wird von verschiedenen Expertengruppen ganz unterschiedlich bewertet. Im öffentlichen Diskurs kann dies jedoch kaum diskutiert werden, weil das Thema zu kompliziert ist. Eine einfach verständliche Position scheint sich nur zwischen den Lagern zu bilden, die entweder meinen, dies sei technisch möglich und denen, die dies verneinen. Paradoxerweise kommt hier die Stimme der Fortschrittspessimisten aus dem Lager der Atomkraft- und CCS-Fraktion, die meinen, die Risiken der Atomkraft und CO₂ Verpressung seien problemlos beherrschbar, dass der Versorgungssicherheit der erneuerbaren Energien aber nicht. Die klare Dichotomie zwischen Fortschrittsglaube und -skeptizismus verfängt hier, ganz postmodern, nicht mehr.

Akzeptanz und Teilnahme je nach Technologie

So heterogen die untersuchten sieben Fälle sind, so unterschiedlich ist jeweils die Rolle von „Akzeptanz“ und aktiver Teilnahme. Für kleinere Technologien wie Dachsolaranlagen, Miniwindräder und BHKW spielt die allgemeine Akzeptanz einer breiten Dorfföfentlichkeit fast keine Rolle, da diese Energieerzeuger den meisten Ohren, Augen und Nasen verborgen bleiben und folglich im Diskurs auch nicht negativ auftauchen, wenn sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Akzeptanz ist allerdings innerhalb des kleinen Kreises der Verwaltung und des Gemeinderates notwendig, wo Unwissen und Vorurteile selbst harmlose Projekte verhindern können.³⁸⁹ Eine steile Hierarchie mit möglichst wenig demokratischer Mitsprache ist hier durchaus förderlich, um autoritäre technokratische Entscheidungen eines Bürgermeisters schnell umzusetzen.

Sichtbare, größere Technologien, wie Windräder provozieren oft spontan ablehnende Reaktionen der Öfentlichkeit. Die Tatsache alleine, dass es zu Protesten kommt, sollte allerdings nicht zu der These führen, dass Windräder *ebenso* umstritten sind wie CCS und Atomkraft. Ganz im Gegenteil zerstreuten sich in drei der untersuchten Orte³⁹⁰ anfängliche Anti-Windparkproteste nach kurzer Zeit. Dies kann teils mit den im ländlichen Dalmatien etablierten, politischen Hierarchien begründet werden, die es entschlossenen Ortsvorstehern und Bürgermeistern ermöglichen, über kleinere Proteste einfach hinwegzugehen (siehe S. 122-126).

Allerdings trifft dies nicht mehr zu, wenn die Ablehnung tief genug verwurzelt ist. Die Erkundungsarbeiten für unterirdische CO₂ Verpressung (CCS) werden durch Bürgerinitiativen in vielen Teilen Dalmatiens erfolgreich behindert, während bisher keine Anti-Windkraft-Initiative so weit ging, die Bauplätze zu besetzen. Auch sind meines besten Wissens die Versuche, einen Konsens zu bilden, dass Anwohner kein Land für Windräder verkaufen, bisher stets gescheitert, während die Anti-CCS Front ihre Reihen geschlossen hält. Die Initiativen gegen Solar- und Windparks erscheinen deshalb in Dalmatien, besonders verglichen mit CCS, eher als Strohfeuer.³⁹¹ In der gesamten Teilgruppe der *Insellösungen*³⁹² stoßen die in Dalmatien meist vorherrschenden autoritären Entscheidungsprozesse an ihre Grenzen. Wo es nötig ist, dass die Anwohner sich selber aktiv beteiligen, Informationsveranstaltungen besuchen, Lieferverträge unterschreiben, ihre Häuser anschließen lassen oder sogar eine Einmalzahlung leisten,³⁹³ reicht passive Technologieakzeptanz allein nicht mehr aus. Akzeptanz ist hier nur eine erste Voraussetzung für

389 Siehe die Fallstudie Löwen und Köllme.

390 Siehe die Fallstudien Löwen, Köllme und Lettewitz. Selbst die in Löwen zahlreich unterzeichnete Petition hat nicht verhindert, dass der Gemeinderat den Windpark dennoch errichten ließ.

391 Dies bezieht sich nicht auf ihre Organisation und Artikulation in politischen Arenen. Anti-Windkraft Initiativen sind dort bestens vertreten, aber eben ohne die Durchsetzungskraft der Anti-CCS Bewegung.

392 Siehe hierzu die Idealtypen ab S. 150.

393 Siehe die Fallstudie Lettewitz.

die aktive Beteiligung der Anwohner. Die beiden Konzepte sollten deshalb nicht als grundlegend verschiedene Qualitäten betrachtet werden, sondern als zwei sichtbare Phänomene, die Aufschluss geben, wie weit eine Technologie mit allen ihren sozialen Bedingungen in eine Sozialstruktur eingebettet ist (siehe S. 186-191). Diese soziale Integration ist abhängig von lokalen Diskursen, wovon die folgenden Kapitel handeln.³⁹⁴

Wie im Unterkapitel „Vereine“ erläutert, findet ein wichtiger Teil der Meinungsbildung in Teilöffentlichkeiten statt. Für einen tragfähigen Konsens ist es notwendig, dass daraus eine anerkannte Meinung, eine *Doxa* entsteht (vgl. Fuchs-Heinritz/König 2005: 139-157). Hierfür sind, so das Argument in den folgenden Abschnitten, diskursive, also symbolische Gemeinplätze nötig, auf denen man sich treffen kann. Das sind Erzählungen, Wörter, Begriffe, Wendungen, Gefühle, Bilder, Stereotype usw., die geteilt werden und allgemein gültig sind. (vgl. ebd.)³⁹⁵

4.3.1 Sprachliche Missverständnisse zwischen Experten und Laien

Eine wichtige Leistung symbolischer Gemeinplätze besteht darin, den oft unterschätzten Graben zwischen der Sprache der Experten aus Wirtschaft, Technik und Politik und der Sprache der Laien zu überbrücken. Wie breit dieser sein kann, ist von akademischen Elfenbeintürmen aus nicht einfach nachvollziehbar. So bereitet es der Dorfbevölkerung oft Schwierigkeiten, anscheinend „einfache“ Konzepte zu verstehen und mäßig abstrakten Denkfiguren zu folgen.

Im folgenden wird exemplarisch eine protokollierte Veranstaltung vorgestellt, die eben am Fehlen solcher Brücken scheiterte, bevor im nächsten Kapitel eine gelungene Veranstaltung analysiert wird.

In den Ortsteilen Wettin und Wilzen waren im Frühjahr alle Einwohner zu je einer „Informationsveranstaltung“ eingeladen, die Lokalpolitik war vor Ort und Experten von außerhalb eingeladen. Das erklärte Ziel war es, die Bevölkerung an diesem Abend für die Idee einer lokalen Energieversorgung mit finanzieller Eigenbeteiligung nach dem Vorbild Güssings zu gewinnen. Doch schon im Einleitungsvortrag begannen die Missverständnisse. Ein Betriebswirt referierte (mit power-point) über den Zusammenhang von *peak-oil* und zukünftig steigenden Heizkosten, erklärte mögliche Zukunftsszenarien der Preissteigerung der Ölderivate und die damit jeweils

394 Im Sinne der Methodenkritik ist zu bemerken, dass eine Diskursanalyse kein Ziel der Arbeit war und die Feldforschung sich dementsprechend nicht explizit darauf konzentriert hat. So wurden nur wenige Audioaufnahmen erstellt, was eine „dichte Beschreibung“ oder hermeneutische Methode vereitelt. Wie im Methodenteil beschrieben, gab es dafür gute Gründe. Dennoch ist so viel Material zusammengetragen worden, dass daraus eine einfache, hinter einer Hermeneutik freilich zurückstehende Analyse möglich ist, die immerhin rudimentäre Erkenntnisse ermöglicht.

395 Bourdieu würde von einem sozialen „Feld“ sprechen. Von Bourdieu wurde aber insbesondere die Funktion der sozialen Distinktion und der Reproduktion von Ungleichheit auf verschiedensten Ebenen untersucht. In der vorliegenden Arbeit werden symbolische Räume nicht vornehmlich als Elemente von Macht und Herrschaft, was sie natürlich immer auch sind, sondern als deliberative Praktiken aufgefasst. Es wird daher darauf verzichtet, die bourdieuschen Termini vollständig anzuwenden, da dies eine längere Abgrenzung und Begriffsklärung notwendig werden ließe, was nicht im Sinne der *Grounded Theory* wäre.

unterschiedliche Kosten-Nutzen Rechnung der im Dorf geplanten Holzhackschnitzel-Zentralheizung. Sowohl das Lesen von Statistiken und Zeitverlaufskurven als auch der Abstraktionsschritt, von einer Kurve über historische Ölfördermengen, bis zur privaten Ölheizung, war für die meisten Anwesenden zu ungewohnt. Selbst wenn diese Sprache verstanden worden wäre, lag eine weitere Herausforderung darin, ein Jahrzehnt in die Zukunft zu denken, wie es bei größeren Investitionen in Heizung und Stromversorgung notwendig ist. Wie sich gezeigt hat, sind die „aktiven Eliten“ im Dorf meist fähig und willens über so weite Zeiträume zu denken und auch zu sprechen. Auf die große Mehrheit, die meisten Mittelständler eingeschlossen, trifft das aber nicht zu.³⁹⁶

Wenn dann noch der Zusammenhang zwischen Teilnahmequote am Nahwärmenetz und individueller Kosten-Nutzen Rechnung hergestellt, also verlangt wird,³⁹⁷ scheinbar nur ich-bezogenes Handeln in größeren Zusammenhängen zu denken, steigen selbst die gutwilligen, höher gebildeten Personen meist aus. Als der Abstraktionsschritt dazu kam, zehn Jahre in die persönliche Zukunft zu denken, unter Berücksichtigung weltpolitischer *peak-oil* Szenarien, verloren auch die letzten Gäste den Faden.³⁹⁸

Als sicheres Zeichen für ein derart überfordertes Verständnis des Publikums hat sich die vorschnelle Frage nach konkreten Kosten und Zahlen „für den Privatmann“ erwiesen, während die Diskussion noch um eben jene komplexen Zusammenhänge kreist.³⁹⁹ Der Ruf nach Zahlen kann sowohl als Verlangen nach Komplexitätsreduktion verstanden werden (Simmel 1900) oder auch als Regress auf eine individualistische Perspektive, an die der *homo oeconomicus* so viel besser gewöhnt ist als an Politik. Der aus der Distanz betrachtet, einfache Zusammenhang von pro-Kopf-Kosten und Zahl der Teilnehmer an einem Netz, erschien dem Publikum in der protokollierten Veranstaltung⁴⁰⁰ sowohl zu abstrakt als auch als zu große Herausforderung. Was fehlte, war neben Wissen vor allem eine gemeinsame Sprache. Der vorgetragene wirtschaftswissenschaftliche Diskurs wäre von Wirtschaftswissenschaftlern wahrscheinlich verstanden worden.⁴⁰¹ Für die lokalen Experten war er jedoch zu abstrakt und für die anwesenden „Laien“ ohne Hochschulbildung sicherlich reines Kauderwelsch.

396 Es schien, dass mit niedrigerem Bildungsniveau die Fähigkeit abnimmt, komplexe Zusammenhänge in weiten Zeithorizonten zu denken.

397 Siehe hierzu die Fallstudie Wettin-Wilzen. Die Kosten je Familie sind bei Netzen um so niedriger, je höher die Teilnahmequote der Anwohner in einer Straße oder einem Dorf, das durch ein Nahwärmenetz angeschlossen werden soll. Der Grund sind die relativ hohen Fixkosten für die Installation des Netzes.

398 Protokoll der Informationsveranstaltung in Wettin am 8.4.2009. Die durchaus wohlwollende Diskussion kippte fast in defätistische Demokratieschelte angesichts der Aufgabe, die Mitbürger von so komplexen Zusammenhängen überzeugen zu sollen: es könne heutzutage „ja jeder blubbern wie er will“.

399 Diese Beobachtung wurde in drei solchen Veranstaltungen gemacht, in Wettin, Wilzen und Mücheln.

400 Die Informationsveranstaltung war in Wettin die erste ihrer Art und alle Beteiligten entsprechend unbescholten und wenig firm, was die Missverständnisse und Verwirrungen beflügelte. In späteren Treffen wären diese Unstimmigkeiten sicher nicht mehr so deutlich beobachtbar gewesen.

401 Der Forscher konnte den Ausführungen nur mit hoher Aufmerksamkeit und einigem Vorwissen um die vorgestellten Zusammenhänge folgen.

Experten und Laien: Fehlendes Wissen und Misstrauen

Nicht von der Sprache zu trennen ist das Hintergrundwissen des Publikums. Auch hier resultieren aus dessen Fehlen Missverständnisse und insbesondere mangelndes Vertrauen, was im Folgenden an einigen Beispielen erläutert wird. Während die Nicht-Zeitungsleser oft sehr wenig Wissen über EE mitbringen, fand sich unter dem zeitungslesenden Bildungsbürgertum ein Sammelsurium an Einzelwissen zu bestimmten Punkten, vermischt mit diversen Halb- und Unwahrheiten.⁴⁰² So steuerte ein Herr in der Diskussion in Wettin die von der Regionalpresse gestreuten Vorurteile bei, dass sich die EE „sowieso nicht lohnen“ würden und hoch subventioniert seien, verknüpft mit vorausseilender Resignation, man werde gegen die Großkonzerne „sowieso“ nicht ankommen.⁴⁰³ Daneben wurde auch Biomasse konsequent mit Biogas verwechselt und die *Teller-Tank-Debatte*⁴⁰⁴ durch schiefe Argumentationen des Moderators bereichert, der partout nicht zugeben wollte, dass es *überhaupt* eine Flächenkonkurrenz gäbe, womit die Debatte vollkommen unsachlich wurde.⁴⁰⁵ Beides wäre wohl von einigen wenigen Anwohnern mit dem entsprechenden Wissen, überzeugt vorgetragen, vereitelt worden.

Hier zeigen sich auch die berechtigten Grenzen der Glaubwürdigkeit von Experten. Im Zweifelsfall steht die Objektivität ihrer Beratung hinter Profitinteressen zurück. Woran sollen aber die Laien erkennen, ob jeweils eine Verständnis- und Wissenslücke oder tatsächlich ein Interessenkonflikt vorliegt? Dass solche Interessenkonflikte dem real existierenden Kapitalismus immanent sind, ist der ländlichen Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten nicht verborgen geblieben. Wenn allerdings das Wissen fehlt, lässt sich berechtigter Zweifel unter Umständen an der falschen Stelle nieder. So haben die Mücheln in Unkenntnis des Einspeisegesetzes (EEG) die vorgeschlagene Bürger-Solar-Anlage mit einer Finanzmarktblase verglichen, und fürchteten, ihre Investition in diese könne ebenso platzen, obwohl im Jahr 2009 nichts für eine solche Einschätzung sprach als ganz allgemeines Misstrauen.⁴⁰⁶ Noch schlimmer kam es nur in Köllme, wo selbst die Honoratioren nicht gewillt waren, dem Solar-Experten zu glauben und kühle Kosten-Nutzen-Rechnungen mit gefühlten und geglaubten Zusammenhängen, die allesamt falsch

402 Eine genaue Abgrenzung zwischen Zeitungslesern und Nicht-Zeitungslesern, Bildungsbürgertum und Nicht-Bildungsbürgertum kann hier nicht geleistet werden. Die Beobachtung stützt sich auf mehrere protokollierte Informationsveranstaltungen und im Nachhinein erhobene *face-to-face* Interviews, in denen die Rezeption dieser Veranstaltung genauer erfragt wurde. In den Interviews wurden der Bildungshintergrund und die Informationsquellen erfragt. Dabei zeigten sich sehr grob zwei Gruppen, diejenigen, die ihr Wissen aus der Lokalzeitung hatten, und der Rest, der es „von den Leuten“ gehört hatte.

403 Dies stimmt nur teilweise, siehe Lettewitz.

404 Die Teller-Tank Debatte thematisiert die Konkurrenz um landwirtschaftliche Flächen zwischen Nahrungsmittelanbau und Biomasse zur Energiegewinnung.

405 Das Motiv für diese Falschaussage war höchstwahrscheinlich ein kommerzielles Interesse, von der Gemeinde Aufträge für die Projektierung einer Biomasse-Nahwärme-Lösung zu erhalten.

406 Seit der Finanzkrise 2009/2010 sind Anteile an *allen* erneuerbaren Energieprojekten in Form von Genussrechten der Umweltbank dauerhaft überzeichnet, da die Anleger hier ihr Heil vor Inflation suchen. Telefonat mit der Umweltbank Anfang 2011.

oder ungenau waren, in Zweifel zogen.

Weitere Missverständnisse zeigten sich generell bei der Frage der freiwilligen Teilnahme. In Wettin forderten die Initiatoren auf, einen Verein zu gründen, in der Absicht, die Initiative breiter zu verankern, worauf das Publikum die Verantwortung schnell wieder von sich wies und nach einem „Hauptmann“ verlangte. In Wilzen zeigten spätere *face-to-face* Interviews, dass viele Bürger, trotz des betont freiwilligen Charakters der Pläne, in imperativischen Beziehungen dachten, und befürchteten, man *müsste* später irgendetwas tun oder bezahlen.⁴⁰⁷ Die vorgetragene Idee von bürgernaher Verwaltung und Basisdemokratie war und ist ihnen fremd, sodass diese Konzepte als Ornament wahrgenommen wurden, hinter dem sich die gewohnten Hierarchien verbergen und wie sich später zeigte, nicht ganz zu Unrecht.

4.3.2 Experten zweiter Ordnung: Substitution von Wissen durch Vertrauen

Die lange Liste mit beobachteten Missverständnissen soll nicht den Eindruck erwecken, es gäbe gar keine Verständigung.⁴⁰⁸ Wie im Abschnitt Lettewitz ausführlich beschrieben, verstehen die meisten Anwohner die meisten Details ihres Wärme- und Stromnetzes nicht; oder anders gesagt, fand sich keine Person, die alleine alle Aspekte des Vorhabens überblickt hätte. Trotzdem waren die meisten bereit, 3000 Euro einzuzahlen und sich in Abhängigkeit von neuer Technologie und wirtschaftlicher Schicksalsgemeinschaft zu begeben, auf steigende fossile Energiepreise zu hoffen (falls dies überhaupt reflektiert wurde), und das alles in einem Zeithorizont von zehn bis zwanzig Jahren.

Die Details der Finanzierung und juristischen Konstruktion der Gesellschaft und ihrer Verflechtungen sind nur zwei oder drei Personen im Dorf annähernd vollständig bekannt.⁴⁰⁹

Wieso unterzeichnen diese Menschen also einen Vertrag und investieren in eine Technologie, die sie nicht genau verstehen? Der Schlüssel liegt in einer Arbeitsteilung beim Vermitteln von Wissen und Vertrauen zwischen Experten und Laien. Den Technikexperten von außerhalb, die das Projekt erklärten, standen hier Männer (sehr selten Frauen) aus dem Dorf gegenüber, die sich je mit einem Aspekt auskannten, oder dies glaubhaft meinten. Mit Bourdieu könnten sie „interessierte Laien“ genannt werden (Bongaerts 2008: 345). Dies trifft die Sache jedoch nicht genau, da diese Laien zwar über partikulares aber für sie persönlich durchaus relevantes Wissen verfügen.⁴¹⁰ Im

407 Trotz dieser Befürchtungen wäre die Bevölkerung eventuell eher zu einem gewohnt imperativischen Verhältnis bereit gewesen, als sich in eigenverantwortlicher Basisdemokratie zu versuchen.

408 Lettewitz ist der Beweis, dass es Möglichkeiten der Verständigung prinzipiell gibt; und die Lettewitzer unterscheiden sich im Bildungsgrad sicherlich nicht wesentlich von den Wilzenern.

409 Das Interview mit Familie Wittelsbach und auch die Beobachtungen der öffentlichen Veranstaltungen legen nahe, dass vor allem der Vorsitzende der Agrargenossenschaft dazu gehört. Die zwei oder drei weiteren Personen konnten nicht genau identifiziert werden.

410 Bourdieu beschreibt in der Person des „Autodidakten“ den interessierten Laien, der lediglich den dominanten Diskurs und damit etablierte Herrschaftsverhältnisse reproduziert, ohne selber wirklich einen Vorteil aus diesem Wissen zu ziehen.

folgenden werden sie daher „Experten zweiter Ordnung“ genannt, da sie an den Diskurs der externen, eigentlichen Experten anschließen und diesen im lokalen Kontext reproduzieren. Sie genießen das Vertrauen des Dorfes oder wenigstens eines Teils davon (zum Beispiel ihrer Bezugsgruppe (Verein, Kirche, Feuerwehr Großfamilie) und kommunizieren diesem sowohl die Glaubhaftigkeit des Gehörten als auch seine Bedeutung in lokaler und dem Milieu angepasster Sprache und Symbolik. An Hand eines „typischen“ Falls in Lettewitz soll dies illustriert werden. Ein schon längere Zeit aus dem Dorf emigrierter Versicherungsvertreter kehrte zum Anlass der Vertragsverhandlung zwischen Anwohnern und Betreibergesellschaft nach Lettewitz zurück. Obwohl er nicht Teil der Altherren-dominierten Dorfföfentlichkeit ist, nahm er im richtigen Moment ausnahmsweise eine wichtige Sprecherrolle ein. Der Rahmen dafür war ein Treffen aller Anwohner im Gemeindehaus. Der Vertrag der künftigen Betreibergesellschaft wurde mit einem Projektor dargestellt, und Änderungen konnten spontan vorgeschlagen werden, alle Familien erhielten den Vertrag zuvor postalisch. Jedoch war, wie zu erwarten, kaum einer der Anwesenden zu kompetenter Kritik fähig. In dieser Situation meldete sich der Versicherungsvertreter zu Wort mit einigen kleineren aber begründeten Änderungswünschen am Vertrag. Diese fanden allgemeine Zustimmung und der Text wurde prompt redigiert. Die restlichen Anwohner konnten daraufhin mehr Vertrauen in den Vertrag fassen, da sie sich, vertreten durch einen der ihren, den Text und somit ein mit-konstruiertes Stück Recht angeeignet hatten. Man wusste nun, dass ein Experte aus den eigenen Reihen (der sich eben durch die erfolgreiche Kritik nochmals als solcher auswies und ausgewiesen wurde) den Vertrag als gut befunden hatte.⁴¹¹ Ein reinerer Fall lässt sich kaum finden, um die Vermittlung von lokalen Experten in Vertrauensfragen zu demonstrieren. Im Gegensatz zu einem externen Experten wurde dem Versicherungsvertreter Vertrauen geschenkt, weil er im Dorf bekannt ist, und weil ein Vertrauensbruch wohl auch stellvertretend durch seine noch dort lebende Familie sanktioniert würde.

Auch in weniger heiklen, reinen Wissensfragen vermittelten „Experten zweiter Ordnung“, indem sie den Anwohnern komplizierte Zusammenhänge erklärten.⁴¹² Die Sprecherrollen wurden hier jeweils von den Personen eingenommen, die sich in einem bestimmten Thema auskannten. Zwar entspannen sich hier zwischen ihnen und den externen Experten Gespräche, denen die Mehrheit nicht folgen konnte, aber das tat dem Dialog keinen Abbruch. In informellen Treffen, direkt im Anschluss auf der Straße und später im Verein erklärten sie den restlichen Anwohnern, was jeweils gemeint war, sodass Wissensungleichheiten nachträglich nivelliert, und da wo Wissenslücken offen blieben, durch Vertrauen substituiert wurden.⁴¹³ Dass solch unvollständiges

411 Familie Wittelsbach im Interview am 31.7.2009.

412 Das waren zum Beispiel mögliche Defekte der Anlage, Details des Anschlusses der Haushalte, der Baumaßnahmen, der Möglichkeiten später einzusteigen, die alten Verträge zu kündigen und ähnliches.

413 Beobachtung nach der protokollierten Veranstaltung am 18.6.2009 in Lettewitz.

Wissen kein notwendiges Hindernis ist, zeigt sich daran, dass die meisten Lettowitzer nicht einmal den korrekten Namen der Betreibergesellschaft kannten, obwohl sie deren Teilhaber wurden! Notwendig sind also lokale Experten, deren Expertise als auch Vertrauenswürdigkeit vom Dorf anerkannt wird, um für dieses als Bürger, Übersetzer und Anwälte aufzutreten.

Leider konnte dies weniger deutlich beobachtet werden, aber es ist sehr naheliegend, dass die Vermittlung auch in der anderen Richtung verläuft, von der Bevölkerung in die Sprache der externen Experten. Die konkreten finanziellen Forderungen des Ortsvorstehers in Löwen beispielsweise oder der städtebauliche Vertrag der Lettowitzer können als Beweise für gelungene Interessenbündelung gesehen werden, die freilich ohnehin Aufgaben guter Politik wären. Natürlich könnte jeder Bedenkenträger seine Sorgen einfach offen äußern. In den dörflichen Diskursen ist dies aber unüblich. Wer wann öffentlich spricht, ist stark ritualisiert und steht nicht jedermann zu jedem Zeitpunkt und nicht mit jeder Frage offen (vgl. Bongaerts 2008). Deshalb ist es für die Bevölkerung von Bedeutung, auch die Sprecherrolle an diese Mittelsmänner und -frauen delegieren zu können. Daraus ergibt sich die Folgerung, dass geschulte Moderatoren nicht jede Aufgabe übernehmen können, da auch ihnen diese geschilderte objektive Glaubwürdigkeit fehlt.

4.3.3 Narrative: Unser Dorf als Gallier und die Römer als Vattenfall

Die Bedeutung von *Narrativen* und *Storylines* für die Umweltpolitik wurde von Hajer (1995) ausführlich untersucht. Auch in Verbindung mit regionalen Energieprojekten kommt ihnen eine wichtige Rolle zu. Ihr Ursprung scheint im österreichischen Güssing zu liegen. Dort wurde sowohl in nüchternem Ton oft auf den Kapitalabfluss der fossilen Energiewirtschaft hingewiesen als auch eine bildhafte Umschreibung gefunden. In der heißt es dann: mit Öl und Gas schicke man das Geld zu den „Ölscheichs“ nach Saudi Arabien, oder leicht abgewandelt: zu Gazprom und Putin *et cetera*.⁴¹⁴ In Dalmatien ist dieser Narrativ teils übernommen worden – nicht zuletzt durch den gemeinsamen Ausflug einiger Bürgermeister nach Güssing in Österreich – und klingt in der regionalen Variante dann so: durch fossile Energien finanzieren wir das gute Sozialsystem in Schweden (weil Vattenfall ein schwedischer Konzern und in Dalmatien mit Kohlekraftwerken aktiv ist).

Ein weiterer beliebter Narrativ ist der Vergleich mit der französischen Trickfilmserie Asterix und Obelix. Das eigene Dorf wird als Gallien und die „feindliche“ Umgebung der fossilen Großkonzerne als „die Römer“ dargestellt (Späth/Rohracher 2010). Auch diese Geschichte scheint ihren Ausgang in Güssing genommen zu haben und konnte in Dalmatien mehrmals dokumentiert werden, auch in Regionen, die keinen Kontakt zu Güssing hatten. Es scheint sich also um ein

⁴¹⁴ Diese Argumentationsfigur fand sich in der Präsentation Güssings für Besucher und wird auch von der Energieregion Murau berichtet (Späth/Rohracher 2010).

universelles Motiv zu handeln, schließt es doch in säkular gewandelter Form an die David und Goliath Geschichte an. Damit können die eigene Identität als winziges Dorf und die im Vergleich zu den bestehenden Machtasymmetrien überspitzten Aspirationen ins positive gewendet werden. Schließlich waren die Gallier zumindest in der Trickfilmserie sowohl sympathisch als auch stets siegreich. Auch wo dieser Diminutiv fehlte, wurde die Tatsache thematisiert, dass man mit allen Bestrebungen in Richtung Autarkie gegen ökonomische Interessen „der Großen“ oder auch explizit: „Vattenfall“ handle, was als verwegen galt, nicht zu Unrecht.⁴¹⁵ Etwas abstrakter aber in die gleiche Stoßrichtung zielt der oft genutzte Begriff Autarkie und Autonomie, oder adjektivisch gewendet: energieautarke Kommune. In Österreich, so berichten Späth/Rohracher (2010), habe diese Figur spontan breite Zustimmung unter der Bevölkerung und den Landwirten gefunden, da sie an ältere Diskurse der bäuerlichen Unabhängigkeit anschließe. Auch in einigen der untersuchten Gemeinden Dalmatiens war „Autarkie“ ein wichtiges Stichwort, allerdings hat es kaum breite Verwendung gefunden, sondern ist eher im Kreise der Initiatoren und „aktiven Eliten“ gebräuchlich.

4.3.4 Wissen und Zustimmung: Ein nicht immer verlässliches Paar

Wie im Abschnitt „Sprachliche Missverständnisse zwischen Experten und Laien“ dargestellt wurde, führte Unwissen und falsches Wissen zu verschiedenen Wirren in Diskussionen und Informationsveranstaltungen. Zumindest in den Anfangsphasen von Vorhaben kann aber auch die Gegenthese zutreffen, dass mit dem Wissen auch die Ablehnung zunimmt. So neigten die Anwohner in Schiepszig zur Zustimmung zu ihrem lokalen Energieprojekt, auch wenn ihnen das Wissen dazu fehlte, während der Zusammenhang in Wettin und Wilzen entgegengesetzt war. Man ist zwar informiert, aber nicht überzeugt.

In einer Informationsveranstaltung wurde nicht offiziell kommuniziert, dass die Biogas/masseanlagen in beiden Orten zu Geruch und LKW-Lärm führen könnte. Doch machte dieses Gerücht anscheinend die Runde, besonders in der Personengruppe, die an dem Vorhaben interessiert war und die Informationsveranstaltung besucht hatte. Personen hingegen, die die Informationsveranstaltungen nicht besucht hatten, wussten tendenziell auch nichts von diesen Gerüchten um Gerüche und waren daher aufgeschlossener für das Vorhaben.

In Einzelfällen wurde oft beobachtet, dass Personen im ländlichen Raum nicht dazu neigen, direkt ihre Meinung zu äußern. Sie sagen vielmehr, nicht-dagegen-zu-sein (denn es wird schon nicht schlecht sein) und meinen damit: passive Zustimmung. Erst wenn es gute Gründe gibt, ist die Dorfbevölkerung bereit, sich offen in Opposition zu Plänen ihres Bürgermeisters zu äußern, wenngleich auch das meist in milden und indirekten Tönen hervorgebracht wird.

⁴¹⁵ Siehe die Informationsveranstaltung in Wettin im Kapitel Fallstudien/Wettin-Wilzen.

Tabelle III gibt einen Überblick der unterschiedlichen Zusammenhänge von Wissen und Zustimmung in drei Orten. Daran wird deutlich, dass kein einfacher linearer Zusammenhang besteht. Die geplante Biogasanlage in Wettin war wesentlich besser bekannt als das virtuelle Kraftwerk in Schiepzig und dennoch weniger beliebt.

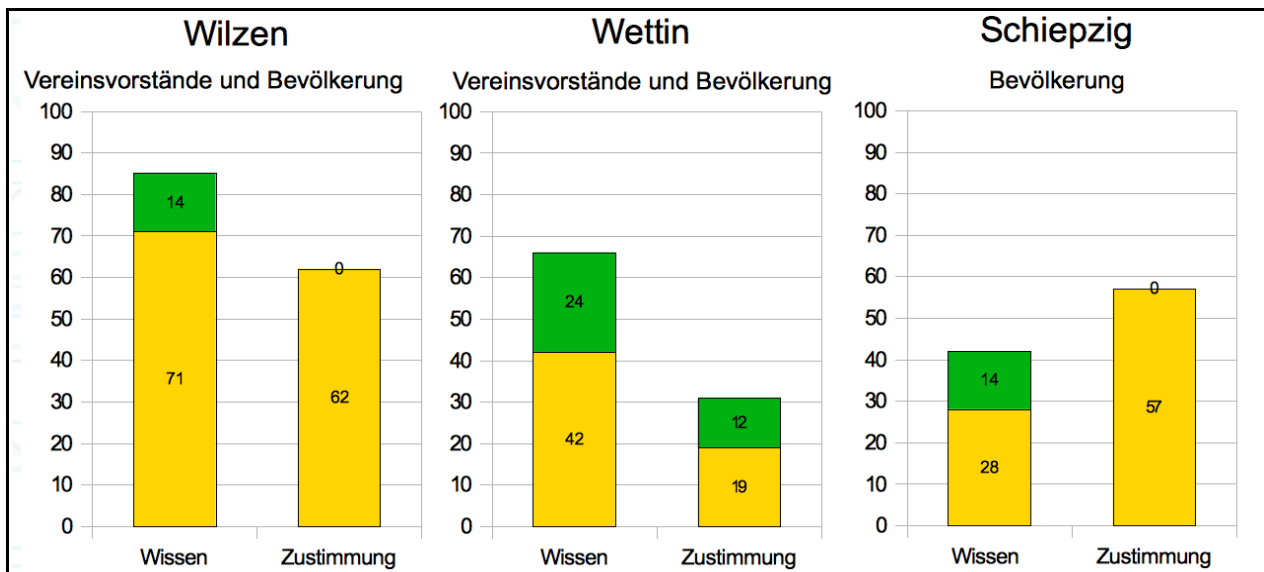


Tabelle III: Zusammenhang von Wissen und Zustimmung zu Energieprojekten in drei untersuchten Orten. Datenbasis sind jeweils *face-to-face* Interviews und Telefoninterviews mit Vereinsvorständen vom 21.7.-1.8.2009. Dunkelgelb steht für deutliche Zustimmung oder vertieftes Wissen im Gegensatz zu oberflächlichem Wissen und leichter Zustimmung. Fehlende Prozentwerte stehen für Nicht-Wissen oder Ablehnung. Vorstände in Wilzen und Wettin sind im Verhältnis zur Bevölkerung 2:1 gewichtet.⁴¹⁶

Daraus lässt sich vorerst folgern, dass mehr oder weniger Wissen zwar jeweils einen Einfluss auf die zustimmende Haltung der Bevölkerung hat, aber in welcher Richtung es wirkt, kann nicht verallgemeinert werden. Wenn diese Richtung des Zusammenhangs jeweils einmal geklärt ist, so hat sich in Wettin, Schiepzig und Lettewitz gezeigt, verhalten sich die Initiatoren freilich entsprechend zurückhaltend oder offensiv in ihrer Wissenspolitik.

4.3.5 Konformitätszwang

Lettewitz hat für sein *Inselnetz* eine hohe aber keine vollständige Teilnahmequote erreicht. Ungefähr ein Dutzend von rund 47 Familien hat sich im letzten Moment aus dem Wärme-, und in geringem Umfang auch aus dem Stromnetz verabschiedet. Eine dieser Personen, ein jüngerer Mann, hat seine Sorgen auf einer Informationsveranstaltung vorgetragen. Er befürchtete, sich von der Zentralheizung abhängig zu machen. Obwohl er die Gelegenheit hatte, zahlreiche andere Veranstaltungen zu besuchen, in denen lokale und externe Experten anwesend waren, die

⁴¹⁶ In Schiepzig konnten keine Vereinsvorstände interviewt werden.

für Aufklärung hätten sorgen können, hat er sich am Ende dagegen entschieden, am Wärmenetz teilzunehmen. Selbst gutes Wissen, „Experten zweiter Ordnung“ und Moderatoren sind also immer noch keine ausreichenden Gründe für Partizipation.

Die Quote der Aussteiger hätte wohl noch viel höher gelegen, wenn nicht ein starker Konformitätszwang vorgeherrscht hätte. Dass Landluft bekanntlich unfreier ist als Stadtluft, kann, soziologisch gewendet, als eingeschränkte Möglichkeit von individuellen und abweichenden Meinungen und Handlungen bezeichnet werden. Wohl aus diesem Grund ist die Dorfbevölkerung so abgeneigt, sich offen und deutlich zu positionieren.⁴¹⁷ Je weiter der Konsens-Findungsprozess fortgeschritten ist, desto schwieriger wird es für Einzelne davon abzuweichen, ohne sanktioniert zu werden. Wer dies tut, muss sich für mehr oder weniger lange Zeit dem Gespött und Missfallen des restlichen Dorfes stellen. So wurde in Lettewitz über den beschriebenen Kritiker in interner Männerrunde nur Unverständnis geäußert: er übertreibe, habe keinen Grund für seine Haltung und sei in seiner Meinung unverständlich. Der rhetorische Kulminationspunkt war die Abgrenzung der eigenen Gruppe und der richtigen Handlungsweise gegenüber ihm, dem Nörgler, in der Äußerung eines Mannes, die sowohl den Abweichler abstrafte als auch daraus einen persönlichen Imperativ ableitete: „man will ja nicht der Eigenbrötler sein“, womit alles gesagt ist: abweichendes Verhalten wird bestraft, kann gar zur Stigmatisierung und zum Ausstoß führen. Von freier Meinungsäußerung kann also keine Rede sein.⁴¹⁸

In seiner Grundtendenz zielt der Konformitätszwang im ländlichen Raum wesentlich stärker auf Passivität als auf aktives Handeln, da diesem stets die Gefahr innewohnt, eine zu respektierende Grenze zu überschreiten. So gab es in Wilzen und Müheln weit höhere subjektive Hemmschwellen, sich durch aktive Teilnahme zu exponieren als durch Zurückhaltung. Ähnlich

417 Selbst in den anonymen Interviews mit dem Forscher (der ja die Namen der Interviewten nicht kannte) hielt man sich bedeckt, aus Vorsicht, für die falsche Meinung Partei zu nehmen.

418 Der tieferliegende Grund für das Primat passiven Verhaltens dürfte die Tendenz des ländlichen Raums sein, Konflikte zu vermeiden. Dass diese, einmal ausgebrochen, oft für lange Zeit oder gar über Generationen hinweg weiter schwelen und so die Lebensqualität für alle Dorfbewohner und besonders für die Betroffenen belasten, muss es als fester Bestandteil des dörflichen kollektiven Bewusstseins vorausgesetzt werden (vgl. Durkheim 1893). So war es für den Beobachter überraschend, wie oft die Löwener darauf hinwiesen, dass es nach Beilegung des Windparkkonflikts, keine, aber wirklich überhaupt keine Differenzen mehr gebe, und erleichtert wies der Ortsvorsteher darauf hin, dass mittlerweile Vattenfall selber Windräder errichte, was ja heißen müsse, dass das Dorf sich ganz richtig entschieden hat und nicht aus der Reihe getanzte sondern, nur etwas vor der Mode gewesen ist. Ähnlich erstaunlich war die Aufregung der Lettewitzer ob dreier Personen, die sich von Anfang an nicht an den Netzen beteiligen wollten. Nur zwei hatten entschuld bare Gründe und fanden daher Gnade in der öffentlichen Meinung. Für die Lettewitzer gehört aber zum kollektiven Bewusstsein (vgl. Durkheim 1893) auch das Wissen darum, dass man als Dorf ohne Streit und Misstrauen, wesentlich besser lebt, als beispielsweise die Nachbarn in Döblitz, die gründlich zerstritten sind. Hinter der Konfliktvermeidung steht also eventuell sogar das Wissen, dass es gilt, ein persönliches und ein Kollektivgut vor Schaden zu bewahren, den eigene Frieden mit den Nachbarn und die gemeinsame Handlungs- und Konsensfähigkeit.

Die Aufforderung des Moderators Gregor in der ersten Informationsveranstaltung in Wilzen, jeder solle spontan, offen und frei seine ganz persönliche Meinung verkünden (ohne vorherige Rücksprache, was denn die anderen sagen würden) erscheint in diesem Licht als eine völlige Unkenntnis dörflicher Sozialstrukturen. Solche Stellungnahmen werden zum einen stets zuerst von den Meinungsführern kommen, und erst dann und abgeschwächt von den Laien; des weiteren wird kaum jemand ohne Rücksprache und Bedenkzeit, eine eigene Meinung zu Themen äußern, die zu konkretem Handeln, gar finanziellen Verpflichtungen führen könnten.

reagierten die Eliten in Köllme. Als Probleme auftraten, zogen sie sich zurück auf möglichst altbekannte Handlungs- und Diskursmuster, statt ihr angestrebtes Projekt gegen Kritik und Schwierigkeiten in Schutz zu nehmen.⁴¹⁹ Nur in Wettin war das Primat der Elite klar auf Seiten des Handelns. Trotz diverser Kritik wollte man lieber voranschreiten als stillzustehen.

Im Sinne demokratischer Grundrechte ist der in Lettewitz beobachtete Zwang zur Konformität sicherlich nicht begrüßenswert, für das Wärme- und Stromnetz wäre es ohne ihn aber schwierig gewesen, eine ausreichend hohe Teilnahmequote zu erreichen.

4.3.6 Die Braunkohle als Identitätsstifter und Narrativ

Späth/Rohracher (2010) berichten, dass energiespezifische Narrative, um ihre Akzeptanz zu steigern, mit anderen Diskursen verknüpft und in der regionalen Identität eingebunden werden.

In Dalmatien ist der Narrativ um den Braunkohlebergbau in vielen Regionen noch sehr dominant, selbst wo schon seit zwanzig Jahren kein Bergbau mehr stattfindet. Das Verhältnis zur Kohle begründet einen Großteil der vorgefassten Meinungen gegenüber EE, weit mehr als beispielsweise die Parteizugehörigkeit. In Löwen gründete der Ortsvorsteher seine Argumentation für den Windpark auf die selber erlittene und anderen noch drohende Vertreibung durch den Tagebau. In der ehemaligen Tagebauregion Köllme wurde zumindest über die Löcher in der Landschaft geklagt⁴²⁰, um die geplante Solaranlage zu verteidigen. Auch Mücheln hat einen indirekten Bezug zur Kohle, da im Gewerbesteuerinzugsbereich, in Sichtnähe des Dorfes, Europas ehemals größter Windpark auf den Abraumhalden des stillgelegten Tagebaus steht. Der Amtsdirektor Alfons stellte im narrativen Interview selber den Bezug zwischen beiden Energieformen her. Da er selber „aus der Kohle kommt“, legitimierte und lobte er den Windpark, indem er dessen Leistung mit der eines -“immerhin“- ganzen Blocks des nahegelegenen Kohlekraftwerks verglich.⁴²¹ Ähnliche Vergleiche zwischen alter und neuer Energieproduktion waren in Wettin und Schiepzig zu hören⁴²². Allen dreien ist zu eigen, dass sie zwar noch eine Beziehung zur Kohle haben, aber sich von jeglicher Idee, eines Tages wieder von der Kohlewirtschaft zu leben, verabschiedet haben.

Ein Sonderfall ist Schiepzig, da zwar der Kohleabbau historisch ist, aber dessen museale Nutzung im Besucherbergwerk weiterhin vom Konzern Vattenfall unterstützt wird, um (so sollte einem rational handelnden Konzern, im Besitz von Kohlekraftwerken, unterstellt werden) die weitere Kohleförderung für seine Kraftwerke in der Region Dalmatien zu legitimieren.

Ein ganz explizit positives Verhältnis zum aktiven Kohlebergbau hatte nur eine Fallstudie, Köllme, das für sein Sommerfest im Faltprospekt mit einem Kohlebagger für die „Bergbauregion“

419 Dies bedeutete, die Solaranlage und Insellösung dem herkömmlichen Netzanschluss zu opfern.

420 Frau Pfälzer (CDU und Schulrat) im Protokoll der Informationsveranstaltung in Köllme am 7.9.2009.

421 Herr Alfons im Interview am 4.5.2009.

422 In den meisten Interviews mit Bürgermeister Konrad wurde dies angesprochen.

wirbt (und natürlich wird die Veranstaltung von Vattenfall gesponsert). Bezeichnenderweise hat Köllme die Pläne für eine erneuerbare Energie-Infrastruktur als einziger Ort eingestellt.⁴²³ Für die These, dass eine zu intensive Verflechtung zur Kohle hemmend wirkt, spricht auch der Fall Löwen, da hier die Initiative gegen den Windpark vor allem auf Betreiben von Dorfbewohnern zurückging, die im Kohlekraftwerk von Vattenfall arbeiten und von ihrem Arbeitgeber dazu gedrängt worden sein sollen. In ihrer Argumentation hieß es dann auch, die Windräder seien ineffektiv im Vergleich zur Kohle, der noch genügend „Förderhorizonte“ blieben für viele weitere Jahrzehnte. Völlig unbeschwert vom Thema Kohle, mangels geologischer Vorkommen, ist nur ein Fall, der erfolgreichste, Lettewitz.⁴²⁴

An Hand der beschriebenen Fälle lässt sich die induktive These aufstellen, dass Regionen, die sich in ihrer lokalen Identität deutlich von der Kohle distanzieren, eine erfolgreichere Entwicklung mit EE nehmen. Eine verschleppte Liaison zur Kohle hingegen hemmt die politischen Prozesse für nachhaltige Energieerzeugung. Da sich in Süd-Ost Dalmatien, wo sechs der sieben Fallstudien liegen, kaum eine Region ohne Bezug zur Kohle findet und dennoch erfolgreiche Energieregionen dort entstehen, kann ein retrospektiver, positiver Bezug nicht als Ausschlusskriterium gelten. Die Kohletradition in der Heimatgeschichte hochleben lassen und gleichzeitig die als fortschrittlicher empfundene erneuerbare Energieproduktion zum Teil des aktuellen und zukünftigen Selbstbildes zu machen, schließt sich nicht aus. Die Kohle stört also nicht als musealer Faktor, sondern nur, wenn mit ihr noch eine Zukunft geplant wird.

Michael Sperber argumentiert in seiner Promotionsarbeit, dass eine Bewältigung des postsozialistischen Wandels ostdeutscher Regionen, in dessen Zuge in Dalmatien die Schwerindustrie und der Kohlebergbau als Hauptarbeitsstätten wegfielen, generell eine wichtige Weichenstellung für eine konstruktive Entwicklung war. Regionen, die sich nicht vom Selbstbild der Industrieregion oder Bergbauregion trennen konnten, hatten wesentlich schlechtere Chancen auf einen Neuanfang in anderen Branchen als diejenigen (wie Wettin), die ihre Identität den geänderten Bedingungen anpassen konnten. So wird wohl eine so erfolgreiche Entwicklung wie in Lettewitz in der aktiven Bergbauregion Bukowina vorerst nicht stattfinden, solange der Einfluss von Vattenfall und der Bergarbeitergewerkschaft auf die lokale Presse⁴²⁵, Vereinsstruktur⁴²⁶,

423 Wie in der Fallstudie beschrieben, geschah dies unter anderem durch die Intervention eines Vattenfall-Mitarbeiters in der öffentlichen Diskussionsveranstaltung in Köllme am 7.9.2009.

424 Und fälschlicherweise fühlt sich auch das Theiß-Landschaftsschutzgebiet vom Kohlebergbau unbeschwert. Das Theiß-Landschaftsschutzgebiet ist von sinkenden Grundwasserpegeln bedroht, die wiederum durch die nahe liegenden Tagebaue verursacht werden. Dies ist von den Verantwortlichen im Theiß-Landschaftsschutzgebiet allerdings während der Feldphase nicht im geringsten bewusst gewesen, dort wurde sogar gegen Wind- und Wasserkraft argumentiert (Informationsveranstaltung am 28.5.2009 in Trotha).

425 In der ehemaligen Bezirkszeitung „Dalmatische Zeitung“ werden Windkraftanlagen regelmäßig mit abwertenden Attributen versehen wie „hoch subventioniert“ und ähnlichem. Während der „Anti-Tagebau Kampagne“ 2009 übernahm die Dalmatische Rundschau auch in vielen Artikeln die Pressemitteilungen von Vattenfall, ohne Kommentar oder Kritik.

426 Viele Vereine in und um Kronstadt erhalten finanzielle Zuwendungen von Vattenfall.

Bildung⁴²⁷ und somit auch Politik⁴²⁸ omnipräsent ist und sowohl die Abkehr von der Kohle als auch ein Hinwenden zu EE hemmt.

4.4 Techno-Soziale Entwicklungspfade

In diesem Kapitel werden die Kategorien unterschiedlicher technologischer Entwicklungspfade vorgestellt. Es handelt sich dabei um „emergente Kategorien“ (Glaser/Strauss 1998: 57) aus dem empirischen Material und weniger um vorgefundene theoretische Konzepte.

In diesem Kapitel werden zwei Kategorisierungen vorgestellt, eine für idealtypische Formen der Anwendung EE und im folgenden vier Kategorien für mögliche langfristige Entwicklungspfade einer Region.

- (1) Die einfachste und schnellste Variante, EE in einer bestimmten Region zu nutzen besteht darin, die Ausbeutung regionaler Flächen passiv oder aktiv von Anfang an in die Hände von nicht-ortsansässigen Konzernen zu legen. Viele Chancen zur Regionalisierung von Kapitalströmen sind damit langfristig verbaut, weil nutzbare Grundressourcen, die Flächen für Windräder, Biomasse oder Solaranlagen bereits verteilt sind. Dies ist das Schicksal vieler ostdeutscher Kommunen, deren Umland, einmal mit Windparks belegt oder an Betreiber großer Biogas/masseanlagen verpachtet, meist für 20 Jahre in der jeweiligen Sparte keine weitere regionalisierte Entwicklung mehr zulässt.
- (2) Eine weitere Möglichkeit ist das Scheitern eines bewusst begonnenen Prozesses in Richtung Energieautarkie. Den mit Problemen konfrontierten Gemeinden bieten sich dann drei Handlungsmöglichkeiten.
 - 2.1) Am einfachsten aber auch niederschmetterndsten ist es, das gesamte Projekt abubrechen und ersatzlos zu streichen.⁴²⁹
 - 2.2) Etwas weniger offensichtlich ist die Variante, es ruhen zu lassen in der Hoffnung auf spätere Fortsetzung.⁴³⁰
 - 2.3) Die letzte Variante besteht darin, die organisatorischen Ambitionen auf die technische Umsetzung zu reduzieren und statt das Kapital und die Gewinne vor Ort zu halten, auf Variante 1 auszuweichen.⁴³¹ Diese hat immerhin den Charme, dem Publikum, dass sich für

427 Der Vattenfall „Klima-Bus“ besuchte im Jahr 2009 die Schulen des Landes um über die Vorzüge der neuen und alten Energieproduktion zu berichten. Wobei die Kohlekraft freilich als recht moderne Technologie dargestellt wurde.

428 Im Bundestagswahlbezirk Kronstadt positionierte sich 2009 nur B90/Grüne mit Anti-Tagebau Plakaten.

429 So wie Erbsen-Lödingsen in der Nähe von Jühnde, das seine Pläne für einen lokale Biomasse-Wärmeversorgung komplett aufgab. (Stand 4/2009) Unter den Fallstudien trifft dies auf Köllme zu.

430 Diese Variante wurde im Theiß-Landschaftsschutzgebiet gewählt, das Ziel der Rapsölwirtschaft wurde weder aufgegeben noch aktiv weiterverfolgt und harrt passiv auf bessere Zeiten, also höhere Energiepreise.

431 Dieser Prozess wurde in Schiepzig beobachtet und führt wahrscheinlich zu Kapitalabfluss und Kontrollverlust der Region wie in Variante 1.

Hintergründe wie Kapitalabfluss und dergleichen meist wenig interessiert, einen Erfolg vorgaukeln zu können.

- (3) Schließlich ist die erfolgreichste mögliche Entwicklung die von Güssing oder Lettewitz. Gewinne blieben in der Region, wenn die Besitzverhältnisse an Energieproduzenten und Netzen wenigstens teilweise lokal gestaltet werden.

3.1) Dieses Modell des „energieautarken Dorfs“ kann bewusst noch vor den ersten praktischen Schritten als Ziel definiert werden.⁴³² In diesen Erklärungen findet sich eine große Variation an Zielen, von solchen, die sich ausdrücklich auf das Modell Lettewitz oder Güssing beziehen,⁴³³ bis hin zu solchen, die sich lediglich zu einer Minderung ihres CO₂ Ausstoßes bekennen.

3.2) Auf der anderen Seite finden sich Regionen, die ein hohes Maß an regionaler Energieproduktion erreichen, ohne dies zuvor explizit geplant oder geäußert zu haben. Das Fallbeispiel hierzu ist Lettewitz, das sich erst seit 2009 mit dem Titel „energieautarke Gemeinde“ schmückt, *nachdem* es faktisch schon am Ziel war. Während des 15-jährigen Prozesses, der die Gemeinde so weit brachte, wurde stets in kleinen praktischen Schritten gedacht, ohne das Wort Autarkie zu gebrauchen.

4.4.1 Idealtypische Anwendungen erneuerbarer Energie-Infrastrukturen

Die verschiedenen untersuchten Arten nachhaltiger Energieerzeugung im ländlichen Raum sind in den folgenden zehn Kategorien entsprechend ihrer organisatorischen Komplexität, internen Chronologie und den damit verbundenen Anforderungen an die Fähigkeit zur Selbstorganisation einer Gemeinde geordnet. Die gebildeten Kategorien sind nicht als erschöpfende Phänomenologie, sondern als Vorschlag für mögliche Idealtypen im Sinne Max Webers zu verstehen (vgl. Weber 1925). Die empirische Grundlage hierfür bildet die Feldforschung, ergänzt um das Wissen um ähnliche Projekte in anderen Regionen. Die Ordnung soll sowohl die Vergleichbarkeit der Fälle erleichtern als auch ihre interne Chronologie veranschaulichen, indem möglichst genau differenziert wird, welche Technologien welche Anforderungen an die Organisatoren stellen. Die zehn Kategorien sind hier in ansteigender Komplexität geordnet, die als Entwicklungspfade auch teils in dieser Reihe aufeinander folgen:

Die 10 Fälle gliedern sich in Technologien, die sich in bestehende Netze einpassen, im folgenden

432 Üblicherweise geschieht dies, indem sich die Politik oder Zivilgesellschaft selber explizit das Ziel setzt, zur „klimaneutralen“ oder „energieautarken“ Stadt oder Region zu werden, oft innerhalb einer Frist. Dies ist in vielen Regionen heute schon der Fall. Inwiefern dies regionale Wertschöpfungsketten und „erfolgreiche“ Energieregionen im Sinne der in dieser Arbeit aufgestellten Definition hervorbringt, kann hier nicht empirisch beantwortet werden.

433 Zum Beispiel Klausenburg oder Hermannstadt in Dalmatien. Unter den Fallstudien findet sich zwei solch explizite Erklärungen, eine in Schiepzig, allerdings mit der Ambition eine Touristenattraktion zu schaffen (was eher die Ausnahme sein dürfte) und eine in Wettin, die verabschiedet wurde, nachdem sich zeigte, dass auch kleinteilige Vorhaben einer politischen Legitimation bedürfen. (vgl. Späth/Rohracher 2010: 19)

als *netzkonform* bezeichnet, das sind die Varianten 1, 2, 3, 4, 5, 7 und solche, die nur mit der Kontrolle über ein lokales Netz oder mit einem neuen Netz funktionieren (Variante 6, 8, 9, 10, 11), im folgenden als *Insellösungen* bezeichnet. Die *netzkonformen* Fälle sind im Gegensatz zur *Insellösung* aufwärts-kompatibel. Sie können *auch* als *Insellösung* vorkommen.

Grundsätzlich sind *Insellösungen* sozial und organisatorisch komplexer als *netzkonforme* Anwendungen.

- 1) Solaranlagen und Blockheizkraftwerke (BHKW) für einzelne öffentliche Gebäude
 - 1.1) Photothermie
 - 1.2) Blockheizkraftwerke (BHKW)
- 2) Solar und BHKW als Bürgerbeteiligungsmodell
- 3) Versorgung eines öffentlichen Gebäudes mit Elektrizität aus einem Miniwindrad
- 4) Neubau von Gebäuden, die mit erneuerbaren Energiesystemen ausgerüstet sind
- 5) Bau einer Biogas- oder Biomasseanlage ohne Netz
- 6) Bau neuer Gebäude mit erneuerbaren Energien als *Insellösung*
- 7) Genehmigung eines Windparks
- 8) Versorgung einer Straße oder eines Stadtviertels mit Elektrizität durch eine *neues* Netz
- 9) Versorgung einer Straße oder eines Viertels mit Nahwärme aus einer Biogas/masseanlage durch eine neues Netz
- 10) Versorgung eines ganzen Dorfes mit Nahwärme oder Elektrizität
- 11) Versorgung eines ganzen Dorfes mit Elektrizität *und* Wärme

Alle Varianten sind im folgenden einzeln beschrieben:

- 1) Solaranlagen und Blockheizkraftwerke (BHKW) für einzelne öffentliche Gebäude

Die einfachste Anwendung von EE im ländlichen Raum besteht darin, auf bestehenden Gebäuden der öffentlichen Hand, wie Kindergärten, Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden und ähnlichem, Solaranlagen zur Stromproduktion zu installieren. Die Technologie dazu ist am weitesten ausgereift und sowohl unter Handwerkern als auch Bänkern und Ökonomen recht gut bekannt. Weder die Genehmigung noch die Finanzierung durch Kredite sind daher größere Hürden, zumindest im ländlichen Raum.⁴³⁴ Die sichere und langfristig planbare Refinanzierung durch das EEG ist selbst für Kohle-Kernkraftapologeten eine profitvermittelte Versuchung, unabhängig vom Umweltbewusstsein (vgl. Umweltbundesamt 2009).⁴³⁵ Bei Dachsolaranlagen scheint es bisher noch keinen Fall gegeben zu haben, in dem eine Bürgerinitiative sie verhindern

⁴³⁴ Bisher finden sich wenige Städte, die ihre Amtsgebäude konsequent mit Dach-Solaranlagen ausrüsten.

⁴³⁵ Siehe dazu: Herr Alfons in Müheln.

wollte (was bei Freiflächen-Solaranlagen gelegentlich vorkommt). Diese Form der erneuerbaren Energieproduktion kann daher als eine mit der höchsten allgemeinen Akzeptanz gelten. Dies eröffnet die Möglichkeit, diese Technologie als organisatorische *top-down* Lösung anzuwenden.

1.1) Photothermie

In der technischen Umsetzung ist die Wärmeproduktion durch solarthermische Photozellen geringfügig komplexer als die Stromproduktion, da hierfür neben der Dachinstallation auch Warmwasserleitungen im Gebäude verlegt werden müssen. Zum Ausgleich sind die Anlagen in der Anschaffung meist günstiger.

Beide Formen, Photovoltaik und Photothermie sind einfach in der Umsetzung, weil sie technisch kleinteilig und unter den beteiligten Experten meist bekannt sind. Von findigen Privathaushalten werden sie bereits längere Zeit genutzt. Neben der unproblematischen Finanzierung sind ihnen die kurzen Entscheidungswege von Vorteil, da eine eingespielte Amtsverwaltung über die gesamte Umsetzung alleine und ohne weitere Genehmigungsverfahren recht zügig entscheiden kann, wie Mücheln beweist.⁴³⁶ Die Hauptmotivation liegt hier in langfristig niedrigeren Heiz- und Stromkosten, sowie im Verkaufserlös aus dem EEG. Proteste von Anwohnern gegen diese Formen sind nicht bekannt.

1.2) Blockheizkraftwerke (BHKW)

Nicht-fossile Blockheizkraftwerke (BHKW) in Kellern öffentlicher Gebäude sind technisch völlig verschieden, aber soziologisch mit Solaranlagen vergleichbar. Für erneuerbare BHKW muss Biodiesel oder Holz aus der Region bereitgestellt werden, was langfristige Lieferverträge mit lokalen Agrarbetrieben voraus setzt. Sie gelten daher als etwas anspruchsvoller in der Organisation als Solarzellen. BHKW produzieren ebenfalls Wärme für die Gebäude und durch Kraft-Wärme-Kopplung auch Elektrizität, die nach dem gleichen Prinzip wie Solarstrom ins öffentliche Netz eingespeist wird. In Mücheln werden schon zahlreiche Kindergärten und Schulen durch BHKW beheizt und refinanzieren sich über die reduzierten Heizkosten⁴³⁷ und den zugleich von ihnen produzierten Strom.⁴³⁸ Nach Abzahlung des Kredites generieren sie wie Solaranlagen Gewinne für den Gemeindehaushalt, ohne noch laufende Kosten zu verursachen. Auch hier ist nicht mit Opposition durch Anwohner zu rechnen, sodass eine *top-down* Implementierung

⁴³⁶ Dass eine nicht-eingespielte Verwaltung mehrere Jahre benötigen kann, zeigt die Verwaltung der TU-Cottbus, die sich seit 2007 erfolglos damit beschäftigt, eine kleinere Dachsolaranlage zu genehmigen. Siehe dazu die studentische Initiative solar-university <www.solar-university.de> (Stand 1.8.2010)

⁴³⁷ Deren Ausmaß hängt von der Differenz zum jeweiligen Mineralölpreis ab, die 2009 aber schon ausreichte.

⁴³⁸ Für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bestehen auch Förderprogramme und EEG Tarife für die Elektrizität.

durchaus ratsam ist.

2) Solar und BHKW als Bürgerbeteiligungsmodell

Insbesondere Solaranlagen werden oft mittels Bürgerbeteiligungsmodellen finanziert, was allerdings wesentlich mehr Aufwand für die Verwaltung bedeutet, da die Bürger über einen längeren Zeitraum in mehreren Veranstaltungen informiert werden müssen, um zur Beteiligung bereit zu sein (siehe Wilzen, Mücheln). Eine konventionelle Finanzierung durch die öffentliche Hand scheidet für diejenigen Kommunen aus, die unter einem Haushaltssicherungskonzept stehen, welches ihnen nicht erlaubt, notwendige Kredite aufzunehmen, selbst wenn die Rückzahlung durch das EEG gesichert ist. Für die Finanzierung von Energieproduzenten bleibt dann nur der schwierigere aber dafür ökonomisch und demokratisch nachhaltigere Weg der Bürgerbeteiligung.⁴³⁹

Wie hoch der Aufwand ausfällt, hängt vor allem von den Vermögensverhältnissen der Anwohner und der Verbreitung von Solaranlagen in der Region ab. Je mehr Familien mit privaten Solaranlagen vertraut sind, desto höher ist auch deren allgemeine Akzeptanz und das nötige Hintergrundwissen, um eine Bürger-Solar-Anlage in einem konstruktiven Diskurs zu begleiten. Ferner ist das Verhältnis der Bevölkerung zum Organisator von großer Bedeutung. Ein Bürgermeister oder Ortsvorsteher, der das Vertrauen seiner Bürger genießt, hat es wesentlich einfacher, diese vom Nutzen einer breiten finanziellen Beteiligung zu überzeugen. Der Aufwand für Bürgerbeteiligung kann daher stark von Region zu Region variieren. In jedem Fall ist diese Variante etwas komplexer als die Finanzierung ohne Bürgerbeteiligung.

3) Versorgung eines öffentlichen Gebäudes mit Elektrizität aus einem Miniwindrad

Sogenannte Kleinstwindräder können in Gärten, Hinterhöfen und auf Dächern⁴⁴⁰ aufgestellt werden, ohne oder mit wesentlich einfacheren Genehmigungsverfahren als sie für große Turbinen notwendig sind. Auch beginnt ihr Kaufpreis im vierstelligen Bereich, womit die Schwelle wesentlich niedriger liegt als bei großen Anlagen. Sie produzieren bis zu 10 kWh, was ausreichen kann, um beispielsweise den Bedarf eines Kindergartens oder einiger Büros zu decken. Der größte Unterschied zu Variante 1 liegt darin, dass Windräder, seien sie auch noch so klein, nicht nur rotieren, sondern dies in aller Öffentlichkeit tun. Zumindest in Deutschland wird es immer wieder

⁴³⁹ Eine Bürgerbeteiligung ist natürlich prinzipiell bei allen Energieinfrastrukturen möglich, typischerweise wird sie aber bei Solaranlagen gewählt.

⁴⁴⁰ Für Dächer werden horizontal rotierende Windräder angeboten, die aber technisch weniger ausgereift sind als andere Technologien und nur kleine Strommengen generieren. Leider konnte keine Anwendung dokumentiert werden. Es scheint plausibel, dass horizontale Windräder, insofern sie unter Nachbarn keinen Missmut erregen (was erforscht werden sollte) ähnlich einfach realisiert werden können wie Dach-Solaranlagen und in Kategorie 1 gehören.

tatkräftige Nachbarn geben, denen weder Zeit noch Geld zu schade sind, um dies zu verhindern. Im Fallbeispiel Mücheln gab es keine Klagen, da die Bürger an hierarchische Entscheidungen gewöhnt sind und das Windrad außerdem so steht, dass es von keinem Haus gesehen wird.

Obwohl Kleinstwindräder technisch noch nicht so ausgereift sind wie Solarsysteme, sind sie wie diese für eine kompetente Verwaltung keine große Aufgabe. Die Finanzierung ist durch das EEG gesichert und Kredite deshalb leicht zu erhalten. Notwendig ist vor allem ein geeigneter Stellplatz, der dem Wind, aber nicht den Blicken der Anwohner ausgesetzt ist.

4) Neubau von Gebäuden, die mit erneuerbaren Energiesystemen ausgerüstet sind

Unabhängig von den Anforderungen für die Energiesysteme sind Neubauten organisatorisch fast immer aufwendiger als die energetische Renovierung bestehender Gebäude. Neubauvorhaben bringen viele kleinere Gemeinden und ihre Verwaltung daher an die Grenzen ihrer Strapazierfähigkeit (siehe Köllme). Mit ihnen sind vielerlei administrative Aufgaben verbunden: neben der Finanzierung müssen Genehmigungen und ein Bebauungsplan eingeholt werden, Aufträge geschickt an lokale Unternehmer vergeben werden, sodass sich niemand übergangen fühlt⁴⁴¹ und Immobilienverhältnisse vor Ort beachtet werden.⁴⁴²

Technisch gesehen ist die Ausrüstung neuer Gebäude mit erneuerbaren Energieproduzenten oft sogar einfacher als eine Nachrüstung bestehender Gebäude.⁴⁴³ Soziologisch verhält es sich jedoch entgegengesetzt, da für Nachrüstungen keine Bebauungspläne und Genehmigungen notwendig sind. Neubauten hingegen sind auch ohne EE komplex genug, um Verwaltungen und Gemeinderäte an den Rand ihrer Fähigkeiten zu bringen, was dazu führen kann, dass die zusätzliche Aufgabe, erneuerbare Energiesysteme einzuplanen, fallen gelassen wird, als anscheinend überflüssiger Luxus, um die beschränkten Kräfte auf den Kern, das Bauvorhaben selber zu beschränken.⁴⁴⁴

5) Bau einer Biogas- oder Biomasseanlage ohne Netz

Wie Miniwindräder auch, setzen diese Anlagen die Zustimmung oder mindestens Politikapathie der Nachbarn voraus, da eine Wahrnehmung möglicher Gerüche, besonders von Biogasanlagen,

441 Die wichtigen Unternehmer zu übergehen kann dazu führen, dass diese, ihren politischen Einfluss, den sie oft als Vorstände von Vereinen haben, nutzen, um ein Vorhaben zu torpedieren, wie in Köllme teils geschehen.

442 Freilich könnten Verträge auch völlig meritokratisch legitim vergeben werden. In der Feldforschung zeigte sich aber, dass fast immer auch andere Motive vorliegen.

443 Zum Beispiel kann ein Dach von Anfang an mit Solarzellen gedeckt werden, statt erst mit Ziegeln, auf die zusätzlich Solarmodule aufgeschraubt werden.

444 Selbst in Löwen, einer gut organisierten Gemeinde, musste der Ortsvorsteher lange Überzeugungsarbeit leisten, damit der Gemeinderat zustimmte, das Feuerwehrhaus als Niedrigenergiehaus mit Solarmodulen zu errichten. Bei der Aufrüstung bestehender Gebäude hingegen muss der Gemeinderat oft nicht einbezogen werden, was alles beschleunigt.

die gewöhnlich mit Fäkalien betrieben werden, nicht ausgeschlossen ist. Wie sich in zwei Orten zeigte, kann die Angst vor Gerüchen im ländlichen Raum sehr ausgeprägt sein.⁴⁴⁵ Im Gegensatz zu Sichtachsen von Windrädern, lassen sie sich weniger klar voraussagen, was Unsicherheit nicht nur unter den nächsten Nachbarn, sondern im ganzen Dorf erzeugen kann. Dazu kommt möglicher Lärm durch anliefernde Lastwagen, was der potentiellen olfaktorischen eine akustische Belästigung hinzufügt.

Biomasseanlagen hingegen sind zwar geruchsarm, aber stets mit der Teller-Tank Problematik verbunden, was ihre Legitimität unter den Biomasselieferanten, den Landwirten, untergräbt und handfeste Ängste um die Nahrungsmittelpreise schüren kann, wie deutlich beobachtet wurde.⁴⁴⁶ Eine Alternative ist der ausschließliche Betrieb mit Restholz, sodass kein *zusätzlicher* Boden genutzt wird und keine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion besteht.⁴⁴⁷ Ein flächenneutraler Betrieb mit organischem Hausabfall ist ebenfalls möglich und hinsichtlich des Flächenverbrauchs der Königsweg, konnte aber in keinem der Fallstudien untersucht werden.

Obwohl Biogas und Biomasse mit je einem spezifischen Handicap belastet sind, wurde in einem Fall deutlich beobachtet, dass der feine Unterschied zwischen beiden Techniken vom Publikum übersehen und im Zweifelsfall beides befürchtet wird, was der Akzeptanz sehr abträglich ist. Solange das Wissen um die Technologie wenig verbreitet und insbesondere das Teller-Tank-Problem nicht geklärt ist, starten beide Varianten mit einem Handicap.

Falls all diese Befürchtungen nicht aufkommen, setzen Biomasse- und Biogasanlagen neben der Baugenehmigung und Finanzierung vor allem langfristige Lieferverträge mit Forstämtern, Waldbesitzern oder Bauern voraus. Insofern sie Elektrizität produzieren, refinanzieren sie sich über die Netzeinspeisung und das EEG. Anfallende Wärme kann über eine Stichleitung an nahegelegene Häuser geliefert werden, deren Besitzer freilich zustimmen und sich für ein bis zwei Jahrzehnte zur Wärmeabnahme verpflichten müssen, was eine weitere organisatorische Hürde ist.⁴⁴⁸ Eine erste Wärmeleitung rechtfertigt aber ihren hohen Organisationsaufwand mit dem Charme, dass sie den Grundstein für ein später darauf aufgebautes Wärmenetz bilden kann (Lettewitz). Es ist technisch möglich, von einer einzelnen Stichleitung später weitere

445 Obwohl die emittierte Nettogeruchsbelastung ungefähr gleich bleiben sollte, da in Biogasanlagen genutzte Fäkalien, als Dünger auf den Acker ausgebracht, wesentlich geruchsärmer sind als un-fermentierte Gülle.

446 Siehe dazu die Informationsveranstaltung in Wettin

447 Allerdings ist auch die Versorgung mit größeren, regional erzeugten Holzmengen nicht immer unproblematisch, zum einen müssen langfristige Verträge geschlossen werden und zum anderen stellt sich das ökologische Problem, dass den Wäldern oft zu viel Holz entnommen wird, was langfristig nicht durchgehalten werden kann. Dass importiertes Holz und Pflanzenöl aus Entwicklungsländern häufig mit hohen ökologischen und sozialen Kosten verbunden ist, die, in die Berechnung ihrer Nachhaltigkeit aufgenommen, ihren Nutzen bei weitem überwiegen können, zeigen die Rodungen von indonesischem Urwald, der Palmölplantagen weichen muss, die vermeintlich CO₂ neutralen Kraftstoff für den EU-Markt produzieren. Da der globale Handel mit Palmöl und Holz als Energieträger bis 2010 noch nicht bis auf die Ebene regionaler Energieversorger in Deutschland vorgedrungen ist, bleibt diese Problematik hier außen vor.

448 Wie im Kapitel „Vergleich der Fälle“ argumentiert wurde, ist dies um so leichter, je größer die Eigenheimquote ist. Mietverhältnisse erschweren wahrscheinlich eine hohe Anschlussquote.

Abzweigungen zu legen, um daraus ein ganzes Netz werden zu lassen.

6) Bau neuer Gebäude mit erneuerbaren Energien als *Insellösung*

Neue Gebäude, die entfernt vom Ortskern und eher isoliert liegen, können von Anfang an als *Insellösung* konstruiert werden, was heißt, sie werden mit - meist mehreren - Energieproduzenten und einem Speichersystem so ausgerüstet, dass ein Anschluss an das normale Stromnetz gar nicht notwendig ist. Je nach Entfernung zum Netz, kann damit sogar der Gesamtpreis reduziert werden, wenn die energetische *Insellösung* preiswerter ausfällt als der eventuell einige Kilometer lange Netzanschluss. Wenn dabei auch die Wasserversorgung dezentral geregelt wird, entfällt auch dieser Anschluss. Die Schwierigkeit besteht hierbei vor allem in der noch nicht vollständig ausgereiften Technologie.

Zudem ist der rechtliche und administrative Rahmen einer *Insellösung* den meisten Ämtern und Behörden nicht geläufig. In einem Fall wurde beobachtet, wie ein Vattenfall nahestehender Experte die *Insellösung* durch sachlich wenig relevante Aussagen zu Fall brachte.⁴⁴⁹ Eine entschlossene Verwaltung würde sich wahrscheinlich nicht aus der Ruhe bringen lassen, aber angesichts der allgemein schwachen Wissenslage zu solchen Lösungen und der wahrscheinlich allgemeinen Opposition der Netzmonopolisten,⁴⁵⁰ wird diese Variante als eher komplex eingestuft.

7) Genehmigung eines Windparks

Durch lokale Bürgerbeteiligung finanzierte Windräder sind gemäß der Überlegungen zum Kapitalabfluss eine der besten Möglichkeiten, um leistungsstarke Energieproduzenten zu errichten. Ein solches existiert in Lettewitz, ist aber angesichts der Kosten von circa 2 Millionen Euro je Windrad im finanzschwachen Dalmatien eine Seltenheit wenn nicht sogar der einzige Fall. Dafür hat eine finanzielle Bürgerbeteiligung den Vorteil der höheren Akzeptanz einer Technologie (Warren/McFadyen 2010)⁴⁵¹ aber auch den Nachteil, dass zu Beginn viel Überzeugungsarbeit für die Technologie notwendig ist, um eine ausreichende Zahl von lokalen Investoren zu gewinnen.⁴⁵² Im Folgenden werden die weitaus häufigeren, extern finanzierten Windparks diskutiert.

Auch mit weniger als 10 Windrädern können diese, bei günstig gestalteten Verträgen, genug Gewerbesteuern abwerfen, um einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zumindest in kleineren

449 „Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass Großkonzerne oftmals regionale Aktivitäten blockieren.“ In einem Workshop mit Lokalpolitikern im Rahmen der Studie: „erneuerbare Energien als Motor für regionale Wertschöpfung“ (Wuppertal 2010: 35).

450 Worunter hier neben Vattenfall, Eon, RWE und EnBW (eventuell auch die öffentlichen Stadtwerke) und die Wasserwerke gezählt werden müssten, falls dezentrale Wasseraufbereitung mit geplant ist.

451 Siehe die Fallstudie Lettewitz.

452 Möglicherweise ist dies in finanzstärkeren Regionen als Dalmatien wesentlich einfacher, die vorliegende Studie kann hier aber keine Auskunft geben.

Dörfern zu ermöglichen (Löwen). Zugleich können sie erquickliche Einkommen aus Landpacht oder Landverkäufen für die Anwohner generieren (ebenfalls unter der Bedingung gut ausgehandelter Verträge).⁴⁵³ Da diese Einkommen selten allen Einwohnern zugute kommen, (siehe S. 183ff.) gibt es so gut wie immer Windparkgegner, die dessen Errichtung erheblich bremsen können.⁴⁵⁴ Für die lokale Politik stellen sich damit zwei Herausforderungen, zum einen die Bürger vom Nutzen zukünftiger Steuereinnahmen so weit zu überzeugen, dass möglichst keine ernsthafte Opposition oder gar Bürgerinitiative entsteht und zum anderen möglichst mit einer Stimme mit den Investoren Bedingungen auszuhandeln, sodass die Steuereinnahmen oder Sonderzahlungen tatsächlich in der Region bleiben. Da es um viel Geld geht, dass unter anderem auch das Ungleichheitsgefüge im Dorf verändern kann, und meist viele Anwohner vom Blick auf und befürchteten Geräuschen von den Windrädern betroffen sind, werden solche Projekte hier als wesentlich komplexer als die zuvor beschriebenen bewertet.

Die Kosten und der Nutzen der Windräder verteilen sich nicht zufällig, sondern entsprechend der geographischen und sozio-ökonomischen Struktur des Dorfes, was aber nicht bedeutet, dass Kosten und Nutzen jeweils ausgewogen verteilt wären.⁴⁵⁵ Ein Ausgleich wird oft darin gesucht, dass der Windparkbetreiber in öffentliche Güter investiert, die *allen* Dorfbewohnern offen stehen, sodass doch ein Teil des Gewinns gleichmäßig verteilt wird.⁴⁵⁶

Nach derzeitiger Gesetzeslage können die Regionen in Dalmatien die Standorte von Windparks aber kaum mehr selber beeinflussen,⁴⁵⁷ da diese zentral vom Land vergeben werden, sodass die Verhandlungsposition der Dörfer deutlich geschwächt ist. Große Windparks sind durch diese Gesetzesnovellierung wesentlich konfliktträchtiger geworden. Zuvor war es einem entschlossenen Ortsvorsteher möglich, sie trotz erheblicher Opposition in so gewinnbringender Weise zu realisieren, dass sie im Nachhinein von der Mehrheit der Bevölkerung als legitim empfunden werden (Löwen, Müheln).

453 In Lettewitz liegt der Betrag im fünfstelligen Bereich für die jährliche Pacht. Verpachtet werden nicht nur die Stellflächen für die Windräder, sondern auch die Wege für die Anlieferung der Bauteile. Siehe Kapitel „Vergleich der Fälle“.

454 In Dalmatien überwiegt fast immer das finanzielle Interesse. Anwohner, die Land verpachten können, sind also selten Windparkgegner, sondern diejenigen ohne Land oder mit den falschen Parzellen. Mitarbeiter der Windpark projektierenden Firma Ikarus, Herr Hatto im Interview Ende Februar 2009.

455 Siehe hierzu das Kapitel „Vergleich der Fälle“.

456 Optimal wäre freilich, wenn die besonders Betroffenen auch besonders von solchen Gemeingütern profitieren würden, was allerdings in einem Dorf schwer realisierbar ist, denkbar wäre eine Sanierung der Straße oder ähnliches nur im betroffenen Teil des Dorfes. Das bisher einzige beobachtete Mittel zur direkten Kompensation sind Baumpflanzungen zwischen Anwohnern und Windpark, sowie die politisch motivierte Standortwahl der Anlagen in Lettewitz, um mögliche Gegner mit Pachteinahmen umzustimmen.

457 Die geschilderte strategische Standort- und Kompensationspolitik erfolgte vor der Gemeindereform, als selbst Dörfer noch autonom über Windparks entscheiden konnten.

8) Versorgung einer Straße oder eines Stadtviertels mit Elektrizität durch eine *neues* Netz

Die lokalen Niederspannungsnetze sind fast immer in der Hand großer Netzmonopolisten. In Dalmatien ist dies EnviaM. Um also regionalen Strom von einem Windpark oder anderem Erzeuger *ohne Umweg* zu lokalen Abnehmern zu transportieren, ist die Kooperation des Netzbetreibers notwendig. Insofern der den Gesetzen der Profitmaximierung folgt, wird er freilich wenig Interesse zeigen, das bequeme Netzmonopol durch derartige Insellösungen zu gefährden, und seine Zustimmung verweigern, wie in Lettewitz geschehen. Ein Ausweg besteht daher nur darin, parallel zum bestehenden Niederspannungsnetz ein neues zu verlegen.⁴⁵⁸ Damit solch ein Netz ökonomisch und technisch effizient genutzt werden kann, ist die Beteiligung möglichst vieler Anwohner notwendig.⁴⁵⁹ Der gesamte finanzielle, administrative und technische Aufwand ist deshalb vergleichsweise statisch und unabhängig von der Teilnahmequote. Für die Finanzierung bieten sich prinzipiell eine Vielzahl an Möglichkeiten, wobei die Bürgerbeteiligung wie in anderen Fällen auch, die optimale Form ist mit Blick auf regionale Wertschöpfung.

Bei allen Vorteilen ist jedes Netz eine komplexe soziale Aufgabe, da viele Akteure zusammenarbeiten müssen und über passive Akzeptanz hinaus, aktive Teilnahme der Anwohner gefragt ist.⁴⁶⁰ Dafür ist es notwendig, die Technologie in der Identität einer Region zu verankern und in lokale Narrative zu integrieren. (siehe „Technologie und Akzeptanz als Diskurs“)

Diese Form, EE im ländlichen Raum zu nutzen, gilt daher als Qualitätssprung, der nur entscheidungsfreudigen Gemeinden mit hohem Sozialkapital offen steht (vgl. Lipl 2007).⁴⁶¹ Dass dies grundsätzlich möglich ist, auch in Ostdeutschland, hat allen Schwierigkeiten zum Trotz das Dorf Lettewitz bewiesen.

9) Versorgung einer Straße oder eines Viertels mit Nahwärme aus einer Biogas/masseanlage durch ein neues Netz⁴⁶²

Diese Variante ist wie die vorhergehende nicht nur sozial, sondern auch technisch komplex, weil

458 In letzter Zeit erkennen immer mehr Städte, dass es vorteilhaft ist, die Kontrolle über die Niederspannungsnetze zurückzuerlangen und bemühen sich darum beim Auslaufen der Konzessionen.

459 Weil die Fixkosten für das Verlegen der Leitungen sehr hoch sind, und weitgehend unabhängig davon, wie viele Haushalte sich anschließen lassen. Wenn sich also nur wenige Anwohner beteiligen, liegen deren Pro-Kopf Kosten wesentlich höher als bei einer hohen Teilnahmequote.

460 Lokale Politiker, Techniker und Meinungsführer sind es oft nicht gewohnt, sich um die aktive Beteiligung der Anwohner zu bemühen und agieren oft hilf- und konzeptlos. Meist fehlen auch die notwendigen sozialen Institutionen um zwischen einfachen Anwohnern und Experten zu vermitteln: Zeiten und Räume für gemeinsame Treffen, Rituale und Verhaltensformen, Diskussionskultur und Konfliktlösungsmechanismen (vgl. Genro 1999). Siehe das Kapitel „Technologie und Akzeptanz als Diskurs“.

461 Allein die Herausforderung, sich nicht nur erdulend und nörgelnd, sondern finanziell mit Zeit und emotionalem Einsatz für die Dorfpolitik einzusetzen, trifft in vielen Regionen Dalmatiens auf die eingeschliffene Routine, alle Verantwortung wie gewohnt zum Bürgermeister zu delegieren.

462 Auch Nahwärme aus überschüssigem Windstrom ist technisch möglich, aber neuerdings gesetzlich untersagt, siehe dazu die Fallstudie Lettewitz.

im ländlichen Raum meist keine Nahwärmenetze existieren und diese erst gelegt werden müssen. Damit sie ökonomisch effizient genutzt werden können, ist eine hohe Teilnahmequote notwendig, sodass grundsätzlich die gleichen Anforderungen wie auch bei Elektrizitätsnetzen gelten.

Darüber hinaus bedeutet eine Zentralheizung für die Anwohner einige Eingriffe in ihr persönliches Umfeld. Ein Handwerker muss in ihrem Haus das neue Netz anschließen und vor allem müssen sie ihre alte Ölheizung aufgeben, da sonst regelmäßige Wartungskosten für die TÜV-Abnahme anfallen würden. Wie sich gezeigt hat, ist die eigene Heizung aber ein Gegenstand familiärer Autarkie, die nicht leichtfertig aufgegeben wird, um so mehr als man sich mit der Zentralheizung nicht nur in technische, sondern auch in soziale Abhängigkeit begibt. In der Betreibergesellschaft in Lettewitz sind die meisten Anwohner Mitglied, sodass man auch von den Entscheidungen womöglich unliebsamer Nachbarn abhängig ist. Da die Abhängigkeit von Verträgen und fremden Besitzern bei Elektrizitätsnetzen von jeher bestand, gibt es dort weniger Ängste vor Abhängigkeitsverhältnissen, hingegen ist die eigene Heizung im ländlichen Raum, wie sich an der schwierigen Überzeugungsarbeit in Lettewitz zeigte, Gegenstand persönlicher Befindlichkeiten und wohl auch Quelle eines gewissen Stolzes der Unabhängigkeit. Obwohl administrativ ganz ähnlich, sind Wärmenetze deshalb soziologisch wesentlich komplexere technosoziale Formen als Elektrizitätsnetze.

10) Versorgung eines ganzen Dorfes mit Nahwärme oder Elektrizität

Technisch besteht kaum ein Unterschied, ob nur eine Straße oder ein ganzes Dorf versorgt werden soll, die Anforderungen an die soziale Organisation steigen jedoch, wenn mehr Personen beteiligt sind. Gemeinsame Interessen können schnell durch Trittbrettfahrerverhalten geschädigt werden, und dies ist um so schwerer zu verhindern, je größer der Kreis beteiligter Personen ist (vgl. Olson 1968: 33). Die gemeinsamen Interessen wären hier die für alle beteiligten Haushalte reduzierten Heiz- oder Stromkosten. Da die Pro-Kopf Kosten mit steigender Teilnahmequote sinken, besteht ein allgemeines Interesse an einer möglichst vollständigen Teilnahme aller Anwohner. Aber selbst wenn kein ökonomisch rationaler Grund besteht, nicht teilzunehmen, finden sich oft einige Personen oder Haushalte, die sich spezifisch wirtschaftsfremd verhalten und ihre Teilnahme verweigern, wie in Lettewitz eindeutig beobachtet wurde. Dahinter, so ist zu vermuten, stehen eher emotionale Beziehungen zu den Nachbarn als ökonomische Überlegungen. Dem wird besonders im ländlichen Raum durch einen Gruppenzwang in Richtung angepassten Verhaltens entgegengewirkt. (S.145) Da erwartungskonformes Verhalten aber in größeren Gruppen nicht so einfach sanktioniert werden kann wie in Kleingruppen, ist damit zu rechnen, dass es einfacher ist, den nötigen Konsens in einer Straße als in einem ganzen Dorf herzustellen.⁴⁶³

⁴⁶³ Vgl. ebd.

11) Versorgung eines ganzen Dorfes mit Elektrizität *und* Wärme

Der Aufwand steigt natürlich, wenn mehrere Technologien zeitgleich eingerichtet werden sollen. Dennoch gibt es zwei Skaleneffekte, die diese Option attraktiv machen. Aus technischer Sicht ist der Aufwand nur wenig höher, wenn einmal aufgeschachtet wird, um neben Stromleitungen auch noch Wärmeleitungen zu legen. So hat Lettewitz die Gelegenheit genutzt, um zeitgleich Leitungen für Wärme, Strom, Wasser und Internetverbindungen zu legen.

Auch organisatorisch ist der Mehraufwand geringer, wenn ohnehin anberaumte Treffen genutzt werden, um gleich mehrere Netze zu diskutieren. Auf der anderen Seite kann dies freilich, wenn ernsthafte Konflikte auftauchen, den Rahmen sprengen. Deshalb zählt dies hier als die komplexeste Form der Technologieanwendung, die bisher nur in Lettewitz realisiert wurde.

5 Anbindung an die soziologische Theorie

Zu Beginn der Forschung wurde eine Reihe von Einzelthesen aufgestellt und einige Zusammenhänge konstruiert, um der Forschung einen Rahmen zu geben. Vieles davon ist im Laufe oder nach Auswertung der Feldforschung verworfen worden. Was sich als geeignet erwiesen hat, wird im folgenden vergleichend diskutiert, um Bausteine für eine synthetische Makrotheorie zu gewinnen (siehe Kapitel „Versuch eines Modells“). Zunächst wird die Entstehung von lokaler Energieproduktion als neue soziale Institution beschrieben.

5.1 Von der informellen zur formalen Institution

Soziale Institutionen entstehen durch die Habitualisierung und Wiederholung einer Handlung und ermöglichen erwartbares Verhalten (vgl. Berger/Luckmann 1969: 57-61). Mit der Errichtung von technischen Anlagen zur nachhaltigen Energieproduktion können unter bestimmten Umständen neue soziale, wirtschaftliche oder juristische Institutionen entstehen. Wenn dazu nicht auf bestehende juristische oder bürokratische Institutionen zurückgegriffen werden kann, wie in den untersuchten Fällen, ist zu erwarten, dass sie durch informelle Institutionen ersetzt werden. So meint Tönnies, soziale Systeme werden entweder durch informelle gemeinschaftliche Assoziation oder durch formale, juristische oder vertragliche Normen zusammengehalten (vgl. Tönnies 1887). Da die formalen Strukturen einer GmbH, Genossenschaft oder sonstigen juristischen Trägerschaft für die untersuchten Energieprojekte jeweils erst geschaffen werden sollen, kann das soziale Gefüge sich nur auf die informellen und noch wenig habitualisierten Formen stützen. Institutionen

nicht-vertraglicher Kooperation sind im ländlichen Raum ohnehin häufiger anzutreffen als in Städten (Planck/Ziche 1979: 149). Aus diesen theoretischen Annahmen ist also zu erwarten, dass sich die beobachteten nicht-vertraglichen Institutionen langsam zu vertraglich-formalen Strukturen entwickeln. Zumindest sollte das dort der Fall sein, wo geplante Energieprojekte erfolgreich verlaufen.

Die öffentliche Hand als Produzent: die erste Solarzelle als virtuelles Stadtwerk

Wie sich gezeigt hat, stellen Energieinfrastrukturen je nach Grad ihrer Komplexität, unterschiedlich hohe Anforderungen an die Organisationsfähigkeit lokaler Politik. Wenn es sich um *netzkonforme* Technologien handelt, sind die Hürden hierfür eher niedrig und neue Formen der Vergemeinschaftung nicht notwendig. Einzelne Solaranlagen, BHKW und kleine Biogasanlagen fügen sich völlig reibungslos in bestehende Strukturen ein. Ihre Bereitstellung erfordert keine kreative Leistung der Initiatoren, seien sie aus Politik oder Wirtschaft, denn die Abläufe und Formen sind oft dieselben als würde ein Gebäude renoviert oder gebaut. Neue Aspekte zeigen sich in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem für die öffentliche Hand. Diese verkauft üblicherweise keine Produkte, sondern beschränkt sich auf die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Schulen, Straßenbeleuchtung oder Kläranlagen. Diese sind nicht-vermarktet und folglich eher Allmenden als „Güter“. Den Markt muss die „öffentliche Hand“ dennoch betreten, um für Steuergeld dort gehandelte Güter wie Arbeitskraft, Elektrizität, Wärme oder Baumaterial zu erwerben. So kann vereinfachend gesagt werden, die öffentliche Hand betrete den Markt vor allem als Konsumentin.

Soweit verhält es sich nicht anders, wenn dort Handwerker, Solarzellen oder Miniwindräder eingekauft werden. Sobald die erste Solaranlage aber in Betrieb geht, wird Strom und Wärme für den Selbstverbrauch als auch für den Verkauf am Markt produziert. Nun waren Stadtwerke ehemals eine Selbstverständlichkeit, doch sind sie seit einem halben Jahrhundert in Deutschland in stetigem Rückgang (Eckart/Meinerzhagen/Jochimsen 1985). Gemeinden beschränkten sich mehr und mehr auf nicht-materielle Angebote und nur in Ausnahmen stellen sie materielle Güter zur Verfügung, in Konkurrenz zum privatwirtschaftlichen Sektor.

Da Dörfer in den meisten Fällen noch nie über Stadtwerke verfügten, schafften sie hiermit effektiv eine neue Institution, die bis dato den Städten vorbehalten war (respektive: schon verloren gegangen ist). Diese „Stadtwerke“ wachsen Kilowattstunde um Kilowattstunde, sind dezentral auf viele Dächer und Hinterhöfe verteilt und produzieren CO₂-neutral und unabhängig von Rohstofflieferungen. Zu Beginn versorgen sie einzelne Gebäude und erwirtschaften einen Gewinn durch den Energieverkauf am Markt (mittels des EEG). Später können sie, wenn Leitungen gelegt

sind, auch andere Gebäude versorgen. Denkbar ist auch eine organisatorische und technische Komplexitätssteigerung auf ein Niveau, dass es erlaubt, einen regulären Stromanbieter zu gründen, ähnlich den Energiewerken Schönau. Freilich ist dies ein weiter Weg, gewieften Politikern ist er dennoch nicht verbogen geblieben. So äußerte der Bürgermeister von Salzmünde bereits vor Abschluss des Lettewitz-Projektes den Gedanken, die dezentrale Struktur auszubauen und verschiedene Stadtteile von Salzmünde zu versorgen (langfristig sollten diese den bestehenden Stadtwerken eingegliedert werden, um die fossile Stromproduktion langfristig zu verdrängen).

Für den Qualitätssprung vom reinen Konsumenten zum Produzenten spielt es zunächst keine große Rolle, wie viel Strom die öffentliche Hand eines Dorfes oder einer Kleinstadt produziert. Mit der ersten Solarzelle beginnt sie sich als Produzentin zu etablieren, wo sie vorher nur konsumierte. Die Institution dezentrales Stadtwerk beginnt ihre Existenz in dieser ersten Keimzelle, ob nun bewusst oder unwissentlich. Da hiermit mehrere Technologiestufen übersprungen werden, können ländliche Regionen direkt an fortschrittlichste Entwicklungen anschließen, in Entwicklungsländern als *leap frogging* bekannt. Denkbar ist, dass der ländliche Raum somit nicht nur technologische Zwischenstufen, sondern auch soziale Hemmnisse überspringt, die es ihm leichter machen als bestehenden Stadtwerken, eine dezentrale, erneuerbare Energie-Infrastruktur zu entwickeln. Ein „Überholen ohne Einzuholen“ wäre hier denkbar, sodass aus einem *Malus*, dem Fehlen etablierter Stadtwerke, ein Vorteil werden könnte.

Detaillierte Aussagen können hier nicht getroffen werden, da die Empirie der Theorie zumindest in Dalmatien noch nicht weit genug gefolgt ist, um beobachtet zu werden. Das Beispiel der Energiewerke Schönau zeigt freilich schon deutlich genug, dass diese Entwicklung nicht unrealistisch ist.

Das „Energiedorf“, noch eine informelle Institution

Auf informelle soziale Institutionen muss nicht zurückgegriffen werden, wenn die jeweiligen Technologien sich in bestehende Praktiken einpassen lassen. So hat beispielsweise Müheln durchaus keine Revolution erlebt und ist ohne Aufhebens zum Energieproduzenten geworden. Die Stadtverwaltung hat einfach die bestehenden Verwaltungsroutinen an die neuen Bedürfnissen angepasst.

Ein wesentlich größerer Schritt ist es, diese Energieproduzenten zu einem gemeinsamen Netz oder virtuellen Stadtwerk zu verbinden. Hierfür wären sehr wahrscheinlich neue formal-vertragliche Institutionen notwendig. Diese werden nicht *ex-nihilo* erschaffen, sie bauen vielmehr auf bereits bestehenden informellen Arrangements auf. Erst über die Brücke von gegenseitigem Vertrauen,

Elitenetzwerken und informellen Absprachen können die notwendigen komplexen und formalisierten Institutionen wachsen. In ihrer am weitesten formalisierten Entwicklungsstufe finden wir sie in Lettewitz. Doch selbst hier haften ihr noch die urwüchsigen Strukturen ihrer Entstehung an. Zu eng scheinen sie noch an Lettewitz geknüpft, um einfach auf andere Gemeinden übertragbar zu sein. So wurde vom Bürgermeister Salzmündes zwar der durchaus ambitionierte Versuch unternommen, auch das Nachbardorf Döblitz in Strukturen a lá Lettewitz einzugliedern und einen Windpark zu errichten, doch erbrachte dies nur den Beweis, dass sich Lettewitz noch nicht verallgemeinern lässt. Die Döblitzer waren nicht kooperationsbereit. Es wird also noch weiterer erfolgreicher Fälle bedürfen, in denen die informellen Routinen weiter entwickelt werden, bis soziale, juristische, proprietäre und wirtschaftliche Institution entstanden sind, um vom Einzelfall „Energiedorf“ zu abstrahieren, sodass auch andere Dörfer ohne überdurchschnittlich gute informelle Fähigkeiten (also hohe Verfügbarkeit an Sozialkapital⁴⁶⁴) bestehende und erprobte formalisierte Prozeduren einfach kopieren können (siehe Kapitel „Verallgemeinerbarkeit des Modells Lettewitz“). Wie die Motivation dazu von rational handelnden Akteuren aufgebracht wird beschreibt das nächste Kapitel.

5.2 Rational Choice Theory: Gefangenendilemma und Allmende

Wie in der Einleitung beschrieben, können EE im ländlichen Raum eine Verminderung des Kapitalabflusses bewirken, was sich in verstärkten regionalen Wertschöpfungsketten, Investitionen, Arbeitsplätzen, höherem Durchschnittseinkommen und Steuereinnahmen und somit wiederum anderen öffentlichen Gütern manifestiert. Dieses Ergebnis kann, ganz ähnlich Ostroms ökologischen Allmenden (Ostrom 1990), von keinem Akteur alleine bereitgestellt werden, sondern nur von vielen gemeinsam, während ein Teil der Vorzüge unweigerlich auch denen, die sich nicht an ihrer Bereitstellung beteiligt haben, offen steht.

Es kann aber theoretisch erwartet werden, dass das kollektive Gut einer gemeinsamen Energie-Infrastruktur, wenn sie einmal eingerichtet ist und funktioniert, vom individuellen, rational-ökonomischen Verhalten der Anwohner stabilisiert wird, da sie es meist erlaubt, Energie unter den Marktpreisen zu beziehen (wenn dies nicht der Fall wäre, fehlte die Motivation zu ihrer Bereitstellung). Wenn niedrige Preise angeboten werden können, ist kein überdurchschnittlich kooperatives Verhalten mehr notwendig.

Anders verhält es sich mit der Bereitstellung dieses Gutes. Wenn erneuerbare Energieproduktion bei einer hohen lokalen Besitzquote zu einer Regionalisierung von Wertschöpfungsketten führt,

⁴⁶⁴ Sozialkapital wird in Anlehnung an Franzen/Freitag mit Putnam definiert als „features of social organisation such as networks, norms and trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit (Putnam 1995: 67).“

profitieren alle Anwohner, auch diejenigen, die sich in keiner Weise an der Einrichtung der Infrastruktur beteiligt haben. Es besteht also ein Trittbrettfahrer Dilemma. Im Gegensatz zu den von Hardin (1968) beschriebenen Kollektivgütern, handelt es sich bei dieser „Tragedy of the Commons“ aber nicht um die Übernutzung und Zerstörung eines gegebenen Gutes. Die Tragödie ist hier *a priori*, als das Fehlen der Initiative zur Bereitstellung eines Gutes, das im ungünstigen Fall niemals existiert und folglich auch nicht übernutzt werden kann.

Profitmaximierende *homines oeconomici* werden die anfängliche Initiative zur Bereitstellung des Gutes nur dann aufbringen, wenn ihr Aufwand mit dem späteren Nutzen korrespondiert. Auf Grund des zumindest teilweise inklusiven Charakters dieser Kollektivgüter, ist eine solche Entsprechung von Investitionen und privaten Gewinnerwartungen aber nur schwer zu realisieren.

Es ist daher erwartbar, dass ausschließlich wirtschaftlich rationales Handeln, im Sinne privatisierter, also exklusiver Gewinne ausreicht, um sozial wenig komplexe Strukturen einzurichten wie einzelne Energieproduzenten (Solarzellen, Windräder, BHKW usw.).

Bei zeitaufwendigen, organisatorisch anspruchsvollen Energiestrukturen ist aber kaum damit zu rechnen, dass ein allein profitorientierter Akteur die Anstrengung aufbringt, um die vielen relevanten Personen, möglicherweise einen Großteil der Anwohner, davon zu überzeugen, dass sie beispielsweise von einem gemeinsamen Nahwärmenetz profitieren würden. Die Transaktionskosten für so umfassende und oft mehrere Jahre dauernde Überzeugungsarbeit sind hoch. In Güssing waren über hundert Informationsveranstaltungen notwendig, um die Bürger vom Nutzen des Nahwärmenetzes zu überzeugen.⁴⁶⁵ Mit derart hohem Aufwand könnte unser *homo oeconomicus* an anderer Stelle wahrscheinlich schneller und mit größerer Eintrittswahrscheinlichkeit höhere finanzielle Gewinne erzielen (vgl. Esser 1999: 328). Ein kurzfristiges ökonomisches Interesse trägt also weit genug, um einzelne Energieerzeuger alleine oder eventuell mit wenigen Partnern zu errichten.⁴⁶⁶ Dass es ausreicht, um diese Quellen durch ein Netz miteinander zu verbinden, ist auf Grund des Aufwands eher unwahrscheinlich. Um zu erklären, wie es dennoch dazu kommen könnte, ist eine Ausnahme in der Theorie notwendig, die Olson anbietet.

Rationale Vorinvestitionen einer Kleingruppe

Um den Rahmen der Theorie nicht zu verlassen und niemandem Nächstenliebe oder andere Formen wirtschaftsfremden Denkens unterstellen zu müssen, soll nun angenommen werden, dass sich eine Gruppe von Akteuren bildet, die zunächst überhaupt ein Bewusstsein für Kosten und Nutzen des potentiellen Guts entwickelt. Erst wenn sie dies Wissen erlangt hat, stellt sich das

⁴⁶⁵ Bürgermeister Konrad im Protokoll der Informationsveranstaltung in Wettin am 8.4.2009.

⁴⁶⁶ Ein ökonomischer Anreiz liegt vor allem mit den garantierten Festpreise des EEG vor.

eigentliche Kollektivgutproblem: die Gruppe muss abwägen, wie wahrscheinlich es ist, dass sie, die möglichen Organisatoren und Investoren entsprechend ihres Einsatzes (und darüber hinaus), später zur Gruppe der Begünstigten gehört, oder ob andere den Hauptgewinn einstreichen. Eine solche Konstellation ist als Gefangenendilemma zweiter Ordnung bekannt (Esser 2000: 57f.) und führt im ungünstigen Fall dazu, dass einfach nichts geschieht.⁴⁶⁷ Aus dieser Initiativlosigkeit bietet Olson einen möglichen Ausweg durch eine „kleine“ oder „mittelgroße“ „latente Gruppe“ (Olson 1968: 62f.). Diese Gruppe würde durch einen „selektiven Anreiz“ dazu bewogen werden, sich überhaupt als Gruppe zu konstituieren und in ein Kollektivgut zu investieren, das andernfalls uninteressant wäre (ebd.: 61). Ein solcher selektiver Anreiz läge vor, wenn sie überzeugt wäre, als geschlossene Kleingruppe über die Möglichkeiten zu verfügen, um zum Zeitpunkt der Gewinnverteilung eine ausreichend privilegierte Position einzunehmen, um nicht zu kurz zu kommen. Der entscheidende Vorteil innerhalb einer kohärenten Kleingruppe ist ihre Fähigkeit, abweichendes Verhalten besser als in großen Gruppen sanktionieren zu können. Positiv ausgedrückt sind Kleingruppen⁴⁶⁸ im allgemeinen zu vorausschauenderen und koordinierteren Handlungen fähig. (vgl. Esser 2000: 222)

Dass ein Leviathan, ein überparteilicher Akteur, notwendig sein kann, zeigt das Beispiel des Bioenergiedorfs Jühnde, in dem die Forschungsgruppe der Universität Göttingen vermittelnd und beratend auf die einzelnen Parteien vor Ort einwirkte, womit Gefangenendilemmata und Initiativlosigkeit vermieden wurden. In Dalmatien konnte die regionale Planungsstelle nur in manchen Situationen diese Rolle einnehmen, weil sie kaum sanktionierend und hauptsächlich vermittelnd wirkte. Zu erwarten war also, dass darüber hinaus lokale „mobilisierte Gruppen“ notwendig sind. (vgl. Claessens 1980: 88f.) Ob diese Analyse zutrifft, hängt davon ab, ob man das diffuse Geflecht aus konvergierenden und teils konflikthaften Interessen in Wilzen und Lettewitz als „mobilisierte latente Gruppe“ bezeichnen möchte und ob man ihr bewusstes gemeinsames und teleologisches Handeln unterstellt.

Eindeutige empirische Belege für kurzfristiges Kosten-Nutzen-Denken finden sich auf der individuellen Ebene. Als Beleg kann die Informationsveranstaltung in Wettin zitiert werden. Dort bat der Bürgermeister den Mittelstand, die Initiative zu ergreifen und in der Projektplanung voranzugehen. Dies wurde sehr direkt und offen zurückgewiesen, mit dem Verweis auf zu hohe Investitionskosten. Ein technischer Experte, der aufgefordert wurde, sich in das Projekt einzubringen lehnte ab mit den Worten: „Es geht nur nach der Wirtschaftlichkeit“ und die Unternehmer hier wissen, das 'kann ich nicht nur aus Idealismus machen'“. Deutlicher hätte er

467 Gemäß Hartmut Essers Formel: Eintrittswahrscheinlichkeit x Gewinn - Kosten x Eintrittswahrscheinlichkeit (Esser 2000).

468 Einige Soziologen meinen, dass es eine universelle Obergrenze für funktionierende Kleingruppen mit gemeinsamen Kollektivgütern gibt von 150 Personen. Wird die Obergrenze von 150 Personen überschritten, funktioniert die kontrollierte Ressourcenallokation nicht mehr und Konflikte lassen die Gruppe zerfallen oder wieder schrumpfen. (vgl. Brumann 1998)

Olsons Überlegungen nicht in Worte fassen können.⁴⁶⁹ Jenseits von so eindeutigen Aussagen und kurzfristigen Erwägungen kann ein Verhalten im Sinne der Theorie rationaler Wahl aber nur konstruiert werden, direkt aus der Empirie lässt es sich kaum ableiten.

Wie zu erwarten, entfaltet die Theorie die größte Erklärungskraft für das Handeln der Wirtschaftsakteure, die durchaus gewohnt sind, in derartigen Kategorien zu denken. Am deutlichsten lässt sich die These „Je größer eine Gruppe ist, um so weniger wird sie in der Lage sein, die optimale Menge eines Kollektivgutes bereitzustellen“ (Olson 1968: 33) durch die Empirie stützen. Die fortgeschrittensten Energieprojekte auch außerhalb Dalmatiens sind ausnahmslos in Dörfern oder Kleinstädten angesiedelt.

5.3 Sozialkapital und generalisiertes Vertrauen

Theorien kurzer Reichweite und kleinere Theoreme zu „Sozialkapital“ bildeten bereits die Basis für die *a priori* Thesen dieser Arbeit.⁴⁷⁰ Die Theorie zum Sozialkapital soll hier deshalb nur knapp rekapituliert werden. Ihre *praemissa major* ist die Annahme, dass eine Zivilgesellschaft mit allen ihren Aspekten um so besser gedeiht, je deutlicher „generalisiertes Vertrauen“ ausgeprägt ist, welches aber seinerseits selber eine Funktion der Zivilgesellschaft bildet (Putnam 2003: 530f.). Da Vereine als Räume der Integration verschiedener sozialer Gruppen die Orte par excellence sind, um Vertrauen, Reziprozität und auch Sanktionen abweichenden Verhaltens zu begünstigen, kommt ihnen eine wichtige Rolle zu. In diesem Punkt kann die Theorie voll und ganz bestätigt werden, da Lettewitz als *best practice* Fall sich in Dalmatien durch ein deutlich überdurchschnittliches Vereinsleben auszeichnet.⁴⁷¹ Theoretisch ist zu erwarten, dass das „generalisierte Vertrauen“ daher in Lettewitz ebenfalls überdurchschnittlich gut ausgeprägt ist und die notwendige zivilgesellschaftliche Kooperation ermöglicht hat.⁴⁷²

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, welche der Vereine und sozialen Institutionen eines Dorfes sich in die Projekte einbringen, neutral verhalten oder ablehnend sind. Schließlich kann deren Einfluss sich auch gegen ein Vorhaben wenden.⁴⁷³ Auch ist zwischen mehr und weniger

469 In der Fortsetzung erwartete der Bürgermeister in Wilzen dann keine Vorleistungen mehr aus der Wirtschaft; stattdessen wurden Gewinne und neue Geschäftsfelder in Aussicht gestellt und die Initiative vom Bürgermeister selber weiter getragen. Das von den Fördermitteln bezahlte Ingenieurbüro lernte ebenfalls aus seinen Fehlern in Wettin, und legte in Wilzen konkrete Zahlen über Kosten und Gewinne vor, statt offen einzugestehen, dass eine genaue Kosten/Nutzen Rechnung zu spekulativ ist um eindeutig quantifiziert zu werden. Der Mittelstand und auch die Anwohner schienen damit jedoch zufrieden zu sein.

470 Von den Theorien zum Sozialkapital sollte genau genommen im Plural gesprochen werden. Es handelt sich um einen recht umfangreichen Korpus von Theoremen kurzer und mittlerer Reichweite, insbesondere in der hier zitierten Form des Sammelbandes von Franzen/Freitag (2007).

471 Gemeint ist *best practice* nicht nur bezogen auf Dalmatien, sondern deutschlandweit.

472 Es liegen verschiedene quantitative Messverfahren des *generalisierten Vertrauens* vor, die aber Aufgrund des hohen Aufwands nicht angewandt werden konnten. Eine solche Untersuchung verspricht jedenfalls interessante Ergebnisse.

473 In drei Fällen, Lettewitz, Wettin und Löwen, hat sich dieser Einfluss deutlich gezeigt.

wichtigen Vereinen zu unterscheiden, sowohl in Hinsicht auf die Mitgliederzahl als auch deren Prominenz. Ein kleiner Jagdpächterverein, der die Honoratioren einer Region versammelt, ist eventuell genauso einflussreich wie ein Fussballverein mit viel mehr Mitgliedern.

In den Vereinen, besonders in den Vorstandsämtern finden sich oft Personen mit besonderen Sprecherpositionen und hohem Einfluss auf das Meinungsbild der Bevölkerung, (Zoll 2001: 107) in dieser Arbeit als *Meinungsführer* bezeichnet. Wie eine Studie zu Windkraftanlagen gezeigt hat, beugen sich selbst Verwaltungsbehörden oft der Mehrheitsmeinung der Anwohner (ebd.: 131), sodass den *Meinungsführern* um so größere Bedeutung zukommt. Da man sich im ländlichen Raum kennt und die lokale Kommunikation kaum über Massenmedien vermittelt wird, ist ihr Einfluss wesentlich größer als im anonymen Umfeld der Städte, in dem die Massenmedien oft den einzigen kommunikativen Raum darstellen, um über gemeinsame Politik zu diskutieren.⁴⁷⁴

In der Forschung wird zunehmend darauf hingewiesen, dass Sozialkapital sich auch hemmend auswirken kann, abhängig von den Werten, die in informellen Assoziationen vertreten werden. Auch die Mafia ist ein soziales Netzwerk mit hoher Kohäsion (vgl. Nuisl/Schwarz/Thomas 2002: 22). Im ländlichen Raum Dalmatiens ist aber weniger mit Mafiosi als mit generationsübergreifenden Antipathien zwischen Personen oder ganzen Familien zu rechnen (Planck/Ziche 1979: 117f.). Die Bedeutung langfristiger persönlicher Beziehungen hat sich besonders schillernd in einer singulären Feldstudie durch Studierende gezeigt. Das Dörfchen Sibiu will sich vor dem Tagebau retten und bis zur angedrohten Abbaggerung 2015 (symbolische) Tatsachen schaffen, indem oberirdisch, über der Kohle, eine nachhaltige (solare) Energieproduktion besteht, die das Dorf versorgt. Der Handlungsdruck ist somit hoch, aber das Dorf kann sich besser als viele Nachbarn organisieren, weil der Pfarrer der Region hier seine Pfarrei hat und als „aktive Elite“ die Initiative übernimmt. Ein entscheidender Baustein der Pläne war, neben Solarzellen auf möglichst vielen Dächern, ein Wärmenetz. Die Wärme sollte aus einer Biogasanlage des alteingesessenen Großbauern Müller kommen. Dass aber Müllers, die schon immer die Großbauern sind, auch noch an der Heizrechnung der Kleinbauern verdienen, war denen nicht geheuer, sodass aus dem Wärmenetz anfangs nichts wurde.⁴⁷⁵ Statt dies also *ex-post* im Sinne der *rational choice Theory* zur reflektierten Entscheidung aufzuwerten, ist es wesentlich plausibler, einfach politische Irrationalität zu unterstellen. Gewachsene emotionale Strukturen dominierten hier über die ganz rationale Erwägung, dass die Befriedigung lokal gebundener Emotionen kurzfristig um den Preis des langfristigen Verschwindens eben dieser gesamten

474 Um die Themen Internet- und performative Demokratie zu diskutieren, fehlt hier der Raum, es liegt aber auf der Hand, dass *Meinungsführer* zum Beispiel in Blogs und lokalen Online-Foren, nicht mit den hier beschriebenen übereinstimmen, auch wenn das Phänomen einer herausragenden Sprecherrolle einer bestimmten bekannten Person ähnlich ist.

475 Die Biogasanlage wurde von Herrn Müller dennoch errichtet, allerdings nur zur Strom- nicht zur Wärmeproduktion. Feldforschung von den Studierenden Katja George und Ester Vogt im Juni 2010 im Rahmen des Seminars im Sommersemester 2010.

Lokalität erkauft würde. Genauer gesagt, wurde eben nicht in solchen Preis- und Kostenkategorien gedacht, da es sonst nicht zu der Entscheidung gekommen wäre, Müllers Angebot der Biogasanlage abzulehnen. Es deutete sich Ende des Jahres 2010 aber an, dass der Pfarrer seine Gemeinde doch noch überzeugen konnte, der Biogasanlage zuzustimmen. Mit der kommt noch ein anderes Element spezifischer wirtschaftlicher Irrationalität hinzu: in einem Zeithorizont von vier oder fünf Jahre bis zur angedrohten Abbaggerung amortisieren sich weder die Solarzellen noch die Biogasanlage. Da die Erfahrung zeigt, dass auch gut organisierte Dörfer⁴⁷⁶ bisher stets dem Tagebau und dem ihm vorausgehenden politischen und sozialen Druck gewichen sind, ist es nicht rational, zu erwarten, es werde gerade in Sibiu anders sein. Dass seine Einwohner dennoch in ihr Heimatdorf investieren, lässt sich daher wesentlich besser durch zwei spezifisch wirtschaftsfremde Motive erklären, die Hoffnung trotz alledem siegen zu können, und den Mut, es zu versuchen. Obwohl Sibiu nur ein Nebenschauplatz der Forschung war, zeigt es doch, dass „Sozialkapital“ und eine ausgeprägte Zivilgesellschaft, wozu im ländlichen Raum ein entschlossener Pfarrer eben schon ausreichen kann, geeignete Konzepte sind, um politisches Engagement (unter anderem für eine lokale Energiewende) zu erklären.

Die Kostenseite der Zusammenarbeit

Neben dem generalisierten spielt auch ganz spezifisches Vertrauen eine Rolle. So analysierte schon Putnam in seiner Studie zu Nord- und Süditalien, dass öffentliche Aufgaben wesentlich effektiver geregelt werden, wenn die relevanten „elitären“ Gruppen sowohl intern als auch miteinander kooperieren und sich also gegenseitig vertrauen (Putnam 1993). Dieses Vertrauen und die sie begleitende persönliche Bekanntheit hat auch eine Kostenseite. Im ländlichen Raum sind neben den üblichen pekuniären Aspekten, Würde und Ansehen besonders für die Eliten wichtige Größen. Da ein größerer Teil der täglichen Interaktionen in nicht-anonymen Umfeldern passiert, wesentlich öfter als im städtischen Raum, ist es erklärbar, dass sich ein Verlust an sozialem Status intensiver und auf weitere Lebensbereiche auswirkt als in Großstädten. Er wird daher mehr gefürchtet und stellt eine stärkere Handlungsmotivation dar als in urbanen, anonymen Räumen.

So hat sich in den Interviews gezeigt, dass sich die Akteure hüten, ein Projekt zu beginnen, solange die Gefahr besteht, es könne scheitern oder nicht zu Ende gebracht werden. Eine Handlungsstrategie ländlicher Eliten besteht deshalb darin, zu großes Aufsehen zu vermeiden und „den Ball flach [zu] halten“⁴⁷⁷ was aber auf Grund der informellen Beziehungen selbst für vertraulichste Informationen selten gelingen dürfte oder zumindest mit hohem Aufwand der

⁴⁷⁶ Der letzte und regional einzige Fall, in dem ein Dorf sich massiv und bis zur gewaltsamen Räumung der „Abbaggerung“ widersetzte, war das Dorf Lacoma in der Nähe von Cottbus.

⁴⁷⁷ Siehe in der Fallstudie Wettin das Telefoninterview mit Herrn Konrad am 22.9.2009.

Geheimhaltung verknüpft ist.⁴⁷⁸ Um also weder soziales noch symbolisches Kapital zu verspielen (vgl. Bourdieu 1987), werden ländliche Eliten nur innerhalb eines ausreichend starken Vertrauensverhältnisses kooperieren, welches den potentiellen symbolischen Schadensfall weitgehend ausschließt und möglichst auf mehrere Schultern verteilt. Denn im dörflichen Wertekanon Dalmatiens rangiert passiv-routiniertes Reagieren vor riskantem, teleologischen Agieren. Prospektives Handeln der Eliten ist daher ein seltenes und zartes Pflänzchen, dessen Nährboden ein hohes Maß an Vertrauen ist, mindestens innerhalb einer Gruppe, wenn nicht auch zusätzlich zwischen elitären Gruppen.

Wenn ein Vorhaben aber einmal begonnen ist und, was selten ganz verhindert werden kann, allgemein bekannt und diskutiert wird, steigt der Erfolgsdruck auf die Eliten. Je weiter das Vorhaben gedeiht, desto höher steigt es in der symbolischen Ökonomie des Dorfes und umso höher wäre der symbolische Preis eines Scheiterns. (vgl. Bourdieu 2005: 309f.)

So haben die Eliten in Lettewitz und dem angrenzenden Salzmünde, als sie begannen, sich mit den Teilerfolgen wie dem Wind- und Solarpark zu schmücken, soviel symbolisches Kapital zugelegt, wie sie riskierten, im Falle eines späteren Scheiterns des Vorhabens wieder zu verlieren. Denn ein Fehlschlag wäre ihnen dann als persönliches Versagen zugeschrieben worden. Eine nicht unwesentliche Rolle dürften dabei die internationalen Gäste im Jahr 2010 und die wiederholten Reportagen des dalmatinischen Fernsehens gespielt haben. Da sich bei so guter Gelegenheit besonders die Lokalpolitik in Szene setzte, akzeptierte sie auch die persönliche Verbindung mit dem weiteren Schicksal des Vorhabens, was diesem wohl nicht unwesentlich zum Erfolg verholfen hat. Bei solchen öffentlichen Auftritten wird gerne der Beitrag von EE zum Klimaschutz betont, es wurde also auch untersucht, ob dies tatsächlich ein Handlungsmotiv war oder eher Ornament.

5.4 Umweltbewusstsein

Bei der Forschung über Umweltmeinung und Umweltverhalten (vgl. Reusswig 1994, Preisendörfer 1999, Kuckartz 2006, Schluchter/Kunze 2010) handelt es sich streng genommen um keine umfassende Theorie, sondern eher um Theoreme mittlerer Reichweite. Einige Befunde sind allerdings sehr konsistent, so der positive Zusammenhang von Umweltwissen und umweltschutzrelevantem Verhalten. Daran anschließend war zu erwarten, dass der Stand des allgemeinen Umweltwissens einen Einfluss auf die Akzeptanz der Energieprojekte in der Bevölkerung haben würde. Um dies zu testen, wurden in den *face-to-face* Interviews stets

⁴⁷⁸ So wurde auch der Forscher mehrmals prüfend gefragt, wie lange er sich engagieren würde (was wahrheitsgemäß beantwortet wurde) um zu prüfen, inwieweit sich eine vertraulichere Zusammenarbeit überhaupt lohnen würde. Sprunghaftigkeit wird im ländlichen Raum (Dalmatiens) wenig geschätzt.

entsprechende Wissensfragen gestellt. Es zeigte sich dabei, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Wissen und Akzeptanz besteht, da die Dorfbevölkerung, direkt befragt, dazu neigt, sich grundsätzlich eher zustimmend zu äußern, solange kein triftiger Grund für Ablehnung vorliegt, der ihr durch vermehrtes Hintergrundwissen möglicherweise erst geliefert wird (siehe Kapitel „Wissen und Zustimmung“). Auch bei den Experten zeigten sich, wie schon beschrieben, erhebliche Wissenslücken.⁴⁷⁹ Da auch die FDP-Zugehörigkeit eines Bürgermeisters kein Hindernis war,⁴⁸⁰ kann allgemein geschlussfolgert werden, dass Umweltbewusstsein als auch Umweltwissen um komplexe ökologische Zusammenhänge, wie es im Rahmen der Umweltbewusstseinsforschung eine große Rolle spielt, im Rahmen von politischen Entscheidungen zur Regionalentwicklung vollständig in den Hintergrund treten kann. Neben anderen Motiven *kann* Umweltbewusstsein eine wichtige Rolle spielen, wie sich an zwei Initiatoren zeigte, für die Umweltaspekte laut eigener Aussage der Hauptbeweggrund ihres Engagements waren.⁴⁸¹ Es ist aber weder eine notwendige Bedingung noch, im Fall seines Fehlens, ein Hinderungsgrund.

5.5 Exkurs: Fossile Energiequellen und Kapitalismuskritik

Die Thesen Altvaters zur Transformation in Richtung Postfossilismus bildeten den Rahmen für die Fragestellung der Arbeit. Sie sollen hier nochmals reflektiert werden. Die Grundannahme ist ein kontinuierliches Schrumpfen der Ressourcenbasis des fossilen Akkumulationsregimes (*peak oil*), während eine neue, solare Energiewirtschaft bereits im Entstehen begriffen ist (vgl. Altvater 2005: 30). Dieser „Solarismus“ bringe eine neue Form von Vergesellschaftung mit sich: „Die Flussenergie der Sonne kann nur dezentral eingefangen werden. Daraus folgt auch eine dezentrale Struktur der Produktion und Reproduktion“ (ebd.: 78) und eine „solidarische Ökonomie“ (ebd.: 83), so die Thesen Altvaters. Mit der Wieder-Verankerung der Energieproduktion innerhalb natürlicher Grenzen würde zwar nicht „die Ent-Bettung der Ökonomie aus der Gesellschaft“, aber zumindest ihre ökologische Ent-Bettung beendet werden, da die Energieproduktion wieder den natürlichen Grenzen eines fluktuierenden Angebots unterliegen würde (vgl. Polanyi 1978).

Gegen diese These einer solaren Krise des gegenwärtigen Verkehrssystems lässt sich freilich einiges anführen. So schreibt Altvater selber, dass das Kapital auf seiner Flucht vor der tendenziell fallenden Profitrate in der vierten Form der Produktion von „Mehrwert“, der Enteignung bereits

479 So konnte ein Bürgermeister seinen Bürgern nicht erklären, wie das EEG genau funktioniert und warum es überhaupt eingeführt wurde, obwohl er sechsstellige Summen in Anlagen investiert hat, die sich nur über das EEG amortisieren. Ein anderer konnte Biogas- und Biomasseanlagen nicht genau unterscheiden. Zwei äußerten sich zudem sehr zustimmend zur Kohle als Energieträger, was ihren Ambitionen mit erneuerbaren Energien aber keinen Abbruch tat.

480 Die FDP hat sich auf Bundes- und teils auch auf Landesebene als Fürsprecherin der fossilen Energie, insbesondere der Kernkraftwerke profiliert und stand damit üblicherweise in Opposition zu erneuerbaren Energien.

481 Siehe Herr Arnulf in Löwen und Herr Melanchthon von der regionalen Planungsstelle.

in-Wert-gesetzter Lebensbereiche Zuflucht nehme.⁴⁸²

Die eingangs beschriebene Möglichkeit einer zunehmenden Konzentration des Landbesitzes ist also nicht die einzige Möglichkeit, mit der das nach Zentralisation strebende Kapital der Tendenz einer dezentralen solaren Wende entzählen könnte. Dass eine solche Landkonzentration wahrscheinlich ist, deutet sich indes immer mehr an. Deggerich zeigt in einer jüngst erschienen Monographie auf, dass ein großer Teil der landwirtschaftlichen Fläche Ostdeutschlands in den kommenden Jahren an internationalen Märkten versteigert werden wird und jetzt schon zum Spekulationsobjekt geworden ist (vgl. Deggerich 2010). Das Ergebnis ist in vielen Fällen die Konzentration großer Ländereien in wenigen Händen. Laut Herrn Klüter ist die Landverteilung heute „feudalistischer als 1910, als Mecklenburg noch Großherzogtum war“ (In: ebd.). Der *land grab* ist also längst nicht mehr auf den globalen Süden beschränkt, sondern in der europäischen Peripherie angekommen. Wie bereits andiskutiert, steht dahinter die neuerliche Aufwertung des Bodens zu dem zentralen Produktionsmittel, das er für die Klassiker der Wirtschaftswissenschaft ehemals gewesen ist. Eine mögliche erneuerbare und flächenintensive Energieproduktion ist nur solange ökonomisch dezentral wie auch die genutzte Fläche (als wichtigster Produktionsfaktor) einen niedrigen Zentralisierungsgrad aufweist, wie derzeit in Deutschland noch der Fall.⁴⁸³ Da sich die erneuerbare Energieproduktion aber der monopolisierenden und zentralisierenden Tendenz des Kapitals nicht völlig entzieht, wird dieser Druck über die Energiewende an die Bodenbesitzverhältnisse weitergereicht. *Wie* dezentral eine zukünftige erneuerbare Energiestruktur sich gestaltet, hängt daher entscheidend davon ab, ob der Bodenbesitz diesem Spannungsverhältnis standhält oder nachgibt. (siehe „Vergleich der Fälle“) Solange der Monopolisierung von Boden keine politischen Grenzen gesetzt werden, ist freilich damit zu rechnen, dass diese Tendenz sich verstärken wird.

Im Maßstab der globalen Energieproduktion wäre freilich selbst noch der ungünstigste Fall, wenn Flächen von der Größe Ostdeutschlands nur einen Besitzer hätten immer noch ein Fortschritt in Richtung Dezentralität im Vergleich zur gegenwärtigen fossilen Struktur, in der wenige Konzerne den Weltmarkt dominieren.

Einen ganz anderen Standpunkt der Kritik beziehen Negri und Hardt. Entgegen den Dichotomien zentraler/dezentraler und undemokratischer/demokratischer Wirtschaftsform, beschreiben sie die

482 Neben der ersten Form, der In-Wertsetzung, der absoluten und relativen Mehrwertproduktion, bezeichnet die vierte Form die Bereitstellung von Werten durch Enteignung von Eigentum. (vgl. Altvater 2005: 65ff.) Das prominenteste Beispiel hierfür ist die Internetökonomie, die sich zwar auch nicht-in-wertgesetzte Lebensaspekte aneignet, wie Photos von Hausfassaden, aber zugleich auch der vierten Form bedient, indem bereits privatrechtlich beschlagnahmte Werte enteignet werden: immaterielle Inhalte wie Bücher, Filme, Musik und die mehr oder weniger intimen Informationen über die Lebensgestaltung von mehreren Millionen Menschen. Auf der anderen Seite werden weiterhin die letzten Allmenden privatisiert: vornehmlich die bis jüngst noch als Gemeingut betrachteten genetischen Informationen der Biosphäre, aber auch so traditionelle Gemeingüter wie Wassernetze, Talsperren und sogar Autobahnen (Die Bundesautobahn A1 ist seit 2008 teilweise privatisiert. siehe Wikipedia (Stand 11.11.2010)).

483 Im Vergleich zu den Besitzverhältnissen im globalen Süden, wo ganze Landstriche in kurzer Zeit den Besitzer wechseln und damit die landwirtschaftliche Nutzung, ist dies in Deutschland zur Zeit nicht denkbar.

postmoderne Entwicklung als prinzipiell dezentrales Produktionsregime, das gerade durch seine Nicht-Greifbarkeit und Nicht-Verortbarkeit immuner und robuster geworden sei als je zuvor, ohne dass damit eine von Soziologen wie Giddens und Castells erwartete Emanzipation einherginge: „die Dezentralisierung der Produktion und die Stärkung des Weltmarktes haben die internationale Arbeitsteilung und die Arbeits- und Kapitalströme fragmentiert und multipliziert“ und gerade dadurch das Kapital gegenüber „Arbeit“ und Staat gestärkt (Hardt/Negri 2002: 343). Eine dezentrale Verteilung von Energieproduktion und -konsum würde sich demnach völlig systemimmanent verhalten. Die Gretchenfrage bliebe die alte, nach den Besitzverhältnissen, die Kontrolle über produzierten Mehrwert verschaffen (vgl. Harvey 2003).

Wenn aber Boden zunehmend monopolisiert würde, ginge die Dynamik der Energiewende in Richtung Dezentralisierung verloren. Und in der Tat finden sich Beispiele, dass die erneuerbare Energieproduktion sich durchaus in bestehende Ungleichheitsregime einpassen kann. So formiert sich im Süden Mexikos gerade eine Anti-Windkraftbewegung, weil Windräder auf Böden errichtet werden, die als ehemals kommunales *Ejido*-Land ohne ausreichende Legitimation privatisiert wurden (vgl. Benda-Beckmann/Wiber 2005), und sie den Einheimischen so wenig einen Teil vom Mehrwert bescherten wie viele hochgradig zentralisierte Wirtschaftszweige.

Sollten diese Proteste aber erfolgreich sein, wäre darin doch ein gewisser Wandel der Macht-, Profit- und Produktionsstruktur erkennbar. Weil Windräder große Abstände zueinander brauchen (aber wenig spezifische Fläche für ihr Fundament) und sich folglich über weite Landschaftsstriche verteilen, müssen sie in breiteren Bezug zu politischen und wirtschaftlichen Strukturen als „konventionelle“ fossile Quellen⁴⁸⁴ treten, die weniger spezifische Fläche in Anspruch nehmen. Die teuren Windkraftanlagen sind aufgrund dieser Dezentralität anfällig für Anschläge und Sabotageakte, was weniger in Deutschland aber umso mehr im Süden Mexikos eine Rolle spielen dürfte und die Verhandlungsposition der lokalen Anwohner verbessern könnte. Eine einzelne Ölquelle oder Uranmine kann von privatem Sicherheitspersonal bewacht werden und dies auch in einer hoch feindseligen Umgebung, wie in Afrika oft der Fall. Hunderte Windräder hingegen, die sich über weite Flächen verteilen, würden viel mehr Personal in Anspruch nehmen, was wahrscheinlich nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zur erzeugten Energiemenge und den erzielten Gewinnen stünde. Damit ist die Notwendigkeit, die lokale Bevölkerung durch Gewinnbeteiligung gewogen zu stimmen, für Windparks im globalen Süden wesentlich größer als bei fossilen Energiequellen.

In Deutschland sind hingegen ganz andere Anschläge wahrscheinlich, steuerhungrige Gemeinden versuchen zusätzliche Einnahmen durch Sonderabgaben zu erzwingen, bisher jedoch ohne

484 Konventionell meint den Gegensatz zur so genannten „nicht-konventionellen“ Gas- und Ölförderung. Siehe das Kapitel „Einleitung“.

Erfolg.⁴⁸⁵ Auch hier spielt wie in Mexiko die Tatsache eine Rolle, dass es nicht einige wenige, sondern tausende von Kommunen sind, die als potentielle Kläger und Steuereintreiber in Beziehung zur erneuerbaren Energieproduktion stehen. Das Feld der Auseinandersetzung ist reicher an Teilnehmern und an Regionen, was auch heißt: unübersichtlicher und bunter.

Erwartbar ist also, dass es vermehrt zu Konflikten und damit auch Aushandlungsprozessen kommt, um die Energieernte der Flächen zwischen Kapitalgebern und Anwohnern zu verteilen. Das Kapital, so könnte vermutet werden, ist hier in einer schwächeren Position als bei fossilen Großkraftwerken, bei denen wirtschaftliche und politische Macht, zum Nachteil der Endverbraucher, schon lange harmonisiert sind (Eckart/Meinerzhagen/Jochimsen 1985).⁴⁸⁶

Für Windparks ist hingegen die Zustimmung vieler kleiner, vor allem lokaler politischer Akteure notwendig. An vielen Orten muss immer neu unter verschiedenen Bedingungen verhandelt werden, wofür die Großkonzerne, wie sich in Deutschland abzeichnet, schlicht zu träge sind. Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt der erneuerbaren Energieproduktion in der Bundesrepublik von kleineren Unternehmen dominiert wird, während die vier Großkonzerne im Warten auf das Desertec-Projekt den Anschluss an die Entwicklung zunehmend verpassen. Diese Wende zu kleineren Akteuren geht Hand in Hand mit einer Stärkung von lokalen politischen Strukturen. In dieser Arbeit wurde bisher vorausgesetzt, dass dies grundsätzlich erstrebenswert ist, weshalb im Folgenden auch die Antithese diskutiert wird.

5.6 Eine Kritik des Lokalismus

Dass eine Re-Lokalisierung von Mehrwert, Kontrolle und politischem Einfluss, im Sinne von „small is beautiful“ (Schumacher 1974) prinzipiell einen Gewinn an Lebensqualität bedeutet, ist eine Prämisse der Überlegungen zu dieser Arbeit. Die Gegenthese besagt, dass Globalisierung *per se ipsum* besser sei als Lokalisierung. Nicht nur liberal-etablierte sondern auch progressive Autoren wie Negri und Hardt wenden sich daher strikt gegen jede „lokalistische Position“, denn „lokale Differenzen sind weder vorgegeben noch natürlich, sondern Auswirkungen eines Produktionsregimes, (...) [das] Identität und Differenz, Homogenisierung und Heterogenisierung produziert“ (Hardt/Negri 2002: 58f.). Dabei ist jedoch zu bedenken, dass Negri und Hardt, wie

485 Die Gemeinde Luckau in Brandenburg plante eine zusätzliche Steuer auf jedes Windrad in ihrem Verwaltungsbezirk, unterlag aber juristisch. „Stadt plant Steuer auf Windkraftanlagen“ In: die Tageszeitung (TAZ), am 19.8.2009

486 Auch ist zu bedenken, dass für Windparks – im Gegensatz zur Kohle – nicht tausende lokale Arbeiter gegen Besteuerungspläne mobilisiert werden können, da der hohe Automatisierungsgrad Personal überflüssig macht. Ganz im Gegensatz zur Braunkohleindustrie, die politisch missliebige Pläne routiniert mit Demonstrationen der Arbeiter der Bergbaugewerkschaften kontert. Im Gegensatz zur Windwirtschaft hat es die Kohle leichter, weil viele Kumpel auf kleinem Raum konzentriert sind, während sich die Arbeitsplätze in der Windkraft breiter verteilen. Auch reicht es nicht, für Windparks die Sympathie einer lokalen politischen Struktur zu er-spenden, mit vielen Akteuren muss an verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Bedingungen verhandelt werden.

andere Autoren auch, unter dem Lokalen den Nationalstaat verstehen und nicht die in dieser Arbeit behandelten sub-staatlichen Regionen. Eine Kritik des Lokalismus aus dieser Position heraus ist daher wenig sinnvoll, da das Lokale, wie es in dieser Arbeit verstanden wird in keiner Weise mit dem Nationalstaat und dessen Nationalismen gleichzusetzen ist.⁴⁸⁷

Joachim Radkau betont, dass selbst der Begriff „Heimat“, der über das hier genutzte Konzept von Region und Lokalität ja noch weit hinausweist, in keiner Weise inhärent nationalistisch oder gar faschistisch konnotiert sei. „'Heimat' ist per se ein subjektiver Begriff, der sich anders als 'Rasse' unmöglich ontologisch aufladen lässt; er ist per se nichtexpansiv (...). In seinem Grundzug war der deutsche Heimatschutz antizentralistisch (...), auch andere Länder [wurden von ihm] als Vorbild angeführt und internationale Kontakte gepflegt.“ (Radkau 2011: 74)

Neben diesen ethischen Überlegungen stellt sich die Frage, ob eine Hinwendung zum Lokalismus in einer zunehmend globalisierten Welt geeignete politische und wirtschaftliche Konzepte anbieten kann. Negri und Hardt bemühen in ihrem Modell, in Anlehnung an Manuel Castells, das Bild einer globalen Gesellschaft als „Raum der Ströme“. Diese lassen Informationen, Menschen, Material und Kapital mit immer weniger Rücksicht auf staatliche und kulturelle Grenzen um den Erdball zirkulieren. Da sich keine geographisch-politische Einheit diesen Einflüssen völlig entziehen kann, schenken Negri und Hardt dem Lokalismus nur wenig Aufmerksamkeit. Ein Vehikel der Emanzipation ist er für sie nicht. Dabei wirft die Praxis der regional beschränkten energieautarken Regionen die Frage auf, ob diese Geringschätzung des Lokalen wirklich angemessen ist. Denn wenn es „dem Lokalen“ gelingt, den globalisierten Kapital- und Informationsflüssen eigene „re-territorialisierende Barrieren und Grenzen“ gegenüber zu stellen, kann es diese in günstige Bahnen kanalisieren und sich zunutze machen (ebd.: 59). Dabei ist es nicht notwendig, dass es gegenüber der „Welt der Ströme“ „in irgendeinem Sinn außerhalb“ steht (ebd.). Wie sich gezeigt hat, ist selbst das „lokalste“ und dezentralste untersuchte Beispiel, Lettewitz, abhängig von Kapitalströmen aus Bund und Land, und ohne externes Kapital wäre auch der Windpark nicht zu finanzieren gewesen. Im Unterschied zu weniger glücklichen Regionen waren aber die richtigen Barrieren vorhanden, um einen Teil der notwendigen Kapitalflüsse zum Nutzen der lokalen Lebensqualität zu entschleunigen und re-proprietarisieren. Eine Voraussetzung dafür war die von vielerlei Barrieren durchzogene politische Struktur in Lettewitz,⁴⁸⁸ die den Informationsflüssen und Entscheidungen ihr eigenes Tempo aufzwang. Es ist daher nicht ersichtlich, warum im Rahmen eines emanzipativen Projektes nicht an konkret

487 Für eine ausführliche Diskussion über die Meriten und Schattenseiten von „Globalismus“ und Lokalismus ist hier nicht der richtige Ort. Da die Denkfiguren der Fürsprecher einer unbedingt begrüßenswerten Globalisierung, Anthony Giddens ist hier nur ein Beispiel aus der Soziologie, immer noch dominieren, soll der Hinweis auf einige kritische und lesenswerte Stimmen zur „Globalisierung“ ausreichen: Marcos (1996), Richard Falk (2000) und Helmut Berking (2006).

488 Im besagten Zeitraum kam den Ortsvorstehern von Lettewitz die juristische und politische Verantwortung für die Genehmigung oder Ablehnung von Windrädern und Windparks zu.

benennbare Menschen und die von ihnen oft gewählte lokale Form der Assoziation appelliert werden sollte, und stattdessen an ein abstraktes politisches Subjekt der „globalen Menge“ (ebd.) oder des *homo oeconomicus*, das solange nebulös bleibt, wie sich niemand unter dieser Identität wiederfinden möchte.

Regionale Identitäten und lokale Räume sind auch in einer hochgradig vernetzten Welt für die meisten Menschen der erste Bezugspunkt ihres täglichen Lebens. Wie in den Fallstudien gezeigt wurde, sind sie darüber hinaus noch immer die Folie, auf der (erfolgreiche) Politik und Wirtschaft gestaltet wird. Das soll nicht heißen, überregionale oder globale Einflüsse spielten keine Rolle, vielmehr ist deren lokale Gestaltung, unter anderem durch Informationsbarrieren und informelle Assoziationen entscheidend dafür, ob eine Region nur ein Objekt im „Raum der Ströme“ ist, oder diese für die eigene Lebensqualität nutzen kann. Im Zuge der Marginalisierung des Nationalstaats ist sogar mit einem Bedeutungszuwachs lokaler Politik zu rechnen. „In dieser „glokalen“ (...) Kooperation liegen enorme Anregungs- und Handlungspotentiale, die keineswegs ausgeschöpft sind.“ (Winterfeld/Biesecker/Ergenzinger 2007: 102) Lokale Kontexte können die Räume für Lernprozesse bieten, um der ökologischen, ökonomischen und demokratischen Krise des neoliberalen Gesellschaftsmodells mit einem „neuen Gesellschaftsvertrag“ zu begegnen (ebd.: 92-108 und Genro 1999).

Lokale Nischen als Transitionsräume

In diesem Sinne weist die Schule des *Strategic Niche Management* „dem Lokalen“ die Funktion von Erprobungsräumen für neue Entwicklungspfade zu (vgl. Loorbach 2007: 153ff.). Von den Energieregionen ist also zu erwarten, dass sie die Blaupausen für eine Transformation des Energieregimes entwickeln, ohne die gesamte Gesellschaft mit möglichen Rückschlägen zu belasten. Auch Hardt und Negri verweisen auf (historische) Nischen, die alleine auf Grund ihrer Qualität fähig waren, den Gang einer anscheinend um die großen Quantitäten kreisenden Geschichte zu ändern: „An einem bestimmten Punkt seines Denkens bedurfte Marx der Pariser Commune, um einen qualitativen Sprung zu machen (...) eines oder mehrerer solcher Experimente, die durch den Genius kollektiver Praxis entstehen, werden mit Sicherheit auch heute nötig sein, um diesen nächsten konkreten Schritt zu tun und einen neuen Gesellschaftskörper (...) zu schaffen.“ (Hardt/Negri 2002: 218) Regionale Diskurse, zum Beispiel um Energieprojekte, können so als Baumschulen für neue politische und wirtschaftliche Handlungspraktiken interpretiert werden, in der Erwartung, dass nur in geschützten Räumen neue Paradigma wachsen, von denen die erfolgreichen die Chance erhalten werden, in einem ausgereiften Stadium zum

„Regime“ und schließlich hegemonialen Diskurs aufzusteigen. (Elzen/Geels 2004) Während die Forderung nach einer vollständig nachhaltigen Energieversorgung auf nationaler und internationaler Ebene rasch auf etablierte Machtstrukturen trifft und herrschaftstragend modifiziert wird, bietet das Lokale die Möglichkeit des Versuchslabors.

6 Versuch eines Modells

Zu den untersuchten regionalen, partizipativen Energiestrukturen findet sich bisher keine umfassende theoretische Erklärung.⁴⁸⁹ Im folgenden wird daher ein einfaches Modell skizziert, mit dessen Hilfe die in der Feldforschung gefundenen Zusammenhänge abschließend geordnet werden. Bereits in den *ex ante* Thesen dieser Arbeit (S. 17) waren zwei Kategorien enthalten, um die herum die Feldforschung strukturiert wurde: die Frage nach möglicher Partizipation von Anwohnern und das theoretisch erörterte Konzept regionaler Wertschöpfung. Im Vergleich der untersuchten Fälle kam eine weitere Kategorie dazu: die verschieden hohe Komplexität der Technologie-Anwendungen.⁴⁹⁰ Um die verschiedenen Variablen vergleichbar zu machen, soll „Komplexität“ als gemeinsame Analyseebene dienen. Komplexität meint hier im einfachen Sinne des Wortes „the state or quality of being intricate or complicated“ (Oxford Dictionaries 2011). In technischer Hinsicht ist damit das qualitative und quantitative⁴⁹¹ Niveau gemeint, das sich aus der Gesamtheit der in einer Region vorhandenen erneuerbaren Energieproduzenten ergibt. Soziale Komplexität bezeichnet den Anspruch einer Technologie an die Fähigkeit einer Zivilgesellschaft zur Konsensfindung und Konfliktlösung und das Maß an notwendiger Technikakzeptanz und aktiver Teilnahme der Anwohner. Mit der Einführung von „Komplexität“ als Vergleichsebene verbindet sich die Grundannahme, dass sich technische und soziale Komplexität tendenziell entsprechen und nicht losgelöst voneinander sind.

489 Zu erwähnen ist hier die Studie von Späth/Rohracher 2010, die das Phänomen „Energieresion“ mittels einer Diskursanalyse beschreibt. Auch liegen einige Studien vor mit Bezug auf Biomassenutzung oder einzelnen Technologien (siehe Kapitel „Forschungsstand und Literatur“). In allen Fällen werden aber eben nur Teilaspekte des Themas behandelt.

490 Dies Differenzierung wurde notwendig, um die Fallstudien hinsichtlich ihrer Entwicklung auf der Achse Erfolg-Misserfolg genauer miteinander vergleichen zu können, entsprechend den im Methodenteil aufgestellten Kriterien für Erfolg und Misserfolg. So können nicht zwei Orte miteinander verglichen werden, die einmal ein Nahwärmenetz und einmal eine einfache Solaranlage planen, da letztere organisatorisch wesentlich weniger anspruchsvoll ist.

491 Qualitativ bedeutet hier die Diversität der Energieproduzenten und „quantitativ“ meint ihre Nettoproduktionsleistung. Siehe hierzu das nächste Kapitel.

6.1 Technische Komplexität

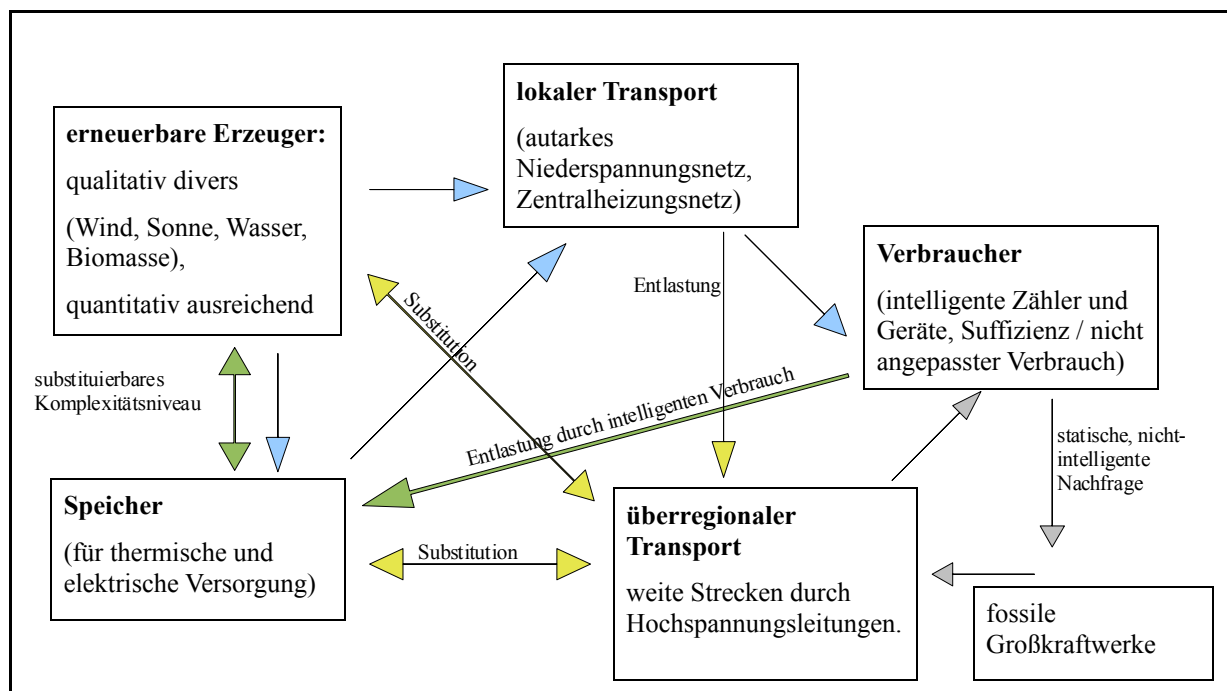
Gemäß § 1 und 2 deckt „Eine erneuerbare `Energieresion` (...) den Großteil ihres Bedarfs nach Wärme- und/oder Stromversorgung auf der Basis erneuerbarer Energieproduktion, deren größter Teil vor Ort erzeugt wird.“ Sie „kann darüber hinaus als energieautark gelten, wenn sie mindestens ihren Eigenbedarf der Wärme- und Stromversorgung vollständig aus lokalen Quellen befriedigt.“ (siehe Kapitel „Definitionen“)

Eine lokale, auch nur teilweise autarke Energie-Infrastruktur muss im kleinen die Strukturen und Funktionen ersetzen, die bis dato auf der Ebene von Großkraftwerken, Großkonzernen und Elektrizitätstransporten über weite Strecken angesiedelt waren. Diese Substitution muss weder vollständig sein noch in einem Schritt geschehen, vielmehr hat die Empirie gezeigt,⁴⁹² dass eine langsame und schrittweise Entkopplung von den etablierten Strukturen der „fossilen“ Energiewirtschaft praktikabel und ratsam ist. Über die technische Funktionsweise beider Energieregime in je idealtypischer Form und ihre Schnittpunkte gibt Graphik VI einen Überblick. Wie im Kasten links oben dargestellt, sind für eine erneuerbare Produktion zunächst ausreichende Quantitäten an Energie notwendig. Diese können entweder von vielen kleinen Erzeugern wie Dachsolaranlagen, Blockheizkraftwerken und Miniwindrädern bereitgestellt werden oder von wenigen Großproduzenten wie Freiflächen-Solaranlagen, Windparks und großen Biogas/masseanlagen. Ein einziges großes Windrad der üblichen 1,5-Megawatt-Klasse kann den Nettojahresbedarf an Strom und Wärme eines ganzen Dorfes bequem decken,⁴⁹³ jedoch nur in quantitativer, langfristiger Hinsicht.

Kurzfristige Stromlücken an windstillen Tagen wären zwangsläufig die Folge einer monotonen Struktur der Erzeuger. Dem wird abgeholfen durch qualitative Vielfalt: statt einer stehen möglichst viele Energiequellen zur Verfügung, sodass an windstillen Tagen Solarzellen, an windstillen *und zugleich* sonnenarmen Wintertagen ein Wasserrad oder eine Biogas/masseanlage einspringen können. Auch technische Pannen einzelner Quellen wirken sich so wesentlich geringer auf die Versorgungslage aus. Dazu sollten Energiespeicher kommen, in der Graphik VI durch den Kasten links unten dargestellt. Generell gilt, dass die notwendige Speicherleistung negativ zur qualitativen Vielfalt der Produktionsstruktur korreliert. In anderen Worten, je weniger verschiedene Typen an Produzenten zur Verfügung stehen, desto mehr Energie muss gespeichert werden. Denn wenn die Produzenten ihr schwankendes Angebot nicht untereinander ausgleichen können, muss dieser Ausgleich umso mehr durch die Speicher geleistet werden.

⁴⁹² In dieser Studie waren das insbesondere Lettewitz und das diskutierte Beispiel Güssing.

⁴⁹³ Auch eine Wärmeversorgung eines Dorfes wäre technisch möglich, wenn die Umwandlung von Strom in Wärme nicht gesetzlich verboten wäre. Siehe dazu die Fallstudie Lettewitz.



Graphik VI: Verschränkung von Produktion, Transport, Speicherung und Verbrauch von fossiler Energie (graue Pfeile) und dezentral erzeugter erneuerbarer Energie (blaue Pfeile) in der Grundversorgung mit Elektrizität und Wärme. Die unterschiedlich hohe Komplexität einzelner Elemente einer autarken Struktur ist intern substituierbar (grüne Pfeile) und ersetzt bei steigender Komplexität zunehmend Funktionen des konventionellen Netzes (gelbe Pfeile).

Ein einziges großes Windrad könnte ein Dorf sicher versorgen, aber nur in Verbindung mit einer Batterie, die eine mehreren Windtagen entsprechende Strommenge speichern kann. Eine solche Batterie geriete deshalb räumlich sehr groß (die Batterie in Lettewitz füllt eine ganze Scheune) und wäre technisch und materiell aufwendig in der Herstellung. Dies ist beim gegenwärtigen Stand der Technik aus zwei Gründen kein Vorbild für eine weiträumige Verbreitung. Zum einen sind konventionelle Batterien teuer und ökologisch problematisch in der Entsorgung, zum anderen zeichnet sich zunehmend ein Mangel an seltenen Erden, insbesondere Lithium, ab, die für konventionelle Batterien notwendig sind. Eine ökologisch als auch ökonomisch günstigere Lösung ist daher eine hohe Vielfalt an Produzenten, um die Anforderungen an Speicherleistungen niedrig zu halten. Dies gilt solange als keine preiswerten, ökologisch unbedenklichen und dezentral einsetzbaren Speicher verfügbar sind.⁴⁹⁴

Dass die beschriebenen zwei Elemente (Speicher und Diversität) für eine vollständig erneuerbare Versorgung im großen Maßstab ausreichen, wurde in verschiedenen Modellrechnungen

⁴⁹⁴ An Schwungrädern, Wasserstoffspeichern, Druckluftspeichern und anderen Technologien wird teils intensiv geforscht. Bisher ist aber meines besten Wissens keine davon wirklich bis zur Anwendungsreife entwickelt. Auch ist zu bedenken, dass eine Talsperre wie in Skandinavien oder ein zentraler Wasserstoffspeicher in diesem Modell, unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, kein Teil von regionalen Energieregimen sein können. Dass Autarkiebestrebungen schon im Ansatz vom Netzmonopolisten, hier Vattenfall und EnviaM, behindert werden, wurde mehrmals in den Fallstudien gezeigt. Es ist in der gegenwärtigen politischen Situation wenig wahrscheinlich, dass diese ihre Talsperren und andere Großspeicher zur Verfügung stellen, um unliebsame Konkurrenten zu stützen.

nachgewiesen (vgl. Greenpeace/EREC 2010) und in Lettewitz praktisch im kleinen Maßstab gezeigt. Nach dem gleichen Modell ist auch eine vollständig nachhaltige Versorgung mit Wärme möglich.⁴⁹⁵

Eine erneuerbare Struktur ist nur dann auf Energieimporte aus dem etablierten „fossilen“ Energieregime angewiesen, wenn ihre quantitative Netto-Leistung langfristig zu gering ist oder zu wenig divers, um schwankende Erzeugungsleistung auszugleichen und dies nicht durch Speicher aufgewogen wird. Eine Struktur ist dann unabhängig, wenn sie entweder sehr divers ist oder über sehr große Speicher verfügt oder ein ausreichend hohes Niveau der Substituierbarkeit beider Faktoren erreicht (in Graphik VI durch die blauen Pfeile dargestellt).

Ob ein neues lokales Niederspannungsnetz wie in Lettewitz gelegt werden muss, ist jeweils vom Besitzer des existierenden Netzes abhängig. In jedem Falle ist dessen Kooperation notwendig, um Strom oder Wärme an die Verbraucher durchzuleiten. In Dalmatien erscheint es unter den gegenwärtigen Bedingungen wahrscheinlich, dass jedes Mal ein neues Niederspannungsnetz gelegt wird, solange der Netzbetreiber EnviaM⁴⁹⁶ alle Autarkiebestrebungen boykottiert. Da Wärmenetze meist im ländlichen Raum nicht vorhanden sind, ist auch hier ein Neubau notwendig.

Beim Endabnehmer besteht nun eine dritte Möglichkeit, das schwankende Angebot der Energieerzeuger abzufedern. So genannte „intelligente Stromzähler“ können das Verhalten der Konsumenten der jeweiligen Angebotslage zumindest teilweise anpassen. In Lettewitz wird dies auf freiwilliger Basis erprobt. Die Konsumenten können stundengenau sehen, welches Stromangebot vorliegt, und sind gebeten, sich entsprechend zu verhalten, indem Geräte, die viel Energie verbrauchen, aber zeitlich flexibel sind, wie Waschmaschinen und Geschirrspülmaschinen, in den Stunden mit hohem Stromangebot eingeschaltet werden.⁴⁹⁷ Die Motivation dazu könnte sich aus der Teilhaberschaft der meisten Familien an der Netzgesellschaft und dem dörflichen Stolz, energieautark zu sein, ergeben. Wie gut dies tatsächlich gelingt, wird sich erst noch zeigen. Modelle mit nach Tageszeiten variierenden Preisen werden zur Zeit in Schweden erprobt. In Deutschland finden sich bereits einige Praxisstudien mit Tiefkühltruhen in Supermärkten, die mit der Regulation ihrer Kühlleistung ihren Stromverbrauch entsprechend des Angebots automatisch regulieren. Denkbar ist dies auch für Privathaushalte in Lettewitz.⁴⁹⁸

495 Die Möglichkeit der vollständigen erneuerbaren Versorgung mit Wärme zeigen verschiedene Beispiele wie Jühnde und Güssing.

496 Die EnviaM AG hält die Konzessionen an den Niederspannungsnetzen, unter anderem in Dalmatien.

497 Nachfragespitzen bestehen früh am Morgen, nachmittags und abends, während mittags und nachts wenig Strom verbraucht wird.

498 Durch eine Kopplung des digitalen Stromzählers mit technischen Geräten könnte die Verbrauchssteuerung automatisiert erfolgen, sodass zum Beispiel Computer und deren Viruskontrollen automatisch in Strom-Überschusszeiten starten, Kühltruhen von -5 auf -15 herunterfahren oder elektrische Boiler von 60 auf 100 °Celsius heizen.

Zum substituierbaren Komplexitätsniveau der Erzeuger und Speicher kommt somit als dritte Variable das intelligente Verbraucherverhalten hinzu, das ebenfalls eine zu niedrige Komplexität der anderen beiden Elemente teilweise ausgleichen kann.

Überregionale Effekte regionaler Entwicklungen

Wenn alle drei Elemente Produktion, Konsum und Speicher ein ausreichend hohes Niveau erreichen und auch ein regionales Niederspannungsnetz wie in Lettewitz verfügbar ist, sind Stromimporte aus dem nationalen Hochspannungsnetz wesentlich vermindert oder sogar zeitweise ganz überflüssig.⁴⁹⁹ Dies hat nun nicht nur den Effekt, dass bei den fossilen Großerzeugern weniger Energie nachgefragt wird, sondern auch, dass deren Transportleistung zurückgeht. Je mehr Regionen sich wie hier idealtypisch beschrieben, teilweise oder vollständig selber versorgen, desto überflüssiger werden die Stromtransporte über große Entfernungen. Hermann Scheer prognostizierte daher im Zuge der Energiewende einen Rückgang der Überlandleitungen (Scheer 1999: 167-208).

Der Schlüssel für eine regionale und komplexe Integration von Produktion und Konsum ist bei Wärme und Elektrizität ein regionales Netz. Das derzeit in Deutschland verfolgte politische Szenario sieht aber weder *Insellösungen* noch eine Regionalisierung vor und bleibt dem Paradigma von Überlandleitungen und Großproduzenten verhaftet. Dass dabei ausschließlich mit technischen Sachzwängen argumentiert wird, lässt sich also weniger aus dem energetischen Paradigmenwechsel ableiten als aus den Interessen bestehender Monopole, sich in einer (in ihrem Interesse) nur teilweise erneuerbaren Energiestruktur zu reproduzieren (vgl. Schelsky 1965 und Scheer 1999: 139-174).

6.2 Verschränkung von technischer und sozialer Komplexität

Die verschiedenen technischen Komponenten sollen nun hinsichtlich ihres Anspruchs an die Organisationsfähigkeit der Initiatoren, ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung und der Notwendigkeit breiter Partizipation diskutiert werden. Dabei wird auch der dritte Teil der gewählten Definition berücksichtigt: §3 „Eine erneuerbare lokale Energieproduktion gilt dann als ökonomisch `nachhaltig`, wenn ein ausreichend großer Teil des erzeugten finanziellen Mehrwerts den Bewohnern einer Region zugute kommt.“

Die Möglichkeit regionalisierter und demokratisierter Gewinne hängt grundsätzlich von den zwei Fragen ab, ob die Anwohner sich an einer Energie-Infrastruktur beteiligen können, und ob sie es

⁴⁹⁹ Technisch bleibt die Möglichkeit bestehen, Elektrizität weiterhin aus dem regulären Netz zu beziehen, das in Lettewitz voll funktionsfähig bleibt. Ebenso kann weiterhin überschüssige Elektrizität eingespeist und zu den EEG-Festpreisen verkauft werden.

auch wollen. Dem aktiven Wollen muss eine prinzipielle Zustimmung zu den verschiedenen Auswirkungen der Technologien vorausgehen. Wenn Windräder rundheraus abgelehnt werden, stellt sich die Frage einer Anwohner-Beteiligung gar nicht erst. Deshalb werden zunächst die sozialen Bedingungen spezifischer lokaler Technologieakzeptanz untersucht.

6.2.1 Passive Akzeptanz je nach Technologie

Die soziale Minimalanforderung einer erneuerbaren Energie-Infrastruktur ist eine ausreichende Technikakzeptanz der Bevölkerung und die Mitwirkung der lokalen Politiker, die, wenn sie nicht selber als Organisatoren auftreten, zumindest gewillt sein müssen, andere, externe Initiatoren zu unterstützen. Entsprechend ihres Anspruchs an die Akzeptanz der beiden Gruppen sind die verschiedenen Technologien im Folgenden geordnet. Die Grundlage dieser Kategorien sind die bisherigen Beobachtungen und Überlegungen. Im Gegensatz zu den „Idealtypischen Anwendungen“ (S. 147) wird hier von den Einzelfällen nur das Element der passiven Akzeptanz abstrahiert, unabhängig von Finanzierung und Partizipation. Die Liste ist absteigend geordnet und beginnt mit Technologien, die sich allgemein hoher Akzeptanz erfreuen.

- 1) Dachsolaranlagen, Blockheizkraftwerke und Holzheizungen genießen die volle Akzeptanz der Bevölkerung, besonders weil sie meistens nicht einmal sichtbar sind.⁵⁰⁰ Dasselbe gilt für ein neues Stromnetz. Zwar muss dafür eventuell die Straße aufgerissen werden, aber dies bedeutet nur eine kurzfristige ästhetische Störung. Speicher in Form von elektrischen Batterien oder Öl-Wärmespeicher können in großen Gebäuden untergebracht werden und erregen ebenfalls keinen Anstoß.
- 2) Miniwindräder, so klein sie auch sind, drehen sich, was Nachbarn erzürnen kann, vorausgesetzt, es besteht eine Sichtachse. Da Miniwindräder, wie der Name sagt, eher klein sind und im Gegensatz zu den über hundert Meter hohen regulären Turbinen hinter Bäumen und Häusern aufgestellt werden können, ist es zumindest möglich, dass sie ebenso wenig Anstoß erregen wie auf einem Dach montierte Solarzellen.⁵⁰¹
- 3) Biomasseanlagen stoßen unter Umständen schwache Gerüche aus, aber wesentlich weniger als Biogasanlagen, die mit Fäkalien betrieben werden.⁵⁰² Die Biomasse ist dafür meist mit dem ethischen Dilemma der Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion behaftet

⁵⁰⁰ Siehe die Fallstudien Mücheln und Wettin-Wilzen.

⁵⁰¹ Siehe die Fallstudie Mücheln.

⁵⁰² In neueren Anlagen wird zunehmend Biomasse und Gülle kombiniert, sodass die Grenze zwischen beiden Technologien verschwimmt. Im Feld war jedoch stets von Biogas- oder Biomasse-Anlagen die Rede, weshalb diese Termini hier beibehalten werden.

(*Teller-Tank-Problem*).⁵⁰³ Dazu kommen anliefernde Lastwagen, deren Lärm eine weitere Sorge von Anwohner sein kann.⁵⁰⁴

- 4) Biogasanlagen arbeiten „flächenneutral“, insofern sie Fäkalien in Wärme und Energie umwandeln, ohne dass eine direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion bestünde. Dafür wird im ländlichen Raum von Geruchsbelästigung berichtet, was in Wettin zum Scheitern der Anlage führte. Man leide schon genug unter den Gerüchen der Landwirtschaft, wurde in einer Kleinstadt berichtet.⁵⁰⁵ Anliefernde LKW kommen hinzu.
- 5) Große Windräder sind in den Ausführungen der letzten Jahre über hundert Meter hoch und deshalb gut sichtbar. Anwohner sind oft widerstrebend, weil sie sich durch den Anblick und den Schlagschatten der Propeller vor auf- oder untergehender Sonne gestört fühlen. Dazu kommt der „Discoeffekt“, das nächtliche Blinken der Positionsleuchten.⁵⁰⁶ Der Jagdverband in Löwen fürchtete, das Wild werde vertrieben, was sich als grundlos herausstellte. Dazu kommt, dass gelegentlich Fledermäuse und bestimmte Vogelarten vom Propeller erschlagen werden. Die Opposition gegen die „Windspargel“ ist in Dalmatien weit verbreitet, kann aber aufgewogen werden durch entsprechende finanzielle Gegenleistungen (siehe Fallstudie Löwen, Lettewitz, Schiepzig).
- 0) Zwei Technologien fehlen in der Liste. Zunächst das Wärmenetz, das in Lettewitz und in allen bekannten Fällen außerhalb Dalmatiens stets mit einer finanziellen Beteiligung der Hausbesitzer verbunden war. Eine Trennung von finanzieller Beteiligung und Netz ist aber prinzipiell denkbar. Die Haushalte müssten zustimmen, ihr Heizungssystem anschließen zu lassen, wozu einige Bauarbeiten notwendig sind, und sie sollten einwilligen, die Wärme auch langfristig zu kaufen. Da dies aber weder beobachtet wurde noch aus der Literatur bekannt ist, kann keine Aussage über die Technikakzeptanz diese Anwendung getroffen werden.
- 0) Für Elektrizitätsnetze gelten die gleichen Überlegungen wie für Wärmenetze.
- 0) Des Weiteren kann die *Insellösung* nicht eingeordnet werden, da dies eher ein Konzept als eine konkrete Technologie darstellt. Widerstand ist hier weniger von Seiten der Anwohner als vom jeweiligen Netzmonopolisten zu erwarten.

503 Es sei denn, sie wird aus Biomüll oder Restholz erzeugt. Wobei in der Praxis kaum klare Definitionen, wann Holz tatsächlich überschüssiges „Restmaterial“ sei, genutzt werden. So besteht die Gefahr einer langfristigen Schädigung des Stadtwaldes durch zu hohe Holzentnahme, weil zu große Mengen Holz als „Rest“ deklamiert werden.

504 Siehe die Fallstudie Wettin.

505 Ebd.

506 Als technische Lösung des Problems wurde vorgeschlagen, die Positionslichter nur einzuschalten, wenn sich Flugzeuge oder Helikopter nähern. Deren Radarstrahlung kann von einem Detektor identifiziert werden, der die Befehreung dann automatisch aktiviert. Eine Gesetzesänderung wäre hierfür notwendig.

6.2.2 Finanzierungsmodelle und ihr Anspruch an die Kooperationsfähigkeit

Wenn eine ausreichend hohe passive Akzeptanz einer Technologie vorherrscht, stellt sich die Frage der Finanzierung. Von ihr hängt es ab, welcher Teil vom Gewinn der Energieproduktion in der Region bleibt. Im Folgenden sind die möglichen, im Feld beobachteten Finanzierungsmodelle dargestellt. Wie in der Kapitelüberschrift angedeutet, wird dabei eine weitgehende Übereinstimmung des Organisationsaufwands mit bestimmten Finanzierungsmodellen vorausgesetzt. Ein externes Konsortium, dass beispielsweise einen großen Windpark finanziert, bedeutet für die regionalen Organisatoren nur wenig Arbeit (und zugleich starken Kapitalabfluss), während der Versuch, die Anwohner zu beteiligen, meist wesentlich aufwendiger ist (aber den Besitz im Sinne von §3 stärker demokratisiert). Beide Dimensionen können also nicht voneinander getrennt gedacht werden.

Die gewählte Reihenfolge stützt sich auf die Erfahrung in Dalmatien. Je nach den örtlichen Bedingungen können die Varianten 2, 3 und 4 auch sehr viel einfacher in der Organisation sein. Die Liste ist aufsteigend geordnet und beginnt mit einfach zu realisierenden Finanzierungen und hohem Kapitalabfluss. Sie endet mit aufwendig zu organisierenden Finanzierungsmodellen und geringem Kapitalabfluss.

- 1) Die technischen Anlagen sind vollständig im Besitz von privaten und nicht-lokalen⁵⁰⁷ Kapitalgesellschaften. Das typische Beispiel hierfür sind große Windparks. Der Gewinn fließt aus der Region größtenteils ab. Bei teuren Technologien wie Windrädern, finden sich selten lokale Finanziers, obwohl dies natürlich möglich wäre. Dass Kapitalgesellschaften, die mehrere Millionen Euro aufbringen, überregionale Akteure sind, ist zumindest in den ländlichen Gebieten Dalmatiens fast zwangsläufig der Fall, weshalb hier beides gleichgesetzt wird.
- 2) Die Kapitalgesellschaft hat wenigstens eine Dependence in Form eines Briefkastens oder kleinen Büros in der Region, in der die Anlagen stehen, damit sie einen größeren Teil ihrer Steuern vor Ort zahlt statt am Firmensitz.⁵⁰⁸ Dies setzt ein gewisses Verhandlungsgeschick des Bürgermeisters oder Ortsvorstehers voraus (da eine Briefkastenfirma für den Anlagenbetreiber einen Mehraufwand bedeutet) und natürlich die entsprechende Verhandlungsposition in Form eines Vetorechts oder gar der Entscheidungsgewalt, ob eine Anlage gebaut werden darf.⁵⁰⁹ Wo die Gewalt über die Genehmigungen nicht mehr in der Hand der Region liegt, kann die Drohung mit

⁵⁰⁷ Diese Gesellschaften haben ihren Firmensitz nicht in der Region, sodass Steuerlast und Arbeitsplätze vorwiegend am Firmensitz, außerhalb der Region anfallen.

⁵⁰⁸ Siehe hierzu die Fallstudien Löwen und Wettin.

⁵⁰⁹ Durch zwei Verwaltungsreformen des Landes haben Ortsvorsteher und Bürgermeister in Dalmatien die Genehmigungshoheit über Windparks und Freiflächen-Solaranlagen verloren, was ihre Verhandlungsposition entscheidend schwächt.

juristischen Schritten oder administrativer Blockade die verlorenen Hoheitsrechte teilweise wettmachen. Wie realistisch und wirksam solche Drohungen sind, hängt stark von den regionalen Umständen ab.

- 3) Eine lokale Sparkasse finanziert die Anlagen. Da sie ihre Steuern teils vor Ort zahlt und in Deutschland einen Teil des Gewinns für gemeinnützige Zwecke spendet, bleibt ein größerer Teil des Gewinns in der Region.⁵¹⁰
- 4) Falls eine Kommune oder Stadt noch die Hoheit über ihre Finanzen ausübt, also keinem Haushaltssicherungskonzept unterliegt, das ihr alle nicht kurzfristig notwendigen Ausgaben verbietet (was in Dalmatien und Ostdeutschland oft der Fall ist), steht es ihr frei, Energieproduzenten, Netze und Speicher aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Oft können dazu Kredite und Fördermittel aufgenommen werden.⁵¹¹ Hierzu bedarf es vor allem einer entschlossenen Lokalpolitik oder wenigstens eines entschlossenen Bürgermeisters. Oft fehlt aber das Wissen und Verwaltungen wie Regionalparlamente reagieren unsicher angesichts der hohen Investitionssummen und der vielen Politikern kaum vertrauten Technologie. Der Gewinn bleibt in diesem Modell zu einem großen Teil regional und, sofern die öffentliche Ausgabenpolitik der Allgemeinheit zugute kommt, erreicht er die meisten Anwohner. Dass dieses Modell dennoch bisher selten ist, liegt also entweder am mangelnden Wissen, fehlender Initiative oder an den klammen öffentlichen Haushalten.
- 5) Selbst im ländlichen Raum Ostdeutschlands finden sich Familien mit gesparten Kapitalvermögen, die investiert werden können. In sogenannten „Bürgerbeteiligungsmodellen“ werden Anteilsscheine einer Anlage verkauft. Die Zeichnung kann zwar nicht regional beschränkt werden,⁵¹² aber durch entsprechende Werbung und dem daraus resultierenden Informationsvorsprung kommen die Anwohner hier meist zuerst zum Zug. Wenn nicht alle Anteile verkauft werden, können meist auch entfernt wohnende Personen gewonnen werden, da erneuerbare Energieproduzenten, die nach dem EEG ins Netz einspeisen, als sichere Investition gelten und entsprechend gefragt sind.⁵¹³ Wie sich in Schiepzig und Wilzen gezeigt hat, ist aber nicht in jedem Fall damit zu rechnen, dass sich genügend Anwohner finden, um beispielsweise eine kleinere Solaranlage zu finanzieren. Des Weiteren ist es nicht unwahrscheinlich, dass die ohnehin gut betuchten Familien eher investieren als solche mit geringen Sparvermögen und

510 Hierzu ist einschränkend anzumerken, dass dieses Modell in Wettin-Wilzen zwar angedacht war, aber auf Grund der Zurückhaltung der Sparkasse nicht realisiert werden konnte. Ein funktionierendes Fallbeispiel liegt also nicht vor, sodass die Schwierigkeit dieses Modells nicht sehr genau eingeschätzt werden kann.

511 Siehe hierzu die Fallstudien Lettewitz und Schiepzig.

512 Die Regulierungen der Bankenaufsicht (BAFIN) erlauben keine regionale Einschränkung des Kreises der Investoren.

513 Die Firma Regnum GmbH von Herrn Barbarossa verfügte im Jahr 2009 über eine Warteliste mit potentiellen Investoren, sodass die Wettin vorgeschlagene Solaranlage von den Personen auf der Warteliste finanziert worden wäre, wenn die Beteiligung in Wettin nicht die notwendige Summe erbracht hätte.

Einkommen. Wie viele Personen schließlich profitieren können, ist daher stark abhängig von gegebenen Ungleichheitsstrukturen der Region.⁵¹⁴

Die Herausforderung besteht darin, eine hohe Zahl der Anwohner zu überzeugen. Wie sich in Mücheln und Wilzen gezeigt hat, ist dies in Ostdeutschland kein leichtes Unterfangen.

Beide Bürger-Solar-Anlagen sind an mangelnder Beteiligung gescheitert.⁵¹⁵ Ein entscheidender Faktor ist dabei die verbreitete Unsicherheit, oder anders gesagt das fehlende Wissen vieler Anwohner, denen sowohl die Technik als auch deren finanzielle Aspekte wie das EEG und sein politischer Hintergrund (Klimaschutzziel der BRD) fremd sind. Der jeweilige Aufwand dieses Modells variiert in Abhängigkeit zum Anspruch der Initiatoren. Reichen wenige Anwohner oder sollen sich Eltern der Schüler einer Schule an ihrer Solaranlage beteiligen?

In seltenen Fällen werden auch Windräder auf diese Weise finanziert. Von anderen Technologien ist dies bisher nicht bekannt, obwohl nichts dagegen spricht.

- 6) Sehr aufwendig sind Modelle, in denen sich *alle* Anwohner einer Straße beteiligen sollen, wie im Fall des Wärmenetzes in einer Straße in Wilzen. Jedes Rosinen picken wie in Variante 4 ist dann ausgeschlossen, was heißt, auch die finanzschwachen, die vorsichtigen und skeptischen und die mit ihren Nachbarn verfeindeten Anwohner müssen überzeugt werden, ihr Ersparnis zu riskieren und mit den Nachbarn zu kooperieren. Wenn dies glückt und die Infrastruktur vollständiger Besitz der Anwohner ist, wäre das freilich der Idealfall im Hinblick auf regionalisierte, demokratische Gewinne.
- 7) Schließlich ist Variante 5 noch steigerungsfähig. In Lettewitz haben sich circa 4/5 der Familien des ganzen Dorfes, statt nur einer Straße, finanziell beteiligt.
- 8) Nicht einordnen lässt sich ein der aus der Literatur für das Dorf Zadrach belegter Fall. Ein wohlhabender Spender hat eine Stiftung aufgelegt, die ein Windrad finanziert, dessen Erlös vollständig dem Kindergarten zugute kommt (Linke/Volke 2009). Was den Kapitalabfluss angeht, ist dies das optimale Modell. Die Wahrscheinlichkeit auf einen solchen Gönner zu stoßen, soll hier aber nicht zwischen den anderen Fällen eingeordnet werden. Bisher ist Zadrach der einzige bekannte Fall.
- 9) Ebenfalls schwer einschätzbar ist der Aufwand, den lokalen Mittelstand einzubinden. In Wettin ist dies gründlich gescheitert, in Wilzen war einige Überzeugungsarbeit notwendig und in Lettewitz vergingen Jahre bis zu einer Kooperation. Prinzipiell sind hier vielfältige Modelle der Teilhaberschaft und auch Zusammenarbeit denkbar, beispielsweise als gemeinsame Produzenten oder Konsumenten eines Wärmenetzes.

⁵¹⁴ Siehe hierzu das Kapitel „Vergleich der Fälle“.

⁵¹⁵ Wahrscheinlich ist eine solche Beteiligung wesentlich einfacher in Regionen mit höheren Sparvermögen.

6.2.3 Lokale Wertschöpfung: Kapitalabfluss und Re-Investition

Die in der gesamten Arbeit diskutierte Frage, welche förderlichen wirtschaftlichen Auswirkungen die Energiewende auf regionaler Ebene haben kann, wird in diesem Kapitel in drei Aspekten zusammengefasst. Auf der Grundlage der Gespräche und Beobachtungen im Feld und der Fachliteratur⁵¹⁶ lässt sich die Frage *cui bono* wie folgt aufteilen:

- a) Wie viel Mehrwert in Form von abstrakter Energie (in Kilo Joule oder Kilo Watt / Flächeneinheit (vgl. Sieferle 1982: 17-65)) wird abzüglich des möglichen Verlustes an anderen Produktionsweisen erzeugt?
- b) Welche wirtschaftlichen Strukturen (Wertschöpfungsketten, Stufen der Weiterverarbeitung, Weg von der Primärproduktion bis zum Konsum) werden geschwächt und welche werden gestärkt?
- c) Wie und vor allem wo ist der Besitz der Energie-Infrastruktur lokalisiert?

Mit der Beantwortung dieser drei Fragen sollte ungefähr ermessen werden können, welchen Mehrwert eine erneuerbare Energie-Infrastruktur jeweils für eine Region erzeugt. Die Extremfälle, dass der gesamte Mehrwert abfließt, weil ein Windpark knapp vor der Verwaltungsgrenze eines Dorfes steht oder die Bauern ihre gesamte Biomasse zu schlechten Konditionen an eine entfernte Biomasseanlage liefern sowie das gegenteilige Extrem, dass der gesamte Gewinn sinnvoll vor Ort re-investiert wird (vgl. Lasch/Volke 2009) sind eher Ausnahmen. In den meisten Fällen ergibt sich ein vielseitiges Geflecht aus verschiedenen Kombinationen der einzelnen Elemente. Immerhin hat sich in Dalmatien eine überraschend große Zahl von Bürgermeister und „aktiven Eliten“ über diese Zusammenhänge gut informiert gezeigt. Die Themen „regionale Wertschöpfung“ und „Kapitalabfluss“ waren in den Informationsveranstaltungen der Bürgermeister sehr präsent als langfristige Ziele einer angestrebten Wirtschaftsentwicklung.

- a) In der Einleitung der Arbeit wurde dargestellt, dass die erneuerbare Energieproduktion in fast allen Fällen zu einem Verbrauch an Fläche führt. Alle Energieproduzenten, die auf Äckern stehen, wie Biomasseanlagen, Freiflächen-Solaranlagen und Windräder mindern die Fläche für die landwirtschaftliche Produktion und damit die vorgefundene Wertschöpfung. Hierbei ist zu bedenken, dass die Flächenausbeute je nach Technologie stark variiert. Windräder haben ein sehr kleines Fundament und erzeugen sehr viel Energie,⁵¹⁷ Solarzellen benötigen hingegen mehr Fläche

⁵¹⁶ Eine Fortführung der vorliegenden quantitativen Studien (vgl. Hirschl et al. 2009) wird damit freilich nicht angestrebt.

⁵¹⁷ Dazu kommen temporär kleine Feldwege in der Bauphase, die aufgeschüttet werden müssen für die Schwerlasttransporte. Diese werden danach meist wieder entfernt.

für die gleiche Leistung und Biomasse hat das niedrigste Verhältnis von Flächen zu Energie. Es gilt daher, dass der Beitrag von EE zur lokalen Wertschöpfung um so größer ist, je höher ihre Energieausbeute je verbrauchtem Quadratmeter. Das unvermeidliche Absinken der landwirtschaftlichen Wertschöpfung durch Flächenkonkurrenz fällt in der Gesamtrechnung um so weniger ins Gewicht, je besser das Fläche/Energie Verhältnis der Energieproduzenten. Gemessen am erzeugten energetischen (und dazu korrespondierend finanziellen) Mehrwert rangieren deshalb Solaranlagen vor Biomasse, und Windkraft vor Solaranlagen.

Das günstigste Flächen-Energieverhältnis weisen freilich Biogas/masseanlagen auf, die mit Biomüll oder Restholz betrieben werden, welches ohnehin anfällt. Hier liegt keine Verdrängung anderer Flächennutzungsformen vor und folglich auch kein reduzierter Mehrwert aus anderen Wirtschaftsformen. Das gleiche gilt für das zunehmend verbreitete Modell, Freiflächen-Solaranlagen auf ehemaligen Truppenübungsplätzen zu errichten. Da diese, zumindest ohne aufwendige Räumung und De-Kontaminierung kaum bewirtschaftet werden können, geht keine nutzbare Fläche verloren. Schließlich sind hier noch die Solaranlagen und Miniwindräder zu nennen, die auf Hausdächer montiert werden, denn auch hier liegt keine Flächenkonkurrenz vor. In diesen drei Varianten wird der energetische Mehrwert in Bezug auf den Flächenverbrauch *ex-nihilo* geschöpft.⁵¹⁸

b) Wenn die Landwirtschaft einer Region in ökonomischen Abhängigkeitsstrukturen gefangen ist, die nur sehr wenig Gewinn beim Landwirt und in der Region lassen, wie derzeit von den Milchbauern beklagt, kann der Wechsel von der Nahrungs- zur Energieproduktion Abhilfe schaffen. Zwar entsteht auf der gleichen Fläche nicht unbedingt mehr Energie, die hier nur ihre Form wandelt, statt in Milch und humane Bewegungsenergie wird sie in Fernwärme oder Elektrizität umgewandelt. Aber der Wechsel der wirtschaftlichen Strukturen wird doch den Landwirten in vielen Fällen die Chance bieten, sich aus unvorteilhaften Abhängigkeiten zu befreien. Wie bereits in der Einleitung dargestellt, bietet eine Biogas/masseanlage die Möglichkeit, den gesamten Wertschöpfungsprozess in der Region und unter der Kontrolle der Bauern zu halten, was in der Nahrungsmittelproduktion höchst selten ist. Da zugleich der Aufwand für diese Umstellung eher gering ausfällt (im Vergleich mit einem Solar- oder Windpark), wird dieses Modell von den Landwirten recht häufig angewandt.

c) Wie bereits in der Einleitung andiskutiert, kann die beste Technologie dazu beitragen, die ökonomische Peripherisierung des ländlichen Raums zu verstärken, wenn ihre Besitzer weder in der Region leben, noch dort Steuern zahlen und private Ausgaben tätigen.⁵¹⁹ In Ergänzung zum

⁵¹⁸ Das gilt freilich nur in Bezug auf den Betrieb der Anlagen, da die Herstellung aller Güter selber einen spezifischen Flächenverbrauch aufweist.

⁵¹⁹ Aus Sicht der Region, die hier eingenommen wird, spielt es keine Rolle, ob der Erlös aus einem Windpark tausend Kleinaktionären oder einer Bank zugute kommt. Für die Region stellt sich die Frage, ob der Gewinn abfließt oder nicht.

vorhergehenden Kapitel (Finanzierungsmodelle) können drei Arten von Besitzern unterschieden werden: Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und die öffentliche Hand. Wenn das Ziel in einer hohen lokalen Re-Investitionsquote besteht und vermindertem Kapitalabfluss, dann ist die beste Variante, wenn die öffentliche Hand über die Gewinne verfügt. Hiermit werden zwei Nachteile des Besitzes durch Privatpersonen und Unternehmen vermieden. Zum einen besteht bei diesen stets die Gefahr, dass erzielte Gewinne oder Ersparnisse für reine Statusprodukte zur sozialen Distinktion verwandt werden, (vgl. Bourdieu 1987) die weder in der Region produziert werden und Arbeitsplätze schaffen, noch für die Privathaushalte oder Mittelständler eine Effizienzsteigerung darstellen.⁵²⁰ Aufgrund der chronisch leeren Kassen ist von der öffentlichen Hand eher zu erwarten, dass Einnahmen in zumeist notwendige Personalausgaben (Kindergärten, Polizei, Schulbus usw.) investiert werden.⁵²¹ Da Einnahmen von der Verwaltung nicht gespart, sondern sofort wieder ausgegeben werden, bleibt das Kapital in Zirkulation, die auf Grund der Ausgabenstruktur zumeist lokal sein wird. Die Gefahr von großen Kapitalakkumulationen in einer Hand, die dann *en bloc* außerhalb der Region angelegt werden (Finanzmarkt, Haus, Urlaub) besteht im Gegensatz zu Privathaushalten nicht. Auch hält die Bürgerbeteiligung zwar das Kapital in der Region, vertieft jedoch eher bestehende Ungleichheitsstrukturen, da die ohnehin an Wissen, Initiative und Kapital überlegenen Familien durch geschickte Investition, zum Beispiel in Bürger-Solar-Anlagen⁵²² ihren Vorsprung noch ausbauen. Der Gewinn, den die öffentliche Hand hingegen aus Investitionen zieht und in öffentliche Güter weiterleitet, wird in den meisten Fällen allen Anwohnern zugute kommen. In Regionen mit höheren Familienersparnissen mögen die Dinge anders liegen. In Dalmatien sind die wohlhabenden Familien jedoch zu selten, als dass breite Beteiligung einfach erreichbar wäre.

Deshalb gilt der breit gestreute lokale Privatbesitz als zweitbeste Variante und der durch lokale Mittelständler als drittbeste, der Überlegung folgend, dass das Risiko einer nicht-lokalen Re-Investition um so größer ist, je weniger Personen beteiligt sind. Dass ein Mittelständler allen Gewinn regional re-investiert, ist freilich möglich. Nur ist das Risiko, dass alle Familien ihre Einnahmen aus einem Bürgerbeteiligungsmodell *vollständig* am Aktienmarkt anlegen (womit es der Region vorerst verloren geht), immer noch wesentlich geringer, als wenn *ein* Mittelständler darüber verfügt. Das Risiko des Kapitalabflusses und -verlustes wird durch eine große Zahl an Personen breiter gestreut.

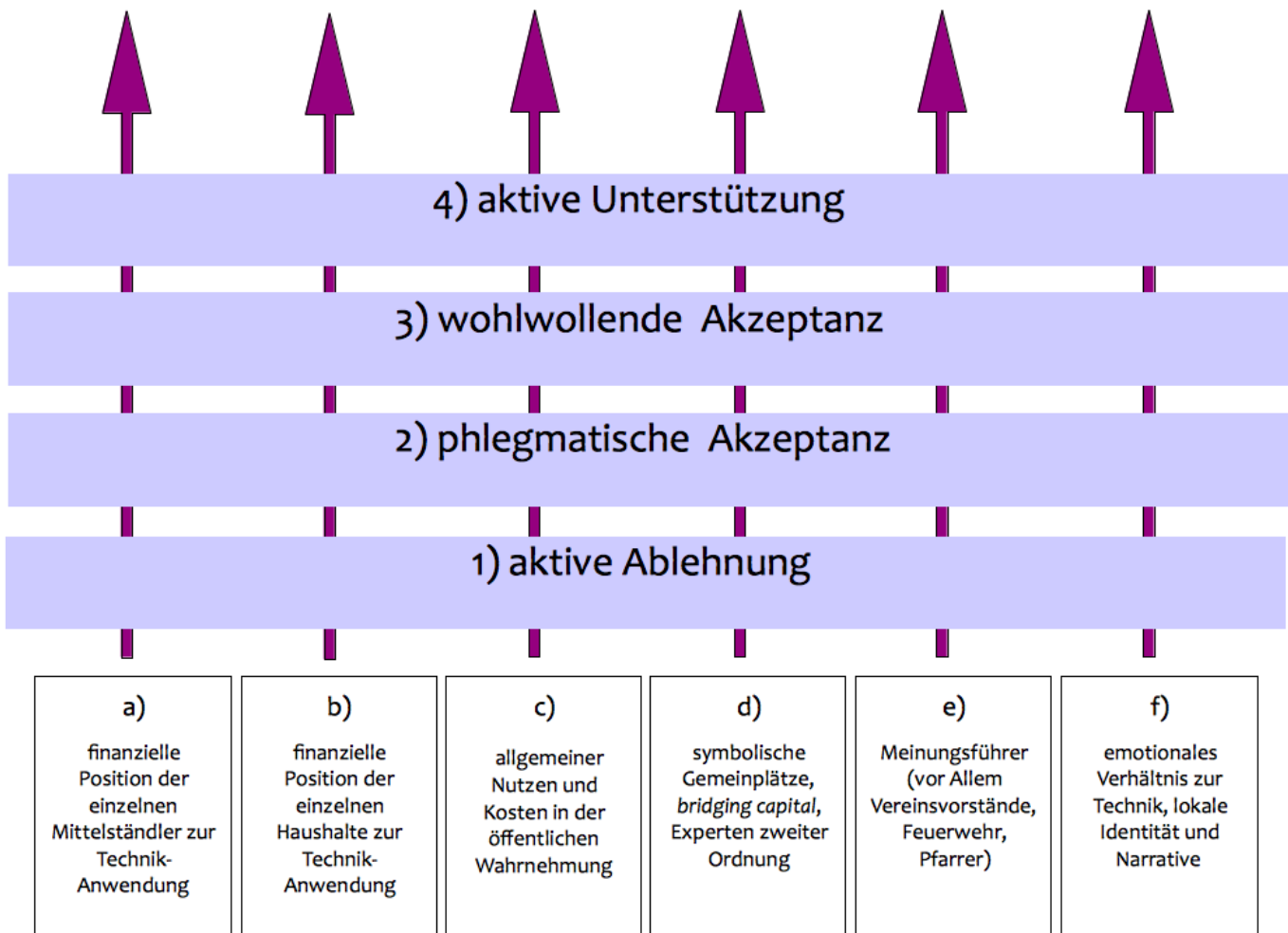
520 Solche, für die lokale Wertschöpfung wenig wertvollen Positionsgüter sind zum Beispiel Autos, Reisen und Elektronikartikel.

521 Dass öffentliche Verwaltungen in ihrer Einkaufspolitik oft kein Augenmerk auf regionale Wertschöpfung legen und darüber hinaus durchaus in Positionsgüter investieren, wie neue Laptops, um mit der Mode zu gehen, ist ein bekannter Missstand, der hier aber nicht vertieft werden soll.

522 Alle untersuchten Bürgerbeteiligungsmodelle stellten sich als Langzeitinvestition dar, die lukrativ genug waren, um durchaus nicht an den Altruismus der Investoren appellieren zu müssen.

6.2.4 Dynamiken der öffentlichen Meinung

Im Gegensatz zum Kapitel „Passive Akzeptanz je nach Technologie“ sind im folgenden die Ausprägungen der lokalen öffentlichen Meinung⁵²³ nach Akteursgruppen und deren Interessen dargestellt.



Graphik VII: Vereinfachte schematische Darstellung von vier Zuständen der öffentlichen Meinung in Bezug auf regionale Energieprojekte in Abhängigkeit von sechs als relevant gefunden Variablen a) - f).

Die öffentliche Meinung bestimmt maßgeblich, welche Technologien in welcher Form angewandt werden, ob eine Technologie nur geduldet oder aktiv unterstützt wird und welche Form der Finanzierung zum Tragen kommt. Die Kategorisierung ist eher einfach gehalten und basiert auf den Beobachtungen der Feldforschung, ergänzt um theoretische Überlegungen. In der öffentlichen Meinung sollen vier Ausprägungen in Bezug auf Energie-Infrastrukturen unterschieden werden: 1) aktive Ablehnung, 2) phlegmatische Akzeptanz, 3) wohlwollende Akzeptanz und 4) aktive Unterstützung. Graphik VII gibt einen Überblick und listet außerdem die wichtigsten Variablen

⁵²³ Der Begriff „öffentliche Meinung“ wird verwandt, um einen statischen Zustand, zu einem bestimmten Zeitpunkt, auszudrücken. Der Diskursbegriff wird nicht genutzt, weil er eher langfristige Prozesse beschreibt (vgl. Foucault 1970).

der öffentlichen Meinung auf.

- 1) Im ungünstigsten Fall herrscht aktive Ablehnung vor (in Abgrenzung zur passiven Ablehnung). Bürgerinitiativen gründen sich oder Unterschriften werden gegen ein Vorhaben gesammelt,⁵²⁴ juristisch wird glaubhaft gedroht oder tatsächlich geklagt. Politische Initiativen werden im Gemeinderat eingebracht, um eine Abstimmung zu erzwingen, in der die Mehrheit sich gegen das Vorhaben wendet. Derart manifeste Opposition ist in Dalmatien allerdings eher selten.
- 2) Wesentlich häufiger ist der Zustand, der hier als „phlegmatische Akzeptanz“ bezeichnet werden soll. Aus der öffentlichen Meinung entspringt keine beobachtbare Aktivität, obwohl wenig Begeisterung für ein Vorhaben vorherrscht. Die Zivilgesellschaft ist nicht bereit, aktiv zu werden, obwohl sich viele Personen über negative Auswirkungen (zum Beispiel von Windrädern)⁵²⁵ beschweren und Befürchtungen äußern, wenn es sich um zukünftige Vorhaben handelt.⁵²⁶ Die Politiker und „aktiven Eliten“ (S. 118) sind mit dieser Haltung der Anwohner oft gut vertraut und betonen gerne, dass dem nicht zu viel Gewicht geschenkt werden dürfe, denn „manche Leute haben eben immer etwas zu meckern“⁵²⁷. Wie sich in Löwen und Müheln gezeigt hat, ist es durchaus möglich, dass selbst aktive Ablehnung, die sich in Demonstrationen manifestiert,⁵²⁸ nach kurzer Zeit wieder dem passiven Zustand weicht, der daher als Normalzustand gelten kann.
- 3) Davon zu unterscheiden ist eine öffentliche Meinung, die ebenso wenig in aktives Handeln mündet, aber im Gegensatz zu 2) durchaus wohlwollend ist, hier als „wohlwollende Akzeptanz“ bezeichnet. Wie sich in Wilzen und auch Müheln zeigte, bedingt selbst allgemeines Wohlwollen aber noch keine Partizipation.
- 4) Obwohl Wohlwollen in anderen Orten teils vorkam, wurde eine wirklich breite Beteiligung nur in einem Fall, in Lettewitz beobachtet. Deshalb soll ebenso wie die aktive Ablehnung, die „aktive Unterstützung“ als gesonderte Ausprägung der öffentlichen Meinung gelten. Dies zeigt sich an gut besuchten Informationsveranstaltungen und der Bereitschaft der Anwohner, sich an Finanzierung und Organisation eines Vorhabens zu beteiligen.⁵²⁹

524 Siehe dazu Löwen und Müheln während und vor dem Bau des Windparks.

525 Siehe dazu Löwen nach dem Bau des Windparks und Köllme mit der die meiste Zeit recht schweigsamen Opposition der Sportvereine.

526 Siehe dazu Wilzen.

527 Sinngemäßes Zitat von Herrn Schuster vom Jagd- und Forstverein Wettin im Telefoninterview am 22.7.2009.

528 In Müheln kam es vor Baubeginn des Windparks zu einer Demonstration der Anwohner, um diesen zu verhindern. Herr Alfons im Interview mit den Studierenden Christoph Ehlers, Ricarda Williams und Markus Titan im Rahmen des Seminars im Wintersemester 2010 in Lettin am 8.12.2009.

529 In Lettewitz ist dies bereits erfolgt, in Wilzen deuten sich erste Schritte in diese Richtung an.

Die Steigerung vom passiven zum aktiven Wohlwollen, von Form 3 zu 4, sollte nicht so verstanden werden, dass die Anwohner einseitige Loblieder auf eine Technologie anstimmen. Im Gegenteil haben sich alle interviewten Lettewitzer durchaus differenziert über die Vor- und Nachteile des Windparks geäußert.⁵³⁰ Nicht anzutreffen war hingegen rein subjektive Ablehnung und ausführliches Nörgeln, wie in anderen Regionen üblich. Die öffentliche Meinung kann daher nicht vom Wissen um objektive Vor- und Nachteile getrennt werden. Das sichere Wissen um bestimmte Nachteile *kann* (in Fällen wie Lettewitz) mit aktiver Unterstützung einhergehen. Entweder wird es aufgewogen durch das ebenso sichere Wissen um Vorteile oder die Gewissheit über die Nachteile wiegt leichter als die unsichere Furcht vor ihnen.

Es handelt sich also nicht, wie in der Technik-Akzeptanz-Forschung gelegentlich angedeutet wird, um rein subjektive Befindlichkeiten. Emotionen spielen vielmehr eine ebenso wichtige Rolle wie das Wissen um objektive Konsequenzen der Technik.

In Löwen mobilisierte ein Teil der Anwohner teils heftig gegen den geplanten Windpark, ohne ihn aber gegen die eher passive Zustimmung des restlichen Dorfes zu verhindern. Im Gegensatz zur nicht mobilisierten, passiven öffentlichen Meinung, beinhaltet ihre aktive Form, in der Anwohner tatsächlich handeln, also die Gefahr einer Spaltung des Dorfes. In diesen Fällen kann auch weniger eindeutig von *einer* öffentlichen Meinung gesprochen werden, da ja wenigstens vorübergehend zwei Meinungen um die Hegemonie konkurrieren. (vgl. Fuchs-Heinritz/König 2005: 202f.)

Solche Phasen aktiver Ablehnung, gleich ob sie von einem Bruchteil oder der Mehrheit der Anwohner getragen werden, waren zumindest in den untersuchten Regionen nur kurzfristig zu beobachten. In Wettin verlor die Opposition ihren Schwung als ihre Bedenken ernst genommen wurden. In Löwen hingegen schien es, die unterlegene Seite habe den Ausgang der Dinge akzeptiert, sodass die Narben einer kurzfristigen „Heterodoxie“ verheilen konnten und einer neuen „Doxa“ Platz machen (vgl. Fuchs-Heinritz/König 2005: 203). Das deutlichste Beispiel für einen solchen Meinungsumschwung ist Mücheln. Aus einer kurzen Phase vehementer Ablehnung – es gab sogar eine Demonstration gegen den Windpark – wurde langfristige wohlwollende Zustimmung, in Zukunft eventuell sogar aktive Teilnahme, weil sich die Vorteile des Windparks deutlich genug zeigten.⁵³¹

530 Ähnliches war auch in Löwen zu beobachten, mit dem Unterschied, dass es dort auch einseitige Ablehnung gab.

531 Wenn der zuvor gefürchtete Schlagschatten einmal im Jahr das Dorf erreicht, sei dies schon ein erwartetes jährliches Ereignis. Herr Alfons im Interview mit den Studierenden Christoph Ehlers, Ricarda Williams und Markus Titan im Rahmen des Seminars im Wintersemester 2010 in Lettin am 8.12.2009.

Im Sinne von Lukes Theorie der Herrschaft sollte also unterschieden werden zwischen latenten und manifesten Konflikten (Lukes 1977) aber auch zwischen latenter und manifester Zustimmung.

Die wichtigsten Gruppen und Faktoren, die auf diese öffentliche Meinung Einfluss nehmen, sind in der Graphik VII unten in den Kästen zusammengetragen. Je nachdem, ob ein Vorhaben geplant oder schon umgesetzt ist, beziehen sich deren Ausprägungen auf Zukunft oder Gegenwart. Die folgende Auflistung ist eine einfache Übersicht ohne Hierarchie oder Chronologie:

- a) Die Meinung der mittelständischen Betriebe zu einem Vorhaben ergibt sich wie zu erwarten aus ihrer objektiven finanziellen Position. Für sie stellen sich die Fragen, ob sie profitieren, ob Kosten gesenkt werden und wenn es sich um zukünftige Vorhaben handelt, ob Aufträge erwartbar sind. Auf der anderen Seite kann es auch sein, dass eher Kosten anfallen, wenn beispielsweise Landwirte um Windkraftanlagen herumfahren müssen.
- b) Die gleiche Frage nach dem finanziellen Nutzen stellt sich für die einzelnen Haushalte. Kann Land verpachtet oder verkauft werden? Wie hoch sind die Einnahmen? Entstehen neue Arbeitsplätze? Fällt der Wert des Hauses durch die Nähe eines Windparks oder steigt er durch die Investition in eine gemeinsames Netz? Können die Energiekosten langfristig reduziert werden?
- c) In Abgrenzung zu privaten Erwägungen stellt sich in der lokalen Öffentlichkeit die Frage, welchen allgemeinen Nutzen und welche geteilten Nachteile eine Technologie bewirkt. Auf der Nutzen-Seite sind dies allen Anwohnern zugängliche Güter wie Internetleitungen, Straßenbelag, Straßenbeleuchtung, öffentlicher Nahverkehr, Gemeindehaus *et cetera*. Darüber hinaus werden oft auch nur einer Minderheit zugängliche Räume als Beitrag zum Allgemeinwohl wahrgenommen: Kindergärten, Sportplätze und Schulen.⁵³² Demgegenüber stehen allgemeine Kosten, wie Geruch durch Biogasanlagen, Biomasse anliefernde Lastwagen, Schlagschatten und Blinken von Windrädern, das Aufreißen der Straße für einen Netzbau und natürlich der teils beklagte Einfluss der Windräder auf das Landschaftsbild. Wie in der Fallstudie Lettewitz dargelegt, sind öffentlich zugängliche Güter ein probates Mittel, um die oft ungleiche Verteilung der Kosten und Einnahmen für einzelne Haushalte auszugleichen. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich meist auch eine differenzierte Verteilung der Nachteile im öffentlichen Raum, wenn beispielsweise ein Windpark nur von einer Dorfseite aus sichtbar ist. Auf der anderen Seite werden auch Fußballplatz und Kindergarten nicht von allen

⁵³² Siehe hierzu die Fallstudie Lettewitz.

Bevölkerungsgruppen genutzt. Ein genaues Aufrechnen ist daher hier nur bedingt angemessen und geschieht auch meist in der Praxis nicht, da zu viele einzelne Faktoren zusammenwirken. Entscheidend ist, wie die Verteilung von Vor- und Nachteilen in der öffentlichen Meinung konstruiert und gewichtet wird.

d) Im Kapitel „Technologie und Akzeptanz als Diskurs“ wurde gezeigt, dass „symbolische Gemeinplätze“ notwendig sind, an denen sich die Anwohner physisch, sprachlich und symbolisch begegnen können. Das sind Informationsveranstaltungen, Feste und Treffen, aber auch geteilte Narrative, in die sich eine Technologie einbetten lässt. Diese „symbolischen Gemeinplätze“ können daran gemessen werden, inwiefern sie soziale Untergruppen voneinander trennen (*bonding capital*) oder ob sie, was der günstigere Fall ist, diese Unterschiede überbrücken helfen (*bridging capital*). Eine solche verbindende Funktion kommt auch den „Experten zweiter Ordnung“ zu. Sie überbrücken Differenzen an Wissen und Vertrauen zwischen externen Experten und Anwohnern.

e) Besonders im ländlichen Raum wird die öffentliche Meinung von Personen geprägt, denen die Rolle von *Meinungsführern* zukommt. Wie sie sich zu einem Vorhaben stellen, ist von den Interessen der von ihnen repräsentierten Gruppen, meist sind es Sport- und Kulturvereine, abhängig. Spenden an die Vereine sind deshalb ein probates Mittel, um die öffentliche Meinung zu gewinnen. Zugleich sind Vereinsvorstände und andere *Meinungsführer* oft als Mittelständler an Energieprojekten interessiert, so dass sie auch aus anderen Motiven als denen ihrer Klientel handeln. Sie sind daher sowohl ein Eckstein für den notwendigen Elitenkonsens jedes Vorhabens, als auch ein Indikator der Stimmung im Dorf. (siehe S. 127)

f) In der öffentlichen Meinung besteht neben dem eher zweckrationalen Abwägen auch stets ein emotionales Verhältnis zur Technik, das seine Wurzel weniger in kurzfristigen Erwägungen als in der Geschichte einer Region hat. Im Kapitel „Die Braunkohle als Identitätsstifter und Narrativ“ wurde erläutert, dass die Industriegeschichte der Regionen oft bis in die Gegenwart wirkt und deren grundlegendes Verhältnis zu EE beeinflusst. Hier spielen auch Meinungen eine Rolle, die aus den überregionalen Massenmedien übernommen werden. Meist sind sie aber nicht der eigentliche Grund für eine bestimmte Haltung, sondern Argumentationshilfen.⁵³³

533 So nutzen sowohl die Gegner als auch die Befürworter des Windparks in Löwen Informationen aus den überregionalen Massenmedien, um ihre Meinung zu begründen. Es ist zu vermuten, dass solche nicht-regionalen Quellen von Informationen und Meinungen eine um so größere Rolle spielen, je weniger regionales Wissen vorhanden ist, also bevorzugt, wenn über zukünftige Projekte diskutiert wird und konkrete Erfahrungen fehlen. In den Informationsveranstaltungen in Wettin und Mücheln wurden deshalb abstrakte Diskussionen geführt über Themen, die aus den Massenmedien stammten und wenig mit der Region zu tun hatten.

6.3 Synthese der Ebenen sozialer und technischer Komplexität

Die Graphik IIX soll idealtypisch darstellen, wie verschiedene soziale und technische Entwicklungsstufen miteinander verbunden sind und wie ihre (mögliche) Evolution in Richtung höherer Komplexität in gegenseitiger Abhängigkeit und Rückkopplung verläuft.

Auf der rechten Achse sind die technischen Anwendungen entsprechend ihres Anspruchs an Akzeptanz und Partizipation der Anwohner geordnet. Auf der mittleren Achse sind die im Kapitel „Lokale Wertschöpfung“ (S. 183) besprochenen Modelle der Finanzierung und auf der linken Achse die idealtypischen Entwicklungsstufen einer lokalen Energie-Infrastruktur (S. 174) dargestellt.⁵³⁴ Die Graphik soll verdeutlichen, dass die Entwicklung in Richtung einer „autarken“ und „ökonomisch nachhaltigen“⁵³⁵ Energieversorgung mit einer Steigerung des Komplexitätsniveaus der drei Dimensionen einhergeht.

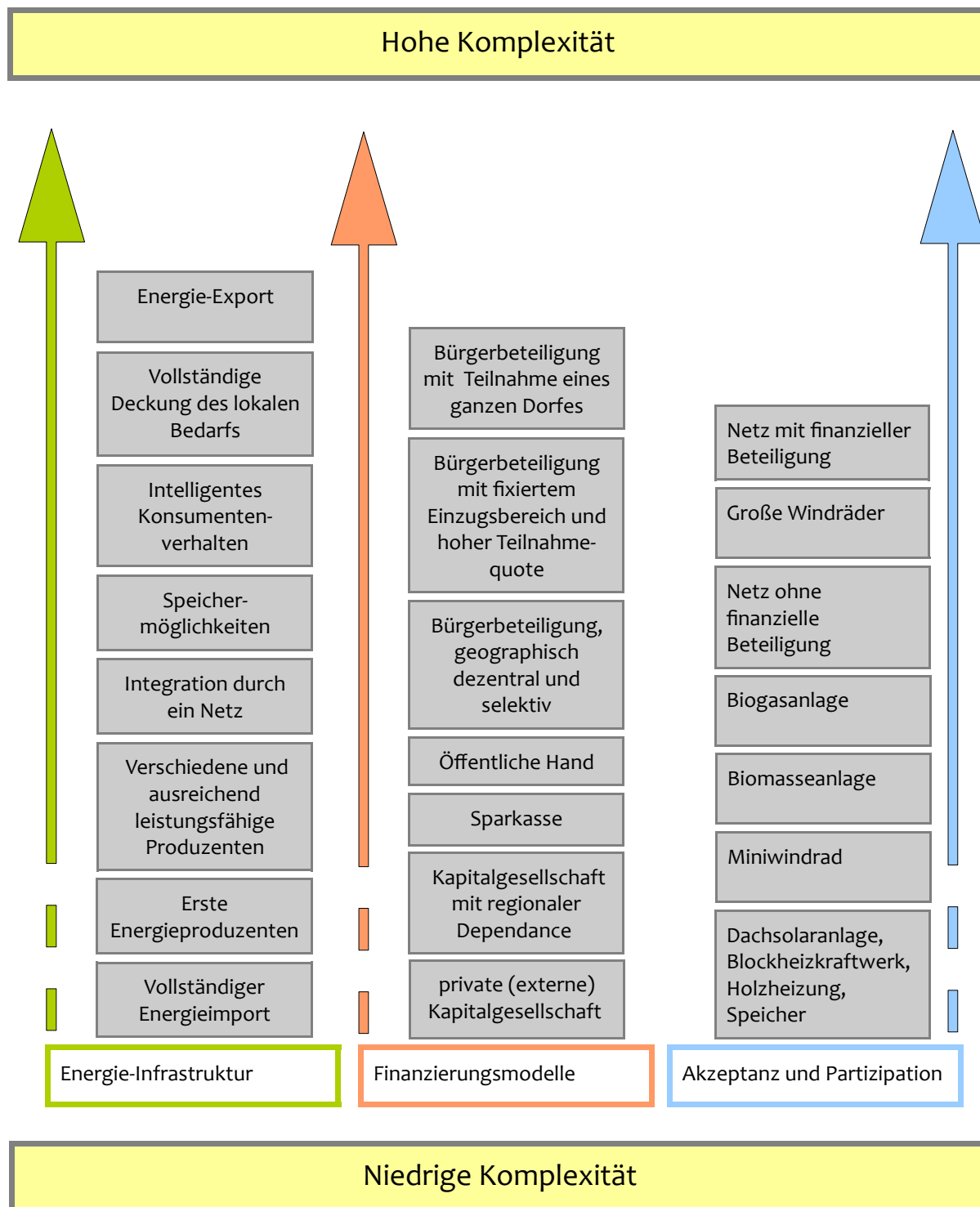
Die Chronologien der drei Achsen stehen grundsätzlich in Verbindung zueinander. Wenn also ein niedriges Akzeptanzniveau vorherrscht, kann nur eine „einfache“ Technologie (rechte Achse) gewählt werden, die dann meist auch ohne größeren Aufwand finanziert wird (mittlere Achse) und nur einen ersten Schritt für die Energie-Infrastruktur darstellt (linke Achse). Liegt jedoch ein hohes Niveau der Akzeptanz vor, kann auch anspruchsvollere Technologie angewandt werden, zum Beispiel ein kleines Nahwärmenetz, das wiederum hohe Ansprüche an die Organisationsfähigkeit in der Finanzierung stellte und zugleich als hohe Stufe auf dem Weg zur Energieautarkie gilt. Die technische Komplexität wird der Akzeptanz womöglich einige Schritte voraus eilen können, aber nur so weit, bis sie durch mangelnde Akzeptanz und Partizipation die weitere Expansion verhindert.

Eine gewisse Sonderstellung in diesen Überlegungen kommt den Windparks zu. In Ostdeutschland sind sie oft überhaupt erst der Beginn erneuerbarer Energieerzeugung und können wie in Lettewitz einen wichtigen Baustein für ein späteres Netz bilden, auch wenn zu Beginn keine Beteiligung der Anwohner erfolgt. Wenn sie freilich gegen lokale Interessen durchgesetzt werden, sind die Chancen für spätere Teilnahme an anderen Technologien eher getrübt. Trotz ihres hohen Anspruchs an die Akzeptanz der Anwohner stehen Windräder oft am Beginn statt am Ende einer lokalen Entwicklung, woraus sich das in Dalmatien gespannte Verhältnis zu ihnen ergibt. Auch sind sie von allen diskutierten Technologien die einzige, die kaum lokal finanzierbar ist und deshalb *per se* eher eine *top-down* Technologie ohne Partizipationsmöglichkeiten darstellt.⁵³⁶

⁵³⁴ Die zuvor diskutierte lokale Wertschöpfung ist hier nur implizit in der mittleren Kategorie mit abgebildet, im nächsten Kapitel, in der Graphik IX ist sie explizit enthalten. Auch die zuvor diskutierte öffentliche Meinung ist indirekt in der rechten Achse enthalten, und explizit in der nachfolgenden Graphik IX aufgeführt.

⁵³⁵ Siehe hierzu die Definition nach Paragraph 1, 2 und 3 im Kapitel Methoden / Definitionen.

⁵³⁶ Wenn allen Schwierigkeiten zum Trotz doch lokale finanzielle Beteiligungen für „Bürger-Windräder“ realisiert werden (siehe Lettewitz) reihen sie sich auf dem Komplexitätsniveau der Finanzierung von großen Bürger-Solar-Anlagen ein, da qualitativ das gleiche Modell vorliegt, das nur quantitativ wesentlich umfassender, weil kostspieliger



Graphik IIX: Anspruch der Technologien an die Akzeptanz oder Teilnahmereitschaft der Anwohner (rechte Achse), Anspruch von Finanzierungsmodellen an die Konsensfähigkeit der Anwohner (Mitte) und idealtypische Entwicklungsstufen einer integrierten und komplexen Energie-Infrastruktur (linke Achse).

ist. Hinsichtlich der Akzeptanz liegt dieses Modell aber weit oben auf der rechten Achse.

6.4 Zusammenfassung

Die Fülle des empirischen Materials wurde in diesem Kapitel auf fünf Kategorien reduziert, um überschaubar zu werden. Das zu erklärende Ereignis dieser Überlegungen ist die Frage, wie es Regionen gelingen kann, nicht nur eine autarke Energieversorgung zu etablieren, sondern dies auch mit einer Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Situation zu verknüpfen. In diesem zweiten Anspruch begründet sich die wichtige Rolle der öffentlichen Meinung und der Einbettung einer Technologie in die jeweils vorherrschende Sozialstruktur. Ohne solche Integration bleibt die Technologie aus der Gesellschaft „ent-bettet“ (vgl. Polyani 1967) und wird eher die dominanten ökonomischen Ungleichheitsstrukturen reproduzieren, statt sie zu mindern.⁵³⁷

In der Empirie hat sich gezeigt, dass die „normative Kraft des Faktischen“ ausreichen kann, um eine Technologie, die gegen den Willen der Anwohner realisiert wurde, im Nachhinein zu rechtfertigen, zumindest soweit, dass „phlegmatische Akzeptanz“ vorherrscht.⁵³⁸ Damit können aber weitere Entwicklungspfade, besonders die hier als „partizipativ“ bezeichneten verbaut werden. Erfolgreiche Entwicklungen zu einer autarken Energieregion erfolgen deshalb selten in einem großen, sondern in vielen kleinen Schritten, was auch heißt, nicht kurz- sondern langfristig, nicht durch eine, sondern viele Entscheidungen.⁵³⁹ Je weiter die Entwicklung einer Energie-Infrastruktur fortschreitet umso wichtiger ist die „aktive Unterstützung“ der Anwohner, umso größer wird der Anteil der zu beteiligenden Bevölkerung.⁵⁴⁰ (siehe S. 187)

Die Entwicklung in Richtung einer „autarken Energieregion“ wird daher als Summe mehrerer dynamischer Prozesse dargestellt, als zunehmend voneinander abhängige Ausbauschritte einzelner technologischer Elemente, deren soziale Rückkopplung immer wieder aufs Neue das Fundament für den nächsten Schritt vorbereitet oder eben verhindert. In der „öffentlichen Meinung“ (S. 187) einer Region wird meist genau beobachtet, welche Vor- und Nachteile jede dieser Neuerungen mit sich bringt.

⁵³⁷ Eine eher geringe materielle Ungleichheit wird von vielen Sozialwissenschaftlern als wünschenswert angesehen. Der langfristige, globale Trend geht jedoch in Richtung stetig zunehmender Ungleichheit. Gesellschaften mit geringer Ungleichheit zeichnen sich unter anderem durch höhere Frauenerwerbsquoten, höheres demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement, höheres generalisiertes Vertrauen, höheres durchschnittliches Bildungsniveau und niedrigere Kriminalitätsraten aus. (vgl. Franzen/Freitag 2007 und Kreckel 2004) Im Sinne einer ökologischen Transformation der Produktions- und Konsumtionsmuster wird von verschiedenen Seiten eine stärkere Betonung von Gerechtigkeitsaspekten hervorgehoben. Im Gegensatz zum „Green New Deal“ wird argumentiert, dass eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft in den gegenwärtigen Ungleichheitsstrukturen nicht möglich ist. Einen einfachen Überblick zu einigen vorliegenden Studien hierzu bietet die Internetseite <www.equalitytrust.co.uk>.

Ein Vergleich von 155 medizinsoziologischen Studien zum Zusammenhang von sozialer und materieller Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften und der Häufigkeit von körperlichen und seelischen Krankheiten kommt zu dem Ergebnis, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Gesundheit und Ungleichheitsstrukturen gibt. Vereinfacht gesagt, ist eine Bevölkerung um so weniger gesund, je stärker materielle Ungleichheiten ausgeprägt sind. Das betrifft wohlgerne nicht nur die unteren sozialen Schichten, sondern auch die Oberschicht, insbesondere wenn mentale Krankheiten hinzugezählt werden. (vgl. Wilkinson/Pickett 2006)

⁵³⁸ Siehe dazu Mühlen.

⁵³⁹ Als Beleg dafür, siehe: Lettewitz, Wilzen, aber auch: Samsø, Güssing und andere Fälle.

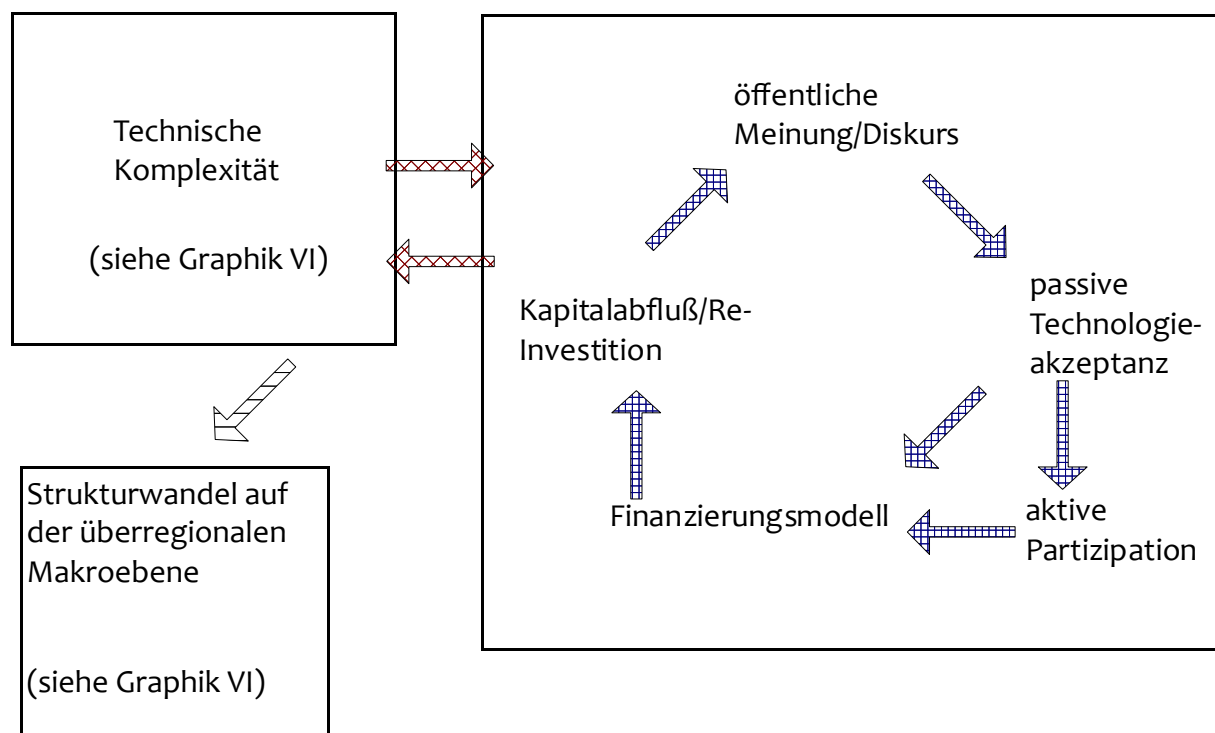
⁵⁴⁰ Siehe hierzu vor allem die Fallstudie Lettewitz.

Obwohl der (finanzielle) Nutzen für Familien, Mittelständler, Vereine und Kollektivgüter des öffentlichen Lebens eine wichtige Rolle spielt, sollte eine pekuniäre Verengung der Analyse vermieden werden. Hinter kurzfristigen, monetären Motiven lassen sich oft tieferliegende Strukturen erkennen, wie die „symbolische Ökonomie“ eines Dorfes, seine Narrative und die Konstruktion einer kollektiven Identität (S. 144). Im *best practice* Fall Lettewitz hat sich die Technologie in diese Strukturen integriert, oder genauer gesagt: sie *wurde* von oft souverän handelnden Anwohnern ihren Bedürfnissen entsprechend integriert.

Die Verknüpfung von sukzessiver und aufeinander bezogener Fortentwicklung wurde hier als Dichotomie zwischen technischer und sozialer „Komplexität“ gefasst. Warum nur wenige Regionen bisher das Modell Güssing oder Lettewitz nachgeahmt haben, lässt sich dann mit einem Mangel an Verbindung beider Ebenen und einer (noch) zu schwach ausgeprägten „sozialen Komplexität“ erklären. Die hier beschriebene Energie-Infrastruktur wächst in ständiger Rückkopplung mit der „sozialen Infrastruktur“ oder anders gesagt, mit dem Sozialkapital einer Region. Die dynamischen Verbindungen der fünf analysierten Kategorien sind in Graphik IX nochmals schematisch dargestellt.

Graphik IX: Dynamische Verbindung von sozialer und technischer Komplexität

Eine konstruktive und affirmative öffentliche Meinung ermöglicht zunächst passive Akzeptanz einer Technologie und im fortgeschrittenen Stadium auch die aktive Partizipation der Anwohner. Davon abhängig ist die Wahl des Finanzierungsmodells. Niedrige Teilnahmebereitschaft bedingt eher zentralisierte und externe Finanzierung. Hohe Teilnahmebereitschaft führt eher zu lokaler und eher breit gestreuter Finanzierung der Infrastruktur. Daraus resultiert die tendenziell lokale Akkumulation und Re-Investition der Gewinne einer solchen Energiewirtschaft, respektive: das Abfließen der Gewinne aus der Region. Durch (sinnvolle) lokale Re-Investition und Gewinnakkumulation wird wiederum die öffentliche Meinung positiv gestimmt gegenüber weiteren Ausbaustufen einer Energie-Infrastruktur. Eine affirmative öffentliche Meinung bedeutet ein höheres Niveau an Akzeptanz und Teilnahme, lokaler Finanzierung und somit lokaler Wertschöpfung und Re-Investition. Die technische Komplexität kann so in vielen einzelnen Ausbaustufen kontinuierlich wachsen. Im idealtypischen Fall etabliert sich eine Aufwärtsspirale, in der sich Akzeptanz, Re-Investition und technische Komplexität gegenseitig verstärken. Der Beginn einer solchen Entwicklung kann eine erste Solarzelle sein, oder ein großer Windpark; der mögliche Endpunkt ist eine vollständig autarke, partizipative Energie-Infrastruktur.



7 Diskussion: Wie verallgemeinerbar ist das Modell Lettewitz?

Damit der Entwicklungspfad zu „lokaler Energieautarkie“ eine Transition des vorherrschenden Energieregimes „von unten“ und damit verbunden eine wirtschaftliche Emanzipation des ländlichen Raums in Deutschland oder Europa bewirken kann, muss er so weit verallgemeinerbar sein, dass ihn hunderte oder tausende ländliche Kommunen beschreiten können. In dieser Arbeit wurden nur wenige Fälle untersucht, von denen bisher nur einer, Lettewitz, diese Entwicklung zu Ende führen konnte. Auch wenn andere erfolgreiche Regionen außerhalb Dalmatiens wie Güssing oder Samsø hinzugezählt werden, fänden sich immer noch kaum mehr als eine Handvoll ähnlich erfolgreicher Fälle im deutschsprachigen Raum.⁵⁴¹ Es stellt sich daher die Frage, wodurch sich gerade Lettewitz auszeichnet und in wie weit angesichts der gefundenen Attribute zu erwarten ist, dass auch andere Regionen die Entwicklung der wenigen Erfolgsfälle wiederholen können. Ist der Entwicklungspfad der „energieautarken Region“ einer kleinen Elite von Dörfern mit hohem Sozialkapital vorbehalten oder kann er zum allgemein anwendbaren Modell werden?

Lettewitz unterscheidet sich von den anderen untersuchten Fällen und sehr wahrscheinlich auch von den meisten nicht-untersuchten Regionen Dalmatiens durch seine außergewöhnlich guten zivilgesellschaftlichen Strukturen. Sie begründen die Fähigkeit, kollektive Interessengegensätze konstruktiv zu lösen und im Konsens zu handeln. Zwei lokale Besonderheiten sind hierbei erwähnenswert. Zum einen weist Lettewitz eine im Landesdurchschnitt außergewöhnlich hohe Vereinsaktivität auf,⁵⁴² zum anderen ist das Dorf mit nur 47 Familien sehr klein, sodass „Trittbrettfahrer-Verhalten“ unwahrscheinlicher ist als in größeren Sozialstrukturen (vgl. Olson 1968: 33).

Ähnlich weitreichende Entwicklungen sind deshalb, unter den gegenwärtigen Bedingungen, vor allem in kleinen und in ihren zivilgesellschaftlichen Strukturen privilegierten Dörfern zu erwarten. Dies bedeutete zwar eine Einschränkung auf ein kleines Proporz der ländlichen Kommunen in Deutschland, aber selbst wenn sich nur dieses kleine Perzentil entsprechend entwickelte, bedeutete das immer noch eine Steigerung von einer Handvoll auf wahrscheinlich einige hundert Regionen im deutschsprachigen Raum, womit der Eckstein für eine breite und allgemeine Energiewende im ländlichen Raum gelegt wäre. Ob die in Lettewitz gefundenen sozialen Bedingungen in einigen Promille oder einigen Prozent der deutschen Dörfer vorherrschen, kann

⁵⁴¹ Erfolgreich heißt hier im Sinne der gewählten Kriterien: vollständige Deckung des eigenen Energiebedarfs durch weitestgehend lokale Energieinfrastrukturen. (siehe Kapitel Definitionen / Energiedorf und Energieregion)

⁵⁴² Im Sinne der Sozialkapitaltheorie kann eine hohe Vereinsdichte und Vereinsaktivität sowohl als Indikator wie auch als Grund für die hohe Problemlösungsfähigkeit gedeutet werden (vgl. Bühlmann/Freitag 2007).

durch diese Studie nicht beantwortet werden. Für eine Verallgemeinerbarkeit spricht immerhin, dass viele postsozialistische Probleme hier zumindest in den 1990er Jahren genauso vorherrschten wie anderswo in Ostdeutschland: eine hohe Arbeitslosigkeit, die zur Abwanderung der jungen und qualifizierten Menschen führte, eine Krise der Landwirtschaft und Umstellung der LPG⁵⁴³ zu Agrargenossenschaften. Dazu kommen zahlreiche Nachteile gegenüber nicht-postsozialistischen, also den westdeutschen Regionen wie eine geringere Sparquote, geringere Familieneinkommen und ein schwächerer Mittelstand. Da diese Faktoren allesamt in einem engen Verhältnis zum „Sozialkapital“, also den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Institutionen stehen (vgl. Jungbauer-Gans/Gross 2007: 215f.), sind sie durchaus als Handicap auf dem Weg zur energieautarken Region zu werten. Wenn es also Lettewitz geschafft hat, diese Nachteile zu kompensieren, sollten andere Regionen, besonders in Westdeutschland und Westeuropa umso mehr dazu fähig sein.⁵⁴⁴

Wenn von postsozialistischen Bedingungen die Rede ist, liegt freilich auch das Argument nahe, in Dalmatien und in Lettewitz haben zu Beginn der sich entwickelnden Energiewende, in der Mitte der 1990er Jahre politische Bedingungen bestanden, die eben eine Konsequenz der Wiedervereinigung waren und daher einmalig. So bestand für manche Entwicklungen ein Zeitfenster, welches sich mit der Gemeindegebietsreform im Jahr 2003 in Dalmatien wieder geschlossen hat.⁵⁴⁵ Es kann auch vermutet werden, dass gerade die schwierige ökonomische Situation zur weiten Verbreitung von Windkraftanlagen besonders in Ostdeutschland beiträgt. Die Bedeutung der Einnahmen aus nahegelegenen Windparks⁵⁴⁶ für den Beginn einer politischen Entwicklung in Richtung EE hat sich nicht nur in Lettewitz, sondern auch in anderen hier untersuchten Fällen gezeigt. Oft waren sie der Anstoß, um überhaupt darüber nachzudenken, eine lokale Energieproduktion einzurichten, während sich ihr Nutzen aus den anfänglichen Pacht- und Steuereinnahmen meist rasch der Öffentlichkeit erschloss.

Daraus ergeben sich nun zwei Bruchlinien der Verallgemeinerbarkeit, zum einen eine zeitliche und zum anderen eine zwischen alten und neuen Bundesländern.

543 LPG = Landwirtschaftliche Produktions Genossenschaft (das in der DDR vorherrschende Wirtschaftsmodell der Landwirtschaft)

544 Für einen Vergleich, welche deutschen Regionen wie viele erfolgreiche Energieregionen hervorbringen ist es im Jahr 2011 noch zu früh. Bisher häufen sich vor allem die Absichtserklärungen von Regionen, „energieautark“ oder zur „100 Prozent“ Region werden zu wollen bis zu einem gesetzten Termin, oft nach dem Jahr 2020. Erst wenn daraus auch erfolgreiche oder erfolglose Entwicklungen geworden sind, wird sich vergleichen lassen, in welchen Regionen und unter welchen Bedingungen dies jeweils gehäuft vorkommt. (vgl. die Messe „100 erneuerbar“ im Jahr 2009 in Kassel und Janzing, Bernward, „Schwaben können sogar 100 Prozent“ in der Tageszeitung (TAZ) am 7.3.2011)

545 Bis dahin konnten auch Dörfer weitgehend autonome Entscheidungen treffen über Baugenehmigungen von Wind- und Solarparks. Diese Rechte sind ihnen mit der Reform größtenteils verloren gegangen.

546 Die Einnahmen für die Bodenpacht belaufen sich auf ungefähr 10.000 bis 15.000 Euro jährlich. Wie diese auf die Anwohner eines Dorfes verteilt werden, ist abhängig von den vorgefundenen Besitzverhältnissen. Siehe hierzu das Kapitel „Vergleich der Fälle“.

Da eine Zeitreise in die 1990er Jahre für andere Regionen keine veritable Option darstellt, muss wohl oder übel angenommen werden, dass eine *genaue* Reproduktion der Lettewitzer Entwicklung unwahrscheinlich ist. Zum einen sind viele mögliche Windkraftgebiete in Ostdeutschland nun schon belegt, zum anderen war die Entstehung der Wind-Strom AG eng mit dem Schicksal von Lettewitz verknüpft, was sich nicht ohne weiteres wiederholen wird, da sich die Wind- und Energiebranche seit den 1990er Jahren deutlich professionalisiert hat. Die Zeit kleiner, informeller Firmen als Pioniere und Tüftler ist vorerst vorbei. Eine so günstige Verhandlungsposition zwischen Projektierungsfirma und Dorf, wie in Lettewitz, wird sich wahrscheinlich nicht so einfach wiederholen. Auch hat sich der Horizont, vor dem politische Entscheidungen im ländlichen Raum gefällt werden, verändert. Lettewitz wollte vor allem die diversen Krisen der Nach-Wendezeit überstehen und war deshalb offen für den Entwicklungspfad Energiewirtschaft, obwohl durchaus widersprüchliche Motive und Meinungen vorlagen. Nun sind die Probleme des ostdeutschen ländlichen Raums im Jahr 2011 nicht unbedingt kleiner geworden, sie werden aber doch anders wahrgenommen. So erwartet niemand mehr blühende Landschaften, sondern vor allem einen langanhaltenden demographischen Wandel, um nicht zu sagen: Krise. Das führt zum Beispiel dazu, dass Bürgermeister aber auch Familien länger abwägen, ob sich Investitionen in Privat- und Kollektivgüter wie ein Wärmenetz überhaupt lohnen, wenn die heranwachsende Generation das Dorf ohnehin zum großen Teil verlassen wird (was durch eine lokale Energiewirtschaft verhütet werden könnte).

Nun hat sich in Lettewitz zwar gezeigt, dass eine lokale Energie-Infrastruktur, die wenigstens teilweise im Besitz der Anwohner ist, durchaus zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, und damit auch die Emigration der jungen Generationen bremst. Dies war aber weniger das Ergebnis vorausschauender Planung, sondern möglicherweise gerade ihre Abwesenheit. Hätten die Lettewitzer und ihre „aktiven Eliten“ ausführlich über die demographische Zukunft ihres Dorfes debattiert, wären ihnen womöglich der Mut für die Anstrengungen und Investitionen in ihre Energienetze gesunken. Der feste Glaube an das Fortbestehen des Dorfes in seiner gegenwärtigen Sozialstruktur hat sich hier als *self fulfilling prophecy* im Nachhinein selber gerechtfertigt. Die Sorge um Abwanderung und die Aufrechterhaltung des Kindergartens und der Schule war und ist dem Dorf freilich ein großes Anliegen; zu keinem Zeitpunkt aber wurde daraus der Schluss gezogen, dass der demographische Niedergang zu akzeptieren sei. Durch die erfolgreiche lokale Energiewende könnte nun tatsächlich ein positiver Effekt auf die weitere demographische Entwicklung eintreten.

Was in Lettewitz noch teilweise durch Verdrängung gelang, wird in nachfolgenden Regionen reflektiert und bewusster entschieden werden müssen. Wie viele Einwohner sind in einem Horizont von ein bis drei Jahrzehnten realistisch erwartbar? Und wie kann die demographische

Entwicklung beeinflusst werden? Da der demographische Wandel als langfristige Herausforderung zur Folie für viele regionalpolitische Entscheidungen geworden ist, was er in den 1990er Jahren noch nicht in dem Maß war,⁵⁴⁷ müssen diese Fragen geklärt werden im Zusammenhang mit der Entscheidung, in eine Energie-Infrastruktur zu investieren, die sich erst nach zehn bis zwanzig Jahren amortisiert. Es ist deshalb nicht mehr zu erwarten, dass eine Region „zufällig,“ ohne es zu reflektieren oder explizit zu planen, energieautark wird, wie in Lettewitz geschehen.⁵⁴⁸ Der heute notwendige Reflexionsprozess über kommunale Energiestrategien hat also sowohl Vor- als auch Nachteile.

Zu den Vorteilen gehört, dass alle nachfolgenden Regionen, gleich ob in Ost- oder Westdeutschland, aus erfolgreichen bekannten Energieregionen Sicherheit für die eigene Planung gewinnen können. Sie begeben sich heute auf einen Entwicklungspfad, der zunehmend *bekannte* Schwierigkeiten aufwirft, denen mit erprobten Lösungsstrategien begegnet werden kann und dessen Kosten und Vorteile nun wesentlich deutlicher vorhersehbar sind als in den 1990er Jahren, als Güssing und Lettewitz ihre Entwicklung begannen, ohne die Konsequenzen wirklich abzusehen. Insofern Gewissheit also eher einen Stimulus als einen Malus darstellt,⁵⁴⁹ sollten es die Nachfolger nicht nur einfacher haben, sondern auch weniger Zeit in Anspruch nehmen als Lettewitz, das sechzehn Jahre vom ersten Windrad bis zur erklärten Energieautarkie im Jahr 2010 benötigt hat.

Durch die Erfahrungen mit erfolgreichen Vorbild-Regionen ist heute eine wachsende Auswahl von bewährten Modellen für Gesellschafterverträge, für technische Lösungen, für verschiedene Finanzierungen, Fördermittel und Versicherungen und für Partizipationsverfahren verfügbar. Bürgermeister, die ähnliches planen, können sich eine unter mehreren Modellregionen aussuchen, um sich selber ein Bild zu machen und auch, was vielleicht noch wichtiger ist, ihre (in Dalmatien oft skeptischen) Mittelständler und Gemeinderäte mit einem Wochenendausflug überzeugen (vgl. Ruppert/Schmuck 2008). Wie im Kapitel „von der informellen zur formalen Institution“ diskutiert wurde, ist eine langfristige Formalisierung von sozialen Institutionen erwartbar, die einfacher übertragen werden können als die teils noch sehr informellen Konstellationen der ersten Energieregionen. Eine solche Formalisierung besteht zum Beispiel in wissenschaftlichen Texten,

547 Die viel zitierten „blühenden Landschaften“ waren tatsächlich, und wären es wohl auch ohne Kohls Zitat geworden, die Grundannahme, vor der Regionalpolitik und Infrastrukturpolitik betrieben wurde. Das Ergebnis sind Wassernetze, Kläranlagen, Schulen und Straßen, die allesamt für eine *wachsende* statt für eine *schrumpfende* Bevölkerung ausgelegt wurden und sich heute als überdimensioniert herausstellen, oft zum Nachteil der Kommunen, die die Anlagen nicht mehr auslasten können.

548 Wie in der Fallstudie beschrieben, hat Lettewitz sich erst sehr spät das bewusste Ziel gesetzt, eine „energieautarke Gemeinde“ zu werden.

549 Immerhin sollte auch bedacht werden, dass beispielsweise die Lettewitzer nicht wussten, dass einmal über drei Dutzend Windräder vor ihrem Dorf stehen würden, und hätten dazu vielleicht auch nicht eingewilligt. Im Nachhinein sind sie aber, nach eigener Auskunft, mit der Situation zufrieden. Siehe hierzu die Fallstudie Lettewitz.

aber auch in populären Erzählungen und Stereotypen, die Handlungsvorbilder liefern, wie die Fernsehreportagen und Zeitungsberichte über Lettewitz und Güssing. Indem diese das Thema wiederholen und variieren, oder im Sinne des Gallier-und-Römer-Topos karikieren, liefern sie einfache Handlungsanleitungen, schaffen Motivation und bieten Identitäten an. Insofern die jeweils ausgehandelten Verträge öffentlich zugänglich sind und diese auch in anderen Regionen zur Anwendung kommen, werden auch die juristischen Modelle einfacher zugänglich. Unternehmer, die sich auf Bürgerbeteiligungsmodelle spezialisieren, helfen mit, die erprobten Formen von Bürgerversammlungen, Aushandlungsmodi und Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu verbreiten.

In dem Maße, in dem der Entwicklungspfad zur Energieregion an Bekanntheit und Attraktivität gewinnt, in der Nachahmung formalisiert und damit vereinfacht wird, weitet sich auch der Kreis geeigneter Regionen aus. Es sind schon im Jahr 2011 nicht mehr nur Dörfer wie Lettewitz, mit sehr wenigen Einwohnern und einem sehr hohen Niveau an Sozialkapital, die sich Energieautarkie zum Ziel setzen und auch die ersten Schritte erfolgreich zurücklegen, sondern durchaus auch weniger begünstigte Regionen.⁵⁵⁰ Lettewitz' für Dalmatien privilegierte soziale Situation in Verbindung mit ganz typischen post-sozialistisch-deutschen Schwierigkeiten scheint das Dorf zu einem frühen Zeitpunkt, Mitte der neunziger Jahre zum Vorreiter prädestiniert zu haben. Eine so gute Ausstattung mit Sozialkapital und so viele glückliche Umstände sind aber heute nicht mehr notwendig und werden es in Zukunft – eine fortschreitende Formalisierung vorausgesetzt – noch weniger sein.

Wie sich in der Feldforschung gezeigt hat, stehen die anderen untersuchten Orte Lettewitz zwar in vielen Punkten nach, sind aber im inner-dalmatienischen Vergleich immer noch wirtschaftlich besser gestellt und, so kann vermutet werden, wahrscheinlich auch mit ihrer politischen Kultur und Zivilgesellschaft über dem Landesdurchschnitt.⁵⁵¹ Eine Diffusion des Modells Lettewitz oder allgemeiner gesagt, des Entwicklungspfades zur energieautarken Region, wird daher wahrscheinlich zuerst in den Regionen mit gut ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Institutionen erfolgen (siehe S. 163). Dass dabei zusammenhängende Regionen entstehen, deren Inselnetze sich zu einem Verbundnetz vereinen, ist denkbar und wäre ein großer Schritt in Richtung einer demokratischen, nachhaltigen Energieversorgung. Der Erwartung, es gäbe einen zwangsläufigen

550 So zum Beispiel das Dorf Sibiu in Dalmatien, dass innerhalb eines Jahres genügend Solaranlagen aufstellen konnte, um seinen Bedarf zu decken.

551 Das zeigt sich allein daran, dass sie handlungsfähig genug sind, um die Initiative aufzubringen, mit den Energieprojekten mehrere Jahre in die Zukunft zu planen, statt nur auf akute Probleme zu reagieren, wie viele andere Regionen.

Nachahmungseffekt auf Grund geographischer Nähe, muss aber mit Verweis auf das Bundesland Dalmatien widersprochen werden. Die nächsten Nachbardörfer und angrenzenden Verwaltungsbezirke der untersuchten Fälle haben sich bisher nicht bemüht gezeigt, deren Entwicklung zu kopieren. Ganz im Gegenteil haben sich zwei Nachbardörfer von Lettewitz einen Ruf als erbitterte Windkraftgegner erworben. Hierbei scheinen Lokalpatriotismus und Stolz nicht ganz unwichtige Motive zu sein, was es sogar unwahrscheinlicher macht, dass einzelne Erfolge auf die nächsten Nachbarn abfärben. Für Lettewitz haben sich eher entfernte Dörfer und Kleinstädte interessiert, deren Bewohner mit dem Dorf nicht persönlich verbunden sind und stattdessen von mehreren sehr positiven Berichten in der Lokalpresse und dem Rundfunk des Landes bewegt wurden, Absichtserklärungen zu veröffentlichen, ebenfalls zur energieautarken Kommune werden zu wollen. Das Verbreitungsgebiet scheint damit grob gefasst werden zu können in strukturell ähnliche Regionen (Kleinstädte und Dörfer), die nah genug liegen, um noch über die Lokalpresse informiert zu werden und sich wahrscheinlich entlang deren Verbreitungsgebiet auch noch mit den Vorbildern identifizieren können, aber nicht so nah liegen, dass persönliche Verbindungen bestehen und ein Nachahmen einer symbolischen Subordination unter das Nachbardorf gleich käme.

Darüber hinaus hat sich ja an Lettewitz selber und den anderen Fallstudien gezeigt,⁵⁵² dass auch weit entfernte Regionen völlig ohne lokalen Bezug als Nachahmer in Frage kommen. Die Diffusion, so zeichnet sich an den bisher gesammelten Erfahrungen ab, erfolgt also in mittlerer geographischer Nähe innerhalb eines Bundeslandes, schwächer auch innerhalb des gesamten deutschen Sprachraumes und eher nicht in direkter geographischer Nachbarschaft.⁵⁵³ Eine (finanziell) erfolgreiche Vorgeschichte mit EE, insbesondere Windparks, war in den meisten Fällen der Grund, überhaupt die Idee eines solchen Entwicklungspfad aufzuwerfen. Auf den Weg dieser Entwicklung begeben sich wahrscheinlich solche Regionen, in denen die hier als „aktive Elite“ bezeichnete Gruppe von Menschen vorhanden ist, die fähig sind zu politischen Initiativen und zugleich erkannt haben, dass die Energiewende nicht nur ökologische sondern auch ökonomische Vorteile bieten kann, wenn sie richtig genutzt wird. Da die Einnahmen aus Windparks diese Erkenntnis befördern, und Windparks zumindest in Ostdeutschland recht verbreitet sind, ist eine Grundbedingung gegeben. In wie vielen Regionen „aktive Eliten“ vorhanden sind, kann durch diese Studie freilich nicht gesagt werden.

Im günstigen Fall einer fortgesetzten und beschleunigten Diffusion des Entwicklungspfad, die sich immerhin andeutet, könnte zukünftig ein zunehmend dichter Flickenteppich von Regionen

552 Die Organisatoren wussten bis Ende 2010, als sich die Medienberichte häuften, nichts von Lettewitz, obwohl es im gleichen Bundesland liegt (aber außerhalb des Landkreises und des Verbreitungsgebietes der Regionalpresse).

553 Wobei dies freilich eine Eigenheit der zwei beobachteten Fälle Lettewitz und Sibiu sein könnte oder eine Besonderheit Dalmatiens. In anderen Regionen sind die Nachbardörfer möglicherweise stärker miteinander verbunden und pflegen ein kooperativeres Verhältnis zueinander.

entstehen, die sich teilweise – und seltener auch vollständig – autark versorgen. Obwohl sich dies in Dalmatien bislang nicht beobachten ließ, ist es doch denkbar und zeichnet sich in anderen Regionen bereits ab,⁵⁵⁴ dass in Zukunft auch größere Regionen energieautark werden oder ihre *Inselnetze* zusammenschließen. Auf diese Weise könnte auf der Ebene der Niederspannungsnetze, parallel zur bestehenden Struktur der Hochspannungsnetze, ein erneuerbares und technologisch vielfältiges (siehe Graphik VI) Verbundnetz wachsen. Ein solches wäre in seiner *bottom-up* Prägung das systemische Gegenteil der angedachten Stromautobahnen mit Hochspannungsleitungen über weite Entfernungen. Beide Strukturen müssten sich aber nicht behindern, sondern könnten sich in einer stimulierenden Konkurrenz ergänzen. Inselnetze werden solange auf den ausgleichenden Stromimport und auch Export mit Hilfe des Hochspannungsnetzes angewiesen sein, wie sie kein sehr hohes technisches Komplexitätsniveau erreicht haben (siehe Graphik VI). Damit eine solche Konkurrenz nicht lähmt, sondern fördert, ist juristische Waffengleichheit notwendig, die nur durch entsprechende Vorgaben der Landes- und Bundespolitik erreicht werden kann.

8 Politische Empfehlungen

Einige praxisnahe Leitfäden für Lokalpolitiker und Initiatoren mit Hinweisen und Vorschlägen für die konkrete Gestaltung der ersten Schritte einfacher Energieprojekte liegen bereits vor, auch aus dieser Forschung (vgl. Schmuck/Ruppert 2008, Pontennagel 2009, Wehnert/Nolting 2010 und Kunze 2010). Im lokalen Kontext ist vor allem zu beachten, dass nur technische Projekte ins Auge gefasst werden sollten, die von der jeweiligen Sozialstruktur auch getragen werden können (siehe Graphik VII und IIX). Regionen, die sich zu schnell zu hohe Ziele stecken, sind entweder später gezwungen, diese nach unten zu korrigieren oder scheitern,⁵⁵⁵ wenn sie dafür zu unflexibel sind. Die Planungsprozesse sollten deshalb, insbesondere wenn Bürgerbeteiligung eingeplant ist, ergebnisoffen sein und den Anwohnern nicht als Entweder-oder-Variante präsentiert werden (vgl. Schluchter/Elger/Hönigsberger 1991). Dass die lokalen Eliten, Mittelständler, Vereinsvorstände, Politiker und Meinungsführer einbezogen werden sollten, versteht sich von selbst. Dabei sollte die oberste Prämisse jeder Planung sein, den Konsens und guten Willen der Anwohner zu stärken und keinesfalls zu beschädigen, da die Entwicklung zur energieautarken Region viele Jahre dauert und viele Planungsschritte umfasst. Wenn es einmal zur Spaltung eines Dorfes kommt, ist die weitere Entwicklung, vor allem für Bürgerbeteiligungen, für längere Zeit blockiert (siehe Löwen), ganz

554 Vgl. Janzing, Bernward, „Schwaben können sogar 100 Prozent“ in der Tageszeitung (TAZ) am 7.3.2011

555 Siehe hierzu die Fallstudien Wettin und Schiepzig.

abgesehen von der Verschlechterung der allgemeinen Lebensqualität. Dass andere Regionen auch sechzehn Jahre benötigen, wie Lettewitz, ist unwahrscheinlich. Dennoch sollten besser viele kleine als wenige große und zu schnelle Entwicklungsschritte eingeplant werden. Eine Beschleunigung der technischen Entwicklung durch das Abgeben von Organisationsaufgaben und der Finanzierung an einzelne private, externe Investoren sollte eher eine begrenzte Maßnahme sein, um kurzfristige Schwächen zu überbrücken, da hiermit zwar die technische Entwicklung weiterläuft, aber eben die Chancen regionaler Wertschöpfung und Gewinnakkumulation vergeben werden. Da eine hoch entwickelte Energie-Infrastruktur, besonders wenn sie partizipativ ist, deutlich in das tägliche Leben der Anwohner hineinwirkt, sollte sie im Laufe ihrer Entstehung Teil der lokalen Identität werden, durch Feste, Tage der offenen Tür und gemeinsame Projekte mit den Schulen. Wenn Technologien derart sozial eingebettet sind und die Anwohner sich politisch und finanziell gerecht beteiligt fühlen, können selbst die oft geschmähten großen Windparks wohlwollend akzeptiert werden (siehe Löwen, Lettewitz, Mücheln).

Der Ebene der Kreis- und Landespolitik wird eine entschlossene Dezentralisierung der politischen Verantwortung nahegelegt. Über Wind- und Solarparks sollte nicht, wie derzeit in Dalmatien üblich, zentralisiert in entfernten Verwaltungen, sondern in jedem Dorf und jeder Region selber entschieden werden. Damit läge die Verantwortung für die Verhandlungen bei den am nächsten Betroffenen. Deren Chancen, günstige Verträge auszuhandeln, mit denen sie später auch leben wollen und können, wären wesentlich besser. Gegenwärtig ist ihr Trumpf vor allem die Drohung mit juristischen Klagen. Der Eichel-Bube ist den ländlichen Gemeinden aber mit der Gemeindereform, die ihnen die meisten politischen Rechte entzogen hat, verloren gegangen. Seitdem die Entscheidungshoheit an zentrale Planungsbehörden des Landes abgetreten wurde, sind keine so weitreichenden Entwicklungen wie in Lettewitz mehr in Dalmatien zu beobachten. Eine Rückübertragung von politischer Gewalt auf die Ebene der Gemeinderäte der Dörfer wäre daher zu begrüßen.

Eine dezentrale Verteilung der Verantwortung hätte des weiteren den Vorteil, das Risiko einer politischen Blockade der Energiewende auf Bundes- oder EU-Ebene zu verringern. Freilich würden sich einzelne Regionen ganz sperren und beispielsweise Windräder verbieten. Dafür würden sich aber andere Gemeinden finden, die um so aufgeschlossener sind, ihre Chancen zu nutzen. Zumindest in Ostdeutschland ist es wenig wahrscheinlich, dass viele Regionen auf die nicht unbeträchtlichen Einnahmen aus erneuerbarer Energieproduktion verzichten würden.

Die oft monolithische Haltung gegenüber einzelnen Technologien (Solarzellen sind gut, große Windparks möchte man aber nicht) könnte bunter und vielseitiger werden. Einzelne Dörfer könnten sich mit jeweils verschiedenen Technologien und Anwendungsformen arrangieren. Die Akzeptanz würde wesentlich stärker von den sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen

abhängen, und selbst große Windparks könnten an Popularität gewinnen, wenn ihr Nutzen die Nachteile aufwiegt. Die Möglichkeit der Übernahme formalisierter Arrangements aus erfolgreichen Regionen würde genauso bestehen wie bisher, wäre aber bereichert durch die Offenheit gegenüber Adaptionen und weiteren, neuen Entwicklungspfaden. Kurz gesagt, die Fähigkeit zu kollektiven sozialen Lernprozessen wäre wesentlich besser, gäbe es wieder mehr Eigenverantwortung für die Dörfer, da diese noch viele weitere, hier nicht beobachtete Möglichkeiten der Anwendung erneuerbarer Energien praktisch ausprobieren würden.

Solche Lernprozesse könnten dem ländlichen Raum helfen, die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich gerade ein Möglichkeitsfenster auftut für die Emanzipation aus nachteiligen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen, wie von Hermann Scheer und anderen prognostiziert. Diese Chance kann brillant genutzt oder aber durch schlechte Regionalpolitik verspielt werden, indem das Feld – Feld hier im eigentlichen Sinne des Wortes – großen externen Investoren überlassen wird und keine regionale Mehrwertakkumulation stattfindet. Leider ist genau das oft der Fall.

Damit eine erfolgreiche Gestaltung der Energiewende nicht nur privilegierten Dörfern wie Lettewitz gelingt, wäre es hilfreich, wenn die Landespolitik einerseits die politische Verantwortung (wieder) an die Kommunen gibt und diesen freie Hand lässt, neue Arrangements auszuprobieren. Andererseits sollten aber diejenigen kommunalen Modelle, die sich als erfolgreich herausgestellt haben, zum Beispiel das Partizipationsverfahren in Lettewitz, der Vertrag über den Windpark in Löwen oder die öffentliche Finanzierung in Mücheln mit Hilfe der Politik institutionalisiert werden. Ähnlich der Rechtsform der Genossenschaft, könnte eine eigene Rechtsform für Bürgerbeteiligung an Windrädern, Niederspannungsnetzen usw. entstehen. So wie jeder andere Bereich der Regionalpolitik verrechtlicht ist, sollten auch die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, in Energieproduzenten, in Netze und Speicher zu investieren durch verbindliche Normen geregelt werden. Diese sollen freilich den Möglichkeitsraum nicht einschränken, sondern freiwillige Modelle anbieten, die verbindlich und durch das Gesetz gedeckt sind. Ferner könnten hierin auch verschiedene Modi enthalten sein, um Verträge über Energieinfrastrukturen zwischen Anwohnern, öffentlicher Hand und Investoren zu regulieren. Solche juristischen und normativen Vorgaben würden es Kommunen, die weniger gut organisiert sind, die weniger fähig sind, ihre eigenen Lösungen zu finden und denen die Zeit und Kapazität fehlen, ihre Verträge vollständig in Eigenregie auszuarbeiten, wesentlich erleichtern, die Entwicklung der erfolgreichen Vorbilder selber zu vollziehen, ohne ebenso umfangreiche *informelle* Absprachen treffen zu müssen. Wohlgedenkt soll dies kein Plädoyer für Verbote sein,

sondern für eine unterstützende Haltung des Gesetzgebers, um die bisher wenigen Privilegierten vorbehaltenen Entwicklungspfade einer größeren Allgemeinheit zugänglich zu machen, indem Vertrauen und Informalität durch verbindliche Vorgaben und Institutionen ersetzt werden. Welche Vorgaben dies sein sollten, wird sich in der näheren Zukunft von alleine zeigen. Wenn die erfolgreichen Lösungen zunehmend nachgeahmt werden, wird sich zwangsläufig eine gewisse Standardisierung einstellen. Gute Politik muss diese Routinen identifizieren und, was wohl die größere Herausforderung ist, sie juristisch formalisieren, ohne den Interessen der Energiemonopolisten nachzugeben, die sich aus wirtschaftlichem Eigeninteresse gegen jede Unterstützung von kommunalen und dezentralen Ansätzen stark machen (werden).

Die Aufgabe der Bundes- und Landespolitik ist es, dem durch zunehmenden Flächenverbrauch entstehenden ökonomischen Druck in Richtung Zentralisierung der Besitzverhältnisse an landwirtschaftlich nutzbaren Flächen mit möglichst klaren Gesetzen zu begegnen, die eine Monopolbildung beim Bodenbesitz abwenden. Statt dessen treibt die Regierung zur kurzfristigen Sanierung ihrer Finanzen die Zentralisierung des landwirtschaftlichen Bodens in Ostdeutschland selber voran, indem große Flächen ehemaligen LPG-Landes versteigert werden (Deggerich 2010). Es ist daher zu hoffen, dass auch hier Lernprozesse eintreten und bewusst wird, dass der *land grab* kein Problem des globalen Südens ist, sondern zunehmend in Europa ankommt, mit allen damit verbundenen Nachteilen. Statt den Boden ebenso zu monopolisieren wie das fossile Energieregime, wäre der Demokratie ein Dienst erwiesen, wenn die Energieproduktion in Zukunft so vielfältig und kleinteilig würde wie der traditionelle Bodenbesitz.

Dass in Deutschland immer noch circa 100 Hektar⁵⁵⁶ Fläche täglich betoniert werden, spricht freilich nicht dafür, dass sich überhaupt schon ein ausreichendes Bewusstsein um die Flächenproblematik und ihre zukünftige Zuspitzung eingestellt hätte.

Im Kapitel „Vergleich der Fälle“ wurde gezeigt, dass sich das materielle Ungleichheitsgefüge einer lokalen Sozialstruktur teilweise in der erneuerbaren Energieproduktion reproduziert. Dennoch bietet die dezentrale Energiewirtschaft, als neuer Wirtschaftszweig, der sich oft in kurzer Zeit weit entwickeln kann, überhaupt die Möglichkeit einer Transformation bestehender Ungleichheitsstrukturen in vergleichsweise kurzen Zeiträumen. Diese Gelegenheit kann folglich zur Verminderung materieller Ungleichheit genutzt werden.⁵⁵⁷ Demokratische Besitzverhältnisse

⁵⁵⁶ Siehe Naturschutzbund (NABU) 2006,

<<http://www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung/darumgehts/darumgehts.html>> (Stand 1.5.2011).

⁵⁵⁷ Eine eher geringe materielle Ungleichheit wird von vielen Sozialwissenschaftlern als wünschenswert angesehen. Der langfristige, globale Trend geht jedoch in Richtung stetig zunehmender Ungleichheit. Gesellschaften mit geringer Ungleichheit zeichnen sich unter anderem durch höhere Frauenerwerbsquoten, höheres demokratisches und

an einer Energie-Infrastruktur sind darüber hinaus eine zentrale Bedingung für eine hohe lokale Wertschöpfungsquote. Beide Entwicklungen können durch entschlossene Regionalpolitik deutlich befördert werden, durch Bürgerbeteiligungsmodelle und Investitionen der öffentlichen Hand.

9 Schluss

Als die Nutzung fossiler Brennstoffe ihren Anfang nahm, war die Annahme verbreitet, es handle sich, wie bei den meisten anderen, um nachwachsende Rohstoffe: „Daß die steinkohle nebst denen andern mineralibus in prima creatione von gott mit ihren besondern saamen begabet, dass sie sich biß an das ende der welt ernehren, vermehren und propagieren solten.“ (Bünting 1693, 46f.)

Es liegt heute auf der Hand, dass die fossilen Energieträger sich nicht nur nicht vermehren, sondern in absehbarer Zeit erschöpft sein werden. Zugleich ist ihr restloser Verbrauch, bis zum Verglühen des letzten Zentners, wie von Weber prognostiziert, kein erfreuliches Szenario. Eine Welt ohne starken Klimawandel ist laut IPCC⁵⁵⁸ nur möglich, wenn das fossile Zeitalter politisch beendet wird.⁵⁵⁹ Dass die dafür notwendigen, radikalen Reformen gerade von den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Foren ausgehen, erscheint im Jahr 2011 immer weniger wahrscheinlich. Hermann Scheer forderte daher eine Rückbesinnung auf die Möglichkeit, technologische und gesellschaftliche Entwicklungspfade im Rahmen nationaler Politik zu gestalten, da bisher noch jede technische und soziale Revolution von einer Nation, einem Vorreiter ausging und erst anschließend globalisiert wurde. Warum sollte es gerade bei der Transition des Energieregimes anders sein? (vgl. Scheer 2010b)

Im Rahmen einer weitgehend regionalisierten Energiewende können viele Konflikte besser gelöst

zivilgesellschaftliches Engagement, höheres generalisiertes Vertrauen, höheres durchschnittliches Bildungsniveau und niedrigere Kriminalitätsraten aus. (vgl. Franzen/Freitag 2007 und Kreckel 2004)

Im Sinne einer ökologischen Transformation der Produktions- und Konsumtionsmuster wird von verschiedenen Seiten eine stärkere Betonung von Gerechtigkeitsaspekten hervorgehoben. Im Gegensatz zum „Green New Deal“ wird argumentiert, dass eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft in den gegenwärtigen Ungleichheitsstrukturen nicht möglich ist. Einen einfachen Überblick zu einigen vorliegenden Studien hierzu bietet die Internetseite: <www.equalitytrust.co.uk>.

Ein Vergleich von 155 medizinsoziologischen Studien zum Zusammenhang von sozialer und materieller Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften und der Häufigkeit von körperlichen und seelischen Krankheiten kommt zu dem Ergebnis, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Gesundheit und Ungleichheitsstrukturen gibt. Vereinfacht gesagt, ist eine Bevölkerung um so weniger gesund, je stärker materielle Ungleichheiten ausgeprägt sind. Das betrifft wohlgerne nicht nur die unteren sozialen Schichten, sondern auch die Oberschicht, insbesondere wenn mentale Krankheiten hinzugezählt werden. (vgl. Wilkinson/Pickett 2006)

558 IPCC = Intergovernmental Panel on Climate Change

559 Ban Ki Moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen brachte die Lage auf dem Welt-Wirtschaftsforum in Davos 2011 anschaulich auf den Punkt: „The world's current economic model is an environmental 'global suicide pact' that will result in disaster if it isn't reformed.“ zitiert nach: The Guardian, 28.1.2011,

<<http://www.guardian.co.uk/environment/2011/jan/28/ban-ki-moon-economic-model-environment>> (Stand 28.1.2011)

werden als auf nationaler oder gar internationaler Ebene (vgl. Frey/Bohnet 1996: 301). Neben den hier beschriebenen Formen der „energieautarken Region“ könnten sich eine Vielzahl weiterer Paradigmen entwickeln. Die Macht über die Entwicklung der Energie-Infrastruktur an die Kommunen zu geben, hieße auch, den Horizont zu öffnen für einen Lernprozess mit offenem Ende. Die Vielfalt der untersuchten Möglichkeiten, erneuerbare Energieproduzenten in lokale Politik, in Identitäten und Besitzverhältnisse einzubetten hat gezeigt, dass es nicht die eine beste Lösung gibt. Statt dessen gilt es, den Einfallsreichtum vieler Menschen in vielen verschiedenen lokalen Mikrokosmen urbar zu machen. Mit entsprechenden Anreizen und gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene könnte ein günstigeres Umfeld geschaffen werden, in dem die Initiative und das notwendige Kapital für eine umfassende Energiewende zum großen Teil aus den lokalen Zivilgesellschaften, ihrer Politik und Wirtschaft kommen.

Große staatliche Technologieprogramme der *economy of scale* wären in viel geringerem Maße notwendig als in der Debatte um DESERTEC und Netzausbau suggeriert wird. Der große Wurf hingegen wäre eine Beschneidung der Macht der großen Energiemonopolisten, damit regionale und mittelständische Initiativen ausreichend Luft haben, um sich bis zur Konkurrenzfähigkeit zu entwickeln.

Soweit die bisher vorhandenen Beispiele Auskunft geben, besteht tatsächlich die Möglichkeit einer Verquickung von solarem Energieregime und Dezentralisierung und Demokratisierung, wie von Hermann Scheer und Elmar Altvater prognostiziert. Allerdings finden sich durchaus auch Misserfolge und Fälle, in denen sich eine erneuerbare Energie-Infrastruktur in bestehende Machtasymmetrien einfügt hat, ohne diese wesentlich zu verändern. Zumindest für den ländlichen Raum sollte die Transformation von einer fossilen in eine solare Wirtschaftsordnung deshalb weniger als Determinismus, sondern eher als zeitlich beschränkte Möglichkeit aufgefasst werden. Innerhalb der Transformation ist es möglich, Politik, Besitz und Eigentum, Arbeit, Konsum und Verbrauch demokratischer zu gestalten. Die Energiewende zur post-fossilen Gesellschaft *kann* somit ein Werkzeug der Emanzipation sein.

Wo diese Möglichkeit von engagierten Bürgern genutzt wird, ist folglich auch Max Webers düsterer Prognose zu widersprechen: das „stahlharte Gehäuse“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt schon vor dem verglühen des letzten Zentners fossilen Brennstoffs einige Risse, die genügend Raum bieten, für eine – wenigstens lokal begrenzte – Befreiung aus seinen Zwängen. Der „Postfossilismus“ ist in diesen Nischen jetzt schon existent und eröffnet die Möglichkeit einer Emanzipation aus unverschuldeter fossiler Abhängigkeit.

Für den ländlichen Raum und seine Bewohner kann dies ein Anreiz sein, um zusammen zu verhandeln und zu diskutieren, um gemeinsam zu arbeiten, zu investieren und zu konsumieren.

Das soziale Vakuum der industrialisierten Landwirtschaft, dass viele Dörfer als Ansammlung scheinbar zufällig nebeneinander lebender Menschen hinterlassen hat, könnte wieder mit einem lebendigen Gemeinwesen gefüllt werden, denn die Möglichkeit einer autarken Energieversorgung ist zugleich eine Forderung nach, als auch eine Perspektive für eine Wiederbelebung der Zivilgesellschaft.

Wie weit die Überlegungen dieser Arbeit schon Teil des *common sense* der Kommunalpolitik sind, wird sich schon dieses und nächstes Jahr zeigen, wenn in Deutschland tausende Konzessionsverträge über lokale Niederspannungsnetze auslaufen und neu verhandelt werden.⁵⁶⁰ Statt wie Lettewitz neue Netze zu legen, bietet sich somit eine für die nächsten 20 Jahre einmalige Gelegenheit, die öffentliche Kontrolle über einen wichtigen Baustein der Energie-Infrastruktur zurückzugewinnen.

Ein evolutionärer Übergang der „energieautarken Kommune“ aus den sozialen und geographischen Nischen des ländlichen Raums zu einem auch in den Städten anwendbaren „Regime“ könnte den erneuerbaren Umbau der Energiewirtschaft – parallel zu den mehr oder weniger ambitionierten nationalen und europäischen Plänen – und zugleich die zivilgesellschaftliche und demokratische Fähigkeit zur Selbstorganisation voranbringen.

⁵⁶⁰ „Ein Großteil der bestehenden, bundesweit auf ca. 20.000 geschätzten Konzessionsverträge für Strom und Gas läuft als Folge ihrer auf 20 Jahre begrenzten Laufzeit bereits gegenwärtig und in den kommenden Jahren aus“ (Bundeskartellamt/Bundesnetzagentur 2010: 1)

10 Literaturliste

Ahrendt, Hannah, Vita Activa, München 2008

Altvater, Elmar, Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Münster 2005

Atkinson, Giles/Hanley, Nick, Economics and sustainable development: What have we learnt, and what do we still have to learn, In: Berkhout, Frans/Leach, Melissa/Scoones, Ian, Negotiating environmental change, Cheltenham 2003, S. 77-109

Bassam, Nadir El/Maegard, Preben, Integrated renewable energy for rural communities, Amsterdam 2004

Baumann, Zygmunt, Vom Nutzen der Soziologie, Frankfurt am Main 2000 (1984)

Bebel, August, Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1979 (1879)

Beetz, Stephan/Laschewski, Lutz, Landsoziologie in Deutschland – Soziologie ohne Land, In: Laschewski, Lutz/Kaletka, Andrzej/Gorlach, Krzysztof, Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland, Aachen 2008, S. 37-54

Benda-Beckmann, Keebet von/Wiber, Melanie, Changing properties of property, New York 2006

Berger, Peter/Luckmann, Thomas, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Stuttgart 1969

Berking, Helmut, Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen, Frankfurt am Main 2006

Bidault, Francis/Gomez, Pierre-Yves/Marion, Gilles, Trust, firm and society: Essays in honour of Dr. Roger Delay Termoz, London 1997

Bongaerts, Gregor, Verdrängung des Ökonomischen: Bourdieus Theorie der Moderne, Bielefeld 2008

Bourdieu, Pierre, Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt am Main 1979 (1976)

- Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1987 (1984)
- Bourdieu, Pierre, Meditationen: zur Kritik der scholastischen Vernunft, Frankfurt am Main 2001 (1997)
- Brumann, Christoph, Die Kunst des Teilens: eine vergleichende Untersuchung zu den Überlebensbedingungen kommunitärer Gruppen, Hamburg 1998
- Bühlmann, Marc/Freitag, Markus, Freiwilligentätigkeit als Sozialkapital, In: Franzen, Axel/Freitag, Markus, Sozialkapital, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007, S.163-183
- Bünting, Johann Philipp, Sylva subterranea: oder: vortreffliche Nutzbarkeit des unterirdischen Waldes der Steinkohlen, wie dieselben von Gott denen Menschen zu gut an denenjenigen Orthen, wo nicht viel Holtz wächst, aus Gnaden verliehen und mitgetheilet worde, Halle/Salfelden 1693, In: Sieferle, Rolf-Peter, Der unterirdische Wald, München 1982
- Claessens, Dieter, Das Konkrete und das Abstrakte: soziologische Skizzen zur Anthropologie, Frankfurt am Main 1980
- Diekmann, Andreas/Jäger, Carlo, Umweltsoziologie, Opladen 1996
- Durkheim, Emile, Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt am Main 1992 (1893)
- Eckart, Nikolaus/Meinerzhagen, Margaritta/Jochimsen, Ulrich, Die Stromdiktatur: Von Hitler ermächtigt, bis heute ungebrochen, Zürich 1985
- Eidson, John, Cooperative property at the limits, In: Benda-Beckmann, Keebet von/Wiber, Melanie, changing properties of property, New York 2006, S. 147-170
- Elzen, Boelie/Geels, Frank, System innovation and the transition to sustainability: theory, evidence and policy, Cheltenham 2004
- Esser, Hartmut, Soziologie: spezielle Grundlagen, Band 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt

am Main 1999

Esser, Hartmut, Soziologie: spezielle Grundlagen, Band 3: Soziales Handeln, Frankfurt am Main 2000

Elias, Norbert/Scotson, John, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/Main 1990 (1965)

Falk, Richard, Predatory globalization: A critique, Cambridge 2000

Flick, Uwe, Qualitative Forschung: Theorie, Methoden und Anwendung in Psychologie und Sozialpsychologie, Reinbek 1999

Flick, Uwe, Design und Prozess qualitativer Forschung, In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines, Qualitative Forschung: ein Handbuch, Reinbek 2000, S. 252-265

Flick, Uwe Qualitative Sozialforschung: eine Einführung, Reinbek 2007

Foucault, Michel, Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 2007 (1970)

Franken, Michael, Rauher Wind: der organisierte Widerstand gegen die Windkraft, Aachen 1998

Franzen, Axel/Freitag, Markus, Sozialkapital: Grundlagen und Anwendungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007

Frey, Bruno/Bohnet, Iris, Tragik der Allmende: Einsicht, Perversion, Überwindung, In: Diekmann, Andreas/Jaeger, Carlo, Umweltsoziologie, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 36/1996, S. 292-307

Fuchs-Heinritz, Werner/König, Alexandra, Pierre Bourdieu, Konstanz 2005

Genro, Tarso, Orcamento participativo: a experiencia de Porto Alegre, Sao Paulo 1999

Giddens, Anthony, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main 1996 (1992)

Giddens, Anthony, Runaway world: how globalization is reshaping our lives, New York 2000

Glaser, Barney/Strauss, Anselm, The discovery of grounded theory, Chicago 1967

Glaser, Barney/Strauss, Anselm, Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung, Bern 1998 (1967)

Hahn, Gerhard de/ Kuckartz, Udo, Umweltbewusstsein: Denken und Handeln in Umweltkrisen, Opladen 1996

Hähnel, Mirko, Regionale Energiekonzepte: möglicher Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung, Berlin 1999

Haug, Sonja/Pointner, Sonja, Soziale Netzwerke, Migration und Integration, In: Franzen, Axel/Freitag, Markus, Sozialkapital, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007, S.367-397

Hilgers, Yvonne, Akteursnetzwerke in ländlichen Räumen, In: Laschewski, Lutz/Kaleta, Andrzej/Gorlach, Krzysztof, Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland, Aachen 2008: S. 207-224

Hardt, Michael/Negri, Antonio, Empire: die neue Weltordnung, Frankfurt am Main 2002 (2000)

Harvey, David, The new imperialism, Oxford 2003

Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul/Zeisel, Hans, Die Arbeitslosen von Marienthal: ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langanhaltender Arbeitslosigkeit, Leipzig 1933

Kiesser, Alfred, Organisationstheorien, Stuttgart 2006

Kleinfeld, Peter, Energiesparpolitik im ländlichen Raum: Bericht über Implementationsversuche in Wadern (Saarland), Berlin 1988

Korf, Benedikt, Partizipation als Tyrannei: zur PRA-Methode in der ländlichen Gemeindeplanung, In: Laschewski, Lutz/Neu, Claudia, Sozialer Wandel im ländlichen Räumen: Theorie, Empirie und politische Strategien, Aachen 2004, S. 259-278

Kreckel, Reinhard, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2004

- Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke, Trends im Umweltbewusstsein: Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement, Wiesbaden 2006
- Lane, Christel/Bachmann, Reinhard, Trust within and between organizations: Conceptual issues and empirical applications, Oxford 1998
- Lasch, Hendrik/Volke, Kristina, Der Wind bezahlt den Kindergarten, In: Links, Christoph/Volke, Kristina, Zukunft erfinden: kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin 2009, S. 16-21
- Laschewski, Lutz/Neu, Claudia, Sozialer Wandel im ländlichen Räumen: Theorie, Empirie und politische Strategien, Aachen 2004
- Lippl, Bodo, Soziales Engagement und politische Partizipation in Europa, In: Franzen, Axel/Freitag, Markus, Sozialkapital, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007, S.420-450
- Loorbach, Derk, Transition management: New mode of governance for sustainable development, Utrecht 2007
- Meadows, Dennis, Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbeck 1972
- Meadows, Donella/Meadows Dennis/Randers, Jørgen, Die neuen Grenzen des Wachstums, Reinbeck 1998
- Meinefeld, Werner, Hypothesen und Vorwissen in der qualitativen Sozialforschung, In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines, Qualitative Forschung: ein Handbuch, Reinbek 2000, S. 265-276
- Merkens, Hans, Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion, In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines, Qualitative Forschung: ein Handbuch, Reinbek 2000, S. 286-299
- Nohl, Arndt-Michael, Interview und dokumentarische Methode: Anleitungen für die Forschungspraxis, Wiesbaden 2008

Nuissl, Henning/Schwarz, Anna/Thomas, Michael, Vertrauen – Kooperation – Netzwerkbildung: unternehmerische Handlungsressourcen in prekären regionalen Kontexten, Wiesbaden 2002

Olson, Mancur, Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen 1968

Ostrom, Elinor, Die Verfassung der Allmende, Tübingen 1999 (1990)

Ostrom, Elinor/Ahn, T.K., Foundations of social capital, Cheltenham 2003

Ostrom, Elinor, Institutional diversity, Princeton 2005

Planck, Ulrich/Ziche, Joachim, Land- und Agrarsoziologie, Stuttgart 1979

Preisendörfer, Peter, Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland: empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen "Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998", Frankfurt am Main 1999

Preisendörfer, Peter, Organisationssoziologie, Wiesbaden 2005

Putnam, Robert, Making democracies work: Civic traditions in Italy, Berkeley 1993

Putnam, Robert, Social Capital and Democracy, In: Ostrom, Elinor/Ahn, T.K., Foundations of Social Capital, Cheltenham 2003, S. 529-537

Radkau, Joachim, Die Ära der Ökologie, München 2011

Renn, Ortwin, Risikowahrnehmung der Kernenergie, Frankfurt am Main 1984

Reusswig, Fritz, Lebensstile und Ökologie: gesellschaftliche Pluralisierung und alltagsökologische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Energiebereichs, Frankfurt am Main 1994

Scheer, Hermann, Solare Weltwirtschaft, München 1999

Scheer, Hermann, Der energetische Imperativ, München 2010 (zitiert als 2010a)

Schelsky, Helmut, Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf 1965

Schluchter, Wolf, Stadtentwicklung und Partizipation, In: Riehle, Eckart, Stadtentwicklung und Mediation, Münster 2002, S. 45-62

Schumacher, Fritz, Small is beautiful: A study of economics as if people mattered, London 1974

Schütze, Fritz, Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung - dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologien: Kommunikative Sozialforschung, München 1976, S. 159-260

Schütze, Fritz, Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien: dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, Bielefeld 1977

Sieferle, Peter, Der unterirdische Wald, München 1982

Sieferle, Peter, Das Ende der Fläche: zum gesellschaftlichen Stoffwechsel der Industrialisierung, Köln 2006

Simmel, Georg, die Philosophie des Geldes, Leipzig 1900

Tödtling, Franz, The uneven landscape of innovation poles: Local embeddedness and global networks, In: Amin, Ash/Thrift, Nigel, Globalization, institutions, and regional development in Europe, Oxford 1994, S. 68-90

Tönnies, Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft, 1887

Toqueville, Alexis de, De la Démocratie en Amérique, Paris 1842

Weber, Max. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Potsdam, Online Version 1999 (1905)

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1976 (1925)

Welzel, Christian, Rekrutierung und Sozialisation der ostdeutschen Elite, In: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke, Eliten in Deutschland, Opladen 1997, S. 201-239

Zoll, Ralf, Politische Verhaltensforschung: Energiekonflikte: Problemübersicht und empirische Analysen zur Akzeptanz von Windkraftanlagen, Münster 2001

Zeitschriften- und Zeitungsartikel, Berichte

Aretz, Astrid/Hauber, Jürgen/Kreß, Michael/Rupper-Winkel, Chantal/Schlager, Patric/Schmieder, Klaus/Stablo, Järmo/Trommler, Marcus, Regionale Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien, In: Ökologisches Wirtschaften 4/2009, S. 47-50

Brake, Matthias, Stromnetz und Grundlastkraftwerke verhindern mehr regenerative Energie, In: Telepolis.de, 14.8.2010, <<http://www.heise.de/tp/blogs/2/148188>> (Stand 3.9.2010)

Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur, Gemeinsamer Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers, 15. Dezember 2010, <http://www.bundeskartellamt.de/wDeutsch/download/pdf/Diskussionsbeitraege/101215_Leitfaden_Konzessionsrecht_BNetzA-BKartA.PDF> (1.6.2011)

Camblong, H./Sarr, J./Niang, A.T./Curea, O./Sylla, E. H./Santos, M., Micro-grids projects: Analysis of rural electrification with high content of renewable energy sources in Senegal, In: Renewable Energy, Nr. 34, Oktober 2009, S. 2141-2150

Deggerich, Markus, Bauernland in Bonzenhand, In: DER SPIEGEL, 43/2010

Frommhold-Eisebith, Martina, Das kreative Milieu: nur theoretisches Konzept oder Instrument der Regionalentwicklung, In: Raumforschung und Raumordnung, 57/1999, S. 168-175

Fürst, Dietrich/Schubert, Herbert, Regionale Akteursnetzwerke: zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen, In: Raumforschung und Raumordnung, 56/1998, S. 352-361

Glass, Michael/Hayward, David, Innovation and interdependencies in the New Zealand custom boat-building industry, In: International Journal for Urban and Regional Research, 25/2001, S. 571-592

Greenpeace/European Renewable Energy Council (EREC), Energy revolution: towards a fully renewable energy supply in the EU-27, Beelzepub 2010, <http://www.greenpeace.at/uploads/media/EU_Energy__R_evolution_2010.pdf> (Stand 11.4.2011)

Grefe, Christian, Wir machen alles selber: eine wachsende Zahl von Städten und Landkreisen will sich mit 100 Prozent alternativer Energie versorgen, In: DIE ZEIT, 25.3.2011

Hardin, Garrett, The Tragedy of the commons, In: SCIENCE, 13.12. 1968, S. 1243-1248

Harper, Rosalyn, Social Capital: A review of the literature, Social Analysis and Reporting Division, Office for National Statistics, October 2001

Hirschl, Bernd/Aretz, Astrid/Prahl, Andreas/Böther, Timo/Heinbach, Katharina/Piek, Daniel/Funke, Simon, Kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien, Agentur für erneuerbare Energien und Institut für ökologische Wirtschaftsforschung 2009

Hoffmann, Dunja, Regionale Wertschöpfung durch optimierte Nutzung endogener Bionenergiepotenziale als strategischer Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung, Dissertationsarbeit an der Universität des Saarlandes, 2007, <<http://scidok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2007/1156>> (Stand 11.4.2011)

Hoffman, Steven/High-Pippert, Angela, Community energy: a social architecture for an alternative energy future, In: Bulletin of Science Technology & Society, Nr. 25, 5/2005, S. 387-401

Huber, Joseph, Environmental Sociology in search of profile, In: SOZIOLOGIE, 3/2002, S. 23-36

Hunziker, Christian, Ein Dorf steigt aus, In: Rheinischer Merkur, 22.1.2009

Joseph, S./Burton, R., Small is usable: Lessons from alternative energy projects, In: Solar & Wind Technology, 7/1 1990, S. 89-91

Kirubi, Charles/Jacobson, Arne/Kammen, Daniel/Mills, Andrew, Community-Based electric micro-grids can contribute to rural development: Evidence from Kenya, In: World Development, 37/7 2009, S. 1208-1221

Krishna, Anirudh/Shrader, Elizabeth, Social capital assessment tool, Papier für die Konferenz der Weltbank „On social capital and poverty reduction“, Washington D.C., Juni 1999

Kunze, Conrad, Die energieautarke Kommune, In: Kommunalpolitische Infothek, 10/2010 <<http://www.kommunale.info/infothek/4052.asp>> (Stand 4.5.2011)

Kunze, Conrad/Busch, Henner, The social complexity of renewable energy production in the countryside, In: Electronic Green Journal, No. 31, 1/2011

Marcos, `Subcomandante Insurgente`, für das Comité Clandestino Revolucionario Indígena: Comandancia General del Ejército Zapatista de Liberación Nacional, Erste Erklärung von La Realidad, Mexico im Januar 1996, <<http://www.wildcat-www.de/zirkular/24/z24ezlna.htm>> (Stand 24.8.2010)

Märkische Allgemeine, Besuch aus aller Welt, 19.6.2009

Moreno, Blanca/López, Ana Jesús, The effect of renewable energy on employment: The case of Asturias (Spain), In: Renewable and Sustainable Energy Reviews, 12/3 2008, S. 732-751

Passadakis, Alexis/Schmelzer, Matthias, Postwachstum: 12 Fluchtlinien einer solidarischen Ökonomie jenseits des Wachstums, ATTAC 2010, <http://www.praxisphilosophie.de/passadakis_postwachstum.pdf> (Stand 11.4.2011)

Patz, Renate/Schubert, Karoline, Akzeptanz von Windkraftanlagen im stadtnahen Raum, Projektgruppe Technikfolgenabschätzung, Institut für Soziologie Halle, Merseburg 1997

Pereira, Marcio/Freitas, Marcos/Silva, Neilton de, Rural electrification and energy poverty: Empirical evidences from Brazil, In: Renewable and Sustainable Energy Reviews, 14/4, 2010, S. 1229-1240

Pontennagel, Irm, Eurosolar Leitfaden: Erneuerung von Städten und Gemeinden durch

erneuerbare Energien, In: Solarzeitalter, 21/2009, S.82-85

Putnam, Robert, Bowling alone: America's declining social capital, In: Journal of Democracy, Ausgabe 6, Nr. 1, 1/1995, S. 65-78

Redcliff, Michael, Sustainable Development (1987-2005), In: Sustainable Development, 13/2005, S. 212-227

Ruppert, Hans/Eigner-Thiel, Swantje/Karpenstein-Machan, Marianne/Girschner, Walter/Roland, Folker/Ruwisch, Volker/Sauer, Benedikt/Schmuck, Peter, Wege zum Bioenergiedorf, Gülzow 2008

Scheer, Hermann, Global reden, national bremsen: das heimliche Motto der Weltklimakonferenz, In: Le Monde Diplomatique, posthum veröffentlicht am 22.12.2010, (zitiert als 2010b) <<http://www.monde-diplomatique.de/pm/.extratexte/scheer>> (Stand 11.4.2011)

Schluchter, Wolf/Elger, Ulla/Hönigsberger, Herbert, Die psychosozialen Kosten der Umweltverschmutzung, Umweltbundesamt, 1991

Schluchter, Wolf/Kunze, Conrad, Umweltbewusstsein an der TU-Cottbus 2009, Cottbus 2010

Späth, Philipp/Rohracher, Harald, „Energy regions“: The transformative power of regional discourses on socio-technical futures, In: Research Policy, April 2010, S. 449-458

Sperber, Michael, Promotionsstudent bei Prof. Dr. Schluchter, unveröffentlichte Promotionsarbeit zu peripheren Regionen Brandenburgs

Schwenkenbecher, Jürgen, Mit Gülle und Wind, In: Berliner Zeitung, 16.1.2010

Umweltbundesamt, Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2008: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten des sozialen Milieus in Deutschland, Wipperman, Carsten/Flaig, Berthold Bodo/Calmbach, Marc/ Kleinhüchelkotten, Silke, Dessau 2009

Vermeylen, Saskia, Resource rights and the evolution of renewable energy technologies, In: Renewable Energy, Nr. 35, 11/2010, S. 2399-2405

Warren, Charles/McFadyen, Malcolm, Does community ownership affect public attitudes to wind energy: A case study from south-west Scotland, In: Land Use Policy, 27/2 2010, p. 204-213

Wagner, Oliver/Kristof, Kora, Strategieoptionen kommunaler Energieversorger im Wettbewerb, Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie, Papier Nr. 115, Wuppertal, Juli 2001

Wehnert, Timon/Nolting, Katrin, Wege zu einer strategischen Energiepolitik für Kommunen und Regionen (SKEP), Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung 2010, <http://projekte.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/SKEP/SKEP_Endbericht_12.03.2010_EndV.pdf> (Stand 11.4.2011)

Wiedemann, Erich, Nun sind auch die Bonzen das Volk, In: DER SPIEGEL 26/1990

Wilkinson, R. G./Pickett K., E., Income inequality and population health: A review and explanation of the evidence, In: Social Science & Medicine, 62 (7), 2006, S. 1768-1784

Winterfeld, Uta/Biesecker, Adelheid/Ergenzinger, Annegret, Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne: Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Report Nr. 4, Wuppertal, April 2007

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Potenziell treibende Kräfte und potenzielle Barrieren für den Ausbau erneuerbarer Energien aus integrativer Sichtweise, Wuppertal, Februar 2010, <http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wipprojekt/driving-forces-final_de.pdf> (Stand 11.4.2011)

Statistiken

Anti-Tagebau Initiative, Keine-neuen-Tagebaue, <<http://www.keine-neuen-tagebaue.de/article/535/>> (Stand 1.4.2010, seit 2011 offline)

Energy Watch Group, Uranium resources and nuclear energy, 2006, Berlin
<http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/EWG_Report_Uranium_3-12-2006ms.pdf> (Stand 4.11.2011)

Energy Watch Group, Coal: Resources and future production, 2007, Berlin
<http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/EWG_Report_Coal_10-07-2007ms.pdf>

(Stand 4.11.2011)

Eurostat, zitiert in: EU-Vergleich der Strompreise zeigt: Deutschland zahlt mit die höchsten Strompreise, 1.6.2010 <<http://www.tarife-verzeichnis.de/nachrichten/3652-eu-vergleich-der-strompreise-deutschland-zahlt-mit-am-hoechsten.html>> (27.7.2010)

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, Parteizugehörigkeit der Bürgermeister <www.statistik-berlin-brandenburg.de%2FPublikationen%2FStat_Berichte%2F2008%2FSB_B7-3-5_j05-08_BB.pdf>, historische Wahlergebnisse: <<http://www.wahlen.brandenburg.de/bmwahlen/1206628500/h>> (Stand 25.8.2010)

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2008 <www.statistik-berlin-brandenburg.de%2FPublikationen%2FStat_Berichte%2F2008%2FSB_B7-3-5_j05-08_BB.pdf> (Stand 25.8.2010)

Studentische Beiträge

Studentische Arbeitsgruppen im Forschungsseminar von Professor Heiderose Kilper und Dr. Eric Tenz „Innovative Energieorte Lausitz-Spreewald“ im Wintersemester 2009/2010 an der Technischen Universität Cottbus, deren empirisches Material zitiert wurde:

Paul Brauer, Cathleen Kotterla, David Quinque und Martin Kunz; Annett Schmidt, Selma Ahl und Marie-Theres Schulze; Christoph Ehlers, Ricarda Williams und Markus Titan

Studentische Arbeitsgruppen im Forschungsseminar „Small is Beautiful“/„Environmental Social Sciences“ von Conrad Kunze im Sommersemester 2010 an der Technischen Universität Cottbus, deren empirisches Material zitiert wurde: Katerina Brandes und Aline Sponholz; Undine Baatz und Carolin Möller; Esther Vogt und Katja George; Gregor Hintler